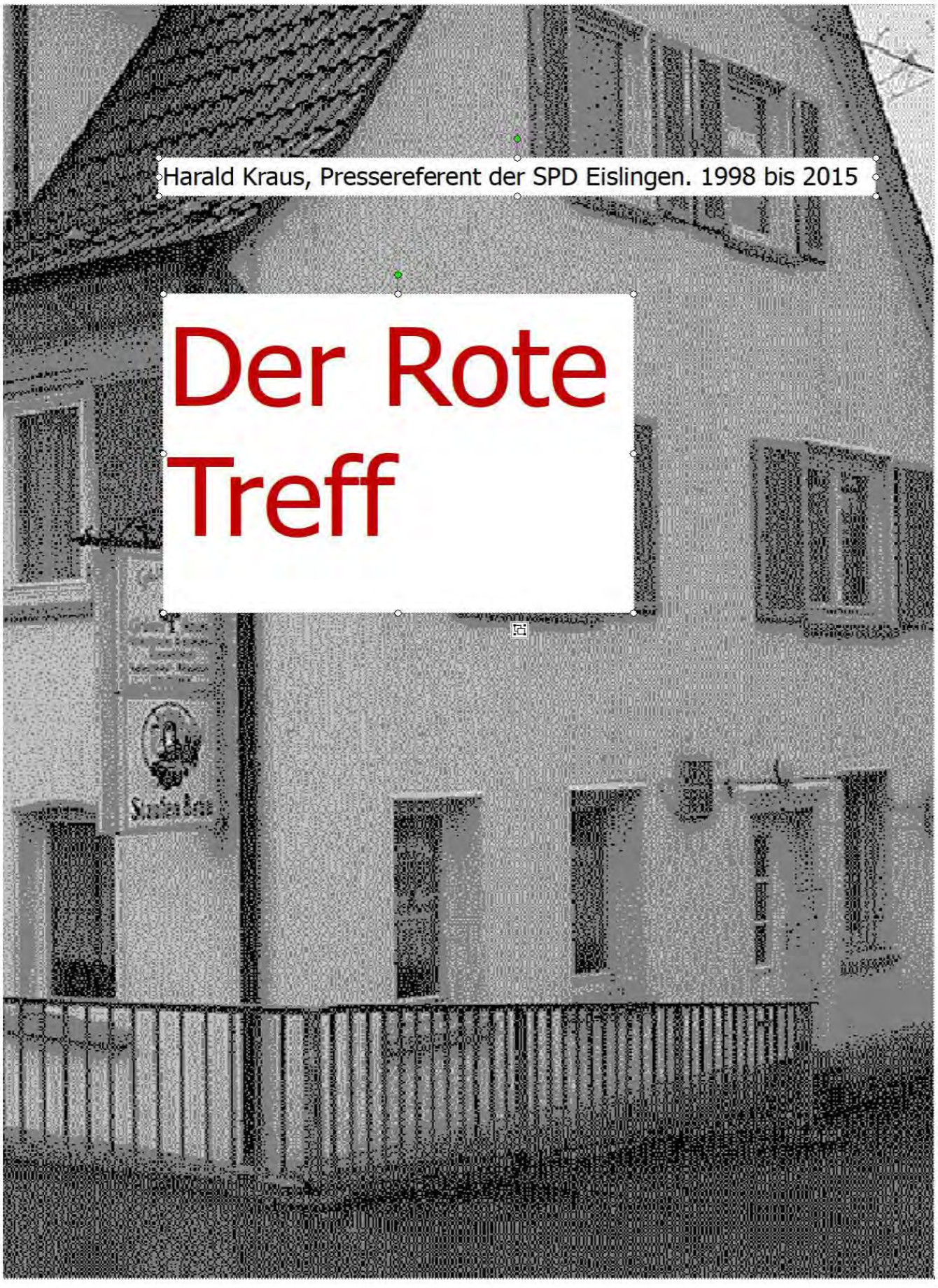

Harald Kraus, Pressereferent der SPD Eislingen. 1998 bis 2015
Der Rote Treff

In memoriam

HARTMUT KOMM



Langjähriger Vorsitzender
des SPD-Ortsvereins Eislingen/Fils



Inhaltsverzeichnis

Vorwort 11

Danke 12

1998 13

WITGAR WEBER: „WIR SIND BEREIT!“ 13

60 JAHRE IM UMWELTSCHUTZ TÄTIG 15

HENKEL RECHNET FALSCH 18

10 JAHRE SPD-BRUNNENFEST 19

DUO RIESTER UND MOSDORF 20

„ROTER TREFF“ IN VORBEREITUNG“ 20

POLITIK Mit ECHTEN LÖSUNGEN 21

KOHL MIT NEGATIVER BILANZ 24

„KAMPFELEFANT“ KOHL IST MÜDE 25

DEUTSCHLAND WILL DEN WECHSEL 26

“REIF FÜR REGIERUNGSWECHSEL“ 28

SPD FEIERT FULMINANTES ERGEBNIS 29

KOALITIONSVERTRAG DISKUTIERT 30

ZUKUNFTSMOBILITÄT SICHERN 32

AUFTAKT ZUM ROTEN TREFF 35

„ROTER TREFF“ IST GESTARTET! 35

AUF DEN KREISVERKEHR GESPANNT 37

1999 40

AGENDA 21: CHANCE FÜR EISLINGEN 40

ALTEN ZOPF ABSCHNEIDEN! 41

RIESTER: KÜNDIGUNGSSCHUTZ ZURÜCK 42

EISLINGER SPITZE WIEDERGEWÄHLT 43

MIT SOFORT-PROGRAMM BEKÄMPFT 44

„FITMACHER FÜR DEUTSCHLAND“ 45

SPD: VOR UND NACH DEM MILLENIUM 46

2000 48

FDP IST MITVERANTWORTLICH 48

HEISSE EISEN IM ROTEN TREFF 48

KATALOG EISLINGER PROBLEME 49

CDU-SPITZE BELEIDIGT IHRE BASIS 50

SPD: IDEEN FÜR BÜRGERHAUS 52
BEDARFSANALYSE FÜR BÜRGERHAUS 53
EISLINGEN WÄHLTE UTE VOGT 54
SPD DISKUTIERT NATURSCHUTZ 54
BÜRGERHAUS MIT KINO INCLUSIVE? 55
SPD WILL FÜR UTE VOGT KÄMPFEN 56
SPD FÜR EINWANDERUNGSGESETZ 57
2001 58
HISTORISCHE STEUERREFORM 58
B 10: ANSCHLUSS UNVERZICHTBAR 59
B 10-FINANZIERUNG GESICHERT 59
GOLFPLATZ ERHITZT DIE GEMÜTER 61
SPD-POLIZIST BEIM KANZLER 62
SPD-WINTERWANDERUNG WAR ECHT 63
IN DER SPD STIMMT DIE CHEMIE 63
SCHLUSS MIT „EX AND HOPP“ 64
PETRUS WAR DEN GENOSSEN GNÄDIG 65
HOFELICH: „REIN IN DEN VVS“ 66
2002 67
VIELE PLUSPUNKE GESAMMELT 67
„DEMOKRATIE NEU ERFINDEN“ 68
LEGENDENBILDUNG MISSGLÜCKT 69
HEISSER WAHLKAMPF LÄUFT AN 69
SPD STEHT FEST ZUM EURO 70
BUNTES BRUNNENFEST BEI UHLAND 72
RIESTER ALS „FUSSBALL-HELD“? 72
KEINE ZWEITKARRIERE FÜR RIESTER 73
MIT STOIBERS MITTE IST ES VORBEI 73
UNSERE VISION VON DEUTSCHLAND 74
STOIBER: AN EIGENE NASE FASSEN 75
MITTELSTAND WIRD PROFITIEREN 76
SPD-STEUERPOLITIK IST SOZIAL 76
SPD: ÜBERZEUGENDER SCHRÖDER 77
„SCHRÖDER WAR EINDEUTIG BESSER“ 78

RIESTER LOBT KABINETTSKOLLEGEN 79
„DREIST, UNSERIÖS, UNVERSCHÄMT“ 80
„WIR PACKEN DIE PROBLEME AN“ 80
PRÄSENTATION FÜR NEUE GENOSSEN 81
KREISELBAU IN KRUMMWÄLDEN 82
REFORMARBEIT STATT HYSTERIE 83
2003 85
OPTIMISTISCHER START IN 2003 85
SCHULVERBAND WÄRE SINNVOLL 86
DER VORSTAND MACHT WEITER 87
VORSTAND DREHT VOLL AUF 88
DAS VERHÄLTNIS IST DAS PROBLEM 88
„NICHT IN DEN HERZEN VERANKERT“ 90
2004 92
GENÜGEND BAUSTOFF FÜR ZUKUNFT 92
VIEL NEUES IM WESTEN 93
AUSGEWOGEN UND MIT KOMPETENZ 94
„EISLINGEN JETZT RICHTIGE STADT“ 96
GUTER RAT: KOMBI-TICKET LÖSEN 97
2005 99
NEUJAHRSEMPFANG 99
ANKÜNDIGUNG BRUNNENFEST INTERNATIONAL 99
DOPPELPETER BEIM TISCHFUSSBALL NICHT ZU SCHLAGEN 100
GLOBALE SOZIALE STANDARDS 100
REGION MUSS GESTÄRKT WERDEN 101
PETER HOFELICH ERNEUT ZUM SPD-LANDESVIZE GEWÄHLT 103
2006 104
FÜR MEHR GERECHTIGKEIT IM LAND 104
„FÜR UNS IST DAS THEMA DURCH“ 106
INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG 107
ENTWURF FÜR REGIERUNGSROGRAMM 108
HOFELICH: DURCHGÄNGIGKEIT NÖTIG 110
„REFORM? – ROHRKREPIER!“ 111
INNOVATIVE VORSCHLÄGE ERWARTET 113

HOFELICH MUSSTE LANGE WARTEN 113
NEUES SPD-PROGRAMM DISKUTIERT 114
GRUNDSATZPROGRAMM DISKUTIERT 116
BIRZELE WIRD EHRENMITGLIED 117
KRITIK AN GESUNDHEITSREFORM 118
DER BART IST AB 119
ZENTRALE PROBLEME NICHT GELÖST 120
„1000 TAGE – DAS PROJEKT“ 121
„BRAUCHEN WIR LIDL?“ 122
VERABSCHIEDETE VORSCHLÄGE 124
„INNERE STADT 2030“ DISKUTIERT 125
RIESTER UND DAS MACHBARE 127
SPD BESUCHTE WALA IN BAD BOLL 130
„MIT WERTEN ZUSAMMEN HALTEN“ 131
2007 133
LAGE NICHT BESORGNISERREGEND 133
FINGER WEG VOM FILSTALTAKT 134
AUFTAKT IM „SAURIER-FOYER“ 135
WALDECKHOF: MUTTERFREUDEN 136
BEWÄHRTES TEAM FÜR DIE ZUKUNFT 137
BREYMAIER 25 JAHRE SPD-MITGLIED 138
„AM WOCHENENDE TOTE HOSE“ 139
FLECURITY – WAS IST DAS? 140
NEUES RATHAUS – NEUES ZENTRUM 141
MINDESTLOHN: DRUCK MACHEN! 142
„OHNE POLITIK GEHT’S NICHT“ 143
HERBST-AKTIVITÄTEN DER SPD 144
AUTOVERKEHR BEEINFLUSST KLIMA 144
SPD VOTIERT FÜR MÜHLBACHKREISEL 146
„LÄNGER GEMEINSAM LERNEN“ 147
MIT PARTEICHEF BECK EINIG 148
VVS: MITGLIED WÄRE ATTRAKTIV 149
2008 151
HILDE MATTHEIS BEIM NEUJAHRSEMPFANG 151

IM FRÜHLING STATT IM WINTER 151
VERKEHRSTECHNISCH GUTE LÖSUNG 153
INNOVATIVE VORSCHLÄGE ERWARTET 153
BRUNNENFEST 2008 154
EISLINGER FRIEDENSBAUM 155
AN DIE MENSCHENKETTE ERINNERT 156
KLARHEIT ÜBER PENDLERPAUSCHALE 156
KOMPETENZ STATT BEHÄBIGKEIT 157
2009 158
„KONJUNKTURPAKET UMSETZEN!“ 158
„SCHAFFERLE UND TAPFERLE“ 158
GEGEN POSTAMTSSCHLIESSUNG 159
NICHT NUR BRIEFMARKENVERKAUF 161
„DYNAMIK UND INNOVATION“ 161
METROPOL-TICKET EINGEFÜHRT 163
GEGEN POSTAMTSSCHLIESSUNG 163
IDEE: BARFUSSPARK IN EISLINGEN? 164
EVELYN GEBHARDT AN DER SPITZE 165
WIE MAN EINE FAHRKARTE LÖST … 166
WIE DER AUTOMAT FUNKTIONIERT … 166
„VERNÜNFTIG UND UNUMKEHRBAR“ 166
KANDIDATEN FÜR LANDESVORSITZ 167
MISSERFOLG BEIM KLIMAGIPFEL? 168
DIE SONNE BLENDET NACH WIE VOR 168
„WEITER WEG ZUM BAHNTICKET“ 169
„DEUTSCHE POST IN ABSURDISTAN“ 170
2010 171
„MEHR GLEICHHEIT WAGEN“ 171
GESCHICHTSLEKTION AUF FILSECK 172
BUSSE: MIT LICHT UND SCHATTEN 173
WALDEMAR BERG IST 80 JAHRE ALT 174
DIESSENBACHER VERABSCHIEDET 175
BÜRGERVERSICHERUNG GEFORDERT 177
EINMÜTIGE UNTERSTÜTZUNG HOFELICHS 178

POLITISCH ZU UNTERSCHIEDLICH ... 178
TICKETAUTOMAT: UNENDLICHE STORY ... 179
POSITIV UND KONSTRUKTIV AGIEREN ... 180
KÜRZUNGEN SIND UNAUSGEWOGEN ... 181
EIGENSTÄNDIGE ENERGIE? ... 181
„PLATZ DES HIMMLISCHEN FRIEDENS“ ... 182
„SCHWARZ-GELB ZOCKT AB!“ ... 183
ABZOCKE UND WAHLBETRUG ... 183
UNTERSCHRIFTEN FÜR 2. AUTOMAT ... 184
2011 ... 186
SPASS UND MOTIVATION VORHANDEN ... 186
REFORM: AUFRUF ZUM WIDERSTAND ... 187
„TATKRÄFTIG NACH VORNE PRESCHEN“ ... 188
OB MIT GESELLSCHAFTSANALYSE ... 188
HOFELICH: MEHR GELD FÜR BILDUNG ... 191
SPD-CHEF HARTMUT KOMM IST TOT ... 192
BLENDFREIES DISPLAY MUSS HER ... 193
KONFLIKTMANAGEMENT NÖTIG ... 194
KEIN TERMIN FÜR ZWEITEN AUTOMAT! ... 195
GUTE BILANZ FÜR 111 TAGE ROT-GRÜN ... 195
DEMOKRATIE HAUTNAH ERLEBT ... 197
GUTE UND SICHERE ARBEIT ... 197
SPD: BÜRGERENTSCHEID ZUM RATHAUS ... 198
ULI WEIDMANN NEUER SPD-CHEF ... 200
„EISLINGEN STIRBT NICHT AUS“ ... 201
EISLINGEN WIRD GROSSE KREISSTADT ... 202
2012 ... 203
KULTUSMINISTERIN BEIM NEUJAHRSEMPFANG ... 203
EXKURSION INS KLÄRWERK IN SALACH ... 203
„SCHIEFLAGE DER FINANZEN“ ... 205
TELEFONRECHNUNGEN GENAU PRÜFEN ... 206
PARKPLATZ-FREUNDLICH BLEIBEN ... 207
QUARTETT IST 50 JAHRE IN DER SPD ... 209
SPD BEIM WELTKINDERTAG 2012 ... 209

LÄMMLE: ANSEHNLICHE BILANZ 209
2013 211
SCHMID: „ES MUSS GERECHT ZUGEHEN“ 211
„WIR BRAUCHEN EIN KAFFEEHAUS!“ 212
SPD EISLINGEN EHRT OTTO WELS 212
GEDENKTAFEL “OTTO WELS“ ENTHÜLLT 213
„MERKEL PRODUZIERT SPRECHBLASEN“ 214
EU: GEMEINSAME STRATEGIE ? 215
WAHLKAMPF MIT HEIKE BAEHRENS 216
VERJÜNGTE FÜHRUNGSSPITZE 216
DEMOKRATIE WAGEN – WORTE UND TORTE ZUM 100. GEBURTSTAG VON WILLI BRANDT 217
2014 219
NEUJAHRSEMPFANG MIT LUTZ FREITAG 219
HULDIGUNG für 50 JAHRE MITGLIED 219
2015 222
BEHINDERTENBEAUFTRAGTE ZU GAST 222
WINTERWANDERUNG 2015 223
DIE LAGE DER WOHNSIZLOSEN 224
VERTRAUENSBEWEIS FÜR WEIDMANN 224
STAATSSEKRETÄR HOFELICH ZU GAST 225
ABBILDUNGSVERZEICHNIS 227

Vorwort

Im Rahmen einer Aufräumaktion in meinem Arbeitszimmer fiel mir mehrere Jahre nach Beendigung meiner Tätigkeit als örtlicher Pressereferent der SPD der Ordner wieder in die Hände, in dem ich sämtliche Pressemitteilungen , die ich für die SPD verfasste, gesammelt hatte. Nach einem kurzen Durchblättern kam ich zu dem Entschluss, sie in einer Dokumentation über die Pressearbeit des SPD-Ortsvereins zusammen zu fassen und sie Interessierten zugänglich zu machen. Mit meinem Anliegen stieß ich beim Ortsvereinsvorsitzenden Uli Weidmann auf offene Ohren und erhielt nach einem Beschluss des gesamten Vorstands „grünes Licht“ für das Projekt. Dafür bedanke ich mich und wünsche eine angenehme Lektüre, die die politische Arbeit der SPD Eislingen und teils darüber hinaus in den Jahren 1988 bis 2005 nachvollziehbar macht.



Diese Manuskriptsammlung ist fast vollständig mit den Originaltexten übernommen worden und wurde jeweils als Pressemitteilung an die örtlichen Medien abgesetzt. Freilich sind sie in der Regel der redaktionellen Bearbeitung unterworfen und häufig nur gekürzt (oder auch gar nicht) veröffentlicht worden. Davon habe ich mich aber nie entmutigen lassen und freue mich, dass diese Arbeit nun in Form dieser Dokumentation eine Würdigung erfährt.

Eislingen, im März 2021

Harald Kraus

Danke

Als uns Harald Kraus mit seiner Idee überraschte, die 17 Jahre Pressearbeit der Eislinger SPD zu veröffentlichen, waren wir neugierig. Sind die Manuskripte nach gut 20 Jahren wirklich noch interessant?

Nach erstem Durchblättern waren wir sicher. Diese Dokumente sind nicht nur für Eislingen lesenswert, zeigen sie doch neben den kommunalpolitischen Themen auch ein Bild der großen Politik in den Jahren von 1998 bis 2015 auf.

Vielen Dank, Harald für die langjährige Arbeit, die tolle Idee und die Umsetzung.

Danke für das Bildmaterial: Paul Kottmann, Peter Ritz und Jochen Tham.

Hans-Ulrich Weidmann
Vorsitzender SPD Eislingen

1998

Samstag, 18. April 1998

WITGAR WEBER: „WIR SIND BEREIT!“

Am vergangenen Samstagmorgen wurde für die Eislinger Bürgerinnen und Bürger die fast schon geheimnisvolle Frage nach den drei „W“ beantwortet. Im „Café in der Baustelle“ – mitten drin im Geschehen um die Sanierung der Hauptstraße, der künftigen „guten Stube Eislingens“ – stellte sich der Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis Göppingen persönlich vor („witgar weber wählen“) und führte zahlreiche Gespräche mit Passanten. Im Mittelpunkt stand naturgemäß die am Tag zuvor erfolgte Wahl von Gerhard Schröder zum Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten. „Jetzt sind wir sicher, dass wir den Wechsel in Deutschland schaffen können“, wiederholte Witgar Weber mehrfach und stieß mit seiner Prognose meist auf Zustimmung:



Stadt-Zeitung

Information, Hintergründe, Meinungen

herausgegeben vom SPD-Ortsverein Eislingen

Ausgabe Nr.7; Juli 1998

SPD-Bundestagskandidat Dr. Witgar Weber auf dem Sprung nach Bonn

„Starke Bindungen an Eislingen“

Wenn am 27. September die Ära Kohl zu Ende geht, will er den Wahlkreis Göppingen im neuen Bundestag vertreten: Dr. Witgar Weber, der 42jährige Kreisvorsitzende der SPD. Der gebürtige Salacher sieht sich stark an Eislingen gebunden: „Schon in meiner Kindheit war Eislingen für mich ein wichtiger Bezugspunkt: Schließlich traf ich dort viele Klassenkameraden und an die Fußballspiele bei den Pfadfindern erinnere ich mich gern.“

Vor seinem Umzug nach Göppingen wohnte der promovierte Jurist, der heute als leitender Direktor für Wirtschaft und Infrastruktur beim Verband Region Stuttgart arbeitet, auch zeitweilig im Eislinger Süden. Da erscheint es fast unausweichlich, dass die Frau an Witgar Webers Seite eine Eislingerin ist. Ehefrau Erika stammt aus der bekannten Eislinger Bäckerei Schweiß.

Übrigens: Eislinger können Witgar Weber am 27. September mit ihrer Erststimme unterstützen.

Sie erreichen Dr. Witgar Weber...

- Kirchstraße 28, 73033 Göppingen
- Telefon 07161/745 19
- Telefax 07161/68 50 34
- E-Mail WitgarWeber@t-online.de

...und beim Eislinger Brunnenfest am 4. / 5. Juli.

www.
witgar
weber
wählen
SPD
Wir sind bereit.

Mit Eislingerin verheiratet: SPD-Kandidat Witgar Weber

Abbildung 1 – Stadtzeitung Juli 1998

.

Die SPD-Stadträte Stefan Maldacker, Jochen Tham und Bruno Mörixbauer diskutierten mit den Bürgern über die bevorstehende Bundestagswahl. Die CDU habe in ihren 16 Regierungsjahren nicht fertig gebracht, das „Krebsgeschwür Langzeitarbeitslosigkeit“, wie Weber sich ausdrückte, „zu beseitigen oder auch nur zu stoppen“. Weber dazu wörtlich: “Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist der Schlüssel zur Lösung der ökonomischen, finanziellen und sozialen Probleme.

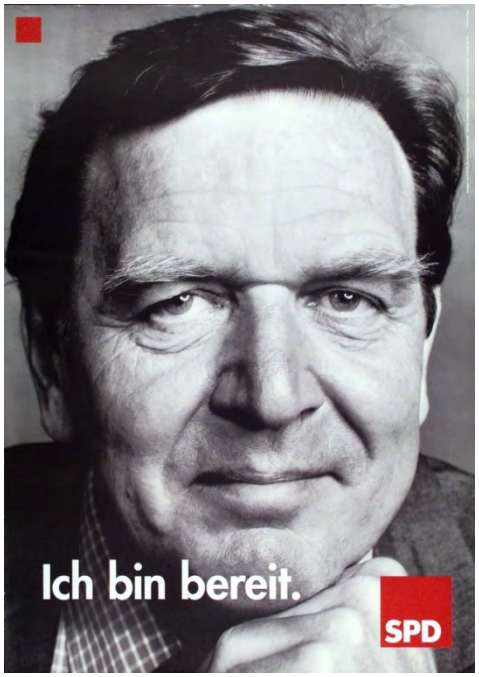


Abbildung 2 - Archiv SPD

Weber kündigte an, dass eine SPD-geführte Bundesregierung den Anstieg der Arbeitslosigkeit stoppen und für eine grundlegende Wende auf dem Arbeitsmarkt sorgen werde. „Wir werden die Soziale Marktwirtschaft erneuern“, hob Weber hervor und machte deutlich, dass die SPD auf die Kräfte des Marktes und auf die Leistungsbereitschaft der Menschen, aber auch „auf soziale Partnerschaft und auf soziale Stabilität“ setze.

Der Ortsvorsitzende Hartmut Komm pflichtete Weber bei und erwartet, dass sich Gerhard

Schröder unverzüglich nach seiner Wahl zum Bundeskanzler mit den Gewerkschaften und Unternehmern an einen Tisch setzen und Maßnahmen vereinbaren werde, die für den Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Zu einem Bündnis für Arbeit, so Komm, gehören Innovation und Gerechtigkeit als sozialer Ausgleich des Grundsatzes vom gegenseitigem Geben und Nehmen.

Stadträtin Dr. Heide Kottmann erklärte, dass sich die SPD sicher sei, mit Unterstützung der hoch qualifizierten und motivierten Arbeitnehmer, vorausschauenden und engagierten Managern und einem innovativen und flexiblen Mittelstand mit fleißigen Handwerkern und Freiberuflern eine Wende in der deutschen Politik herbei führen zu können. „Denn eine wettbewerbsfähige Wirtschaft," so Kottmann, „ist Voraussetzung und Grundlage für neue Arbeitsplätze, für Wohlstand und soziale Sicherheit".

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Eislinger Stadtrat, Peter Ritz, zeigte sich überzeugt davon, dass nur die SPD die Chancen der Globalisierung und der europäischen Einigung nutzen könne. „Einen Kostensenkungswettlauf gegen alle Billiglohnländer dieser Welt kann Deutschland nicht gewinnen. Wenn wir jedoch im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, dann müssen wir einfach produktiver und besser sein als unsere Konkurrenten". Dies werde die SPD mit einer klugen und pragmatischen Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik schaffen und damit für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze sorgen".

Uli Weidmann, Schriftführer im SPD-Vorstand, freute sich, dass das Wahlprogramm seiner Partei auch einen Aufbruch für Innovation und neue Technologien zu einem elementaren Bestandteil gemacht habe. „Deutschland kann mit einer Innovationsoffensive wieder eine Spitzenposition im internationalen Wettbewerb einnehmen, wenn alle Möglichkeiten bei den neuen Materialien, in der Informationstechnologie, bei den neuen Energiesystemen und in der Verkehrstechnologie genutzt werden", sagte Weidmann.

Allen Versuchen, die Tarifautonomie einzuschränken, erteilte Harald Kraus, Mitglied des SPD-Regionalvorstandes, eine Absage und begrüßte, dass das SPD-Wahlprogramm zwar flexible Lösungen in den Flächentarifverträgen im Hinblick auf die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen befürworte, aber genau so deutlich mache, dass auch den Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung getragen werden müsse. Bei kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten können teure Maschinen und Anlagen länger laufen, ohne dass die Menschen länger arbeiten müssen", bekräftigte Kraus.



Abbildung 3 - Baustelle am Cafe

Im „Café in der Baustelle" identifizierten sich zahlreiche Passanten mit weiteren Kernaussagen des SPD-Wahlprogramms, insbesondere damit, dass die soziale Partnerschaft in den Betrieben und in der Gesellschaft verteidigt und weiterhin praktiziert werden müsste.

„Kohl ist der Inbegriff für massiven Sozialabbau zu Lasten der kleinen Leute", schimpfte ein Passant, der deshalb am 27. September der SPD seine Stimme geben will.

Auch das Thema „Gerechte Steuern und solide Finanzen“ wurde von den Passanten mit dem SPD-Bundestagskandidaten Witgar Weber engagiert diskutiert. Weber betonte in diesem Zusammenhang, dass für die SPD zu einer Steuerreform eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuersätze, eine Erhöhung des Kindergeldes, aber auch eine Senkung der Unternehmenssteuersätze gehöre. „Insbesondere Arbeitnehmer und Familien müssen entlastet werden“, hob Weber hervor und fügte hinzu, dass andererseits „auch eine Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen erforderlich ist“. Viel Beifall erhielt Weber für die Aussage, dass Bürger mit sehr hohem Privatvermögen wieder einen gerechten Beitrag leisten müssten; die SPD, so Weber, „will damit „Bildung und öffentliche Dienstleistungen finanzieren“.

Dr. Witgar Weber kündigte ferner an, dass die SPD nach dem Regierungswechsel dafür sorgen werde, dass die Sozialabgaben gesenkt und eine ökologische Steuerreform auf den Weg gebracht werde. „Die Entlastung der Arbeit durch Verringerung der gesetzlichen Lohnnebenkosten ist ein Eckpfeiler unserer Politik für neue Arbeitsplätze“, antwortete Weber auf Fragen aus dem Publikum.

Leider sei aber nicht alles Wünschbare auch finanzierbar, da die CDU/CSU-Bundesregierung in den letzten Jahren eine gigantische Staatsverschuldung angehäuft habe, die „nicht in einer Woche“, so Weber, „abgebaut werden kann“. Auch über die Probleme der Rentenversicherung und über die Gesundheitspolitik wurde heftig diskutiert. Zur Zuwanderungspolitik betonten die SPD-Wahlkämpfer, dass die bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in einem weltoffenen Land integriert werden müssen, was aber nur gelingen könne, wenn die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft beachtet würden.

Leni Breymaier, Kreisvorstandsmitglied der SPD, erwartet von ihrer Partei in der Regierungsverantwortung einen Aufbruch für die Frauenpolitik und wies auf die Forderung im SPD-Wahlprogramm nach einer eigenständigen Alterssicherung für Frauen hin. „Aber auch Jugendliche dürfen nicht von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit geschickt werden“, sagte Breymaier und unterstützte das von der SPD angekündigte Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Dr. Witgar Weber bedankte sich bei seinem Eislinger Wahlkampf-Team und sagte: „SPD-Politik ist Politik für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen, dass es am 27. September einen Politikwechsel gibt. Wir sind bereit, wir schaffen es!“.

Mittwoch, 22. April 1998

60 JAHRE IM UMWELTSCHUTZ TÄTIG

SÜDÖL fordert neue Altölverordnung

Der Geschäftsführer der Südöl GmbH, Schneider, erhofft sich bei einem Regierungswechsel in Bonn mehr Aufgeschlossenheit und schnellere politische Entscheidungen bezüglich der aus seiner Sicht dringend notwendigen Novellierung der Altölverordnung.

Obwohl die Europäische Union (EU) die stoffliche Verwertung von Altölen ausdrücklich bevorzugen wollte, habe die Bundesregierung bisher auf diesem Gebiet die notwendigen Entscheidungen nicht getroffen.



Abbildung 4 - Südöl Foto Jochen Tham

„Jeder darf Altöl sammeln und hinbringen, wo er will“, erklärte der SÜDÖL-Geschäftsführer die gegenwärtige Situation anlässlich einer Betriebsbesichtigung des SPD-Ortsvereins Eislingen als fragwürdig und nicht im Sinne eines wirksamen und umweltfreundlichen Recycling-Verfahrens.

Schneider kritisierte auch, dass mit einer landeseigenen Gesellschaft, der SBW, Stuttgart, den privaten Altölverwertern mit Dumpingpreisen Konkurrenz gemacht werde. Dadurch, dass darüber hinaus die Zementwerke in hohem Maße Altöl verbrennen, das an sich für die Wiederverwertung geeignet wäre, würde in erheblichem Maße der wirtschaftliche Betrieb einer umweltpolitisch sinnvollen Altölverwertung, wie sie die Südöl betreibe, immer schwieriger. Überdies erfordere das von Südöl angewandte Verfahren 60 – 70 Prozent weniger Energieeinsatz als die Verbrennungsmethode. Nur knapp über ein Drittel des deutschen Altölaufkommens geht in das Recycling-Verfahren.

Im Rahmen der Führung durch die Betriebsstätte, an der auch die Technische Beigeordnete der Stadt Eislingen, Angela Bernhardt, teilnahm, erläuterte der Betriebsleiter der Südöl, Felix Grimm, das technisch ausgereifte Recycling-Verfahren, das sein Unternehmen bei der Wiederverwertung von Altölen anwende.

Die Beschaffung des „Rohstoffes“ erfolgt durch einen eigenen Fuhrpark, aber auch – leider nur zum geringeren Umfang – über den betriebseigenen Bahnanschluss. Insgesamt 12.000 Altölstellen in Süddeutschland – zum Beispiel Tankstellen und Kfz-Werkstätten, Industriebetriebe und Kraftwerke – entsorgen über Südöl die wertvollen Altstoffe.

Zunächst wird jeder Altölzugang im Labor gründlich auf Verunreinigungen und besondere Schadstoffe untersucht, damit eine qualitative Trennung und die jeweils zweckmäßige Vorbehandlung durchgeführt werden kann. Zum Teil kann eine Anlieferung erst erfolgen, wenn zuvor vom Südöl-Labor „grünes Licht“ gegeben worden ist. Nicht jede Charge Altöl wird von dem Eislinger Raffinerie-Werk akzeptiert. Handelt es sich um besonders verunreinigte Stoffe, werden diese abgelehnt und an die Sondermüllverwertung verwiesen.

Der Bearbeitungsprozess der Südöl, die auf über 60 Jahre Erfahrung mit der Wiederaufbereitung verweisen kann, ist in fast ein Dutzend Arbeitsschritte gegliedert. Zuerst wird das in den Altölen enthaltene Wasser durch Schwerkraftabsetzung ausgeschieden und eine chemische Spaltung der eventuell vorhandenen Emulsionsbestandteile vorgenommen. Danach werden weitere Wassermengen durch Zentrifugen-Einsatz entfernt. Möglicherweise enthaltene Anteile Kohlenwasserstoffe, zum Beispiel Benzin, werden durch eine „destillative Entwässerung unter atmosphärischem Druck“ abgetrennt.

Danach erfolgt eine thermische Vorbehandlung unter Vakuum, bei der enthaltene Additivreste „gecrackt“ werden. Nun erfolgt eine Raffination mit Schwefelsäure, mit der Verunreinigungen als Teer abgeschieden werden. Die anschließende Vakuumdestillation führt zur Gewinnung sogenannter Schmieröl-Fraktionen, dem Grundöl, dem Neutralöl und dem Gasöl. Mit Bleicherde wird im nächsten

Arbeitsgang eine Filtration der Schmieröle vorgenommen, die in sogenannten Kammerfilterpressen nachgearbeitet wird. Erst jetzt kann eine Mischung der Mineralölfraktionen zur Einstellung der gewünschten Eigenschaften des wiederverwertbaren Öls unter Einsatz entsprechender Zusatzstoffe erfolgen, um zum Beispiel Motorenöle höchster Spezifikation und Qualität zu erhalten.

Die gasförmigen Emissionen, die in einer Mineralölraffinerie unvermeidlich anfallen, werden bei Südöl in geschlossenen Rohrsystemen gesammelt und einer thermischen Nachverbrennung zugeführt. In diesem Zusammenhang bedauerte Betriebsleiter Felix Grimm die gelegentlichen Geruchsbelästigungen der Nachbarschaft, versicherte aber, dass weiterhin unablässig daran gearbeitet werde, dieselben durch Anwendung verbesserter Technologie noch stärker einzudämmen. Gegenwärtig ist bei Südöl eine neue Destillationsanlage, ein sogenannter „Ein-Rohr-Reaktor“, in Bau, der noch günstiger und umweltfreundlicher arbeiten könne und vor allem den Verbrauch von Säuren und Bleicherde auf ein Minimum senke. Das Abwasser wird in einer Elektroflotationsanlage so aufbereitet, dass es der öffentlichen Kanalisation zugeführt werden kann.

Auch ein Besuch bei der Werksfeuerwehr fehlte in dem Besichtigungsprogramm nicht. Kommandant Wiedemeier stellte die zahlreichen Brandschutzmaßnahmen und Gerätschaften vor, mit denen das Unternehmen die Sicherheit in den letzten Jahren enorm verstärkt habe. Auf dem Betriebsgelände befinden sich rund 1200 Rauchmelder, die äußerst sensibel eingestellt sind und Gefahrenherde sofort melden können. „Das führt zwar auch zu einigen Fehlalarmen, hält uns aber dafür fit und stets einsatzbereit“, meinte der Feuerwehrchef und wies darauf hin, dass die Werksfeuerwehr seit Beginn diesen Jahres die Arbeit als Gefahrgut-Bera-tungs-Stützpunkt aufgenommen habe. Das spezifische Know-how stelle die Südöl-Feuerwehr auch extern zum Beispiel bei Ölunfällen zur Verfügung. Wiedemeier hofft, dass mit dem Ausbau der Wasseranschlüsse zur Eislinger Wasserversorgung bald ein Löschvolumen von 12.000 Litern in der Minute zur Verfügung stehe und damit die Leistungsfähigkeit der Werksfeuerwehr weiter erhöht werde.

„Wir kontrollieren gnadenlos“, erklärte Betriebsleiter Grimm während des Aufenthalts der SPD-Gruppe im mit modernsten Analysegeräten eingerichteten Betriebslabor. Vor allem werden alle angelieferten Chargen auf Pentachlorphenol (PCB) eingehend untersucht. Besonders auf die sechs häufigsten der 209 bekannten PCB-Verbindungen wird jede eingehende Charge Altöl überprüft. Jeder Altstoff, der den Grenzwert von 4 ppm überschreitet, wird zurück gewiesen. „Dann muss der Altölbesitzer die Entsorgung als Sondermüll auf eigene Kosten vornehmen“, betonte Grimm.

Die SPD-Delegation nahm interessiert zur Kenntnis, dass in Eislingen schon 1865 eine Ölraffinerie bestand. Aus dem Eislinger „Täle“ wurde damals per Seilbahn ölhaltiger Schiefer über Großeislingen hinweg auf das heutige Werksgelände transportiert. Die Südöl, heute eine Tochtergesellschaft von Zeller+Gmelin GmbH, ist seit 1935 in Eislingen ansässig und baute die damals schon bestehende Rohölraffinerie so um, dass gebrauchte Motoren-, Getriebe- und Industrieöle aufgearbeitet werden konnten.

Das Eislinger Unternehmen beschäftigt heute (April 1998, d. V.) 72 Mitarbeiter, darunter 15 gut ausgebildete Tankwagenfahrer, die mit Vakuum-Tankzügen mit höchstem Sicherheitsstandard die zahlreichen Altölstellen im süddeutschen Raum entsorgen. Südöl arbeitet im Dreischicht-Betrieb und könnte, wenn es die politischen Rahmenbedingungen zuließen, ein

um 50 – 60 Prozent größeres Volumen an Altölen mit den bestehenden Anlagen verarbeiten. „Mit der in anderen Betrieben praktizierten Verbrennungs-Methode wird uns jedoch der Rohstoff zum großen Teil entzogen“, sagte Geschäftsführer Schneider und forderte, dass diese nur noch auf minderwertige Altöle beschränkt werden müsse. Geschehe dies nicht, fehle es an dem für einen wirtschaftlichen Dauerbetrieb erforderlichen Marktvolumen. Darüber hinaus sei der Wettbewerb unter den Altölverwertern gnadenlos.

Dr. Heide Kottmann, die die Besichtigung für die SPD-Mit-glieder organisiert hatte, bedankte sich bei der abschließen-den Gesprächsrunde bei den Herren Schneider und Grimm und stellte fest, dass die Besichtigung zahlreiche Informationen über den „vor der Haustür“ ansässigen Betrieb vermittelt habe. SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Ritz betonte, dass der Gemeinderat an einer kooperativen Zusammenarbeit mit dem umweltpolitisch engagierten Unternehmen interessiert ist. Leider hatte sich der Bundestagskandidat der SPD, Dr. Witgar Weber, kurzfristig aus beruflichen Gründen entschuldigen müssen.

Sonntag, 17. Mai 1998

HENKEL RECHNET FALSCH

Äußerungen des BDI-Präsidenten gerügt

Der Vorstand der SPD Eislingen hat sich mit den jüngsten Äußerungen des Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie beschäftigt und festgestellt, dass Henkel weder seinen Mitgliedsunternehmen noch dem Standort Deutschland einen Gefallen erweise, wenn er entgegen der Fakten die Gewinne der deutschen Unternehmen herunter- und die Steuerbelastung hinauf rede.

Die Berechnungen Henkels werden von der SPD als falsch bezeichnet, weil sie lediglich die tariflichen Steuersätze und nur jene für einbehaltene Gewinne von Kapitalgesellschaften berücksichtige.

Der Pressereferent des SPD-Ortsvereins Eislingen, Harald Kraus, erklärte dazu: „Wieder einmal benutzt der BDI-Präsident untaugliche Zahlen, um einen falschen Eindruck über die tatsächliche Situation von deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich zu ermitteln“. Als Beleg ziehe er die sogenannte Nettoumsatzrendite heran. Dabei handelt es sich um den Jahresüberschuss nach Steuern im Verhältnis zu den Umsatzerlösen.

Unter Experten, so die SPD Eislingen, bestehe jedoch Einigkeit, dass dieser Wert keine Aussagekraft besitze und für einen internationalen Vergleich völlig ungeeignet sei. „Dabei bleiben unterschiedliche bilanzpolitische Gestaltungsspielräume, abweichende Rechnungslegungs-Vorschriften und die verschiedenen Steuersysteme völlig unberücksichtigt“, kritisieren die Sozialdemokraten. Sie berufen sich dabei auch auf eine Aussage der Bundesregierung, „wonach international aussagefähige Vergleiche über die Höhe der Umsatzrenditen in Deutschland und den anderen EU- oder OECD-Ländern bislang nicht vorliegen“.

Die SPD Eislingen bezeichnet es als peinlich, wie Henkel zu verdrängen suche, dass in der deutschen Industrie ordentlich verdient wird und gute Gewinne gemacht werden. Auch die Wirtschaftsinstitute hätten auf beträchtlich höhere Gewinne vieler Unternehmen hin gewiesen. Das Bundeswirtschaftsministerium sei zu dem Ergebnis gelangt, dass für ausländische Investoren der Standort Deutschland im internationalen Vergleich attraktiv sei, weil durch entsprechende Gewinnverwendungsstrategien die Steuerbelastung auf ein Niveau reduziert werden könne, was dem Vergleich mit anderen Ländern standhalte.

Die SPD Eislingen stellt dagegen fest, dass in Deutschland die geringste Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften, eine volle Gewinnausschüttung und eine Reduzierung der Steuerlast durch Einsatz von Fremdkapital ermögliche. Durch eine sorgfältige Planung der Bemessungsgrundlagen und durch so genannte steuereffektive Aquisitionsions-strategien bestünde bei der Bilanzierung ein erheblicher Gestaltungsspielraum, erklärte die SPD.

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Eislingen, Hartmut Komm, erklärte dazu: „Herr Henkel sollte die Feststellungen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Kenntnis nehmen und aufhören, den Standort Deutschland mit falschen Zahlen herunter zu reden. Der Standort Deutschland ist viel besser als Herr Henkel dies aus einseitigen Verbandsinteressen heraus propagiert“.

Samstag/Sonntag 4./5.Juli 1998

10 JAHRE SPD-BRUNNENFEST

Die SPD feiert am 4./5. Juli 1998 am Ludwig-Uhland-Brunnen in der Eislinger Talstraße ihr 10. Brunnenfest. Die Festwirtin Anni Dießenbacher hat mit ihrem Team ein buntes Programm vorbereitet. Nach dem Fassanstich durch Bürgermeister Günther Frank am Samstag um 14 Uhr beginnt ein Kinderflohmarkt. Die Erwachsenen können sich an Kaffee und Kuchen laben und ab 16 Uhr spielt das Trio Vöhringer zur Unter-haltung auf.

Am Sonntag lädt die SPD Eislingen zu einem Frühschoppen mit der Big-Band des EKG und „Leni am Mikro“ ein.



Abbildung 5 - Einladung Brunnenfest 1990

Um 14 Uhr startet ein Ballonwettbewerb für die Kinder und ab 15 Uhr spielt die Stadtkapelle Eislingen auf.

Das SPD-Team ist auf einen großen Besucheransturm vorbereitet und verspricht



Abbildung 6 - Brunnenfest 1998

ein gemütliches und unterhaltsames Fest. Auch der Bundestagskandidat Dr. Witgar Weber, hat seinen Besuch angekündigt.

Mittwoch, 29. Juli 1998

DUO RIESTER UND MOSDORF

Der 2. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und „Schatten-Arbeitsminister“ im Regierungsteam Gerhard Schröders, Walter Riester sowie der Bundestagsabgeordnete Sigmar Mosdorf, sprachen auf der Regionalkonferenz der SPD über innovative Arbeitsmarkt- und Industriepolitik.

Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Günther Frank und einleitenden Worten des stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Hofelich nahmen die beiden SPD-Politiker zum Thema „Innovation und Beschäftigung“ Stellung. Die Sozialdemokraten wollen das Thema Innovation konkreter machen und verdeutlichen, dass für sie die Frage, wie mehr Erwerbsarbeit und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden können, einen neuen Kulminationspunkt bilden.

Die Redner sagten übereinstimmend, dass die gegenwärtige Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP für die erheblich größer gewordene Armut in der Bundesrepublik verantwortlich sei. Die Regierung Kohl versuche, das wahre Ausmaß der Armut unter den Teppich zu kehren.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm wies darauf hin, dass die SPD-Bundestagsfraktion schon seit langem einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht fordere, was aber von der Kohl‘schen Bundesregierung abgelehnt werde. Dies sei ein weiteres Indiz dafür, dass die CDU/CSU nicht mehr gewillt sei, die wirklichen Probleme dieses Landes auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Peter Ritz, SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte, die christlichen Kirchen hätten bereits im vergangenen Jahr festgehalten, dass Armut noch immer stark tabuisiert werde. Der Streit um den Armutsbegriff ähnele jener Auseinandersetzung, wie sie Anfang der 70er Jahre über die Umwelt geführt wurde. Die Probleme seien geleugnet worden, weil sie sich angeblich nicht wissenschaftlich nachweisen ließen. Dr. Heide Kottmann fügte hinzu: „Die Regierung Kohl macht nicht nur mit den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit ungeniert Wahlkampf, sondern sie unterschlägt in unglaublich dreister Weise jene Daten, die ihr nicht ins Konzept passen. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, die sich in einer Notlage befinden“.

Riester und Mosdorf betonten in der lebhaften Aussprache, dass die CDU/CSU in Wahlkampfzeiten nicht zu einer sachlichen Diskussion imstande sei. … „Die SPD wird ihre Positionen weiterhin konsequent vertreten, erklärten Riester und Mosdorf bei ihrem gemeinsamen Auftritt im „Eichenhof“ in Eislingen.

Zum Thema Innere Sicherheit sagte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm, beruflich Kriminalhauptkommissar im LKA, dass nur ein Gesamtkonzept von abgestufter Repression und wirkungsvoller Prävention die innere Sicherheit, gewährleisten könne. „Die SPD ist die einzige Partei, die über ein solches Gesamtkonzept verfügt“.

Samstag, 1. August 1998 – SPD OV Eislingen

„ROTER TREFF“ IN VORBEREITUNG“

Um im Vorfeld der Bundestagswahl aktuelle politische Entwicklungen bewusst wahrzunehmen und darüber miteinander zu diskutieren, gründete die Eislinger SPD den „Ferienclub“, aus dem nach der Bundestagswahl 1998 der „Rote Treff“ (ursprünglich im „Grünen Baum“), als dauerhafte Veranstaltungsreihe entstehen wird, bei der zwei Prinzipien kategorisch eingehalten werden: An jedem 1. Donnerstag eines Monats wird höchstens eine Stunde lang über Politik diskutiert, danach

folgt der gesellige Teil, selbstredend mit Einsprengseln aktueller Themen oder Geschehnisse.

Am ersten Abend dieses Formats bezeichnete Uli Weidmann die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers Seehofer, den Patienten 500 Millionen Mark zurück zu erstatten, als vollmundig und als niederschmetternden Beweis dafür, was er mit der Privatisierung angerichtet hat. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalens hatte entschieden, dass auch keramisch verblendete Versorgungsformen beim Zahnersatz der Honorarbindung unterliegen und sich für die konträre Auffassung der Kassenzahnärzte im Gesetz nicht der geringste Anhaltspunkt finden lasse. „Eine SPD-geführte Bundesregierung wird zum Sachleistungsprinzip zurückkehren; „dazu gibt es keine Alternative“, sagte Weidmann.

Dr. Heide Kottmann erklärte, mit dem Haushaltsentwurf 1999 habe die Kohl-Regierung dokumentiert, dass für sie die Umweltpolitik keine Rolle mehr spiele. „Das ist für die Wahl ein wichtiges Signal, denn die Aussagen Kanzler Kohls zur Bewahrung der Schöpfung sind nur folgenlose Sprüche“, betonte Kottmann und wies darauf hin, dass der Minihaushalt zur Umwelt zwar um 70,9 Millionen Mark steige, aber die wichtigsten Ausgaben für Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen auf bescheidene 44 Millionen Mark gekürzt worden sind.

Unverständnis zeigte Kottmann dafür, dass der Haushaltsansatz für Umweltforschung nur geringfügig angehoben und die Zuschüsse für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben erheblich gekürzt werden. „Die Bundesrepublik ist der Nachzügler Nr. 1 im europäischen Naturschutz“, zog Kottmann Bilanz.

In der folgenden Diskussion wurde festgestellt, dass Bundesverkehrsminister Wissmann seine Aufsichtspflicht im Zusammenhang mit den Castor-Transporten sträflich vernachlässigt habe. Das Eisenbahnbundesamt, das für die Überwachung der Strahlenemission bei Castor-Transporten zuständig ist, unterstehe eindeutig Wissmann. Dieser habe die Unwahrheit gesagt, als er behauptete, die Zuständigkeit sei an das Umweltministerium abgegeben worden.

Harald Kraus stellte dazu fest: „Die Absicht war klar: Man wollte den als ‚Lichtgestalt‘ der angeschlagenen Union gehandelten Minister, der ein hohes Maß an politischer Mitschuld an dem Desaster hat, ‚aus dem Feuer‘ nehmen, wohl wissend, dass man kurz vor der Wahl die Umweltministerin trotz sträflicher Missachtung ihrer Kontrollpflichten nicht in die Wüste schicken konnte“. Die Diskutanten des SPD-Ortsvereins zeigten sich allerdings überzeugt, dass sich „das Problem Wissmann und Merkel“ mit den Wahlen am 27. September erledigen wird.

Mittwoch, 5. August 1998

POLITIK Mit ECHTEN LÖSUNGEN

„Das Altersteilzeitgesetz muss erstens für Mittel- und Kleinbetriebe praxisgängig gemacht werden; zweitens dürfen mehr als über 60.000 Hauptschulabgänger nicht von einer qualifizierten Berufsausbildung ausgegrenzt werden und drittens muss die Möglichkeit geschaffen werden, vermögenswirksame Leistungen auch in betriebliche Altersversorgungssysteme umzuleiten“.

Diese drei Kernaussagen machte der als Arbeitsminister im „Schattenkabinett“ von Kanzlerkandidat Gerhard Schröder vorgesehene Zweite Vorsitzende der IG Metall, Walter Riester, auf der Innovationskonferenz der SPD im „Eichenhof“ in Eislingen. Er werde sich für eine Politik einsetzen, so Riester, „die sich echten Problemlösungen verschreibt“.

Riester stellte fest, dass der von der konservativen Bundesregierung jetzt verherrlichte Aufschwung den entscheidenden Mangel habe, dass er sich auf dem sogenannten Ersten Arbeitsmarkt tatsächlich bei weitem noch nicht ausreichend ausgewirkt habe. Während in der Metallindustrie die Umsätze um gut 13,2 Prozent und die Produktivität um 9 Prozent sowie die Arbeitszeit um 3 Prozent gestiegen wären, habe die Beschäftigung nur um 0,2 Prozent daran zugenommen. „Die Abkoppelung des Arbeitsmarkts von der wir tschaftlichen Entwicklung ist offensichtlich“, beurteilte Riester die Lage und kritisierte die „Achterbahn-Politik“ der Bundesregierung in Bezug auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. 1997 seien diese um 40 Prozent zurück gefahren worden; diese ausschließlich an tagespolitischen Opportunitätsgesichtspunkten zu orientieren, sei nicht sachgerecht und führe dazu, dass die Träger der Maßnahmen keine ausreichende Planungssicherheit erhielten.

Bezugnehmend auf eine Prognos-Studie sagte Riester weiter, dass die Experten ab dem Jahr 2000 einen erneuten Einbruch in der Fahrzeug-Branche voraussagten. „Wenn dies käme, wäre das eine Katastrophe“, erklärte der Gewerkschafter. Gerade um künftige Entwicklungen in den Griff zu bekommen, seien integrierte Verkehrs- und Mobilitätskonzepte für die hoch industrialisierte Gesellschaft dringend erforderlich. Einen riesigen Bedarf an Investitionen und Arbeit sieht Riester bei den Kommunen, die jedoch finanziell kaum noch handlungsfähig wären. Andererseits könnten nach Experten-Schätzungen die Industrieunternehmen 500 Milliarden Verlustvorträge in ihre Bilanzen einstellen und sich somit der Zahlung von Steuern legal entziehen.

Der designierte Arbeitsminister wies ferner auf die Gefahr einer Verfestigung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit hin und leitete zu seinem Vorschlag über, das Altersteilzeitgesetz für Mittel- und Kleinbetriebe praxisgängig zu machen. Wenn dies gelinge, würden damit nach seiner Schätzung bis zu 250.000 Arbeitsplätze für junge Menschen frei werden und damit zu einer echten Beschäftigungswirkung führen. Gleichzeitig sei aber eine Qualifizierungsoffensive notwendig.

Riester verwies auf die Wahlaussage der SPD, nach der Regierungsübernahme ein Programm zur Schaffung von 100.000 neuen Ausbildungsplätzen aufzulegen. Er setze da-bei auf ein Bündnis mit der Wirtschaft, insbesondere mit dem Handwerk, für einige Jahre über den unmittelbaren Bedarf hinaus auszubilden, um der jungen Generation eine Grundlage und einen Einstieg in den Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Scharf kritisierte Riester die Verschlechterung des Kündigungsschutzgesetzes, die dazu führe, dass am 1. Oktober 1999 „auf einen Schlag acht Millionen Arbeitnehmer ihre Rechte verlieren.“ Dies werde er, so er der neuen Regierung angehöre, zu verhindern wissen.

Der Vorsitzende der Medien-Enquéte-Kommission des Bundestags, Siegmar Mosdorf, Esslingen, kündigte an, dass die Regierungsübernahme durch die SPD „keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung“ werde. „Angesichts leerer Kassen, aber auch leerer Köpfe in der gegenwärtigen Bundesregierung“ müsse das Land in eine bessere Zukunft geführt werden. In der zu Ende gehenden Ära Kohl habe sich Deutschland aus der Weltliga verabschiedet und müsse nun den fundamentalen Strukturwandel mit einer Globalisierungsstrategie beherzt angehen. Dafür sei in erster Linie eine besondere Excellenz deutscher Produktion und Dienstleistungen unabdingbar. „Kohl und seine Regierung haben dagegen die Patentgebühren erhöht, die Erfinderförderung abgeschafft und die erforderliche Internationalisierung versäumt“, stellte Mosdorf fest. Deutschland müsse wieder „zur

ersten Adresse für Qualifikation, Ausbildung und Service werden."

Mosdorf bezeichnete den Faktor „Information und Wissen" dabei als zentrale Kategorie und sprach sich für eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes, aber auch der regionalen Märkte, aus. „Unser Wirtschaftssystem muss, will es wieder erfolgreicher sein, auf die Handwerker und Selbstständigen setzen", sagte der SPD-Politiker. „Denken umkrempeln und Teilhabe organisieren" laute deshalb das Gebot der Stunde. Der Ausstieg aus der Krise sei nur mit einer neuen Innnovationspartnerschaft zu schaffen.

Im anschließenden Praxisgespräch mit Experten, das vom SPD-Bundestagskandidaten Dr. Witgar Weber souverän moderiert wurde, sprach sich Michael Mangold vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, dafür aus, EU-Fördergelder nicht mehr traditionell zu vergeben, sondern an Stelle der „Fließbandförderung" regionale Entwicklungsprozesse zu stärken und die dort vorhandene Kompetenz umsetzungsnah zu nutzen. Wirkungsvoll wären Maßnahmen für spezielle Zielgruppen." „Wir brauchen eine neue Perspektive für die Wirtschaftsförderung" lautete seine zentrale Botschaft.

Der Rektor der Fachhochschule Esslingen, Prof. Dr. Ing. Jürgen van der List, bedauerte den Ingenieursmangel und sprach sich dafür aus, jungen Leuten verstärkt ein Ingenieursstudium zu empfehlen. In den Schulen werde viel zu wenig über das Berufsfeld informiert, was seine FH mit zahlreichen Maßnahmen zu kompensieren versuche. Es sei unhaltbar, dass sich nur 3 Prozent der Abiturienten für ein Ingenieursstudium interessierten. „Hier muss unverzüglich gegengesteuert werden, wenn der weltweit gute Ruf deutscher Ingenieurskunst aufrecht erhalten werden soll. „Voraussetzung dafür ist aber, dass wir den jungen Leuten ein positives Bild über die Technik vermitteln", sagte van der List.

Karin Woyta von der Staufen Arbeits- und Beschäftigungs-GmbH (SAB), Göppingen, gab einen Überblick über die Aufgabe und Arbeitsweise ihres Sozialunternehmens und nahm Bezug auf die „Quadratur des Kreises": Diese liege vor, wenn die SAB einerseits „den Markt nicht stören und Konkurrenz zu gewerblichen Unternehmen vermeiden, aber andererseits Arbeitsplätze für die benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft schaffen soll."

Oberbürgermeister Hermann-Josef Pilgrim, Schwäbisch Hall, sagte in seinem Statement, dass es auch einen Wettbewerb zwischen den Kommunen gebe und ihn der verliere, der dabei nicht mitmache. Allerdings stünde den Gemeinden nur ein sehr begrenztes Instrumentarium zur Verfügung, um beschäftigungspolitisch wirksame Maßnahmen zu realisieren. Seine Stadt habe dem unter anderem dadurch Rechnung getragen, dass bei Auftragsvergaben zur Bedingung gemacht werde, dass 70 % der eingesetzten Arbeitnehmer zur Stammbelegschaft des Auftragnehmers gehören müssen. „Angesichts der dafür nur sehr unzureichenden Rechtslage steht man als Veranwortlicher quasi mit einem Bein im Gefängnis!"

Die Innovationskonferenz der SPD war von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, Peter Hofelich, Salach, eröffnet worden, der darauf hinwies, dass Innovation und Vollbeschäftigung „die „Zwillinge" einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik" seien und technische Spitzenleistungen, aber auch eine ausgewogene Sozialpolitik „Voraussetzungen für eine bessere Zukunft" wären.

Bürgermeister Günther Frank, Eislingen, hatte die Teilnehmer der Konferenz begrüßt und mit Genugtuung festgestellt, dass die SPD mit

dieser Konferenz „in die Provinz“ gegangen sei. Die typische Gemengenlage, wie sie im Filstal vorliege, biete eine ideale Plattform für die Diskussion, die die SPD um eine erfolgreiche Innovations- und Beschäftigungspolitik führe.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde festgestellt, dass der Ingenieursmangel das Ergebnis einer falschen, von der gegenwärtigen Regierung zu verantwortenden Berufsbildungspolitik sei.

Walter Riester gab klärende Antworten zu Aussagen des Unternehmers Stollmann und machte deutlich, dass etwaige Meinungsunterschiede nicht in der Öffentlichkeit und den Medien, sondern von ihm auf direktem Wege mit Stollmann besprochen worden seien. Er betrete jenes Glatteis nicht, das von interessierter Seite nur ausgelegt worden sei, um einen öffentlichen Streit um die eine oder andere inhaltliche Position zu provozieren. Riester wörtlich: „Das hätten die gern, dass wir uns im Regierungsteam zerstreiten; doch das wird den Konservativen nicht gelingen!“ Im Übrigen wären mehrere Aussagen Stollmanns fehlinterpretiert worden. „Eine neue Regierung braucht neue Gedanken und neue Köpfe; deshalb muss man damit souverän umgehen“, antwortete Riester auf eine entsprechende Frage.

Montag, 14. September 1998

KOHL MIT NEGATIVER BILANZ

In seiner Sitzung zum Auftakt des Wahlkampfendspurts hat der Vorstand des SPD-Ortsvereins Eislingen festgestellt, dass „der am längsten amtierende Kanzler dieses Jahrhunderts“ eine katastrophale Bilanz seiner Regierungszeit zu verzeichnen habe. Der Ortsvorsitzende Hartmut Komm sagte, dass Kohl verantwortlich für die historischen Negativrekorde sei. Er, Kohl, müsse deshalb bei der Bundestagswahl am 27. September endlich dorthin geschickt werden, wo er am besten hin gehöre: „In die Rente!“

Die Sozialdemokraten erinnern daran, dass Helmut Kohl seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt vorgeworfen habe, er, Schmidt, sei ein „Kanzler der Arbeitslosen“. Kohl habe es dagegen in 16 Jahren geschafft, die Arbeitslosenzahl inklusive der sogenannten stillen Reserve, zu verdreifachen. “Selbst ohne diese Reserve und nach den diversen Rechentricks der Koalition haben wir heute immer noch 4,3 Millionen Arbeitslose“, stellte Komm fest und wies darauf hin, dass Kohls Ankündigung von 1996, er werde die Arbeitslosenzahl bis 2000 halbieren, längst als eine „Fata Mogana“ entlarvt sei.

Hans-Ulrich Weidmann brachte zum Ausdruck, dass auch Kohl das vollmundige Versprechen, jeder, der eine Lehrstelle haben wolle, bekomme auch eine, nicht gehalten habe. Auch die Ankündigung Kohls, es werde keine Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit geben und er wolle die Steuern senken (1994), sei, so Weidmann, „nicht mehr als ein Rohrkrepierer“ gewesen. Allein seit 1990 habe die Regierung Kohl die Steuern um mehr als 50 Milliarden Mark erhöht.

Auf die höchste Zahl der Firmenpleiten seit dem Krieg wies Harald Kraus hin und sagte, die CDU-Plakate mit der Aufschrift „Den Aufschwung wählen“ stünden in eklatantem Widerspruch zur aktuellen wirtschaftlichen Situation.

Einen weiteren Negativrekord Kohls benannte Konrad Dießenbacher: 1982 habe die CDU einen Regierungswechsel gefordert, weil die SPD vermeintlich nicht mit dem Geld umgehen könne. „Die Staatsverschuldung lag damals bei 339 Milliarden Mark, nach 8 Jahren Kohl stieg sie auf 542 Milliarden Mark und liegt zur Zeit

bei 942 Milliarden Mark“, rechnete die SPD-Stadträtin vor. Er stellte fest: “Selbst ohne Waigels versteckte Schattenhaushalte hat Kohl damit die Staatsverschuldung in den letzten 16 Jahren so gut wie ver-dreifacht.

Sayed Mohamed, Mitglied im Ortsvorstand der SPD, machte aus seiner Auffassung über die Negativrekorde der Regierung Kohl ebenfalls keinen Hehl und sagte, dass in der Regierungszeit des CDU-Kanzlers der größte Sozialabbau seit dem Krieg stattgefunden habe. Kohl habe versprochen, den Sozialstaat nicht abzubauen, sondern zu „modernisieren“, tatsächlich wären aber die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer geworden. Dies sei aber auch kein Wunder, so der Sozialdemokrat, habe die Regierung Kohl doch seit 1982 insgesamt 98 Milliarden Mark bei Rentnern und Arbeitslosen gekürzt.

Pressereferent Harald Kraus ergänzte: „Ergebnis dieser katastrophalen Politik ist die höchste Jugend- und Altersarmut, die höchste Zahl an Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen nach dem Krieg sowie ein Heer von Langzeitarbeitslosen.

In den Tagen vor der Wahl wollen die Sozialdemokraten deshalb nochmals „aufdrehen“ und den Wählerinnen und Wählern vermitteln, dass es nun Zeit für einen Regierungswechsel sei. „Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik ein, die zu einem spürbaren Beschäftigungsaufschwung führt“, sagte der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm. Arbeitnehmer und Familien müssten entlastet und zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zurück gekehrt werden. Dies sei nur mit einer von der SPD geführten Bundesregierung mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler zu erwarten. „Nur dann wird Deutschland wieder besser regiert werden“, sagte Komm voraus.

Donnerstag, 17. September 1998

„KAMPFELEFANT“ KOHL IST MÜDE

„Wenn einer heute das Wort „Reform“ hört, denkt er: Kohl und Blüm wollen wieder an unseren Geldbeutel!“ So fassten zahlreiche Mitglieder des SPD-Ortsvereins die Stimmung zusammen, die sie in zahlreichen Gesprächen bei Informationsständen und Veranstaltungen aus der Wählerschaft zu verzeichnen hatten.

Die Sozialdemokraten kommen zu dem Ergebnis, dass in der Ära Kohl der Reformbegriff erheblichen Schaden genommen hat. Es sei deshalb logisch und überzeugend, wenn Gerhard Schröder angekündigt habe, nach dem Wahlsieg mit seiner Regierung die Kürzungsgesetze der jetzigen Koalition bei den Renten, im Gesundheitswesen und bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zurück zu nehmen.

Anlässlich seines letzten Auftritts im Bundestag vor der Wahl sei für jedermann deutlich geworden, dass der „Kampfelefant“ Kohl müde und alt geworden, das Schwinden seiner Kräfte unübersehbar geworden und sein Blick nur vergangenheitsbezogen gewesen sei. Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der Zukunft habe er nicht gegeben.

„Offenbar hat er selbst gemerkt, dass er der gestellten Aufgabe nicht mehr gewachsen ist“, war der Eindruck der Eislinger SPD-Mitglieder. Gerhard Schröder habe deshalb zu Recht festgestellt, dass der „künftige Altkanzler“ mit der Gegenwart, geschweige mit der Zukunft Schwierigkeiten habe. Aus der geistig-moralischen Wende sei, so die Sozialdemokraten in ihrer Diskussion, für junge Menschen eine bisher nie gekannte Ausbildungsplatz-Not hervorgegangen. Die Staatsverschuldung sei in den 16 Regierungsjahren Kohls auf das Rekordniveau von 1,5 Billionen Mark angewachsen.

In den letzten Tagen, so Pressereferent Harald Kraus, sei in besonderer Weise deutlich geworden, dass die Familienpolitik von CDU und CSU absolut gescheitert sei. Mit ihrem Vorschlag für eine Mehrwertsteuer-Erhöhung Mittel zur steuerlichen Entlastung von Familien und Arbeitnehmern in niedrigen Lohngruppen „freizuschaufeln“, habe die Familienministerin Nolte ein weiteres Mal die Konzeptionslosigkeit der Kohlschen Familienpolitik entlarvt. Auch wenn sie anschließend zurück gerudert sei, ließen die Äußerungen von Frau Nolte erahnen, was eine weitere Kohl-Regierung den Familien weiter zumuten würde. „Statt Steuererhöhungen brauchen wir ein gerechtes Steuersystem, das Familien mit Kindern wirklich entlastet“, erklärte dazu der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm. Dazu stehe eine SPD-geführte Bundesregierung nach der Wahl bereit.

Auch zu den Angriffen des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber äußerten sich die Sozialdemokraten in ihrer Zusammenkunft. Stoiber benutze Statistiken gerade so wie es ihm in den Kram passe. Tatsache sei, dass in der Amtszeit Stoibers die Arbeitslosigkeit in Bayern deutlich stärker gestiegen sei als zum Beispiel in Niedersachsen und im Saarland.

„Die Abkürzung CDU muss man neu interpretieren“, sagte Pressereferent Harald Kraus. „Das C steht für Chaos bei den Finanzen, das D für Dauerarbeitslosigkeit und das U für Ungerechtigkeit!“

Die Sozialdemokraten kritisierten ferner den neuesten Vorschlag aus der Union, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen zu legen. „Dies ist ein Vorschlag zu Lasten der Kommunen und der Arbeitslosen“, sagte Fraktionsvorsitzender Peter Ritz. Er vertritt die Auffassung, dass so kein einziger Arbeitsplatz entstehe.

„Vielmehr will sich die jetzige Bundesregierung nur aus ihrer Verantwortung für die Arbeitslosigkeit heraus halten und diese stattdessen den Kommunen aufbürden“. Ritz fügte hinzu, dass diese schon heute systemwidrig mit Kosten der Arbeitslosigkeit belastet würden.

„Dagegen will die SPD“, so Ritz, „Arbeitslosen und Kommunen tatsächlich helfen und die Beschäftigungshilfen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger ausbauen. Dafür soll die Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialämtern gesetzlich geregelt und ein Finanzierungsanteil der Bundesanstalt für Arbeit festgelegt werden“.

Montag, 21. September 1998

DEUTSCHLAND WILL DEN WECHSEL

In einer Zusammenkunft mit den Mitgliedern seines Wahlkampfteams zeigte sich der Bundestagskandidat der SPD sehr optimistisch über den Ausgang der Wahl am kommenden Sonntag. Dr. Witgar Weber sagte, angesichts der Selbstauflösungserscheinungen der Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP, die sich nicht nur über Sachfragen zerstreite, sondern sich nicht einmal darauf einigen könne, wer die verbrauchte Mannschaft führen soll, werde deutlich, dass Deutschland den Wechsel will. Dies habe er in zahllosen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern des Wahlkreises feststellen können, sagte Weber.



Abbildung 7 - Wahlkampf mit Witgar Weber

„In Bonn herrscht Torschlusspanik vor dem Machtverlust. Jeder Bundesligaverein in diesem Zustand würde den Trainer und das Präsidium feuern“, erklärte der SPD-Kandidat. Ihn wundere deshalb nicht, wenn nur noch 21 Prozent der Bürger einen Wahlsieg Helmut Kohls für wahrscheinlich hielten. „Dies ist auch klar, denn die Wählerinnen und Wähler haben die Nase voll von einer verfehlten Wirtschaftspolitik, von Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und sozialen Ungerechtigkeiten“, stellte Dr. Witgar Weber weiter fest.

„Die Sozialdemokraten wollen Modernität und Gerechtigkeit miteinander verbinden“, bekräftigte der SPD-Politiker und betonte, dass eine SPD-geführte Bundesregierung das Bündnis für Arbeit beleben, 100.000 Ausbildungsplätze schaffen und eine Steuerreform in Angriff nehmen wolle, die den Mittelstand stärke und die Arbeitnehmer spürbar entlaste“, sagte Weber. „Wir werden die Kürzungen bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und im Rentensystem korrigieren“, kündigte Weber an und bat sein Wahlkampfteam um einen Schlussspurt in den letzten Tagen vor der Wahl.

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Hartmut Komm, machte auf die nach wie vor günstigen Meinungsumfragen aufmerksam, wonach die SPD im Durchschnitt vier Prozent vor der Union liege. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass bei der Wahl die Demoskopen bestätigt werden, die für die aufgesplitterten Rechtsextremen ein Ergebnis von nur unter fünf Prozent vorhersagen.

„Mit weitem Abstand gilt die Entwicklung am Arbeitsmarkt als wichtigstes Problem“, betonte Pressereferent Harald Kraus. Zur sozialpolitischen Situation sagte er: „Die noch amtierende Bundesregierung hat den Blick für die reale Situation der Menschen verloren. Sie muss sich durch die Bundesanstalt für Arbeit laufend korrigieren lassen. Es wird nach dem Prinzip ‚wegschauen, aussitzen und schönreden‘“ verfahren“.

Stadträtin Dr. Heide Kottmann, stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, berichtete von den Erfahrungen aus den unzähligen Wahlkampfveranstaltungen und zog das Resümee, dass sich die Menschen nicht mehr von der Tatsache ablenken ließen, dass die gegenwärtige Regierung die Probleme nicht im Griff habe. „Die Bürger erleben Arbeitslosigkeit und stetig steigende Lebenshaltungskosten. Und das Finanzamt zieht ihnen die letzten Groschen aus der Tasche, während immer mehr Millionäre frohlocken, weil sie ihre Steuerschuld auf null gebracht haben“, sagte die Sozialdemokratin. Die jetzige Regierung sei zu einer innovativen, gerechten Politik nicht fähig, würde sie doch weiterhin der Klientelpartei FDP stets zu Lasten der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen nachgeben.

Dr. Witgar Weber sagte zum Abschluss der Wahlkampfsitzung: „Nach den langen Jahren des Stillstands und der Stagnation braucht Deutschland jetzt einen Politikwechsel. Wir wollen eine Republik, die sich den Herausforderungen des neuen Jahrhunderts stellt.

Mittwoch, 23. September 1998

"REIF FÜR REGIERUNGSWECHSEL"

Wahlaufruf der SPD zur Bundestagswahl

Der SPD-Ortsverein ruft alle Wählerinnen und Wähler auf, am kommenden Sonntag mit ihrer Wahlentscheidung den politischen Stillstand zu beenden. „Die Zeit ist reif für einen Regierungswechsel". heißt es in dem Wahlaufruf der Sozialdemokraten. Die Erststimme für Dr. Witgar Weber und die Zweitstimme für die SPD abzugeben, bedeute, so die SPD, eine kluge und zukunftsgerichtete Entscheidung zu treffen.

Weiter heißt es in dem Wahlaufruf wörtlich: „Die Regierung Kohl ist ausgebrannt. Sie tritt auf der Stelle. Helmut Kohl ist an der Aufgabe gescheitert, die staatliche Einheit Deutschlands durch die innere Einheit zu vollenden. Wer die Perspektivlosigkeit der amtierenden Koalition nicht fortgesetzt wissen will, muss deshalb SPD wählen."

Die SPD betont weiter, dass sie ökonomisches Wachstum wolle, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Sie setzt auf Innovation und Gerechtigkeit. „Neue Produkte, neue Unternehmen und neue Märkte sind die Voraussetzung für neue Arbeit. Deshalb wollen wir mit einem Bündnis für Arbeit moderne Wirtschaftspolitik mit Wachstumsorientierung und Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeit zusammen bringen."

Die SPD will, dass das Sozial- und Rentensystem zukunftssicher und finanzierbar wird. Die ältere Generation habe dieses Land aufgebaut. „Jetzt hat sie Anspruch auf eine gerechte und verlässliche Alterssicherung", heißt es im Wahlaufruf.

Der Wahlaufruf hat desweiteren folgenden Wortlaut: „Wir wollen das Sozialsystem fairer und gerechter machen und von Fehlentwicklungen befreien. Durch steuerpolitische Maßnahmen und eine Senkung der Lohnzusatzkosten muss von dem, was die Menschen erarbeitet haben, wieder mehr in ihrem eigenen Geldbeutel bleiben. Es geht um die gerechte Teilhabe am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand.

Wir wollen, dass die ökonomische Modernisierung dem Schutz unserer Umwelt dient. Gleichzeitig wollen wir zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, in dem Weltoffenheit, Toleranz und Kultur aufblühen. Die Künstler, Intellektuellen und Wissenschaftler laden wir ein, aktiv an der Modernisierung unseres Gemeinwesens mitzuwirken. Sie sollen uns herausfordern! Wir brauchen einen Wettbewerb der Ideen!

Wir wollen, dass unsere Wohnorte wieder Geborgenheit und Sicherheit vermitteln. Niemand darf Angst haben müssen, sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Dazu gehört Härte gegen Kriminalität, aber auch Entschlossenheit im Kampf gegen ihre Ursachen.

Jeder soll die Chance erhalten, sich in der Arbeitsgesellschaft zu behaupten, um in Würde durch eigenes Tun seinen Lebensunterhalt zu sichern. Dabei sind die Qualifizierung der Arbeitnehmer und neue Impulse für Forschung und Entwicklung Voraussetzung dafür, dass Deutschland ein Wohlfahrtsstaat bleibt. Die soziale Marktwirtschaft hat unserem Land Wohlstand und eine stabile Demokratie gebracht. Sie hat aber in den vergangenen Jahren auch Schaden genommen. Die soziale Marktwirtschaft bleibt unverzichtbar und sie muss erneuert werden.

Weiter kündigen die Sozialdemokraten an: „Wir werden die Fehlentscheidungen und schlimmen Versäumnisse der gegenwärtigen Bundesregierung wie angekündigt korrigieren. Dies ist Voraussetzung dafür, die notwendigen Reformen zu beginnen, um den Reformstau in Deutschland Schritt für Schritt aufzulösen".

„Deutschland braucht den politischen Neuanfang. Wer ihn will, muss sich jetzt für die SPD entscheiden“, lautet der SPD-Appell. „Das gilt auch für junge Menschen. Ihnen sagen wir: misstraut den angeblich einfachen Lösungen. Unser Land braucht Weltoffenheit. Wer rechtsextrem wählt, schadet sich und beschädigt seine Zukunft! Wer den Wechsel will, muss die SPD stark machen. Wer nicht wählt, wählt den politischen Stillstand“.

Montag, 28. September 1998

SPD FEIERT FULMINANTES ERGEBNIS

Die Sozialdemokraten feierten am Sonntagabend zusammen mit ihren Freunden aus dem Kreis Göppingen den in der Höhe unerwarteten Wahlsieg ihrer Partei und bejubelten das hervorragende Ergebnis. Ihr Glückwunsch galt vor allem dem Kandidaten Dr. Witgar Weber, der lediglich mit 19 Stimmen hinter seinem Konkurrenten Riegert zurück blieb und damit das Direktmandat nur knapp verpasste.

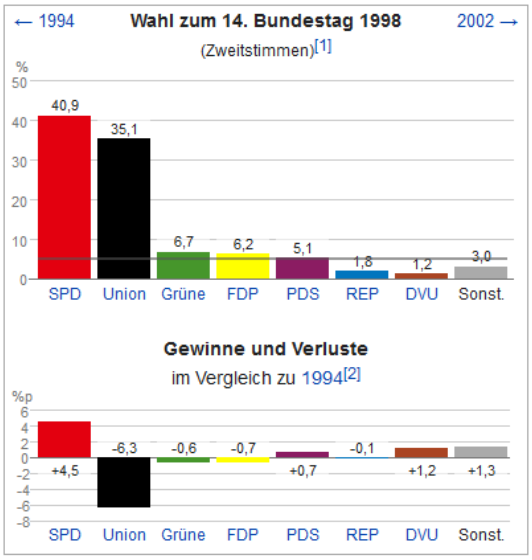


Abbildung 8 Quelle Wikipedia

Selten hat man die SPD so ausgelassen feiern gesehen; je-des Ergebnis aus den einzelnen Stimmbezirken wurde mit lautstarkem Jubel bedacht. Auf einer Großleinwand konnte die Fernsehübertragung aus den Wahlstudios verfolgt werden. Bereits nach der Prognose um 18 Uhr ging es im Alten E-Werk hoch her, nach der ersten Hochrechnung wollte der Jubel unter den Sozialdemokraten kein Ende mehr nehmen. Für die SPD Eislingen sagte deren Vorsitzender Hartmut Komm: “Wir danken zuerst unseren Wählerinnen und Wählern, nicht minder aber unseren unzähligen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die dazu beigetragen haben, dass nach 16 Jahren die Ära Kohl zu Ende ging!“

Die Eislinger SPD ist glücklich darüber, dass nunmehr eine Bundesregierung unter Führung von Gerhard Schröder daran gehen kann, „unser Land durchgreifend zu modernisieren und den Reformstau zu überwinden. Der staatlichen Einheit müsse nun auch die innere Einheit folgen.

„Nach Brandt und Schmidt steht Gerhard Schröder für Erneuerung und Aufbruch und damit in bewährter sozialdemokratischer Kontinuität“, sagte die stellvertretende Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann, die zum Wahlkampfteam Webers gehörte und am Sonntagabend neben vielen anderen Helfern den Dank der Partei entgegennehmen durfte. Besonders gelobt wurde der von dem Eislinger Uli Weidmann gestaltete Internet-Auftritt, den die SPD zu einer Dauereinrichtung machen will.

„Die SPD steht für ökonomische Stabilität und Entwicklung, für innere Sicherheit und für außenpolitische Kontinuität“, fügte Stadtrat Peter Ritz hinzu, der unter tosendem Beifall das Eislinger Ergebnis in die Wahlparty überbrachte.

„Wir sind sicher, dass die künftige Bundesregierung unter Gerhard Schröder als erstes und wichtigstes den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit aufnehmen und ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung zustande bringen werde“, kündigte Hartmut Komm an. Dabei wer-

den sich nach seiner Einschätzung die Akteure der Volkswirtschaft ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Arbeitsmarkt nicht entziehen.

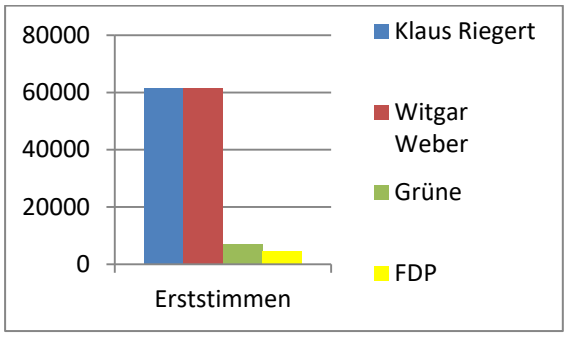


Abbildung 9 - Quelle Statistisches Landesamt

Witgar Webers äußerst knappes Ergebnis wurde den ganzen Abend in der Wahlparty anhaltend frenetisch bejubelt, hatte es doch alle Erwartungen der Sozialdemokraten übertroffen. „Den Abstand zu Riegert von fast 6000 auf 19 Stimmen zu verringern, das ist ein phantastischer Erfolg“, kommentierte Pressereferent Harald Kraus die Situation.

Hinweis für die Redaktionen:

Falls sich nach Eingang dieser Mitteilung das Ergebnis im Wahlkreis noch geändert haben sollte, d. h. der Abstand Riegerts vor Weber im vorläufigen Endergebnis geringer oder größer geworden sein sollte, bitte seitens der Redaktion die Zahl „19“ entsprechend korrigieren.

Sonntag, 18. Oktober 1998

KOALITIONSVERTRAG DISKUTIERT

Über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen in Bonn wollen die Eislinger Sozialdemokraten am Donnerstag, 5. November, mit ihrem denkbar knapp unterlegenen Wahlkreiskandidaten Dr. Witgar Weber diskutieren.

Die Veranstaltung bildet den Auftakt einer Aktionsreihe, die der SPD-Ortsverein unter das Motto „Roter Treff im Grünen Baum“ stellt und interessierten Bürgern Gelegenheit geben soll, nach dem Machtwechsel in Bonn an der politischen Diskussion mit den Sozialdemokraten teilzunehmen. Die Zusammenkünfte finden jeweils am 1. Donnerstag jeden Monats im „Grünen Baum“ statt. „Mit dieser Reihe wollen wir auch in Eislingen das Vertrauen und die Sympathie rechtfertigen, die uns bei der Wahl am 27. September geschenkt wurde“, erklärte der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm.

„Angesichts des äußerst knappen Vorsprungs wird sich MdB Klaus Riegert (CDU) warm anziehen müssen“, heißt es in einem in der Veranstaltung vorab bekannt gemachten Mitgliederbrief des SPD-Ortsvereins, mit dem der Erdrutsch-Sieg kommentiert, aber auch darauf hingewiesen wird, dass die Sozialdemokraten nach 16 Jahren wieder in der Verantwortung stünden und vor allem das brennendste Problem, die Jugendarbeitslosigkeit, vorrangig lösen müssten.

Weitere aktuelle politische Fragen wurden in der ersten Ortsvorstandssitzung der SPD nach der Wahl diskutiert. Die anstehenden Probleme ließen keine Zeit für unangemessene „Selbstbeweihräucherung“, sondern die nächsten Herausforderungen, die Europawahl und die Kommunalwahlen im Herbst müssten zielstrebig in Angriff genommen werden, so die SPD.

Zur Europapolitik erklärte Pressereferent Harald Kraus, dass der von der EU vorgelegte Eigenmittelbericht eine gute Grundlage sei, um mit den europäischen Partnern über eine gerechtere Verteilung der Finanzierungslasten in der Europäischen Union zu verhandeln. „Es ist erfreulich, dass die EU den von Gerhard Schröder favorisierten Ansatz für die Reform der EU-Finanzen aufgegriffen hat“, sagte der Sozialdemokrat und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass es zu einer Reform der europä-

ischen Agrarpolitik komme. Allerdings sei der bisher vorgesehene Ko-Finanzierungs-anteil von 25 Prozent zu gering. Eine substantielle Entlastung der deutschen Steuerzahler sei damit noch nicht zu er-reichen.

Leni Breymaier, Mitglied des Kreisvorstandes, erklärte, dass die SPD die Gleichstellungspolitik wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt machen wolle und die Diskussion darüber mit allen gesellschaftlichen Gruppen aufnehmen werde. „Nach dem Wahlergebnis der Bundestagswahl stehen wir im Wort, mit einer Politik ernst zu machen, die sich wieder an den Interessen der Frauen orientiert“, sagte Breymaier. Die jungen Frauen könnten zu Recht einen Ausbildungsplatz in zukunftsorientierten Bereichen erwarten. Auch der Zugang zu Hochschulen, in Wissenschaft und Forschung müsse für Frauen gefördert und erleichtert werden. „Ein Bündnis für Arbeit muss auch ein Bündnis für Frauen sein“, forderte die Sozialdemokratin und setzte sich dafür ein, dass die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessert und die berufliche Gleichstellung von Frauen voran gebracht wird.

Konrad Dießenbacher resümierte in der Sitzung, dass die Erststimmenkampagne der SPD außerordentlich erfolgreich geführt worden sei, denn von 32 bundesweit für die Aktion ausgesuchten Wahlkreisen sei in 19 das Direktmandat an die SPD gefallen. Besonders beeindruckend sei, so Dießenbacher, dass in den Wahlkreisen Ludwigshafen (Konkurrent Altkanzler Kohl), Mannheim, Mainz, Heidelberg, Aachen, Tübingen und Leipzig das Direktmandat von der SPD gewonnen worden sei. „Unsere Strategie war goldrichtig“, freute sich der Kassier des SPD-Ortsvereins und erläuterte auch mehrere Einzelergebnisse aus dem Wahlkreis Göppingen und der Stadt Eislingen. Das Wahlergebnis habe auch die Mitgliederentwicklung der SPD positiv beeinflusst. Bundesweit sind allein im Wahlmonat September so viele Menschen der SPD beigetreten wie in den ersten 9 Monaten des Vorjahres, berichtete Dießenbacher.

Uli Weidmann widersprach Behauptungen aus dem Lager der CDU, wonach die künftige rotgrüne Bundesregierung eine deutlich höhere Neuverschuldung als bisher erwäge. „Dies ist unqualifiziert, unseriös und die typische Reaktion von Politikern der abgewählten Koalition, die ihre Wahlniederlage noch nicht verdaut haben“, sagte Weidmann. Er wies darauf hin, dass im Rahmen der Koalitionsverhandlungen eine Reihe von Haushaltslöchern festgestellt worden sei, die die bisherige Regierung bewusst verdeckt habe. Die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte schränke zwangsläufig die politischen Gestaltungsspielräume erheblich ein.

Harald Kraus, Mitglied des Regionalvorstandes der SPD, wies auf den am kommenden Samstag in Göppingen stattfindenden Regionalparteitag hin, der unter dem Motto „Die Region mobil gestalten“ stehe. Er verwies auf die Einladung des Vorsitzenden der SPD in der Region, MdL Peter Hofelich, Salach, der zahlreiche Delegierte und Gäste in der Stadthalle erwartet. Wenn die Region eine Auto-Region bleiben wolle, dann müsse sie sich aber auch zum Vorreiter des „Dreiliter-Autos“ machen und ein integriertes Verkehrskonzept entwickeln“, sagte Kraus.

Er erläuterte den dem Parteitag vorliegenden Antrag, der die nachhaltige Sicherung der Mobilität auf ökologisch vertretbarer Grundlage fordert und verlangt, dass die Politik und die Verkehrsunternehmen sich noch besser auf die Mobilitäts-Bedürfnisse der Menschen einstellen müssten. Im Zweifel sei dem öffentlichen Personennahverkehr der Vorrang vor dem Individualverkehr einzuräumen. „Die Takte der verschiedenen Verkehrsmittel müssen vollständig vereinheitlicht werden“, heißt

es in dem zur Abstimmung anstehenden Papier.

Gegenstand weiterer Anträge des Göppinger Regionalparteitages sind die Filder-Messe und die Regionalwahlen, die zusammen mit den Kommunalwahlen im Herbst nächsten Jahres stattfinden. Stadträtin Dr. Heide Kottmann fasste die wichtigsten politischen Ziele nach dem Machtwechsel zusammen: „Wir wollen mehr Arbeits- und sofort 100.000 Ausbildungsplätze, mehr Investitionen für Bildung, Forschung und Wissenschaft, mehr für die Bekämpfung illegaler Geldwäsche und illegaler Beschäftigung, mehr Steuergerechtigkeit, bezahlbare Gesundheitskosten und mehr soziale Gerechtigkeit“.

Samstag, 24. Oktober 1998

ZUKUNFTSMOBILITÄT SICHERN

Die Sozialdemokraten in der Region Stuttgart haben das Ziel, den Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr in den verdichteten Räumen von 25 auf 33 Prozent und in den ländlichen Regionen von 12 auf 18 Prozent zu erhöhen.

Dies soll mit dem Projekt „Stuttgart 21“ und vielen anderen Maßnahmen beim öffentlichen sowie beim Individualverkehr erreicht werden. Ein vom Regionalvorstand eingebrachter Antrag wurde auf dem SPD-Regionalparteitag am vergangenen Samstag in der Stadthalle mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Einen Initiativantrag des Göppinger Kreisvorsitzenden Dr. Witgar Weber, mit dem eine Einschränkung des Interregio-Angebots auf der Strecke Stuttgart - Göppingen – Geislingen – Ulm abgelehnt und entsprechende Verhandlungen mit der Bahn verlangt werden, verabschiedeten die Delegierten einstimmig.

In dem Beschluss der SPD zur Mobilitätsproblematik heißt es: „Der Verkehrszuwachs muss weitgehend auf den öffentlichen Verkehr gelenkt werden. Die Arbeitsteilung zwischen Bussen und Bahnen einerseits und dem Autoverkehr andererseits muss optimaler nach den jeweiligen Stärken der Verkehrsmittel gestaltet werden. Die knappen Investitionsmittel müssen für eine nachhaltige Verbesserung der Mobilität konzentriert werden.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende, Dr. Heide Kottmann, erklärte dazu: „In den nächsten Jahren fließen 20 Millionen Mark zusätzlich zur Verbesserung der Mobilität in die Region. Maßnahmen zur Verkehrslenkung und zur Verkehrsvermeidung müssen besser als in der Vergangenheit miteinander verknüpft werden. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss besser im Bewusstsein der Menschen verankert und bei Zielkonflikten muss dem öffentlichen Verkehr Vorrang eingeräumt werden“.

Der Europaabgeordnete Dr. Rolf Linkohr (Stuttgart) trug mehrere Gesichtspunkte aus europäischer Sicht bei und wies auf die von der EU beschlossenen Leitlinien zur Verkehrspolitik hin. Linkohr erwähnte, dass vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf die Umweltkosten entfielen, was etwa 500 Milliarden Mark entspreche, von 40.000 Verkehrstoten ganz zu schweigen. Zurzeit sei, so Linkohr, eine Renaissance des Schienenverkehrs zu beobachten. „Bahnhöfe und Züge müssen zu Erlebniszonen gemacht werden“, forderte Linkohr und führte zum Beweis erfolgreiche Beispiele in verschiedenen europäischen Städten an. Auch wenn Straßenbenutzungsgebühren nicht sehr populär seien, habe die Schweiz mit ihrer Volksabstimmung zugunsten einer Lastverkehrsabgabe Zeichen gesetzt, die die EU nicht ignorieren könne. „Allerdings muss EU-weit ein harmonisiertes Gebührensystem angepackt werden“, sagte Linkohr und mein-

te, dass die Gebührenerfassung (Maut) durch Satellitensysteme keine Zukunftsmusik mehr sei.



Abbildung 10 -Rolf Linkohr in Eislingen

Der Direktor des Karlsruher Verkehrsverbundes, Dieter Ludwig, betonte, dass in den Bussen sieben Mal mehr Menschen befördert würden als auf der Schiene. Trotzdem erlitten die Busse ein „schweres Schicksal“, weil die zunehmenden 30 km/h-Zonen, die Rechts-Links-Regel und weitere Hindernisse keine ausreichende Bevorzugung der Busse im Verkehr mit sich gebracht hätten.

Um wirtschaftlich fahren zu können, sei der Einsatz von 15 Meter langen Bussen künftig unverzichtbar. Ludwig betonte den „Supertrend hin zu Straßenbahnen“ und verwies auf die Erfolge seines Verkehrsverbundes. „Theoretisch könnten Sie heute von Karlsruhe bis nach Göppingen fahren, ohne einmal umsteigen zu müssen“, sagte der Experte und merkte beiläufig an, „dass aus dem Transrapid nichts werden wird, weil ohne eine Kompatibilität mit anderen Verkehrsmitteln eine Erfolgschance für den Transrapid nicht gegeben sei.

Ludwig, langjähriger Chef der Verkehrsbetriebe in der badischen Metropole, hielt den Grundsatz „Investieren statt subventionieren“ für ein Gebot der Stunde. „Vor dem Umsteigen steht aber das Umdenken“ fasste Ludwig zusammen und sprach sich für eine Regionalreform „in einem großen Schritt“ aus. Ludwig wies ausdrücklich darauf hin, dass die Preise im Nahverkehr „nicht an den Kosten sondern am Markt orientiert werden“ müssten. Dass dieses Konzept erfolgreich sei, beweise sein Verkehrsverbund in Karlsruhe.

Dieter Ludwig problematisierte ferner, dass die Regionalisierung der Zuständigkeit im Nahverkehr zu einer „zerfledderten“ Tarifstruktur geführt habe. Um einen optimalen Stand zu erreichen, müssten die Verkehrsverbünde „noch gewaltig daran arbeiten“. „Auto und Nahverkehr sind keine Gegner“, erklärte der Fachmann aus Karlsruhe abschließend.

MdL Peter Hofelich, Salach, erinnerte an die Initiative von MdL Frieder Birzele zur Fortschreibung des Regionalgesetzes. „CDU und FDP können nun nicht mehr länger lavieren, sie müssen endlich Farbe bekennen, wie sie in der Zukunft zur Region stehen“. Im Hinblick auf die gemeinsam mit den Kommunalwahlen stattfindenden Wahlen zum Regionalparlament zeigte er sich sehr optimistisch. Er sei überzeugt, so Hofelich weiter, dass vor dem Hintergrund des hervorragenden Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl auch in der Region für die SPD die Chance bestehe, stärkste Kraft zu werden. Angesichts des letztmaligen Ergebnisses von nur 26 Prozent sei aber eine enorme Kraftanstrengung notwendig, zu der er die Delegierten aus den Kreisverbänden Ludwigsburg, Rems-Murr, Böblingen, Esslingen, Göppingen und Stuttgart aufrief. „Wir sind die einzige Pro-Region-Kraft und erheben

deshalb den Führungsan-spruch“, rief Hofelich vor den über 80 Delegierten aus.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Regionalparlament, MdL Claus Schmiedel, Ludwigsburg, brachte zum Ausdruck, dass die Kompetenzzentren für innovative Entwicklungen in der Region ausgebaut werden müssten und verwies auf die erfolgreichen Beispiele auf dem Kraftwerksgelände in Marbach, aber auch an den Standorten Kornwestheim, Ludwigsburg, Böblingen und Sindelfingen sowie in Welzheim.

Zur Verkehrspolitik sagte Schmiedel, dass Rahmenbedingungen für-Schüler-Jahreskarten geschaffen werden müssten. Er kritisierte, dass die Reduzierung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung durch die Landesregierung bereits gravierende Einschnitte gezeigt habe und der Irrweg der Regierung auf diesem Gebiet somit offensichtlich werde. „Wer die jungen Menschen jetzt mit dem öffentlichen Nahverkehr nicht umwirbt, braucht sich nicht zu wundern, wenn sie als Erwachsene nicht zur Kundschaft gehören“, betonte Schmiedel.

„Die Wachstumschancen im Dienstleistungsbereich müssen, genutzt und ausgeschöpft werden“, führte Schmiedel weiter aus und bekräftigte die Notwendigkeit, die Innenstädte dadurch zu schützen und aufzuwerten, dass die Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben nicht mehr genehmigt werden sollte. Um die Attraktivität der Zentren zu fördern, regte er einen Wettbewerb um die kundenfreundlichste Innenstadt in der Region an.

Ein Leitantrag befasste sich mit der Finanzierungsfrage. Es wurde festgestellt, dass der Nahverkehr für die Kunden so-wie für die Städte und Gemeinden bezahlbar bleiben müsse und Investitionshilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz unverzichtbar seien. Im Berufsverkehr müsse, so die Forderung des Regionalparteitages, der öffentliche Verkehr dem Auto gleichgestellt werden. Durch weitere Rationalisierung und die noch stärkere Nutzung von Synergieeffekten hätten die Nahverkehrsunternehmen ihren Beitrag zum bezahlbaren ÖNPV zu leisten. „Insbesondere im ländlichen Bereich und in den Abend- und Nachtstunden sind weitgehend leere Busse durch flexible und bedarfsgerechte Angebote zu ersetzen, wobei das Fahrplanangebot aufrecht zu erhalten ist“, heißt es weiter in dem SPD-Papier.“

Dr. Witgar Weber, Präsidiumsmitglied des Parteitages, bezeichnete die Behauptung als „Quatsch“, dass unter einer SPD-geführten Regierung „beim Bus alles schlechter würde“. Er bezeichnete ein ausreichendes Angebot auf der Schiene, aber auch den Neubau der B 10 bis Geislingen-Ost als dringend erforderlich. „Wir brauchen beides“, sagte Weber, der zu Beginn die Delegierten in Göppingen begrüßt hatte. Der Vorsitzende der SPD in der Region, Peter Hofelich, wies in seinem Rechenschaftsbericht darauf hin, dass sich die Leistungen des Verbands Region Stuttgart sehen lassen könnten“; leider wird die Regionalidee nicht von allen Parteien mit der erforderlichen Schubkraft versehen“, sagte Hofelich ferner und stellte heraus, dass nur von der SPD die Rolle eines Motors in der Regionalpolitik erfüllt werde.

„Die Jobmaschine ‚Mobilität‘ gibt es derzeit nicht“, sagte Prof. Dr. Reinhard D. Kühne vom Lehrstuhl für Verkehrsplanung und Verkehrsleittechnik an der Universität Stuttgart in seinem Vortrag. Er wies darauf hin, dass die Zahl der Beschäftigten im Nahverkehr um fünf Prozent zurück gegangen wäre. Er befasste sich mit der Möglichkeit der Energierückgewinnung, die, wie unter anderem in Esslingen, praxisnahe Lösungen und bis zu 30 Prozent Einsparungen bringen könne. „Das Duo-Bus-System muss in der Region vorangetrieben

werden“, sagte der Wissenschaftler im Hinblick auf den Einsatz unterschiedlicher Antriebssysteme im gleichen Fahrzeug. Auch das Satelliten-System könne im Nahverkehr genutzt werden.

Eine lebhafte Diskussion um die Filder-Messe schloss sich der Antragsberatung zum Thema „Die Region mobil gestalten“ an. Mit großer Mehrheit beschlossen die SPD-Delegierten, dass eine inhaltliche Konzeption für die neue Messe überfällig sei und erst nach deren Vorlage eine Verständigung versucht und eine Konsenslösung für eine rasche Realisierung der Filder-Messe angestrebt werde könne. Voraussichtlich im Frühjahr 1999 will die SPD-Region auf einem weiteren Parteitag ihre endgültigen Beschlüsse zur Messe-Frage fassen. Eine stärkere Beteiligung der baden-württembergischen Wirtschaft und die Einbindung von benachbarten Städten und Gemeinden von außerhalb der Region in die Finanzierung war ebenfalls das mehrheitliche Anliegen der Sozialdemokraten.

Dienstag, 10. November 1998

AUFTAKT ZUM ROTEN TREFF

Mit dem nur knapp unterlegenen Wahlkreiskandidaten Dr. Witgar Weber können Eislinger Bürgerinnen und Bürger künftig am 1. Donnerstag jeden Monats den zwischen SPD und Bündns90/Die Grünen vereinbarten Koalitionsvertrag oder andere aktuelle Themen diskutieren. Die Veranstaltungsreihe ist als ständige Einrichtung angelegt. Der SPD-Ortsverein will damit Gelegenheit geben, nach dem Regierungswechsel in Bonn an der politischen Diskussion mit den Sozialdemokraten teilzunehmen und die Politik der neuen Bundesregierung kritisch zu begleiten.

Die Zusammenkünfte finden jeweils im „Grünen Baum“ statt. Das Veranstaltungsformat hat den Anspruch, dauerhaft zu funktionieren und nicht nur während Wahlkampfzeiten mit den Bürgern zu diskutieren und deren Meinungen und Auffassungen kennen zu lernen, ergänzte der Vorsitzende des Ortsvereins Hartmut Komm.

Stadträtin Dr. Heide Kottmann nutzte die Gelegenheit und gab in der vorbereitenden Sitzung die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bekannt, das das bayerische „Schwangerenhilfeergänzungsgesetz“ für rechtswidrig erklärt hat. “Die bayerische Staatsregierung hat in unzulässiger Weise versucht, durch ein eigenes Ärztegesetz schwangeren Frauen in Notlagen wieder den alten ‚Spießrutenlauf‘ zuzumuten. Dieser Spuk hat nun hoffentlich ein Ende. Jetzt ist für die Ärzte und Beraterinnen endgültig Rechtssicherheit gegeben“, freute sich Kottmann.

Auf die Aussagen im Koalitionsvertrag zur Frauenpolitik wies Stadträtin Anni Dießenbacher hin, wonach im Rahmen des von der rot-grünen Koalition beschlossenen Aktionsprogramms „Frau und Beruf“ ein effektives Gleichstellungsgesetz entwickelt werden soll. „Dieses ist notwendig, um gleiche Chancen für Frauen und Männer bei der Ausbildung in zukunftsorientierten Berufen herzustellen“ sagte Kottmann und ergänzte, dass dazu auch die erforderliche Unterstützung von Existenzgründerinnen gehöre.

Sonntag, 15. November 1998

„ROTER TREFF“ IST GESTARTET!

Der SPD-Ortsverein ist mit dem Verlauf seines ersten „Roten Treff im Grünen Baum“ sehr zufrieden und will die Veranstaltungsreihe in den nächsten Monaten fortsetzen. Im Mittelpunkt stand eine lebhafte Diskussion mit dem Kreisvorsitzenden Dr. Witgar Weber über den

zwischen der SPD und den Grünen abgeschlossenen Koalitionsvertrag.



Abbildung 11 - Roter Treff im Grünen Baum

Ein erfahrener Sozialdemokrat erinnerte daran, dass sich schon vor Jahrzehnten der damalige Ortsvortand regelmäßig im „Grünen Baum“ getroffen habe. Damit lebe jetzt eine Tradition aus früherer Zeit wieder auf. Diese Veranstaltungsreihe greift den Namen “Roter Treff im Grünen Baum“ wieder auf.

Witgar Weber betonte, dass der vorrangige Anspruch der neuen Regierung dem Abbau der Arbeitslosigkeit gelten müsse und die damit verbundenen Erwartungen in naher Zukunft eingelöst werden müssten.

„Die ökologische Modernisierung muss als Chance für Arbeit und Umwelt genutzt werden“, erklärte der Chef der Kreis-SPD. Dazu gehörten, so Weber, vor allem eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung.

Zur Steuerreform sagte Weber, dass angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen eine Veränderung in drei Stufen vorgesehen sei. Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm begrüßte, dass mit der Erhöhung des Kindergeldes bereits am 01.01.1999 begonnen werde. Stadtrat Jochen Tham hob den ersten vereinbarten Schritt zu einer ökologischen Steuerreform hervor, mit der eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglicht werde.

Auch der beabsichtigte „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Atomenergie wurde im „Roten Treff“ überwiegend positiv bewertet. Das Vorhaben der neuen Regierung, in Konsensgesprächen mit der Energiewirtschaft im Laufe eines Jahres zu einem Ausstiegskonzept zu gelangen, wurde als der richtige Weg bezeichnet.

Die stellvertretende SPD-Ortsvorsitzende Dr. Heide Kottmann freute sich darüber, dass die Sicherung und Erneuerung des Sozialstaats im Koalitionsvertrag einen besonderen Stellenwert erhalten habe. „Die SPD wird die Bürgerrechte und die soziale Demokratie stärken und eine Kultur der Toleranz in einer solidarischen Gesellschaft begründen“, trug der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz zur Diskussion bei.

Leni Breymaier betonte betonte die Notwendigkeit der Gleichstellung von Frauen in Arbeit und Gesellschaft. Konrad Dießenbacher meinte, die innere Einheit Deutschlands könne nur vollendet werden, wenn die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse weiter voran getrieben wird. Helmut Mezger sagte, der Staat müsse modernisiert, die Verwaltung bürgernäher gestaltet und überflüssige Bürokratie abgebaut werden.

„Mit seinen Aussagen zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung hat Oskar Lafontaine quasi die Systemfrage gestellt“, erklärte Pressereferent Harald Kraus und regte an, zu diesem Thema in einem der nächsten „Roten Treffs“ einen Fachmann einzuladen. Die Vorstellungen der Koalition zur doppelten Staatsbürgerschaft fanden große Zustimmung.

Uli Weidmann wies auf das Koalitionsziel nach friedlicher und partnerschaftlicher Zusam-

menarbeit und nach Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union hin und sprach sich dafür aus, die Solidarität mit den Ländern des Südens zu stärken und weltweit eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Hartmut Komm brachte zum Ausdruck, dass in der Öffentlichkeit in den letzten Tagen leider nur die Überschriften aus dem Koalitionsvertrag registriert worden wären. Er betonte die Notwendigkeit, auf allen Kommunikationswegen die Strategie und das Konzept sozialdemokratisch geprägter Regierungspolitik zu erläutern und zu begründen.

Der SPD-Kreisvorsitzende Dr. Witgar Weber beantwortete zahlreiche Fragen der Teilnehmer und sagte unter anderem, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Wählerinnen und Wähler die Sozialdemokraten beauftragt hätten, Deutschland in das neue Jahrtausend zu führen. Dieser Wechsel sei Ausdruck demokratischer Normalität und eines gewachsenen demokratischen Selbstbewusstseins.

„Wir können stolz darauf sein, dass die Wähler in Deutschland rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Tendenzen eine deutliche Abfuhr erteilt haben“, betonte Weber. „Die Menschen erwarten, dass eine bessere Politik gemacht wird. Deshalb müssen wir Staat und Wirtschaft modernisieren, soziale Gerechtigkeit wieder herstellen und sichern sowie das europäische Haus wirtschaftlich, sozial und politisch ausbauen“, betonte Dr. Witgar Weber.

Mit Kritik hält Weber nicht hinter dem Berg: „Es kann keine Rede davon sein, dass die Konservativen ein bestelltes Haus hinterlassen haben, denn der vorläufige Kassensturz zeigt den Ernst der finanzpolitischen Lage“, stellte Weber fest. Dennoch werde die SPD alles versuchen, um eine kreative und aktive Politik zu machen. Eine Verschuldung von über 1 Billion Mark und Zinsverpflichtungen in Höhe von mehr 80 Milliarden Mark pro Jahr seien aber eine schwere Hypothek; vielmehr sei ein entschlossener Konsolidierungskurs notwendig. Ein Teilnehmer verlangte, dass „der Missbrauch staatlicher Leistungen eingedämmt wird“.

Vor allem habe aber die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit absoluten Vorrang, beteiligte sich Peter Ritz an der Diskussion. „Die beschlossenen Entlastungen betragen 57 Milliarden Mark, wobei unter Berücksichtigung der Gegenfinanzierung eine Nettoentlastung in Höhe von 15 Milliarden Mark verbleibt“, sagte Ritz. „Die Steuerschlupflöcher müssen gestopft und ungerechtfertigte Vergünstigungen abgebaut werden“, forderte Dr. Heide Kottmann. Uli Weidmann wies auf die geplante Unternehmenssteuerreform hin; er sieht darin eine Entlastung des Mittelstands, dem eine Schlüsselrolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zukomme. Harmut Komm ließ keinen Zweifel daran, dass die SPD-geführte Regierung die Anliegen des Mittelstands berücksichtigen werde. Dies geschehe durch Beibehaltung des sogenannten Verlustvortrags, die Begünstigung der Wiederanlage von Gewinnen aus Grund und Boden und die Umgestaltung der Tarifermäßigung für Veräußerungsgewinne. Damit würden zwar Verlustzuweisungsmodelle eingedämmt, dies bedeute aber im Falle der Betriebsnachfolge keine Verschlechterung. „Es kann deshalb keine Rede davon sein, dass mit der Steuerreform der rot-grünen Regierung den Unternehmen „die Butter vom Brot genommen werde“, sagte Weidmann.

Montag, 7. Dezember 1998

AUF DEN KREISVERKEHR GESPANNT

Quasi als vorweihnachtliche Überraschung präsentierte der SPD-Fraktionsvorsitzende im

Eislinger Gemeinderat, Peter Ritz, beim „2. Roten Treff im Grünen Baum“ nicht nur die Pläne für die in Eislingen geplanten drei Kreisverkehrsplätze sondern darüber hinaus auch die Modellzeichnung für das „Eislinger Ei“, das – zunächst nur provisorisch – auf der Kreuzung Hauptstr./Hindenburg-/Schloßstr. entstehen soll, um den Umleitungsverkehr während der Bauphase für das erste Kreisverkehrsprojekt zu „kanalisieren“.

In „Roten Treff“ stellte Ritz die Pläne für die geplanten Projekte vor und erläuterte sie. Diese erhielten überwiegend die Zustimmung, wenngleich der eine oder die andere noch skeptisch war, „ob das denn alles so klappt, wie sich die Planer das vorgestellt haben“.

Die Stadt Eislingen wird im Zuge des weiteren Ausbaus der Hauptstraße auf der Kreuzung Haupt-/Jahn-/Salacher Straße im nächsten Jahr mit dem Bau einer Kreisverkehrsanlage beginnen, die den Verkehr „im Herzen“ Eislingens flüssiger gestalten und die bisherige Ampelanlage erübrigen soll. Bedenken, ob es dort nicht „zu eng“ werde, konnte Peter Ritz widerlegen, denn die Erfahrungen mit einem Kreisverkehr in Leinfelden-Echterdingen, der sogar einen um 7 Meter geringeren Radius aufweise, seien ausschließlich positiv. Selbst lange Lastzüge würden dort die Kreisverkehrsanlage problemlos passieren und nicht etwa Störungen im Verkehrsablauf herbeiführen. Auch für die Fußgänger, so Ritz, werde der Kreisverkehr eine Erleichterung bringen, weil sich die Passagezeiten erheblich verringern und längere Wartezeiten entfallen würden.



Abbildung 12 - Baustelle Kreisverkehr

Peter Ritz berichtete weiter, dass mittelfristig an den beiden Stadteingängen - Richtung Salach an der Kreuzung Salacher/Leibniz-/Uferstraße und aus Richtung Göppingen auf Höhe der Abzweigung Weingartenstraße - ebenfalls Kreisverkehrsanlagen gebaut werden sollen. Die Pläne, so Ritz weiter, griffen auf umfangreiche Erfahrungen in anderen Städten zurück, wo sich der Bau solcher Projekte sehr bewährt habe und von den Verkehrsteilnehmern relativ schnell angenommen worden sei. Ritz betonte, dass nach einer kurzen Gewöhnung an den „Kreisel“ die allermeisten Autofahrer damit keine Probleme mehr hätten und den gleichmäßigen Verkehrsfluss schätzen lernten.

Aus dem Besucherkreis war zu hören, dass andernorts vor allem die unmittelbaren Anwohner begeistert wären, weil die Lärmbelästigung sowie die ständigen An- und Abfahrtsgeräusche entfallen würden. Hartmut Komm, Vorsitzender der Eislinger SPD, meinte, dass die Lebensqualität in der Stadt mit moderner und überlegt gestalteter Verkehrsführung zunehme und die Innenstadt damit Stück für Stück von Belastungen befreit werde. „Kreisverkehre sind keine Attacke gegen die Autofahrer“, sagte Stadtrat Jochen Tham, „sondern ein Beitrag, die Urbanität des Stadtbilds zu fördern, aber auch den in die Stadt hinein fließenden Verkehr zu vernünftigen Geschwindigkeiten anzuregen.

Vorerst nur für die Bauzeit des ersten Kreisverkehrs wird das „Eislinger Ei“ auf der Kreuzung Haupt-/Schloss-/Hindenburg-/Bahnhofstraße eingerichtet, da der Verkehr in diesem Zeitraum umgeleitet werden muss. Sollte sich „das Ei“ allerdings bewähren, so Ritz, werde die SPD-Fraktion dafür eintreten, dass es dauerhaft eingerichtet bleibt.



Abbildung 13 - Baustelle Kreisverkehr

Peter Ritz sagte ferner, dass die Verkehrsproblematik in der Stadt nicht Schlag auf Schlag gelöst, aber Stück für Stück und konsequent verbessert werden müsse. Dabei müsse es zu einem vernünftigen Interessenausgleich zwischen dem rollenden Verkehr und den Anwohnern kommen. Er begrüßte außerdem den bevorstehenden Bau eines „Park-and-Ride“-Parkplatzes am Bahnhof.

1999

Sonntag, 10. Januar 1999

AGENDA 21: CHANCE FÜR EISLINGEN

Da viele der in der Agenda 21 – dem von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Dokument – angesprochenen Probleme örtlicher Natur sind, ist die Beteiligung der Kommunen – so auch der Stadt Eislingen – von besonderer Bedeutung. Dies vermittelte Stadtrat Jochen Tham in seinem Vortrag beim „Roten Treff im Grünen Baum".

Tham erläuterte das Aktionsprogramm, mit dem weltweit eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sichergestellt werden soll. Er begrüßte, dass sich die Stadt Eislingen entschlossen habe, eine lokale Agenda 21 zu entwickeln. „Diese Chance müssen wir nutzen!", appellierte Tham.

Stadtrat Tham machte in seinem Überblick über Leitbild und Ziele der Agenda 21 deutlich, dass die Kommunen eine entscheidende Rolle bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und bei der Sensibilisierung für eine nachhaltige und und umweltverträgliche Entwicklung spielen kann.

„Es kommt deshalb darauf an, dass auch in Eislingen in einem Dialog mit den Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eine örtliche Agenda beschlossen wird". Durch Konsultation und Herstellung einer Übereinstimmung könnte die Stadt, so Stadtrat Tham weiter, in einem Dialog die am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. „Vorhandene Pläne, Leitlinien, Verordnungen und Vorschriften könnten auf der Grundlage der Ziele der Agenda 21 neu bewertet und modifiziert werden", erläuterte der SPD-Stadtrat die dem Aktionsprogramm zugrunde liegende Methode.

Jochen Tham legt Wert darauf, dass es bei der Agenda 21 nicht nur um Umweltfragen gehe, sondern auch soziale Strukturen und wirtschaftliche Fragen und Probleme gleichrangig eine Rolle spielen sollten. Den Begriff „Nachhaltigkeit", den das UN-Dokument geprägt habe, definierte Tham dahingehend, dass mit den Ressourcen so gewirtschaftet werden müsse, dass für die folgenden Generationen keine Nachteile entstehen. „Die Umsetzung der Agenda 21 in Eislingen müsse ein integrativer Prozess sein, bei dem die Bürgerschaft umfassend beteiligt werden müsse. „Akteure dabei sind wir alle", sagte Tham, „mit der Agenda 21 kann auch in Eislingen eine neue politische Kultur entstehen".

Sinn und Zweck der Agenda 21, führte der Referent weiter aus, sei es, auf Basis gesteckter Ziele, die gegebenenfalls auch relativ langfristigen Charakter haben könnten, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Als Ergebnis der Ideenfindung in Arbeitsgruppen und im „Plenum der Akteure" könnte ein kommunales Leitbild entstehen, zum Beispiel „Eislingen ist eine grüne Stadt" oder „Eislingen – die Kulturstadt". Da Eislingen sehr viel Beziehung zu Wasser habe, könnte ein Programm zur Sicherung des Grundwassers auf Eislinger Gemarkung in Angriff genommen werden. "Es dürfen gerne weitere Traumvorstellungen von „Eislingen in der Zukunft' entwickelt werden", betonte Tham, der sich bei erfolgreicher Umsetzung eine höhere Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Stadt verspricht.

Am Rande der Veranstaltung nahm der Ortsvorsitzende Harmut Komm zur aktuellen Auseinandersetzung um die doppelte Staatsbürgerschaft Stellung und bezeichnete die von Schäuble und Stoiber angekündigte Unterschriftenaktion als einen „Treppenwitz". Aus-

gerechnet die CDU, die sich in der Vergangenheit entschieden gegen stärkere Volksbefragungen und Bürgerbeteiligungen gewandt habe, versuche nun bei einem äußerst schwierigen und sensiblen Thema gerade dieses Instrument in allerdings völlig ungeeigneter Weise anzuwenden“, kritisierte die SPD. „Die Union ist offenkundig nicht zukunftsfähig“ urteilte der „Rote Treff“.

Da könne man laut Dr. Heide Kottmann Wissmann nur zustimmen, der vor kurzem gesagt habe, dass der Union noch der „spießige Dünkel der Fünfziger Jahre anhafte“. Die von ihr als Hetzparolen verbreiteten Vorurteile führe die CDU damit ins reaktionäre Abseits.“ Die Drohungen des bayerischen Staatsministers Huber, die Transferleistungen für die neuen Länder abzubrechen, zeugen nach Meinung der Eislinger Sozialdemokraten von einem abstrusen Demokratieverständnis.

„Wer die Bildung demokratisch gewählter Regierungen zum Anlass nimmt, mit dem Ende der finanziellen Hilfsleistungen zu drohen, legt Kolonialherrscher-Manieren an den Tag“, sagte Pressereferent Harald Kraus und votierte dafür, dass sich die SPD mit aller Kraft gegen die Verfestigung der sozialen und ökonomischen Spaltung zwischen Ost und West zur Wehr setzen müsse.

Samstag, 16. Januar 1999

ALTEN ZOPF ABSCHNEIDEN!

Die Eislinger SPD hat ihren Fraktionsvorsitzenden Peter Ritz beauftragt, bei den weiteren Gemeinderatsfraktionen zu sondieren, ob noch vor der Kommunalwahl über die Abschaffung der „unechten Teilortswahl“ für den Stadtteil Krummwälden Einvernehmen hergestellt werden kann.



Abbildung 14 - Jakobskirche Krummwälden

Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass dieser „alte Zopf“ abgeschnitten werden müsse, zumal Krummwälden längst ein voll integrierter Teil der Stadt geworden ist. Für ein besonderes Wahlverfahren gäbe es keinen sachlichen Grund mehr. Die Zahl der Mandate würde dadurch nicht beeinflusst; auch danach hätte der Gemeinderat der Stadt Eislingen 22 Mitglieder.

Der SPD-Ortsverein befasste sich ferner mit der Vorbereitung seiner Jahreshauptversammlung am 19. März. Die gesamte Führung mit Hartmut Komm an der Spitze hat eine erneute Kandidatur angekündigt.

Eine professionell angelegte Image-Kampagne mit dem Motto „Wir für Eislingen“ wurde in Auftrag gegeben und soll dazu beitragen, im Vorfeld der Kommunalwahl mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher „mit den Eislinger Themen“ in Kontakt zu bringen.

Auch die Aufstellung der Liste für die Gemeinderatswahl wurde in einem ersten Schritt angegangen. Dabei wurde deutlich, dass die SPD – unabhängig von einer Mitgliedschaft in der Partei – Wert darauf legt, aus allen Bevölkerungsschichten Kandidaten zu gewinnen.

Auf das „Bündnis für Arbeit“, das am 25. Februar 1999 auf Initiative der neuen Bundesregierung wieder zusammen tritt, wies Karl-Hans Volpert hin und fügte hinzu, dass es Schröder – im Gegensatz zu Kohl – gelungen sei, die

Sozialpartner wieder an einen Tisch zu bringen. Er verspricht sich davon gute Ergebnisse.

Sonntag, 7. März 1999

RIESTER: KÜNDIGUNGSSCHUTZ ZURÜCK

Die Eislinger Sozialdemokraten haben bei ihrem 4. „Roten Treff im Grünen Baum“ darauf hingewiesen, dass die Regierung Schröder sieben Millionen Arbeitnehmern aus Kleinbetrieben den gesetzlichen Kündigungsschutz wieder zurück gegeben hat, der ihnen von der hochkonservativen Regierung Kohl im Jahr 1996 mit Wirkung ab 01.10.1999 genommen worden war.

Die neue SPD-geführte Bundesregierung hat „diesen sozialpolitischen Kahlschlag wieder rückgängig gemacht“, erklärte Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm. Die gegenwärtige Propaganda der CDU wolle von den Entscheidungen ablenken, die von der Regierung Schröder in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit getroffen worden sind. „Tatsächlich hat in diesem Zeitraum eine Reparatur zahlreicher politischer ‚Rohrkrepierer’ ersten Ranges stattgefunden, die die Kohl-Regierung in den letzten Jahren verbrochen hatte“, betonte Stadtrat Peter Ritz.

Von Kohl gelegte Zeitminen wurden entschärft. Dies kommt nach Ansicht der Sozialdemokraten in besonderer Weise am Beispiel des Kündigungsschutzgesetzes zum Ausdruck. Arbeitsminister Blüm habe die Gesetzesänderung zu Lasten der Arbeitnehmer in Kleinbetrieben damit begründet, es würden dadurch 500.000 Arbeitsplätze geschaffen. Tatsächlich sei die Arbeitslosigkeit rapide angestiegen. Wenn jetzt die neue Regierung „diesen Unfug“, so Harald Kraus in der Diskussion, wieder beseitige und damit verhindere, dass sieben Millionen Arbeitnehmern den Kündigungsschutz verlören, so liege darin ein sehr bemerkenswerter Vorgang. Kraus: „Am 1. Oktober diesen Jahres hätte sonst mit Zeitverzögerung eine von mehreren von Kohl gelegten Zeitminen gezündet“.

„Abfindungen werden nicht mehr voll auf das Arbeitslosengeld angerechnet“, erklärte in der Diskussion Hans-Ulrich Weidmann. Auch hier hätte die abgewählte Regierung Kohl vor zwei Jahren die sozialrechtliche Situation der Arbeitnehmer extrem verschlechtert. Die Wirkungen wären ab 7. April 1999 spürbar geworden, weil dann die Übergangsfrist abgelaufen wäre.

Die CDU wollte grundsätzlich Abfindungen auf die Hälfte des Arbeitslosengeldes anrechnen. „Das war sozialpolitisch unausgewogen“, sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Jetzt habe die Regierung Schröder verhindert, dass arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern, die zur Milderung des Verlusts ihres Arbeitsplatzes eine Abfindung erhielten, dieselbe zum großen Teil vom Arbeitsamt angerechnet wird.

Mit beiden Gesetzen, so war von Hartmut Komm zu hören, sei aber nur ein kleiner Teil der Reparaturarbeiten beschrieben, die die neue Bundesregierung in ihren ersten Wochen habe ausführen müssen, um das soziale Gleichgewicht in unserem Lande wieder herzustellen. Die Propaganda der CDU habe darüber hinweg täuschen wollen. Es sei allerdings zu bedauern, dass die SPD-Spitze nicht mit dem gleichen Dampf, wie er in der „Kampa“ vorhanden war, auf diese Attacke des politischen Gegners reagiert habe.

„Auch mit der öko-sozialen Steuerreform wird ein Wahlversprechen eingehalten, das die SPD vor der Wahl gegeben habe“, betonte Komm. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden stark entlastet und die Innovationskraft der Unternehmen deutlich erhöht.

Die Steuerreform werde für eine Familie mit zwei Kindern bereits in diesem Jahr eine Entlastung um rund 1200 Mark, in den Jahren 2000 und 2001 bereits um 1700 Mark und ab 2002 um 2500 Mark bringen. Wer wie die CDU davon rede, die neue Regierung betreibe das Abzocken, verursacht nichts anderes als politische Brunnenvergiftung“, trug Karl-Hans Volpert zur Diskussion bei.

Die steuerliche Entlastung, sei, so Pressereferent Harald Kraus, ein ganz wichtiger Schritt hin zu einer gerechten Verteilung der Steuerlast. Wie nötig dies sei, habe das Bundesverfassungsgericht jüngst ausdrücklich bestätigt und festgestellt, dass die von der Regierung Kohl und seiner CDU betriebene Steuerpolitik eindeutig verfassungswidrig gewesen wäre. …



Stadt-Zeitung

Information, Hintergründe, Meinungen

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Eislingen

Ausgabe Nr.8 • Juni 1999

Fünf Jahre Arbeit für Eislingen

SPD-Fraktion: „Eislingen ist ein gutes Stück auf dem Weg zur Stadt vorwärts gekommen“

Können Sie sich noch vorstellen,

• wie die Hauptstraße vor zwei, drei Jahren aussah? Der fehlende Gehweg beim Weberbeck?

• die hohen Randsteine, ältere Menschen, Frauen mit Kinderwagen, die sich dabei quälten?

• das alte, vom Zahn der Zeit angenagte Gebäude beim Schloß, den alten Marstall?

• das städtische Gebäude Lutherstraße 10 neben der Lutherkirche mit abgefallenem Putz?

Können Sie sich noch vorstellen,

• daß es im Ösch keinen eigenen Kindergarten gab?

Auch wir waren überrascht darüber, was sich in den letzten fünf Jahren alles in Eislingen getan hat.

Wir von der SPD haben uns dann natürlich gefragt: Was haben **wir für Eislingen** getan? Haben wir das umsetzen können, was wir uns für diese Wahlperiode vorgenommen hatten? Nein, müssen wir da sagen. Leider nicht alles. Davon sprechen wir weiter unten.

Bald neugestaltet mit einem Kreisverkehr: Die alte Hauptstraße und die Kreuzung mit der Salacher Straße. Bereits in neuem Glanz ein Ort für alle Bürgerinnen und Bürger: Die Neue Hauptstraße (oben rechts).

Ausbau der Hauptstraße

„Eislingen soll Stadt werden!“ war das SPD-Motto vor fünf Jahren.

„Wo ist denn hier das Zentrum?“ haben Besucher in Eislingen immer gefragt. 1999 ist die Antwort etwas leichter geworden. Die Neue Hauptstraße ist die gute Stube Eislingens geworden, in der sich die Menschen offensichtlich wohlfühlen. Die Fußgänger können sich sicher und rasch von einer Seite auf die andere bewegen, von einem Geschäft ins andere. Der Autofahrer fährt gemächlich durch (ohne irgendwelche Geschwindigkeitsvorschriften!). Auch Radfahrer fühlen sich wohl und haben schnellen Zugang über die niederen Randsteine.

Nicht alle Eislinger haben dies so gesehen, bevor die Straße fertig war. Wir finden uns sehr, daß fast der ganze Gemeinderat sich für unsere Stadtmitte so „verkämpft“ hat und daß etwas Ordentliches daraus geworden ist.

Kreisverkehr schafft städtische Mitte

Noch in der Sommerpause 1999 wird der Kreisverkehr Salacher Haupt- und Jahnstraße gebaut werden. Wir machen uns schon seit Jahren für diese sinnvolle Alternative stark, statt starrer Ampelregelung verständigen sich alle Verkehrsteilnehmer flexibel und alles läuft menschlicher und besser. Mit dem Kreisverkehr werden die einzelnen Quartiere wieder zusammengeführt. Wir erhoffen uns einen Impuls auch für das Geschäftsleben.

Abbildung 15 - Stadtzeitung vom Juni 1999

Sonntag, 21. März 1999

EISLINGER SPITZE WIEDERGEWÄHLT

Die Eislinger Sozialdemokraten haben in ihrer Jahreshauptversammlung am Freitag ihren Vorstand für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt und sich damit für eine Fortführung der bisherigen Arbeit ausgesprochen.

Sowohl der Vorsitzende Hartmut Komm als auch seine Stellvertreterin Dr. Heide Kottmann, wurden einstimmig gewählt. Auch Konrad Dießenbacher erhielt als Kassier des Ortsvereins das uneingeschränkte Vertrauen der SPD-Mitglieder. Als Schriftführer und Pressereferent fungieren weiterhin Hans-Ulrich Weidmann und Harald Kraus.



Abbildung 16 - Kommunalwahl 1999

Als weitere Mitglieder des Vorstands wurden Anni Dießenbacher, Sayed Mohamed, Stadtrat Peter Ritz, Joachim Römer und Karl-Hans Volpert (zugleich Seniorenbeauftragter) gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden die Revisoren Gerda Wurz und Helmut Mezger. Zur Kreiskonferenz der SPD entsendet der Eislinger Ortsverein acht Delegierte.

In seinem Rechenschaftsbericht betonte der Vorsitzende Harmut Komm, dass zwar die Ehrenamtlichkeit der Ortsvereinsarbeit häufig natürliche Grenzen setze, dennoch aber auf ein erfolgreiches Jahr zurück geblickt werden könne, zumal der Wahlsieg bei der Bundestagswahl einen besonderen Höhepunkt gesetzt habe.

Die Kampagne der SPD sei so professionell wie noch nie geführt worden, weshalb alle Sozialdemokraten auf das Ergebnis stolz sein könnten. Dies gelte unabhängig davon, dass es nach dem Amtsantritt der SPD-geführten

Bundesregierung einige Irritationen gegeben habe und der Rücktritt von Oskar Lafontaine als ein wenig angenehmer Schönheitsfehler einzustufen sei.

„Dies kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Regierung Schröder in ihrer bisherigen Amtszeit zahlreiche wichtige und richtige Entscheidungen getroffen hat, deren Bedeutung und Inhalte von der veröffentlichten Meinung leider zu gering geschätzt werden“, stellte der SPD-Chef Eislingens selbstbewusst fest.



Abbildung 17 - SPD-OV-Vorstand 1999

Hartmut Komm listete die zahlreichen Aktivitäten des Ortsvereins im letzten Jahr auf, hob besonders das 10. Brunnenfest unter der Regie von Anni Dießenbacher hervor und wies auf den Erfolg des im Herbst eingeführten „Roten Treffs im Grünen Baum“ hin. Der Ortsverein werde auch unbeirrt seine Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen, auf die jüngsten, ausfälligen Veröffentlichungen der Jungen Union aber grundsätzlich nicht eingehen. „Mit uns kann man über alle politischen Fragen trefflich streiten. Wir werden uns dabei aber nicht auf das Niveau begeben, welches zum Prinzip der „jungen Wilden“ aus der CDU Eislingens zu gehören scheint“, kommentierte Hartmut Komm.

Harald Kraus erläuterte die Ziele des „Bündnisses für Arbeit“, das von der SPD-geführten Bundesregierung eingeführt wurde In den Gesprächen mit den Sozialpartnern soll über Wege und Maßnahmen zur weiteren, dauerhaften Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten diskutiert werden, was unter anderem mit einer strukturellen Reform der Sozialversicherung angestrebt wird. Weitere Themen der Spitzengespräche sind flexible Arbeitszeiten, der Abbau von Überstunden und der Ausbau der Teilzeitarbeit.

Donnerstag, 2. September 1999

MIT SOFORT-PROGRAMM BEKÄMPFT

Der Vorstand der Eislinger SPD hat in seiner „Feriensitzung“ festgestellt, dass das „Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die erfolgreichste Maßnahme sei, die es auf diesem Feld je in Deutschland gegeben habe. „Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist auf fruchtbaren Boden gefallen und die Jugendarbeitslosigkeit um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken“, betonte der Vorsitzende Hartmut Komm. Er berichtete, dass bis Ende Juli 169.000 Jugendliche in Maßnahmen des Sofortprogramms eingetreten waren. „Damit ist das ursprünglich angepeilte Ziel von 100.000 weit überschritten worden“, stellte seine Stellvertreterin Dr. Heide Kottmann, fest.

„Jetzt kommt es darauf an, dass die Wirtschaft die positiven Ansätze aus der Politik durch verstärkte Ausbildungsanstrengungen unterstützt“, meinte der SPD-Pressereferent Harald Kraus. Noch immer klaffe eine Lücke zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Es sei, so Kraus, in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, eine ausreichende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen.

„Aus dieser Pflicht darf die Wirtschaft nicht entlassen werden, zumal sie im ‚Bündnis für Arbeit‘ die Zusage gegeben hat.“, sagte Hart-

mut Komm. Nach Auffassung der Eislinger SPD müsse die Zahl der jungen Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die bei den 20- bis 29jährigen noch 1,3 Millionen betrage, gezielt verringert werden.

Mittwoch, 8. September 1999

„FITMACHER FÜR DEUTSCHLAND“

Der Vorstand der Eislinger SPD hat sich mit den Plänen für eine Unternehmenssteuerreform beschäftigt. Der Vorsitzende Hartmut Komm berichtete, dass die Reform durch die Bundesregierung am 1.1. 2001 in Kraft gesetzt werde.

„Dadurch werden die derzeit hohen Steuersätze auf 25 Prozent gesenkt“ machte der Sozialdemokrat deutlich. Die Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage soll zudem, so Komm weiter, „spürbar vereinfacht werden“. „Gleichzeitig werden Steuerschlupflöcher beseitigt“, fügte er an.

Uli Weidmann wies darauf hin, dass mit der Reform besonders für Personengesellschaften sowie für kleinere und mittlere Unternehmen eine attraktive Lösung gefunden worden sei. „Das ist ein Fitmacher für den Standort Deutschland, denn auch im internationalen Vergleich erhalten wir damit ein leistungsgerechtes und wettbewerbsfähiges Besteuerungssystem“, fügte er hinzu.

Er berichtete ferner, dass das komplexe Vorhaben in 16 ausgesuchten Unternehmen anhand der realen Bilanzzahlen von einer Kommission getestet werde. „Es darf nicht übersehen werden, dass auch Arbeitnehmer und Familien in drei Stufen bis 2002 deutlich entlastet werden“, stellte der Sozialdemokrat fest.



Stadt-Zeitung

Information, Hintergründe, Meinungen

herausgegeben vom SPD-Ortsverein Eislingen

Nr.9 Sonderausgabe • September 1999

Ihre SPD-Kandidatinnen und Kandidaten wollen:

Gemeinsam weitere fünf Jahre für Eislingen arbeiten

Liebe Eislingerinnen, liebe Eislinger,

Sie haben es in der Hand: Am 24.Oktober 1999 können Sie bestimmen, wer Sie im Eislinger Gemeinderat die nächsten fünf Jahre vertreten wird. Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten der Eislinger SPD, möchten für Sie diese fünf Jahre arbeiten, Eislingen zu einer modernen, aber dennoch liebenswerten und heimeligen Stadt weiterentwickeln. Kinder und Ältere, im Arbeitsalltag stehende Bürgerinnen und Bürger sollen sich in unserer Stadt wohlfühlen.

Wir wollen uns Ihnen persönlich vorstellen, hier in dieser Stadt-Zeitung, aber auch in unseren öffentlichen Veranstaltungen, zum Beispiel an Informationsständen am Samstagmorgen in der Innenstadt in Nord und Süd.

Wir haben uns bemüht, Ihnen aus allen Schichten der Bevölkerung ein Personalangebot zu machen: Zehn engagierte Frauen, die wissen, was es heißt, Kinder zu erziehen oder Beruf und Familie zu verbinden; junge, mittelalterliche und gereifte Personen; Arbeitnehmer ebenso wie Selbständige; Menschen, die wissen, was es heißt, im industriellen Filstal seine Frau oder seinen Mann zu stellen. Integration ist für uns kein Schlagwort für Sonntagsreden: Enzo Durante, langjähriger Eislinger mit italienischem Paß, und Nevin Ercetin, engagierte Eislingerin aus der Türkei mit deutschem Paß, stehen für unser aller Projekt, gemeinsam die Probleme unserer Stadt zu lösen, in der wir uns alle wohlfühlen und wollen, daß dies so bleibt.

Eine ganz herzliche Bitte: Gehen Sie wählen! Wer nicht wählt, vergibt seine Chance, in Personalfragen für ganze fünf Jahre mitzubestimmen .

Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Angebot annehmen und uns am 24. Oktober Ihre Stimmen geben. Wir werden uns bemühen, Sie nicht zu enttäuschen.

Ihre Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der SPD.

Abbildung 18 - Stadtzeitung September 1999

Gegenstand weiterer Erörterungen der SPD war ein ein Antrag der Bundestagsfraktion, mit dem die dauerhafte und nachdrückliche Förderung der Friedens- und Konfliktforschung gesichert werden soll. „Im Bundeshaushalt 2000 sind dafür 6 Millionen Mark vorgesehen“, berichtete Harald Kraus. Gegenüber dem Vorjahr bedeute dies eine Verdreifachung, nachdem die alte Kohl-Regierung die Mittel hierfür ständig reduziert habe.

„Die Friedensforschung ist ein wichtiger Beitrag für eine neue zivilgesellschaftliche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“, fasste Hartmut Komm zusammen und sagte, dass die bittere Erfahrung im Kosovo-Krieg gezeigt habe, wie dringlich die Weiterentwicklung von Strategien und Instrumenten zur Sicherung des Friedens bleibe. In diesem Zusammenhang wurde von den Sozialdemokraten auch das israelisch-palästinensische Friedensabkommen begrüßt und der Hoffnung Ausdruck ge-

geben, dass es auch bald zu einem Frieden zwischen Israel und Syrien kommen möge.

Sonntag, 19. Dezember 1999

SPD: VOR UND NACH DEM MILLENIUM

Der SPD-Ortsverein Eislingen hat in seiner letzten Sitzung im zu Ende gehenden Jahr Rückschau gehalten, aber auch die ersten Aktivitäten für das Jahr 2000 festgelegt. Das Ergebnis der Gemeinderatswahl bezeichnete der Vorsitzende Hartmut Komm als erwartungsgemäß und zufriedenstellend.



Abbildung 19 -Impression Kommunalwahl 1999

„Seitens der SPD-Fraktion sind auch in der neuen Legislaturperiode zahlreiche Initiativen zu erwarten“, kündigte Fraktionschef Peter Ritz an. Die erfolgreich gestartete Veranstaltungsreihe „Roter Treff“ wird fortgesetzt. Erster Gast im Neuen Jahr wird Landtagsvizepräsident Frieder Birzele sein, der über den Bundesparteitag berichten wird.



Abbildung 20 - Kreistagswahl 1999

„Es ist erschreckend, in welch geringem Umfang die Wähler zuletzt von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben“, sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Dieses Problem müsse überparteilich aufgegriffen werden.

Der traditionelle Neujahrsempfang der Eislinger SPD findet am 28. Januar statt. Am 5. Februar schließt sich die ebenfalls schon traditionelle Winterwanderung an.

In der Sitzung wurde ferner begrüßt, dass der Bundestag eine Enquete-Kommission zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ eingesetzt hat. Von ihr werden Empfehlungen erwartet, wo im Steuer-, Sozialversicherungs-, im Stiftungs- Vereins- und Arbeitsrecht Defizite beseitigt werden können. Der Kommissionsbericht eröffne voraussichtlich die Chance, die Vision einer solidarischen Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Der im Bundesrat erzielte Kompromiss zum Reformpaket der Bundesregierung findet auch die Zustimmung der Eis-linger SPD. Es wurde hervor gehoben, dass ab 1. Januar 2000 das Kindergeld auf 270 Mark steige, erstmals seit 1990 das Wohngeld erhöht und die Förderung des Wohnungseigentums zielgenauer ausgestattet werde.

„Trotz der Verweigerungshaltung von CDU und FDP werde die verabschiedete Gesundheitsreform positive Effekte haben. Ein leis-

tungsorientiertes Preissystem für die Krankenhäuser und eine Positivliste für Arzneimittel als Instrument der Qualitätssicherung wird eingeführt, die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung gefördert und die hausärztliche Versorgung gestärkt“, heißt es in der Pressemitteilung der SPD.

Auch die CDU-Spendenaffäre wurde angesprochen. Der Vorsitzende Hartmut Komm sieht die jetzige CDU-Führung in der Verantwortung; diese könne sie nicht auf die Wirtschaftsprüfer abwälzen. Der eingesetzte Untersuchungsausschuss werde die gesetzwidrigen Praktiken Kohls zu Tage fördern, die – so vermuten die Sozialdemokraten - weit über die bisher bekannte Dimension hinaus zu gehen. Peter Ritz verwies auf die Ausführungen des SPD-Schatzmeisters, wonach es in der SPD keine Ander- oder Schattenkonten gab und gibt. „Bei uns wurden die Parteitage nicht betrogen, wie es Kohl jahrzehntelang getan hat“, stellte Pressereferent Harald Kraus fest.

2000

Freitag, 7. Januar 2000

FDP IST MITVERANTWORTLICH

Mit der FDP geht der Eislinger SPD-Vorstand massiv ins Gericht. In einer Pressemitteilung heißt es, dass die aktuelle Kampagne der FDP ein „blankes Ablenkungsmanöver von der eigenen Bedeutungslosigkeit darstelle und von purem Populismus getragen sei“.

„Die Verlogenheit der FDP-Kampagne zeigt sich schon daran, dass die Liberalen von 1949 bis 1998 fast durchgehend an der Regierung waren und folglich für den weit überwiegenden Teil der Mineralölsteuerentwicklung selbst unmittelbar mitverantwortlich sind“, heißt es in der SPD-Pressemitteilung.

Kraus zeigt in der Pressemitteilung auf, „dass die Mineralölsteuer von 1,10 Mark lediglich 12 Pfennig Ökosteuer aus der rot-grünen Regierungszeit enthalte, wogegen der Löwenanteil von 98 Pfennig in der (Mit-) Regierungszeit der FDP festgelegt und eingeführt worden sei. „Die FDP ist daher die wahre Mineralölsteuer-Erhöhungspartei“, fügte Kraus hinzu.

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Hartmut Komm, wies darauf hin, dass auch die Oppositionsparteien die Ökosteuer in ihrem Konzept gehabt hatten, allerdings mit dem Unterschied, dass sie dabei nicht wie die rot-grüne Regierung die Lohnnebenkosten und die Defizite im Bundeshaushalt senken wollten. Stadträtin Dr. Heide Kottmann erklärte, dass die Ökosteuer in der Mehrheit der europäischen Staaten eingeführt worden sei. „Deutschland liegt im Vergleich im Mittelfeld“, sagte die Sozialdemokratin.

Sonntag, 16. Januar 2000

HEISSE EISEN IM ROTEN TREFF

Obwohl der Landtagsabgeordnete Frieder Birzele kurzfristig absagen musste, diskutierte die Eislinger SPD beim „Roten Treff im Grünen Baum“ über mehrere heiße Themen: Ökosteuer, Dienst an der Waffe für Frauen, CDU-Spendenskandal.

Die Sozialdemokraten zeigten sich durchweg entsetzt über die Dimension des CDU-Parteispenden-Skandals. Der Vorsitzende Hartmut Komm machte deutlich, dass zwar das Parteiengesetz Verstöße nicht strafrechtlich ahnde, der politische Vertrauensverlust, den die CDU über die Union hinaus ausgelöst habe, kaum je wieder gutzumachen sei. „Wer wie Kohl und Schäuble kaltblütig gegen die Verfassung und geltende Gesetze verstößt, muss schnellstens aus der Politik verschwinden“, sagte Stadtrat Peter Ritz.

Seine Kollegin, Stadträtin Dr. Heide Kottmann, berichtete über den Brief, den der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Ulrich Maurer, an den Ministerpräsidenten Erwin Teufel geschrieben hat. Maurer, so Kottmann, habe Teufel aufgefordert, für Transparenz und Klarheit zu sorgen. Teufel und die CDU müsste, wollen sie ihre eigene Glaubwürdigkeit und Integrität nachweisen, auch das Spendengebaren des baden-württembergischen CDU-Landesverbandes offen legen.

Die SPD-Landtagsfraktion will wissen, ob aus Kohls schwarzen Kassen auch Zahlungen nach Baden-Württemberg geflossen sind und ob Parteispenden das Regierungshandeln hierzulande beeinflusst haben. „Immerhin kommt bezeichnenderweise ein Großteil der im Spendenskandal Handelnden aus Baden-Württemberg“, bemerkte Sayed Mohamed. Konrad Dießenbacher stellte fest, dass er bisher eine Stellungnahme des gegenwärtigen CDU-Bundesschatzmeisters Wissmann noch nicht habe vernehmen können.

Anstelle des verhinderten MdL Frieder Birzele ging Hartmut Komm auf das Gegenkonzept der SPD zum Doppelhaushalt 2000/2001 des Landes ein, das um 4,8 Milliarden Mark geringere Landesschulden sowie Umschichtungen in Zukunftsinvestitionen bei Bildung, Familien und Arbeitsmarkt in Höhe von 800 Millionen Mark vorsehe. „Damit wird die notwendige Konsolidierung mit der zentralen Herausforderung verbunden, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern“, sagte Komm. Stadträtin Dagmar Preusker begrüßte die Zielsetzung, Bildung und Ausbildung zu stärken und EU-Mittel für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu nutzen.

Unterschiedlich wurde die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, den Dienst an der Waffe auch für Frauen zu ermöglichen, beurteilt. Neben harscher Kritik bestand weit überwiegend die Auffassung, dass vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung der Geschlechter dem Urteil eine gewisse Logik nicht abzusprechen sei. „Allerdings darf es nicht so weit kommen, dass Frauen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden können“, meinte Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Sie sagte ferner, dass es allerdings weitaus wichtigere Bereiche in unserer Gesellschaft gäbe, in denen die Umsetzung der Gleichberechtigung vordringlicher wäre. Sie erwähnte dabei die notwendige Chancengleichheit von Frauen in Technik und Handwerk, in der Lehre und Forschung sowie im Hinblick auf Aufstiegschancen im Beruf.

Dienstag, 25. Januar 2000

KATALOG EISLINGER PROBLEME

„Die Stadtentwicklung geht sichtbar voran. Es wird gelingen, die Stadt Eislingen lebens- und liebenswerter zu gestalten“. Dies erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeinderat, Peter Ritz beim traditionellen Neujahrsempfang der Eislinger SPD.

„Es wäre überlegenswert, ob mit einem Bürgerforum das Lagerdenken, das teilweise auch in der Lokalpolitik vorherrscht, überwunden werden kann“, gab Ritz seinen Zuhörern mit auf den Weg.

Der Ortsvereinsvorsitzende der SPD, Hartmut Komm, hatte zuvor zahlreiche Gäste, darunter Vereinsvertreter und Repräsentanten der Verwaltung begrüßen können. Bürgermeister Frank konnte wegen einer anderen Verpflichtung erst später dazu stoßen.



Abbildung 21 - Neujahrsempfang 2000

Peter Ritz sprach in seinen Anmerkungen zum Jahresauftakt die wichtigsten Eislinger Probleme an. Er kündigte an, dass im Mittelpunkt der Jahresarbeit die Familien und Jugendlichen stehen werden. Die Einrichtung eines Kinderhauses habe hohe Priorität. Ritz unterstrich, dass eine engagierte Schulsozialarbeit auch der Prävention in der Jugendkriminalität dienen könne.



Abbildung 22 - Neujahrsempfang 2000

Die lokale Agenda so Ritz weiter, biete eine Plattform, wo ältere und jüngere Bürger miteinander ein neues Stadtbild entwickeln und Vorschläge und Konzepte für die Lösung einzelner Probleme erarbeiten könnten.

Mit Genugtuung wurde von den anwesenden Vereinsvertretern die Ankündigung aufgenommen, dass die Räume in der „Alten Post“ im Laufe des Jahres renoviert würden.

Ein besonderes Augenmerk müsste, so Ritz, der Verbesserung des Umfelds zwischen Schloss und Marstall gewidmet werden.

Weitere Aussagen galten der Diskussion um ein Bürgerhaus. Ritz machte deutlich, dass eine große Lösung kaum zu finanzieren sein dürfte, weshalb man nach einer bescheideneren, aber dem Kulturleben in der Stadt ausreichend dienlichen Variante suchen müsse. Im Jahr 2000 müsste der Grunderwerb getätigt und die Konzeption sowie die Grobplanung mit den Vereinen festgezurrt werden.

Ritz wies in seinem Vortrag darauf hin, dass Eislingen eine außerordentlich sportfreudige Stadt sei und rechtfertigte die neue Linie, die bei der Vereinsförderung praktiziert werde. „Hier wird die Jugendarbeit in besonderer Weise honoriert – genau das wollten wir auch“, stellte Ritz fest.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer kreativen und modernen Stadtentwicklung sei die Neugestaltung der Hauptstraße gewesen. Mit der beschlossenen Kreisverkehrsanlage an der Jahn-/Haupt-/Salacher Straße könne auch verkehrstechnisch eine zukünftige Lösung Platz greifen. Ritz: „Im Gemeinderat werden einige Mitglieder eingestehen müssen, dass unsere Forderung, das Projekt neu auszuschreiben der Stadt annähernd 300.000 Mark sparen kann“.

Auch das Reizthema B 10 wurde von Peter Ritz nicht ausgespart. „Fakt ist, dass sich in Baden-Württemberg drei Mal so viele Projekte um oberste Priorität bemühen, tatsächlich aber nicht alle finanzierbar sind“, erklärte Ritz. Deshalb läge es beim Ministerpräsidenten und seinem Verkehrsminister, für das Land zu entscheiden, welche Projekte in der Rangfolge vorne liegen. Das will auch der Bund von Teufel wissen. „Da kann er sich nicht um seine Verantwortung herum mogeln“, kritisierte Ritz.

Zur CDU-Spendenaffäre sagte Ritz, dass das Vorgehen nicht hinnehmbar sei, die Täter müssten die Verantwortung übernehmen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. „Trotz der Affäre steht aber fest, dass 99 Prozent der politisch Engagierten in den demokratischen Parteien anständig arbeiten und nicht mit der Kohl- und Kanther-Clique verglichen und in einen Topf geworfen werden dürfen.“

Samstag, 5. Februar 2000

CDU-SPITZE BELEIDIGT IHRE BASIS

Das Interesse der Eislinger Bevölkerung an einer „Lehrstunde“ über die Parteienfinanzierung war überraschender-weise „gleich Null“, als die SPD am vergangenen Donnerstagabend

im „Pflug“ einen unmittelbaren Einblick in die Kasse des Ortsvereins gewährte.



Abbildung 23 - Jahreshauptversammlung 2000

Der Kassier Konrad Dießenbacher konnte beim „Roten Treff“ das mitgebrachte Kassenbuch bald wieder zuklappen. Zuvor berichtete er aber, dass der SPD-Ortsverein Eislingen im Jahr 1999 insgesamt 30 Einzelspenden im Gesamtvolumen von 2.044 Mark erhalten hat. Darüber hinaus bestanden die Einnahmen der Eislinger Sozialdemokraten im Wesentlichen nur noch aus dem Anteil der Mitgliedsbeiträge (15 Prozent), die im Ortsverein verbleiben.

Weitere Mittel werden von der SPD durch das jährliche Brunnenfest erwirtschaftet. Auch die Stadträte erbringen für die Parteikasse einen Obolus, der zur Finanzierung der lokalen Informationsarbeit der Sozialdemokraten beiträgt.

Der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz erläuterte die Bestimmungen des Parteiengesetzes, die besagen, dass bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen je erhaltener, gültiger Stimme jede Partei eine Mark aus Staatsmitteln erhält, ab 5 Millionen Stimmen 1,30 Mark. Voraussetzung ist allerdings ein Stimmenkonto von mindestens 0,5 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen (bei Landtagswahlen 1 Prozent). Der Fiskus begünstigt die Parteispenden bei den Sonderausgaben darüber hinaus mit 50 Prozent, maximal pro Steuerpflichtigen jedoch mit 6000 Mark jährlich. Die Partei selbst erhält vom Staat ebenfalls 50 Pfennig pro gespendeter Mark aus der Staatskasse.

Die Eislinger Sozialdemokraten halten eine Mitfinanzierung der politischen Parteien aus Steuermitteln grundsätzlich für sinnvoll, da ansonsten, so der Kassier, die Partei-Mitglieds-beiträge ins Unermessliche steigen müssten und finanzielle Abhängigkeiten, z. B. von illegalen Spendern, erst recht entstehen könnten.

Die engagierte Diskussion der Sozialdemokraten drehte sich um den CDU-Finanzskandal, der, wie ein Diskutant bemerkte, „von der CDU-Spitze und ihrer Helfer-Clique zum unendlichen Drama ausgeweitet wird“. Pressereferent Harald Kraus sagte: „Diese CDU braucht Deutschland nicht. Das Verhalten der CDU-Parteiführung ist eine Beleidigung gegenüber ihren Ehrenamtlichen, die sich – wie in der SPD auch – redlich und glaubwürdig für die Ziele der CDU eingesetzt haben. Christdemokraten müssen überlegen, ob es noch in ihrem Sinne liegt, diese Partei weiterhin zu unterstützen“. „Wenn sie jetzt die erforderliche Selbstreinigungskraft nicht aufbringt, muss die CDU von der politischen Bühne abtreten“, ergänzte Kraus.



Abbildung 24- Winterwanderung 2000

Mittwoch, 15. März 2000

SPD: IDEEN FÜR BÜRGERHAUS

Die SPD-Gemeinderatsfraktion fordert einen Ideenwettbewerb für ein Bürgerhaus in Eislingen. Dies bekräftigte der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz bei der Jahreshauptversammlung der Eislinger SPD. „Für dieses Projekt muss rechtzeitig und umfassend der Bedarf analysiert werden“, betonte der SPD-Politiker.



Abbildung 25 - Forderung Bürgerhaus

Nach seinen Vorstellungen, so Ritz, müsse ein Bürgerhaus auf jeden Fall einen ausreichend großen Saal für kulturelle Veranstaltungen haben. Um kein „totes Objekt“ zu bekommen, sei ferner erforderlich, dass der Komplex zumindest teilweise auch tagsüber genutzt werde. „In dieses Gebäude muss Leben hinein, sonst ist der Begriff ‚Bürgerhaus‘ verfehlt“, sagte Ritz. Konkrete Planungen der Stadt Eislingen dazu gäbe es allerdings noch nicht.

Ritz berichtete in seinem Vortrag „Stadtentwicklung in Eislingen“ über eine positive Grundstimmung, die hinsichtlich mehrerer Projekte herrsche. „Die große Beteiligung beim Spatenstich für den Kreisverkehr hat gezeigt, dass ein erhebliches Interesse an den Infrastrukturmaßnahmen der Stadt vorhanden ist. Allerdings dürfen die Stadt und der Gemeinderat dabei nicht den egoistischen Interessen Einzelner nachgeben, sondern müsse ihr Konzept einer homogenen Stadtentwicklung weiter verfolgen“, beschrieb Ritz die Position seiner Fraktion. Er bedauerte, dass die Diskussion um den Krumm-Steg zwischen Körner- und Weingartenstraße zu emotional geführt werde.

Zum Reizthema „B 10 neu“ kündigte Ritz an, dass der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Ulrich Maurer, am 28. März nach Eislingen komme und auch mit der „Notgemeinschaft B 10“ sprechen wolle. „So wie Ministerpräsident Teufel versucht hat, den Schwarzen Peter nach Berlin zu schieben, muss ich darauf beharren, dass die Prioritätenliste für den Straßenbau im Land ausschließlich in Stuttgart erstellt wird“, konterte Ritz. Es läge in der Hand der Landesregierung, der B 10 neu einen Platz im ersten Drittel des „vordringlichen Bedarfs“ zuzuweisen. Allerdings, so Ritz weiter, ginge dies nicht ohne Anwendung objektiver Kriterien für alle anstehenden Projekte. „Wer hier Farbe bekennt, muss wissen, dass er sich in jedem Fall in einer konkurrierenden Region damit keine Freunde schaffen wird“, erläuterte Ritz die schwierige Gemengenlage.

Der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm ließ in seinem Rechenschaftsbericht zahlreiche Aktivitäten der Eislinger SPD Revue passieren und berichtete unter anderem, dass vor wenigen Tagen das älteste Miglied der SPD, Frau Auguste Rösel, ihren 100. Geburtstag habe feiern können. Das jüngste Miglied sei dagegen Stadtrat Christian Schirling, der Benjamin sozialdemokratischer Mandatsträger. Für 40jährige Mitgliedschaft konnte Komm den langjährigen Revisor Helmut Mezger beglückwünschen und mit der Ehrennadel der Partei auszeichnen. Eine Ehrenurkunde für 10jährige Mitgliedschaft erhielten Stadtrat Bruno Mörixbauer und Brigitte Winkler.

Hartmut Komm bekräftigte, dass die Diskussion über die Abschaffung der unechten Teilortswahl für Krummwälden richtig gewesen war, aber an der Unbeweglichkeit der CDU gescheitert sei.

Der „Rote Treff im Grünen Baum“, den die Sozialdemokraten seit Herbst 1998 veranstalten, habe sich bewährt und den unmittelbaren Dialog mit Bürgern ermöglicht. Ein besonderes Lob hielt Komm für die Altstadträtin Anni Dießenbacher bereit, die auch 1999 das SPD-Brunnenfest souverän als Festwirtin organisiert hatte.



Abbildung 26 - Brunnenfest 2000

Der Eislinger SPD-Chef bedauerte, dass die Initiative, mit den weiteren demokratischen Parteien in Eislingen über Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit zu diskutieren, nicht auf positive Resonanz gestoßen sei. „Die CDU gefällt sich in der Rolle der beleidigten Leberwurst“, resümierte Komm, wiederholte aber dennoch das Angebot, wegen dieses Themas aufeinander zuzugehen.



Abbildung 27- Brunnenfest 2000

Kassier Konrad Dießenbacher erstattete einen ausführlichen Bericht über die finanzielle Situation des Ortsvereins, bei dem deutlich wurde, dass „die SPD nichts, aber überhaupt nichts, zu verbergen hat“. Akkurat und absolut transparent listete er die einzelnen Einnahmen- und Ausgabepositionen auf.

Der SPD-Ortsverein hat zur Finanzierung der Europa- und Kommunalwahlkampagne 1999 rund 7000 Mark ausgegeben. An Spenden – ausschließlich von Parteimitgliedern – hat die Eislinger SPD 1999 genau 2044 Mark erhalten, was 11,7 Prozent der Gesamteinnahmen entspricht. Knapp 2.700 Mark wurden für Druckschriften und Veröffentlichungen ausgegeben. Revisor Helmut Mezger konnte dem Kassier eine mustergültige Kassenführung bestätigen und unterstrich, dass nicht „ein Hauch von Unregelmäßigkeit zu verspüren gewesen“ sei. Demzufolge wurde Dießenbacher einstimmig entlastet. Helmut Mezger setzte sich für einen Wechsel bei „den Kontrollierenden“ ein und schlug als neuen Revisor Joachim Römer vor, der zusammen mit der bisherigen Revisorin Gerda Wurz einstimmig gewählt wurde.

Samstag, 20.05.2000

BEDARFSANALYSE FÜR BÜRGERHAUS

Die SPD-Gemeinderatsfraktion begrüßt, dass die Stadt Eislingen für das in der Diskussion befindliche Bürgerhaus eine professionelle Bedarfsanalyse in Auftrag geben wird. Zusammen mit den Wünschen und Vorschlägen aus den Eislinger Vereinen erwartet der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz eine geeignete Entscheidungsgrundlage. Die Sozialdemokraten halten es auch für notwendig, die vier denkbaren Standorte kritisch und objektiv gegeneinander abzuwägen und dann „ohne Scheuklappen“ die Entscheidung zu treffen. Zwar sei der Kronenmarkt sozusagen der „geborene Standort“, wenn sich aus einer aktuellen Analyse jedoch andere Erkenntnisse ergäben, dürften diese nicht ignoriert werden.



Abbildung 28 - Modell für das Bürgerhaus

Unter den Sozialdemokraten bestand Einigkeit, dass das Bürgerhaus schnellstmöglich realisiert werden sollte. Ritz erfuhr für seinen Vorschlag Zustimmung, eine Struktur des Projekts anzustreben, die nicht isoliert vom „Leben in der Stadt“ sei, sondern eine sinnvolle Verbindung der Nutzung tagsüber mit den Veranstaltungen am Abend und am Wochenende ermögliche. Dies könne aber nur gelingen, wenn darauf in der Planungsphase rechtzeitig und sachgerecht eingegangen werde.

Bei aller Euphorie für das Bürgerhaus darf die Finanzierbarkeit der Folgekosten nicht vernachlässigt werden“, wandte Karl-Hans Volpert in der Diskussion ein. Andererseits müsse „die Miete bei Nutzung für Vereinsveranstaltungen einigermaßen akzeptabel ausfallen“, brachte Harald Kraus die Interessenlage der Vereine mit ein.

Montag, 24. Juli 2000

EISLINGEN WÄHLTE UTE VOGT

Die Eislinger SPD-Mitglieder haben sich mit 75,6 % der abgegebenen Stimmen für eine Spitzenkandidatur der Landesvorsitzenden Ute Vogt, Bundestagsabgeordnete aus Pforzheim, ausgesprochen.



Abbildung 29 -Ute Vogt 2001 in Göppingen

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Sigmar Mosdorf (Esslingen) erhielt 24,4 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug in Eislingen 52,38 % und lag damit unter dem Kreisdurchschnitt (61,2 Prozent).

„Mit Ute Vogt werden wir gemeinsam einen engagierten und am Ende auch erfolgreichen Wahlkampf führen“, sagte der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm zu dem Ergebnis der Urwahl. Er freute sich, dass es mit der Abstimmung gelungen war, die Parteimitglieder zu motivieren und zu aktivieren. „Ich bin sicher, dass dies bis zur Wahl anhält und damit Grundlage unseres Wahlerfolgs und der Ablösung Erwin Teufels sein wird“, zeigte sich der SPD-Mann optimistisch.

Montag, 31. Juli 2000

SPD DISKUTIERT NATURSCHUTZ

Beim „Roten Treff im Grünen Baum“ haben die SPD-Mitglieder Eislingens über den umfangreichen Forderungskatalog der SPD-Landtagsfraktion zum Naturschutz diskutiert.

„Wir teilen die Auffassung unserer Abgeordneten im Landtag, dass durch ein koordiniertes Flächenmanagement der massive Flächenverbrauch in Baden-Württemberg deutlich reduziert werden muss“, lautete die Meinung des Ortsvereinsvorsitzenden Hartmut Komm.

Er erwähnte, dass pro Tag in Baden-Württemberg der Natur 11 Hektar Fläche für Siedlungszwecke entzogen werden. „Das entspricht einer Fläche von fünfzehn Fußballfeldern“, stellte Uli Weidmann fest und errechnete für ein Kalenderjahr einen Verbrauch von 4.000 Hektar.

Harald Kraus erwähnte, dass die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert habe, die finanziellen Mittel und das Personal der Bezirksstellen für den Naturschutz nicht abzubauen. Die Belange von Wirtschaft und Tourismus müssten besser aufeinander abgestimmt werden.

Auch die stellvertretende Ortsvorsitzende der SPD, Dr. Heide Kottmann, übte massive Kritik an der Naturschutz-Politik der Landesregierung: „Während die Leitlinien zum Naturschutz immer hochtrabender werden, verkommt er in Wirklichkeit zum fünften Rad am Wagen“, stellte die SPD-Stadträtin fest. Das politische Desinteresse der Teufel-Regierung habe dazu geführt, dass Baden-Württemberg im Naturschutz „ganz hinten“ liege. „Teufel hat für den Naturschutz nichts übrig, Der Ministerpräsident hat sich deshalb von den Umweltverbänden zu Recht als ‚Umwelt-Saurier des Jahres‘ kritisieren lassen müssen“, heißt, es in einer Pressemitteilung der Eislinger SPD.

Freitag, 15. September 2000

BÜRGERHAUS MIT KINO INCLUSIVE?

Die Diskussion beim „Roten Treff“ der Eislinger SPD am vergangenen Donnerstagabend hat zur Folge, dass zu einer Bürgerinitiative „Kino/s in Eislingen“ aufgerufen wird. Mehrfach wurde den anwesenden Stadträten die Frage gestellt, ob es nicht möglich wäre, das Kino in das geplante Bürgerhaus zu integrieren.



Abbildung 30 - Schlosstheater im Jahr 2000

Der Kinobetreiber Werner Deininger machte deutlich, dass eine erfolgreiche Zukunft für ein Kino nur noch mit einem entsprechenden Umfeld gestaltet werden könne. Deshalb kann er sich, wenn die Voraussetzungen stimmen, auch ein Kino-Center, das sich im Bürgerhaus befindet, vorstellen. “Optimal wären drei Filmstudios mit 200, 120 und 80 Plätzen, natürlich abhängig von den sonstigen Veranstaltungsräumen“, beschrieb er eine denkbare Variante.

Vorderhand wollen jedoch mehrere Mitglieder der Eislinger SPD das bisherige Kino erhalten wissen. Um für dieses Ziel zu werben, wird zu einer Gründungsversammlung am 6. Oktober im Bistro des Schlosstheaters aufgerufen. Der Name der Bürgerinitiative könnte „Kino/s für Eislingen“ lauten. Walter Deininger sagte, dass künftig ein wirtschaftlicher Kinobetrieb nur noch mit mindestens zwei Sälen (Studios) möglich sei, um einerseits Mainstream- und andererseits Filmkunst-Angebote machen zu können“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz hatte zu Beginn der Veranstaltung die Geschichte bemüht und auf die lange Tradition des Schlosstheaters, welches ursprünglich einmal 1200 Sitzplätze hatte, hingewiesen. Die Eigentümerfamilie Aich habe sich entschlossen, das Objekt zu verkaufen, wogegen im Prinzip „nichts zu machen“ sei. Dennoch müsse es das Ziel sein, das Kino im Schlosstheater zu erhal-

ten, weil es ein unverzichtbarer Teil der kulturellen Identität der Stadt Eislingen darstelle. Es sei aber sehr fraglich, ob sich die Stadt Eislingen unmittelbar engagieren könne, da es sich um ein privatwirtschaftliches Unternehmen handele.

Walter Deininger wies darauf hin, dass er am Standort Eislingen bisher unverbrüchlich festgehalten habe, obwohl das in Göppingen eröffnete Multiplex-Kino dem Schlosstheater sehr zu schaffen gemacht habe. Vielmehr habe er in den letzten Jahren immer wieder kräftig investiert, zum Beispiel mit der damals ersten Digital-Tonanlage weit und breit. Mittelfristig sei – wie die Erfahrungen andernorts zeigten – ein wirtschaftlicher Betrieb ohne mehrere Kinosäle nicht mehr zu erwarten.

„Nur moderne Konzeptionen, bei denen ein Kinobetrieb nur noch eines mehrerer Elemente ist, haben künftig am Kinomarkt noch Chancen“, sagte Deininger. „Eislingen hat für einen Kinomarkt Potential, sonst wären wir in der Städtegruppe bis 20000 Einwohner bundesweit nicht unter den ‚Top 20‘“, führte Deininger aus. Er berichtete, dass im Jahr 1998 immerhin über 50.000 Besucher/innen im Eislinger Kino zu verzeichnen gewesen waren.

In der lebhaften Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, warum angesichts der Planungen für ein Bürgerhaus nicht eine Integration des Kinobetriebs in dieses Objekt vorgesehen werden könne. Umgekehrt gab es die Meinung, dass sich das Erdgeschoß des Schlosstheaters zum Ausbau eines ausreichenden Bürgersaals eigne und man vielleicht sogar auf das Bürgerhaus verzichten könne.

Einigkeit bestand darüber, dass ein Veranstaltungssaal, der im Jahr nur bestenfalls an 50 Tagen genutzt werde, mehr oder weniger zu einer Investitionsruine zu werden drohe. Es sei deshalb unbedingt ein Konzept zu finden, das dem Gebäude „aktives Leben einhauche“. Das Objekt müsse ein – möglichst kultureller – Treffpunkt in der Stadt werden. Die Stadtverwaltung müsse angesichts der unverhofften Entwicklung beim Schlosstheater ihre bisherigen Planungen nochmals überdenken und an eine ganzheitliche Problemlösung herangehen.

Uli Weidmann machte den Vorschlag, durch eine Bürger-initiative die Erhaltung eines Kinobetriebs in Eislingen zu unterstützen. „Jetzt müssen neue Ideen entwickelt werden; mit einer attraktiven Perspektive können auch entsprechende Investoren gefunden werden“, begründete er seinen Vorschlag, der große Zustimmung fand.

Mittwoch, 18. Oktober 2000

SPD WILL FÜR UTE VOGT KÄMPFEN

Die Sozialdemokraten in Eislingen wollen im bevorstehenden Landtagswahlkampf ihre Spitzenkandidatin Ute Vogt vorbehaltlos und aktiv unterstützen und zu einem erheblich verbesserten Ergebnis beitragen.

„Unser Ziel ist es, dass ohne die SPD in Baden-Württemberg nicht mehr regiert werden kann“, erklärte der Ortsvereinsvorsitzende Harmut Komm beim „Roten Treff im Grünen Baum“. Über den Ablauf des Landesparteitages berichtete Peter Ritz, der die Botschaft mitbrachte, dass sehr hoffnungsvolle und positive Impulse für den bevorstehenden Landtagswahlkampf ausgegangen sind.

Die „Stuttgarter Erklärung“, die dort verabschiedet worden sei, biete eine solide und umfassende Grundlage für eine alternative Politik gegenüber dem, wie Ritz sagte, „provinziellen Weiterwurschteln von Teufel & Co.“

„Wir werden gewinnen, wenn wir gemeinsam, geschlossen und mit Selbstbewusstsein kämpfen“, zeigte sich Stadtrat Christian Schirling

überzeugt. Konrad Dießenbacher meinte, dass mit Ute Vogt eine Spitzenkandidatin zur Verfügung stehe, die geradlinig, offen und direkt auf die Menschen zugehe. Sie stehe dafür, dass Baden-Württemberg das kinderfreundlichste Bundesland werde, in dem Eltern nicht nur lobende Worte hörten, sondern auch konkrete Unterstützung erfahren. Bildung, Ausbildung und Qualifizierung seien deshalb zu Recht zu zentralen Themen der Kampagne gemacht worden. „Hier liegt zugleich der Schlüssel für unsere Wirtschaftskraft und für die Zukunftschancen der Menschen in der Informationsgesellschaft“, betonte Breymaier.

„In der Energiepolitik darf unser Land den Zug nicht verpassen, sondern muss beim Ausbau erneuerbarer Energie Vorbild sein“, forderte Uli Weidmann und begrüßte, dass Ute Vogt nach ihrem Wahlsieg ein Bündnis für Arbeit schaffen wolle, in dem Handwerk, Mittelstand und Gewerkschaften gemeinsam Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Karl-Hans Volpert unterstützte die in der „Stuttgarter Erklärung“ enthaltene Zielsetzung, dass eine neue politische Kultur entstehen müsse, die die Bürgerinnen und Bürger einbeziehe und echte Mitbestimmung ermögliche. „Dabei muss die Kreativität und das Wissen aller Bevölkerungsgruppen genutzt werden“, betonte der Sozialdemokrat.

„Ute Vogt ist ein durchsetzungsfähiges Politalent“, sagte Jo Römer, „sie arbeitet mit knallharten Argumenten und weiß, was Politik in der Zukunft leisten muss“. Für Harald Kraus gehört Ute Vogt zu den Hoffnungsträgerinnen in der SPD, die die Menschen für sich gewinnen könne und blitzgescheit wäre. „Ute Vogt repräsentiert die neue SPD und den Generationenwechsel. Mit ihr werden wir erfolgreich in den Wahlkampf ziehen und zeigen, dass wir zum amtierenden Ministerpräsidenten eine echte Alternative haben“, kündigte der Pressesprecher der Eislinger SPD an.

Samstag,4. November 2000

SPD FÜR EINWANDERUNGSGESETZ

Beim „Roten Treff“ der Eislinger SPD war das Meinungsbild eindeutig: ein Einwanderungsgesetz könnte dazu beitragen, die Zuwanderungsprobleme zu lösen und die Integration der Mitbürger ausländischer Nationalität zu fördern. „Für Begriffe wie ‚deutsche Leitkultur‘ haben wir in diesem Zusammenhang überhaupt kein Verständnis“, betonte der Eislinger SPD-Chef Hartmut Komm.

Komm wies auf die UN-Bevölkerungsstatistik hin, wonach wegen der niedrigen Geburtenrate in Deutschland ab 2010 ein Arbeitskräftemangel drohe. „Es ist zu befürchten, dass bei uns dann besondere Qualifikationen fehlen, die wir aber brauchen, um angesichts weiterer Globalisierung noch konkurrenzfähig zu sein“, lautete seine Prognose.



Abbildung 31 - Roter Treff November 2000

Es wurde eine weitere These diskutiert, die besagt, dass, um die Rente nach heutigem System zu sichern, sechs bis siebentausend Zuwanderer auf eine Million Einwohner gebraucht werden. Es überwog jedoch die Auffassung, dass das Thema aus den Wahlkämpfen herausgehalten werden solle, weil das Problem eine sachliche und gut überlegte Lösung benötige, die im Konsens der großen

Parteien und gesellschaftlichen Gruppen anzustreben sei.

„Einem Teil der Deutschen fällt es offenbar schwer, sich von der Tatsache zu verabschieden, dass ein großer Teil der Zuwanderer sich nicht nur auf eine beschränkte Zeit bei uns ansiedeln will“, meinte der SPD-Fraktionschef Peter Ritz. „Wir sind heute de facto schon ein Einwanderungsland; die Bevölkerungsentwicklung der nächsten Jahre wird dies beweisen“, sagte Uli Weidmann.

„Die Union hat diese Realität während ihrer Regierungszeit einfach geleugnet und hat jetzt große Mühe, sich mit den politisch notwendigen Entscheidungen anzufreunden“, stellte Karl-Hans Volpert fest und fügte hinzu: „Es geht doch nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie“. Konrad Dießenbacher sagte, dass „in einem Einwanderungsgesetz realistische Bedingungen festgelegt werden müssten. Dabei müsse das Bekenntnis zu unseren Gesetzen und der Erwerb der deutschen Sprache ausreichen.

Hartmut Komm erinnerte an die seit Jahren tätige Zuwanderungskommission, wo sachlich und kritisch diskutiert werde, warnte aber vor populistischen Forderungen. Eine zukunftsorientierte und zumutbare Regelung der Zuwanderung sei unverzichtbar und könne künftigen Arbeitsmarktsituationen und den Bedürfnissen unserer sozialen Sicherungssysteme Rechnung tragen.

2001

Freitag, 5. Januar 2001

HISTORISCHE STEUERREFORM

Die Auswirkungen der Steuerreform ab 2001 wurden beim „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten heftig diskutiert. „Durch die Steuerreform 2000 entlastet die SPD-geführte Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger um 23,3 Milliarden, kleine und mittlere Unternehmen um 14,3 Milliarden und Großunternehmen um 6,8 Milliarden Mark“, erklärte der Ortsvereinsvorsitzende der SPD, Hartmut Komm.

„Diese Reform ist historisch einzigartig und entgegen den Parolen von CDU und FDP ausgesprochen mittelstandsfreundlich“, fügte der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz hinzu. Stadträtin Dr. Heide Kottmann machte deutlich, dass das Steuersenkungsgesetz 2005 ein Netto-Entlastungsvolumen von 44,5 Milliarden Mark erreiche und die Bürgerschaft „gegenüber dem Stand von vor der Regierungsübernahme um über 70 Milliarden Mark entlastet wrd“.

Hartmut Komm zeigte anhand konkreter Beispielsrechnungen auf, wie sich die Steuerbeschlüsse auf die Einkommen auswirken. Ein verheirateter Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 60.000 Mark im Jahr, wurde, so Komm, gegenüber 1998 bereits um 2196 Mark entlastet. Im Jahr 2001 steige dieser Betrag auf 2.944 Mark, im Jahr 2002 auf 3.568 Mark und in der Endstufe im Jahr 2005 auf 4052 Mark.

„Auch die Unternehmen profitieren erheblich von der Steuerreform“, sagte Hans-Ulrich Weidmann und wies auf die Senkung der Körperschaftssteuer von bis zu 40 Prozent auf 25 Prozent hin. Ferner würde das Steuerrecht vereinfacht und die Gewerbesteuer für Personenunternehmen auf die Einkommensteuer angerechnet.

Der Spitzensteuersatz sinkt bis 2005 in drei Stufen von bisher 51 auf 42 Prozent“, stellte Konrad Dießenbacher fest. Leni Breymaier ging auf die Staatsverschuldung ein und zeigte auf, dass die Nettokreditaufnahme seit Antritt der SPD-geführten Bundesregierung von da-

mals 56,4 Milliarden Mark auf bereits 43,7 Milliarden Mark in 2001 gesunken sei und aufgrund der soliden Finanzpolitik der SPD weiter bis auf 30,4 Milliarden Mark zurück geführt werde. „Das ist immer noch viel zu viel, aber der Schuldenberg aus der Ära Kohl lässt sich eben nicht im Handumdrehen abtragen“, meinte Pressereferent Harald Kraus.

Die Alternativpläne der Landesregierung unter Erwin Teufel hätten eine Deckungslücke von 27 Milliarden Mark ausgelöst; diese habe die CDU durch eine verringerte Entfernungspauschale von nur 50 Pfennig pro Kilometer wieder einsparen wollen. „Jetzt gibt es verkehrsmittelunabhängig 70 Pfennig und Teufels Vorschlag, die ersten 15 Kilometer nicht zu vergüten, ist vom Tisch“, zeigte sich Sayed Mohamed sehr zufrieden. Wären die CDU-Vorschläge umgesetzt worden, hätte dies eine Steuerreform zu Lasten der Arbeitnehmer und der Kommunen (weniger Gewerbesteuer) zur Folge gehabt.

Samstag, 6. Januar 2001

B 10: ANSCHLUSS UNVERZICHTBAR

„Die Eislinger SPD-Fraktion fordert den unmittelbaren Anschluss des Gewerbegebiets Steinbeisstraße an die neue B 10“. Dies erklärte Fraktionschef Peter Ritz am vergangenen Donnerstagabend am Rande des „Roten Treffs“ der SPD.

Angesichts des noch in diesem Jahr zu erwartenden Baubeginns für die B 10 neu müsse die Gelegenheit genutzt werden, die unerträgliche Verkehrssituation an der Kreuzung Stuttgarter/Steinbeissstraße zu beseitigen“, heißt es in einer Pressemitteilung der SPD.

Die Beseitigung des Engpasses könnte nach dem SPD-Vorschlag über eine direkte Anbindung der Daimlerstraße an die zukünftige Zu- und Abfahrtstrasse zur bzw. von der B 10 neu geschehen.

Weitsichtig und klug wäre es nach Ansicht von Peter Ritz, wenn dieses Projekt als Kreisverkehr ausgelegt würde, um einen optimalen Verkehrsfluss zu gewährleisten. „Mit dieser Lösung würde die völlig überlastete Kreuzung am Fuße der Westtangente entlastet und lästiger Schleichverkehr über die Ahorn- und Albstraße Richtung Holzheim vermieden“, sagte Ritz zur Begründung des SPD-Antrages.

Die Sozialdemokraten haben Bürgermeister Frank aufgefordert, sofort Kontakte mit dem Straßenbauamt aufzunehmen, damit der Vorschlag bei den Planungen für den neuen B 10-Anschluss berücksichtigt werden könne. Wenn erforderlich, müsse ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden, um zu einer rechtlich einwandfreien Absicherung zu gelangen.

Sonntag, 28. Januar 2001

B 10-FINANZIERUNG GESICHERT

Der Landtagsvizepräsident und Abgeordnete Frieder Birzele bezeichnete beim Neujahrsempfang der Eislinger SPD die Finanzierung des Weiterbaus der B 10 neu als die wichtigste politische Entscheidung für den Kreis und forderte die Landesregierung auf, die Einstufung der Trasse ab Süßen in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen.



Abbildung 32 - Frieder Birzele und Peter Hofelich beim Neujahrsempfang

„Kommen wir nach der Landtagswahl an die Regierung, würde das jedenfalls eine der ers-

ten unserer Entscheidungen sein“, kündigte Birzele an.



Abbildung 33 - Neujahrsempfang 2000

Die Entscheidung der Eislinger SPD, ihren Neujahrsempfang erstmals im Schloss durchzuführen, erschien sehr weise, denn die Zahl der Besucher war beträchtlich und sorgte in der Stadtbibliothek für ungewohnte Enge. Hocherfreut konnte Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm die Eislinger Prominenz, an ihrer Spitze Bürgermeister Günter Frank und Hauptamtsleiter Eberhard Weiler, begrüßen.



Die Zweitkandidatin der SPD, Antje Grebner, konnte sich eine Anspielung nicht verkneifen und stellte ein „wunderschönes und absolut faires Plakat“, so Grebner, vor, das sie druckfrisch aus der Stuttgarter Wahlkampfzentrale mitgebracht hatte. Es zeigte die SPD-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Ute Vogt. „Für sie und mit ihr zu kämpfen, macht Spaß und es wird sich lohnen“, betonte die Göppingerin.

In seinem Grußwort ging Bürgermeister Frank auf die zurück liegenden und die anstehenden Hauptthemen der Eislinger Kommunalpolitik ein. „Der Verkehr ist eine Geisel für unsere Stadt. Erst der Neubau der B 10 wird die erforderliche Entlastung bringen. Dennoch wird aber in der Stuttgarter und in der Ulmer Straße noch mit etwa 8000 Fahrzeugen täglich zu rechnen sein“, schätzte das Stadtoberhaupt. Als Nahziele nannte Frank den Bau des Bürgerhauses und der Osttangente. „Insgesamt können wir mit der Eislinger Entwicklung sehr zufrieden sein“, lautete seine Bilanz. Er dankte allen ehrenamtlich Tätigen in der Kommunalpolitik und in den Vereinen und schloss mit dem Appell: „Lassen Sie uns aus Eislingen eine blühende Stadt machen!“

SPD-Fraktionschef Peter Ritz bewertete die Anwesenheit von Mitgliedern des Ausländerbeirates als ein Zeichen dafür, dass die Integration und die Zusammenarbeit in Eislingen weit fortgeschritten sei. An die Adresse der anderen Fraktionen gerichtet, sagte Ritz, trotz des Streits über kommunalpolitische Fragen sei das Arbeitsklima im Gemeinderat „im Großen und Ganzen in Ordnung“.

Der Bau der ersten Kreisverkehrsanlage in der Stadtmitte habe das Prädikat „prima“ verdient und müsse an weiteren neuralgischen Stellen zügig wiederholt werden, zum Beispiel nördlich der Bahnüberführung. Der im Laufe des Jahres zu erwartende Baubeginn an der B 10 neu eröffne neue Chancen für die Stadtgestaltung.

Ein dickes Lob erhielt der anwesende Stadtplaner Walter Jascht, dem Ritz für die langjährige und positive Zusammenarbeit dankte – Jascht geht in den Ruhestand. Ritz würdigte seine Arbeit mit den Worten: „Er hat viele Dinge in Eislingen auf den Weg gebracht, sich

aber stets bescheiden im Hintergrund gehalten!“ In Fortsetzung seiner Arbeit brauche Eislingen weiterhin neue Ideen und viel Energie, sagte Ritz im Blick auf das „Tor zum Kronenmarkt“ und den Erhalt des Schlosstheaters.

Bevor die Gäste der SPD sich an den schmackhaften Häppchen „vergreifen“ durften, rief der Abgeordnete Frieder Birzele einige bundes- und landespolitische Themen in Erinnerung, so die „erfolgreiche Steuerreform mit 45 Milliarden Mark Entlastung“ sowie die wenige Stunden zuvor im Bundestag verabschiedete Rentenreform. Birzele verteidigte die Ökosteuer und warf der CDU vor, in dieser Frage keine überzeugende Alternative zu präsentieren. „Die Tatsache, dass mit Hilfe der Ölkosteuer die Lohnnebenkosten gesenkt und die Fremdleistungen der Rentenversicherung aus Steuermitteln finanziert werden, ist historisch und sozialpolitisch ein Meilenstein“, erklärte der SPD-Politiker.

Samstag, 3. Februar 2001

GOLFPLATZ ERHITZT DIE GEMÜTER

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger waren zum jüngsten Roten Treff der Eislinger SPD erschienen, um sich über die Planungen des Göppinger Golfklubs und die Auswirkungen auf die Gemarkung Eislingen zu informieren. Der Vizepräsident des Golfklubs, von Hagen und mehrere Grundstücksbesitzer waren ebenfalls zugegen.



Abbildung 34 - Grüner Baum

So war es nicht verwunderlich, dass die gegensätzlichen Argumente leidenschaftlich ausgetauscht wurden. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings noch nicht bekannt, dass der Golfclub seinen Antrag aufgrund der Meinungsbildung im Gemeinderatsausschuss für Technik und Umwelt (ATU) zurück genommen hat.

Die SPD-Stadträte Peter Ritz und Dr. Jochen Tham begründeten eingangs ihre ablehnende Haltung, eine hochwertige Fläche für die Naherholung sei betroffen bzw. gefährdet, die sogenannten Rückzugsräume würden verkleinert, der Abstand von der Spielfläche sei viel zu gering und die erforderliche Düngung der „Greens“ betrage bis zu 200 Kilo pro Hektar und Jahr, sodass das hydrologische Gefüge durch die Anlegung eines Golfplatzes erheblich gestört würde. Ohne Langzeitstudien, so Dr. Tham, könnten die ökologischen Auswirkungen des Projekts überhaupt noch nicht zuverlässig beurteilt werden und überhaupt sei ein Golfplatz in einem relativ dicht besiedelten Gebiet fehl am Platze.

In der hitzigen Diskussion, die sich anschloss, wurde vor allem die Feststellung getroffen, dass eine frühzeitige Bürgerbeteiligung versäumt worden sei und die offizielle Diskussion hinter verschlossenen Türen geblieben wäre, hätte nicht eine Indiskretion zur breiten Diskussion in der Bürgerschaft geführt.

Es wurde dezidiert darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Gelände fast ausschließlich um Privateigentum handele und - wie ein Besitzer meinte - seine Verfügungsgewalt darüber nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden dürfe. Worauf Peter Ritz konterte: „Eigentum verpflichtet!“

Ein anderer Eigentümer beanstandete, dass mit ihm - obwohl sein Grundstück im vorgesehenen Golfplatzbereich läge - „bisher kein Sterbenswörtchen“ geredet worden sei. Er sei auch keinesfalls bereit, das von ihm gehegte und gepflegte Grundstück herzugeben.

Ein weiterer Bürger war der Meinung, dass – wenn das Gelände landwirtschaftlich nicht mehr genutzt würde – es gerade durch die Nutzung als Golfplatz eine notwendige Pflege erfahre, die unter naturschutzlichen Gesichtspunkten sogar hilfreich sei.

Stadtrat Peter Ritz betonte, dass seine Fraktion das Projekt wegen grundsätzlicher Bedenken ablehne und es für ihn unvorstellbar sei, dass die CDU in dieser Frage den eindeutigen Mehrheitswillen der Bevölkerung missachten könnte. Auch die – im Übrigen sehr sachlichen – Argumente des Golfclubs-Vizepräsidenten von Hagen konnten die Skeptiker und Kritiker nicht überzeugen. Der Golfplatz werte den Standort Eislingen auf, der Name des Golfclubs könne um Eislingen erweitert werden und tiefe, unvertretbare Eingriffe in die Landschaft würden nicht erfolgen („nur 10 von 200 Hektar“).

Ein langjähriger Eislinger Bürger meinte darauf hin, wenn der Golfclub Göppingen ein neues Gelände suche, solle er es in Göppingen suchen und nicht die Eislinger Nachbarn damit behelligen.

Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm stellte nicht ohne Stolz fest, dass noch nie vorher so viele Menschen zum „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten erschienen wären und die SPD-Mitglieder motiviere, weiterhin aktiv an der populären Veranstaltungsreihe teilzunehmen.

Erst nach dieser Veranstaltung war zu erfahren, dass der Golfclub Göppingen nach der Sitzung des ATU am selben Abend seinen Antrag zurück genommen hat.

Donnerstag, 15. Februar 2001

SPD-POLIZIST BEIM KANZLER

Die Mehrheit der Polizisten in Baden-Württemberg ist unter Wert eingestuft. Dies berichtete der Vorsitzende der SPD Eislingen, Hartmut Komm, Mitglied des Polizeibeirats der SPD, dem Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einem informellen Zusammentreffen am Rande des Landesparteitages in Mannheim.



Abbildung 35 - Hartmut Komm beim Kanzler

Hartmut Komm erläuterte in dem Gespräch mit dem Kanzler, dass die Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeidienst längst überfällig ist. Besonders die Beamtinnen und

Beamten im Schichtdienst sind, berichtete Komm dem Kanzler, im mittleren Dienst unterbesoldet. Dies war schon vor vielen Jahren in einem gutachterlichen Vergleich mit anderen Verwaltungsbereichen festgestellt worden.

Der Versuch der SPD, in der letzten Großen Koalition eine Verbesserung zu erreichen, war gescheitert. Die Spitzenkandidatin Ute Vogt und der Polizeisprecher der SPD-Fraktion, MdL Julius Redling, haben versichert, im Falle einer Regierungsübernahme durch die SPD diesen grundsätzlichen Mangel in der polizeilichen Besoldung Baden-Württembergs zu beseitigen.

Sonntag, 25. Februar 2001

SPD-WINTERWANDERUNG WAR ECHT

Am vergangenen Samstag stand bei der Eislinger SPD wieder die traditionelle Winterwanderung auf dem Programm, bestens organisiert von Uli Weidmann und Hartmut Komm. Über den Titel der Veranstaltung wurde im Teilnehmerkreis noch gelächelt, denn als die Gruppe in den Linienbus der OVG einstieg, herrschte strahlender Sonnenschein – vom Winter keine Spur!

Im gehörigen Abstand zu den Narren, die zur gleichen Zeit Wäschenbeuren unsicher machten, begann ein dreistündiger Marsch über die Spielburg und Hohenstaufen zurück nach Eislingen. Dort kamen die „Roten“ aber sehr „geweiselt“ an, denn Frau Holle hatte den Sozialdemokraten zum Abschluss gezeigt, „wer Frau im Hause“ ist. Das tat aber dem gemütlichen Ausklang im Musikantenstadel keinen Abbruch, wo bei italienischen Köstlichkeiten die Politik völlig in den Hintergrund geriet. Auch Bürgermeister Günther Frank ließ es sich nicht nehmen, einen gemütlichen Abend im Kreise seiner Parteifreunde zu verbringen.

Sonntag, 25. März 2001

IN DER SPD STIMMT DIE CHEMIE

Dass in der Eislinger SPD die „Chemie stimmt“, zeigte sich eindrucksvoll bei der Mitgliederversammlung, in der turnusmäßig Neuwahlen anstanden. Die Führungsspitze wurde einstimmig wieder gewählt.

Vorsitzender bleibt Kriminalhauptkommissar Hartmut Komm, seine Stellvertreterin ist weiterhin Dr. Heide Kottmann. Aber auch der Kassenwart Konrad Dießenbacher, sowie Schriftführer Uli Weidmann und Pressereferent Harald Kraus erhielten einen uneingeschränkten Vertrauensbeweis. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden Eva Rieg, Sayed Mohamed, Stadtrat Peter Ritz, Joachim Römer und Karl-Hans Volpert gewählt. Der Vorsitzende Hartmut Komm führte das „bemerkenswerte“ Ergebnis auf das „hervorragende Teamwork im Ortsverein“ zurück.

Für 40jährige Mitgliedschaft konnte Manfred Holl durch Komm die von Gerhard Schröder und Ute Vogt persönlich unterschriebene Ehrenurkunde entgegen nehmen. 25 Jahre in der Partei sind Anton Huttenlocher und Manfred Schmid, 10 Jahre SPD-Mitglied sind Stadträtin Dr. Heide Kottmann und Hartmut Hörmann.

Komm konnte in seinem Rechenschaftsbericht von fünf Neueintritten berichten, die vor dem Hintergrund der Landtagswahl und der Sympathie mit der Spitzenkandidatin Ute Vogt erfolgt wären. Der SPD-Ortsverein zählt gegenwärtig 81 Mitglieder, das älteste Mitglied ist 101 Jahre alt.

Ein Volltreffer war nach Komms Worten der seit dem Regierungswechsel monatlich durchgeführte „Rote Treff im Grünen Baum“, der

sich stets großer Beliebtheit erfreut habe. Zahlreiche politische Themen, gleich ob aus der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik, hätten eine ideale Plattform für den Kontakt mit der Bürgerschaft hergestellt.

Aus Witterungsgründen war der Erfolg des letzten Brunnenfestes begrenzt, was aber – wie Konrad Dießenbacher berichtete, der Finanzlage des Ortsvereins keinen Abbruch tat. Rücklagen für die Landtagswahl und die bevorstehende Bundestagswahl 2002 hätten angesichts zahlreicher kleinerer Spenden aus der Mitgliedschaft und dem Sympathisantenkreis gebildet werden können.

Gerda Wurz konnte als Revisorin – auch sie wurde zusammen mit Monika Breyer einstimmig gewählt – eine perfekte und fehlerfreie Kassenführung durch Konrad Dießenbacher bestätigen. Auch die Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Hartmut Komm hob in seinem Rückblick unter anderem die Beteiligung am Weltkindertag hervor und bezeichnete die Entscheidung über den Bau der B 10 neu als großartigen politischen Erfolg.

Als Delegierte zu den Kreiskonferenzen der SPD wurden gewählt: Leni Breymaier, Monika Breyer, Hartmut Komm, Helmut Mezger, Sayed Mohamed und Peter Ritz (Ersatzdelegierte sind Konrad Dießenbacher, Harald Kraus, Karl-Hans Volpert und Joachim Römer.)

Samstag, 31. März 2001

SCHLUSS MIT „EX AND HOPP“

Harsche Kritik an dem CDU-Landtagsabgeordneten Seimetz hagelte es beim jüngsten Roten Treff der Eislinger SPD. „Herr Seimetz ist ein Feigling ersten Ranges“, sagte die stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Dr. Heide Kottmann im Hinblick darauf, dass sich Seimetz im Landtag bei der Abstimmung zum Dosenpfand der Stimme enthalten habe „obwohl er sich vorher als Verfechter des Dosenpfands aufgespielt hat“. „Sehr weit her ist es mit seiner Glaubwürdigkeit jetzt nicht mehr“, betonte Uli Weidmann. „Seine Ausflüchte für sein Abstimmungsverhalten können nicht überzeugen“, fügte Pressesprecher Harald Kraus hinzu.

Heide Kottmann hatte in ihrer Einleitung darauf hin gewiesen, dass das vorbildliche Mehrweg-System bei Getränkeverpackungen zunehmend durch Einwegverpackungen verdrängt werde. Die sogenannte Mehrwegquote (72 %) werde seit 1997 deutlich unterschritten. „Vor allem beim Bier wird der Mehrweg immer mehr durch die Dose ersetzt“, stellte Uli Weidmann fest.

Die Sozialdemokraten waren sich darin einig, dass das Dosenpfand auf ökologisch nachteilige Getränke-Verpackungen der richtige Weg sei, um zu wirksamen Umwelt-Standards zu kommen. „Das neue Pfand wird auch dafür sorgen, dass künftig nicht mehr so viele Dosen oder Kunststoffflaschen in der Landschaft herum liegen“, vermutete Konrad Dießenbacher.

Von weiteren freiwilligen Verpflichtungen hält die Eislinger SPD nichts, denn eine Stabilisierung der Mehrweggebinde sei mit der Verpackungsverordnung aus dem Jahr 1991 nicht erreicht worden. „Die Getränkeindustrie hat ihre Chance nicht genutzt; deshalb muss jetzt konsequent gehandelt werden“, sagte Sayed Mohamed. „Mit dem ‚Ex and hopp‘ muss endgültig Schluss sein“ lautete das übereinstimmende Resümee beim Roten Treff.

Montag, 9. Juli 2001

PETRUS WAR DEN GENOSSEN GNÄDIG

Die Eislinger SPD hat noch einmal Glück gehabt: nach einem ziemlich verregneten Auftakt am Samstagnachmittag setzte sich die Sonne an ihrem „Namenstag“ durch und gönnte dem Brunnenfest-Team um Anni Dießenbacher doch noch einige schöne Stunden, in denen zahlreiche Besucher den Weg zum Ludwig-Uhland-Brunnen fanden, der seit 13 Jahren ununterbrochen „Austragungsort“ des Brunnenfestes ist.



Abbildung 36 - Brunnenfest 2001

Bürgermeister Günther Frank verzog sich mit weiteren Prominenten schnellstens in das bereit gestellte Zelt, nachdem er den Eröffnungsakt vollzogen und das Fass angestochen hatte. Außer ihm wagten es am Samstag nur einige Wetterfeste, der Tradition der Sozialdemokraten zu folgen und zu Kaffee und Kuchen oder einem Weizen vorbei zu kommen. Ein erstmals ausgetragenes Tischfußballturnier sorgte am Abend dennoch bei den vorwiegend jungen Leuten für eine willkommene Abwechslung vom trüben Wettergeschehen.



Abbildung 37 - Brunnenfest 2001

Gebannt warteten die Genossen deshalb auf den Sonntag, der dann ab Mittag recht freundlich aufhellte und viele Bürgerinnen und Bürger zu einem Besuch animierte. Sie konnten am frühen Nachmittag den Auftritt der Tanzgruppe aus der Klasse 6 der Silcherschule beklatschen. Für die Kinder wurde eine „Feeling-Box“ aufgestellt, wo es unter 13 Gegenständen 10 richtige zu ertasten gab.



Abbildung 38- Brunnenfest 2001

Festwirtin Anni Dießenbacher war am Abend für den grässlichen Samstag entschädigt und konnte wieder ein mit bewährten Kräften bestens organisiertes Brunnenfest zufrieden Revue passieren lassen.

Mittwoch, 15. Juli 2001

HOFELICH: „REIN IN DEN VVS“

Der schrittwese Einstieg in den Verbund des öffentlichen Nahverkehrs in der Region (VVS) ist nun wirklich überfällig“, sagte der SPD-Regionalvorsitzende Peter Hofelich in der jüngsten Sitzung des SPD-Regionalvorstandes. Die Chancen stünden gut. Der Kreis Göppingen dürfe jetzt nicht durch selbstverschuldete Untätigkeit länger im Abseits stehen.

Der Nahverkehr präge das Regionalgefühl, so Hofelich. Auch die Region Stuttgart könne über einen gemeinsamen Verkehrsverbund von den Menschen am ehesten wahrgenommen werden. Der Kreis Göppingen gerate gegenüber den anderen fünf Kreisen der Region ins Hintertreffen, wenn das VVS-Ticket nicht auch im Filstal Gültigkeit erhalte. Hofelich sieht jetzt aber „Bewegung im Spiel“.

„Das Regionalparlament hat bei den Haushaltsberatungen eine Initiative der SPD-Fraktion unterstützt. Die Regionalverwaltung hat konkrete Pläne in der Schublade. Von der Göppinger Landkreisverwaltung erwarten wir nun eine entgegenkommende Haltung“, fordert Hofelich.

Dies bestätigte auch der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Peter Feige. Er sagte, ein finanziell attraktives Einstiegsangebot, das den Landkreis nicht überfordere, könnte die Sache voran bringen. „Entscheidend ist eine an den realen Möglichkeiten orientierte Schrittfolge“, so Feige. So könnten zum Beispiel zunächst die Nachtbusse auf den Kreis Göppingen ausgeweitet werden.

In einem zweiten Schritt sollten nach Ansicht der SPD auf der Schiene einheitliche Fahrkarten von Bahn und VVS eingeführt werden. Schließlich sei auch zügig eine Planung von kreisüberschreitenden Buslinien, insbesondere zwischen Esslingen und Göppingen, zu realisieren. Der bestehende Filstaltakt müsse faktisch in den VVS integriert werden. „In dieser Phase wird es dann auch schon darum gehen, die Bahnhöfe der Filstal-Stammstrecke S-Bahn-tauglich zu machen“ sagte Hofelich. Sobald die ICE-Schnellbahnstrecke über die Alb neu gebaut sei, könne die Vollintegration mit S-Bahnverkehr kommen.

Ferner sagte Hofelich: „Ich habe nie verstanden, warum S-Bahnen nach Weil der Stadt im Vorderschwarzwald, nach Herrenberg im Gäu und nach Backnang an den Rand des Schwäbischen Walds, nicht aber in das traditionelle Industrierevier des Filstals fahren sollen.

Leni Breymaier, Mitglied im SPD-Regionalvorstand, sprach die klare Erwartung aus, dass künftig auch der gesamte öffentliche Personennahverkehr in der Regie der Region stattfinden soll. „Das gibt Kosten- und Effizienzvorteile und nützt den Fahrgästen. Die Landesregierung aus CDU und FDP sei entsprechend aufgefordert, endlich die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen.

2002

Freitag, 4. Januar 2002

VIELE PLUSPUNKE GESAMMELT

„Bürgermeister Günther Frank hat in seiner bisher 24-jährigen Amtszeit zahlreiche Pluspunkte gesammelt“. Dies war die übereinstimmende Meinung der SPD-Mitglieder beim „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten am Donnerstagabend.



Abbildung 39 - Günther Frank

In der Diskussion über die „Zukunft Eislingens“ betonte Stadträtin Dr. Heide Kottmann, dass Frank das Prinzip der Unparteilichkeit trotz seines SPD-Parteibuches beispielhaft praktiziert habe. Es bestehe in Eislingens Bürgerschaft kein Grund, „den Stadtchef auszuwechseln“. Die Fortschritte in der Eislinger Stadtpolitik seien untrennbar mit dem Namen Günther Frank verbunden, der sich als erfolgreicher Manager der Bürgerinteressen zweifelsfrei für eine weitere Amtszeit qualifiziert habe.

„Dagegen ist sehr zu bezweifeln“, sagte der SPD-Ortsvorsitzende Hartmut Komm, „ob ein von der CDU aus rein parteitaktischen Gründen geholter Kandidat je in der Lage sein wird, diese Unabhängigkeit zu erreichen und zu bewahren“. Er wäre, ob er wolle oder nicht, von der ihn nominierenden CDU abhängig und müsse nach „deren Pfeife tanzen“.

Pluspunkte, die für Günther Frank sprechen, seien die erfolgreichen Projekte der Stadtentwicklung, die er in Teamarbeit mit dem Gemeinderat und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung kontinuierlich verfolgt habe. Stadträtin Dr. Heide Kottmann zählte als Beispiele die Sanierung der Hauptstraße, den Bau der Westtangente, Franks unermüdlichen Kampf für den Neubau der B 10, das Sanierungsgebiet Kronenmarkt, den bevorstehenden Bau eines Bürgerhauses, die Verwirklichung der Garantie eines Kindergartenplatzes für alle über 3-Jährigen, den Bau der Kreisverkehrsanlagen, die Sanierung der Eislinger Schulen sowie die kontinuierliche Förderung der Sportstätten auf. Sein besonderes Engagement für die Vereinsförderung hob der AWO-Vorsitzende Harald Kraus hervor.

„Günther Franks bisherige Amtszeit hat das Prädikat ‚Stadt statt Partei‘ verdient“, meinten Konrad Dießenbacher und Karl-Hans Volpert. Letzterer erinnerte an die von Frank durchgeführten Bürgerversammlungen über so genannte heiße Themen der Stadtpolitik, wo der Bürgermeister auch einen bequemeren Weg hätte gehen können. „Mit Günther Frank ist die Eislinger Bevölkerung bisher gut gefahren“, schloss Uli Weidmann den Reigen der Frank betreffenden Aussagen.

Wie Hartmut Komm betonte, werde die SPD selbstverständ-lich ihr Mitglied Günther Frank unterstützen, wenngleich sie nicht erwarte, dass Frank seine bisherige Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verlasse. Der CDU-Kandidat habe in der Sache nichts Besonderes zu bieten, was tatsächlich eine Alternative darstellen könnte“, so Komm weiter. Harald Kraus fügte hinzu, dass die grundsätzliche Strategie der Eislinger Stadtpolitik von der CDU stets mitgetragen worden sei; dann müssten sich die Konservativen fragen lassen,

ob sie damit ihre bisherige Meinung über Bord geworfen hätten.

Samstag, 12. Januar 2002

„DEMOKRATIE NEU ERFINDEN“

„Die Demokratie muss gewissermaßen neu erfunden werden, wenn sie die Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich bewältigen will“, sagte Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker anlässlich des Jahresauftakt-Empfangs der Eislinger Sozialdemokraten am Freitagabend im Schloss. Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Enquete-Kommission betonte, dass sich Deutschland im Interesse seiner weltweiten Wettbewerbsfähigkeit auf mehreren Politikfeldern wesentlich bewegen müsse. Zur Demokratie gehöre, dass sich alle „Player“ im globalen Wirtschaftsprozess ihrer Verantwortung für die Gesellschaft stellen müssten.

Als einen Beitrag in dem notwendigen Anpassungsprozess nannte von Weizsäcker beispielhaft den Vorschlag für einen Kombilohn, den er als im Prinzip vernünftig bezeichnete, für den aber noch keine finanzierbare Variante vorliege. Der SPD-Abgeordnete wies darauf hin, dass das wirtschaftliche Wachstum in der gesamten Ära Kohl durchschnittlich 1,6 Prozent im Jahresschnitt betragen, seit dem Regierungsantritt der SPD aber immerhin schon 1,6 Prozent im Jahresschnitt betragen habe. Auch könne die Finanzpolitik Hans Eichels ohne Zweifel das Prädikat „solide“ für sich in Anspruch nehmen, denn 50 Milliarden Euro Staatschulden seien seit 1998 abgebaut worden.

Auf die Weltwirtschaft weiter eingehend zeigte sich von Weizsäcker skeptisch, ob die Exporte weiterhin beliebig ausgeweitet werden könnten. „Das ginge dann zwangsläufig auf Kosten anderer Länder, die ebenfalls einen Absatzmarkt brauchen.“ „Deshalb ist auch in einer globalisierten Welt ein Wir-Gefühl notwendig, also eine gemeinsame Verantwortung und nicht nur die egoistische Profitmaximierung“.

Weizsäcker führte weiter aus, dass die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eingetretene Abrüstung der Blöcke die öffentlichen Haushalte weltweit um 300 Milliarden Mark entlastet habe. Diese enorme Summe sei jedoch nicht gleichmäßig allen Schichten in den Gesellschaften der Industrieländer zu Gute gekommen, sondern habe seither zu einer fulminanten Senkung des Spitzensteuersatzes der Reichen in den Industrieländern geführt, sagte Weizsäcker. Dagegen seien die indirekten Steuern und damit die Belastung für die mittleren und kleineren Einkommen erheblich nach oben geschnellt.

„Die Verhandlungsposition gegenüber Anlegern und Investoren ist für die Politik erheblich schlechter geworden“, erläuterte der Professor seine Analyse. Nicht die Regierenden bestimmten den Gang der Dinge sondern die internationalen Konzerne und die großen Anleger diktieren den Regierungen die Bedingungen. Darunter habe die Weltwirtschaft insgesamt gelitten.

Dass die Starken die Schwachen unterstützen müssten, würde am Beispiel der Entwicklungshilfe klar: die OECD-Länder hätten ihre Entwicklungshilfe auf 0,22 Prozent ihres Bruttosozialprodukts gesenkt. „Die internationale Solidarität ist offensichtlich kaputt“, lautete von Weizsäckers Schlussfolgerung.

Als Therapie aus dieser Krise der Weltwirtschaft nannte der SPD-Abgeordnete drei mögliche Wege. Durch internationale Regulierung müssten Fehlentscheidungen der Weltwirtschaft eingedämmt werden.

Die Privatwirtschaft müsse für die demokratischen Gesellschaften konkrete Verantwortung übernehmen. Und quasi wie Wachhunde müssten die Bevölkerungen und die Medien Fehlentwicklungen aufdecken und damit die „schwarzen von den weißen Schafen unseres Wirtschaftssystems trennen. Er, so Weizsäcker abschließend, halte einen Schulterschluss der parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte für unabdingbar notwendig. Nur mit den Gesellschaften, deren Mitglieder sich „mit Schlauheit, Idealismus und Spürsinn“ für eine moralisch bessere Welt einsetzten, könnten diese Hürden genommen werden.

Vor der Rede des früheren Direktors des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie hatte SPD-Ortsvorsitzender Hartmut Komm die zahlreichen Gäste begrüßt und den Bürgermeister Günther Frank zu einem Grußwort eingeladen. Frank wies auf eine Reihe bisher erreichter Ziele hin und bedankte sich für das bürgerschaftliche Engagement, ohne das Eislingen nicht voran gekommen wäre.

Sonntag, 13. Januar 2002

LEGENDENBILDUNG MISSGLÜCKT

Aufgrund eines Medienberichts der Jungen Union sah sich der SPD-Ortsverein zu folgender Presseerklärung veranlasst:

Mit ihren Behauptungen befindet sich die Junge Union gründlich auf dem Holzweg. Um jedoch Legendenbildung zu vermeiden, müssen hier die Tatsachen verdeutlicht werden:

Die städtische Auftragsvergabe an Unternehmen erfolgt prinzipiell nicht nach Parteibuch, sondern nach Prüfung der eingereichten Angebote und ist eine – im Übrigen sehr transparente – Sach- und nicht politische Entscheidung. Was würde die JU denn sagen, wenn die SPD nun auflistete, wie oft Aufträge der Stadt Eislingen an CDU-Mitglieder erteilt worden sind? Handelte es sich dann um „schwarzen Filz“?

Die Entscheidung zur „Kreiselkunst“ war eine politische Mehrheitsentscheidung des Gemeinderats, die nicht nur mit den Stimmen der SPD zustande kam. Sie als parteipolitisch „durchgedrückt“ zu bezeichnen wird der Sachlage nicht gerecht.

Den Vogel abgeschossen hat die JU jedoch mit der Behauptung, die Eislinger Zeitung habe nach den Vorstellungen der SPD umgestaltet werden sollen. Die SPD wollte und will dies selbstverständlich nicht (was ihr auch gar nicht gelänge) sondern ihre Gemeinderatsfraktion hat mehrere Verbesserungen und Varianten diskutiert und vorgeschlagen, die nicht nur in SPD-Kreisen als richtig und notwendig bezeichnet worden sind. Die JU hat übersehen, dass zum Beispiel das renommierte CDU-Mitglied Manfred Strohm in der zuständigen Arbeitsgruppe engagiert mitgewirkt und deren Ergebnisse wesentlich beeinflusst und ausdrücklich mitgetragen hat. Es ist unangemessen, dies nun politisch ausschlachten zu wollen.

Die sonstigen Ausführungen der JU sprechen angesichts ihres Charakters für sich und erreichten nicht das Niveau, auf dem die SPD sich mit politischen Agumenten sachlich auseinander setzt.

Samstag, 23. Februar 2002

HEISSER WAHLKAMPF LÄUFT AN

Lebhaft wurde bei der Jahreshauptversammlung der Eislinger SPD über die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst diskutiert.

Der SPD-Ortsvorsitzende Hartmut Komm machte deutlich, dass der Kanzlerkandidat der Union, Stoiber, höchst unseriös mit politischen Daten und Fakten hantiere, widersprüchliche

und unausgereifte Vorschläge und Versprechungen mache, ohne darzulegen, wie er sie erfüllen wolle.

„In den ersten Wochen nach seiner Kür hat Stoiber ein komplettes Steuerchaos präsentiert“, sagte der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz und erinnerte daran, dass selbst der frühere Parteichef Schäuble dies als „wenig optimal“ bezeichnet habe.

„Mehr Schein als Sein ist auch auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik zu attestieren“, stellte Leni Breymaier fest und warf der Union in diesem Zusammenhang unrealistischen Populismus vor. Überdies habe die Union keinen Finanzierungsvorschlag für ihre nur vermeintlich sinnvollen Vorschläge vorgelegt.

„Stoibers Ideen kosten vor allem viel Geld“, meinte Karl-Hans Volpert. „Wo es herkommen soll, verrät Stoiber natürlich nicht“, ergänzte Dr. Heide Kottmann. In der Summe würden die großspurigen Vorschläge Stoibers 16,7 Milliarden Euro Mehrkosten jährlich verursachen – das ist Wahnsinn“, erklärte Harald Kraus.

Darüber hinaus wolle Stoiber die Sozialkassen außerdem mit 22,7 Milliarden Euro belasten. „Das ist für einen Kandidaten, der auf wirtschaftliche Kompetenz Wert legt, kein Ruhmesblatt“, sagte der SPD-Ortsvorsitzende Hartmut Komm.

Nach Abwicklung der Regularien konnte Hartmut Komm die Altstadträtin Anni Dießenbacher sowie Jutta Breit für 25-jährige Mitgliedschaft in der Partei ehren. Zuvor war der gesamte Vorstand einstimmig entlastet worden, nachdem über geordnete Finanzen und über die zahlreichen Aktivitäten im abgelaufenen Jahr berichtet worden war. Insbesondere hob Komm den gelungenen Neujahrsempfang und das Brunnenfest hervor.

Samstag, 9. Juni 2002

SPD STEHT FEST ZUM EURO

Die Eislinger Sozialdemokraten diskutierten bei ihrem „Roten Treff“ über die allenthalben beklagten Preiserhöhungen im Zusammenhang beziehungsweise nach Einführung des Euro. Dabei ergab sich ein vielfältiges Meinungsbild. Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass die gegenwärtige Diskussion ein Stück weit ein psychologisches Problem sei, dem durch umfassende Aufklärung und konsequentes Verbraucherverhalten begegnet werden könne.



Abbildung 40 - Eurokunstwerk nach Eislingen?

Der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz berichtete über wissenschaftliche Untersuchungen, die aufzeigten, dass im Jahresvergleich (Mai 2001 bis Mai 2002) zwar zahlreiche Produkte teurer geworden wären, aber auch beachtliche Preisreduzierungen registriert worden wären.

Eine Studie der Universität Erlangen habe ergeben, dass der statistische Warenkorb den Verbrauch des Durchschnittshaushalts wiederspiegele, viele Bürger aber anders als der statistische Durchschnitt konsumieren. Sinke zum Beispiel der Preis eines PC-Druckers, profitiere nur der davon, der tatsächlich einen solchen kaufe. Das gelte aber auch umgekehrt bei Produkten, die im Preis anstiegen. In beiden Fällen ginge die Entwicklung in die Statistische Preisbewegung ein.

Die stellvertretende SPD-Ortsvorsitzende Dr. Heide Kottmann, machte deutlich, dass die

Preise nicht durch den Euro bestimmt, sondern von den Anbietern gemacht würden. Und da gäbe es nach ihrer Erfahrung eine ganze Reihe von Anbietern, die die Einführung des Euro dazu missbraucht hätten, die Preise unverhältnismäßig anzuheben. Sie verteidigte die Handhabung der Stadt Eislingen, die ihre Gebühren präzise nach dem Umrechnungsfaktor in EURO ausweise. Die Erhöhung des Eintrittsgeldes für das Hallenbad habe nichts mit der EURO-Umstellung, sondern mit einer aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht mehr zu umgehenden Preisanpassung zu tun.

Die von Peter Ritz angesprochene Studie sorgte für eine lebhafte Diskussion, sagt diese doch aus, dass zum Beispiel der Preis für Vollmilch um 10,5 Prozent, für Speisekartoffeln um 13,9 Prozent und für Tomaten sogar um 51,9 Prozent im Vergleich zum Mai des Vorjahres gestiegen ist. Insbesondere Obst und Gemüse haben, so Ritz, zum Teil Preissprünge gemacht, die in vielen Fällen mit der Einführung des EURO zusammen fielen. Es gäbe, so die Erlanger Studie, aber auch Artikel, die im Preis gesunken sind: Kopfsalat um 20,6 Prozent, Kühlschränke um 2,3 Prozent, Energie um 1,5 Prozent und Medikamente um 1,8 Prozent, freilich alles Durchschnittswerte, die regional mehr oder weniger abweichen können.

Dennoch hielten die Teilnehmer des „Roten Treffs“ mit ihrer kritischen Meinung nicht hinter dem Berg. Wir sollten die Preise kritisch prüfen und Preistreiber boykottieren“, empfiehlt Heide Kottmann. „Wenn die Qualität nicht gleich ist, akzeptiere ich den höheren Preis nicht“, meinte Karl-Hans Volpert, dem Waldemar Berg zustimmte; auch er will sein Augenmerk auf ein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis richten. Peter Ritz gab den Ratschlag, „genau hinzusehen und nicht nur der Werbung zu vertrauen“.

Uli Weidmann findet es erstaunlich, dass wir nach wie vor im Kopf mit DM rechnen, wodurch eine gewisse Fehleinschätzung entstünde. „Dabei wird der tatsächliche Umrechnungsfaktor quasi ausgeblendet. Bei größeren Beträgen kommen dabei nicht unwesentliche Differenzen zustande“, meinte Weidmann.

Eva Rieg stellte fest, dass mehrere Warengruppen, wie zum Beispiel Autos und Versicherungen, trotz EURO preisstabil geblieben seien. Marlis Wahl wies darauf hin, dass mit dem EURO die Preise nominell eben nicht genau um die Hälfte „fallen“ konnten, da der EURO-Umrechnungsfaktor nicht 1 zu 2 sondern 1 zu 1,95583 betrage. Dekan Mrkaja beanstandete, dass insbesondere in der Gastronomie und bei jugendbezogenen Angeboten die Gelegenheit der Währungsumstellung teilweise schamlos ausgenützt worden sei; selbst am Kiosk in den Schulen sei der offizielle Umrechnungsfaktor häufig nicht eingehalten worden.

Der Kassenwart des SPD-Ortsvereins, Konrad Dießenbacher, hielt es für bemerkenswert, dass die SPD ihre Mitgliedsbeiträge auf den Cent genau umgerechnet habe. Der Ortsvorsitzende Hartmut Komm betonte, der EURO habe sich insgesamt bewährt und sei eine sichere Währung.

Pressesprecher Harald Kraus beanstandete, dass der statistische Warenkorb offenkundig mit der realen Wirklichkeit der Verbraucher zu wenig zu tun habe, denn die offiziellen Preissteigerungsraten würden auch unabhängig von der EURO-Umstellung – häufig übertroffen. “Deshalb müssen wir als Verbraucher kühle Rechner bleiben und der Begierde der Preistreiber unter den Anbietern entschieden entgegentreten.“

Die Sozialdemokraten wollen künftig untereinander gezielt Informationen austauschen, wo Anbieter unverschämt zulangen oder aber

besonders günstig anbieten. „Der EURO selbst als neue Währung hat jedenfalls keine Preislawine ausgelöst.

Wir schaden uns selbst, wenn wir kein Vertrauen in den Euro setzen. Wir dürfen uns nicht in eine Massenpsychose hinein ziehen lassen“, sagte der Gastgeber des Roten Treffs, Hartmut Komm.

Montag, 11. Juni 2002

BUNTES BRUNNENFEST BEI UHLAND

Die Eislinger Sozialdemokraten haben das Programm für das 16. Brunnenfest, das am kommenden Wochenende 19./20. Juni stattfindet, bekannt gemacht. Rund um den Uhlandbrunnen in Eislingen-Nord ist für Unterhaltung und Kurzweil gesorgt. Noch bevor Bürgermeister Günther Frank am Samstag um 14 Uhr den Fassanstich vornimmt, wird bereits um 13.00 Uhr der Kinderflohmarkt eröffnet. Die Besucherinnen und Besucher können sich an einer reichlich bestückten Kuchentheke laben und dazu Kaffee trinken, aber auch mit den Kindern zusammen um 17 Uhr erstmals sogenanntes „Stockbrot“ braten. Am Abend wird „Brunos Brunnenfestmusik“ präsentiert.

Am Sonntag lädt die SPD um 10.30 Uhr zum Frühschoppen ein und bietet zum Mittagstisch Schweinebraten und Kartoffelsalat an. Weiter sind Steaks, Rote Wurst und Leberkäse im Angebot. Beim Familiennachmittag ist die Kinderbetreuung gewährleistet. Ab 14.30 Uhr wird das Duo Birgit und Florian zur Unterhaltung aufspielen.

Festwirtin Anni Dießenbacher ist zuversichtlich, dass auch die 16. Auflage des Brunnenfests der Eislinger SPD ein voller Erfolg wird und „Petrus den Genossen wieder wohlgesonnen ist“.

Sonntag, 16. Juni 2002

RIESTER ALS „FUSSBALL-HELD“?

Walter Riester will beim SPD-Brunnenfest am kommenden Wochenende eine Paraellkarriere zur Politiker-Laufbahn beginnen und will unbedingt in das Finale einziehen. Auf den Einwand, dass es da sehr viele starke Gegner geben könnte, sagte Riester zuversichtlich: „Die putz‘ ich alle weg!“.

Mit Spannung darf deshalb die Eröffnungspartie am Samstagabend ab 18 Uhr am Ludwig-Uhland-Brunnen in Eislingen-Nord erwartet werden. Weltmeisterliche Stimmung ist garantiert. Der SPD-Politiker hat vor weiteren Herausforderungen, weder auf der politischen Bühne noch am grünen Tisch keine Bange.

Der Bundesarbeitsminister erläuterte vor Vertretern der Medien: „Mein Geheimkonzept: Für den Erfolg muss man zwar hart arbeiten, aber angesichts meiner überzeugenden Konzepte werden meine Gegner nur Außenseiter-Chancen haben“.

Die SPD will sich bemühen, dass der fußballerfahrene Bürgermeister Günther Frank im Eröffnungsspiel gegen den Minister antritt. „Ich habe vor ‚Großkopfeten‘ keinen Respekt“, wird dieser zitiert. „Dem werd ich’s zeigen“, soll Riester darauf geantwortet haben. Laut SPD-Pressesprecher Harald Kraus ist es auch garantiert keine Ente, dass ein Fernsehteam bereit steht, um die sportlichen Talente des Arbeitsministers auf Zelluloid zu bannen. …

Auch am Sonntag geht es hoch her: um 16 Uhr wirbeln die „Dance Devils“ aus dem Eislinger Jugendreff „Nonstop“ über den Rasen. Die Sozialdemokraten sind auf einen Massenansturm eingerichtet.

Sonntag, 27. Juni 2002

KEINE ZWEITKARRIERE FÜR RIESTER

Walter Riesters Traum von einer Zweitkarriere als Fußballheld deutscher Nation ist ausgeträumt: Der Minister und Bundestagskandidat schied zusammen mit seinem Partner, SPD-Fraktionschef Peter Ritz, im Halbfinale aus. Traurig war der Minister nicht, denn „ich hätte gar nicht gewusst, wie ich beides unter einen Hut gebracht hätte“. Doch im nächsten Jahr will er sich professioneller vorbereiten und mit dem Eislinger Bürgermeister Günther Frank ein mehrtägiges Trainingslager besuchen. „Dann spiele ich alle Eislinger in Grund und Boden“, kündigte er kampfeslustig an.



Abbildung 41 - Brunnenfest 2002

Seine Bewunderung galt aber weniger der eigenen Leistung als unumwunden der des Teams „Kosovo“, das souverän siegte und den eigens gestifteten Pokal entgegennehmen konnte. Im Rummel der Preisverleihung hat Turnierchef Uli Weidmann vergessen, die glücklichen Sieger nach ihren Namen zu fragen … Immerhin konnten die beiden „Stars“ aber im Bild vorgestellt werden. So kann die SPD in ihre Annalen aufnehmen, dass bei einem Fußballturnier die glücklichen Sieger anonym geblieben sind.

Die Brunnenfestwirtin Anni Dießenbacher freute sich über das „Kaiserwetter“ und war mit dem Zulauf sehr zufrieden. Zahlreiche Besucher lobten das „lauschige Plätzchen“, das die SPD für ihr jährliches Brunnenfest ausgewählt hat.



Abbildung 42 - Brunnenfest 2002

Gründlich geschwindelt hat allerdings Pressesprecher Harald Kraus, der ein Fernsehteam zum Fußballturnier angekündigt hatte, aber eingestehen musste, dass er da etwas völlig falsch verstanden hatte …

Sonntag, 11. August 2002

MIT STOIBERS MITTE IST ES VORBEI

„Stoiber ist wieder dort, woher er kam“, sagte Dr. Witgar Weber zur Berufung des bayerischen Innenministers Beckstein in Stoibers Wahlkampfteam.



Abbildung 43 - Vorschlag Stoiberkreisel bei eislingen-online

Weber wörtlich: „Stoibers Urlaub in der politischen Mitte ist mit Becksteins Nominierung

jetzt zu Ende gegangen. Stoiber ist wieder dort, woher er kam: rechts von der Mitte, rechts von der Mehrheit, rechts von der Wirklichkeit“, erklärte Weber, der bei der letzten Wahl den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst hatte.

Antje Grebner aus der Kampa, der Wahlkampfzentrale der SPD, ergänzte: „Beckstein klopft Sprüche und schürt Ängste“. Beispielhaft nannte sie das Zuwanderungsgesetz, das im Konsens mit Experten, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgebern beschlossen worden sei. Sie alle wollen, dass Zuwanderung gesteuert und Integration erleichtert wird. Trotzdem will, so die SPD in einer Pressemitteilung, „Beckstein den Konsens wieder kippen“. „Beckstein ist Stoibers Alter Ego“, sagte Harald Kraus und fügte hinzu: „Beckstein zeigt den wahren Stoiber“. Kraus weiter: „Mit Beckstein ist Stoiber wieder zurück am rechten Rand. Daheim ist es halt am schönsten“, polemisierte Kraus.

Dr. Heide Kottmann, Eislingen, ergänzte, dass Beckstein an das Format von Otto Schily bei weitem nicht heran reiche. Schily sei ein Innenminister von europäischem Format, der in der Bevölkerung als bewährter Garant für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit höchstes Ansehen genieße. „Beckstein dagegen spielt den schwarzen Hilfssheriff Stoibers und vernachlässigt sträflich die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe der Integration von Ausländern und Aussiedlern.

Samstag,10. August 2002

UNSERE VISION VON DEUTSCHLAND

Beim Wahlkampftreff der Eislinger SPD wurde eine Vision entwickelt, an deren Umsetzung nach der Bundestagswahl 2002 herangegangen werden soll. „Ohne Visionen ist auch in der Politik kein Erfolg möglich“, sagte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm.

„Das Deutschland, für das wir arbeiten wollen, ist ein stolzes und solidarisches Land. Ein Land, das seine Leistungen nicht mies machen lässt. Ein Land, das Spitze ist in Wirtschaft, Bildung und Forschung. Und ein Land, in dem es im Umgang miteinander gerecht und fair zugeht“ lautet der Eingangsabsatz des Papiers, das als Leitbild für den Wahlkampf verfasst wurde.

Nachstehend werden die wesentlichsten Aussagen des Papiers dokumentiert:

Unsere Kinder müssen so gut betreut werden, dass sie beim Spielen lernen können und beim Lernen das Spiel nicht vergessen. Allen Kindern muss die Chance eingeräumt werden, eine erstklassige Bildung und Ausbildung zu bekommen. Die Haushaltsüberschüsse des Bundes müssen dafür eingesetzt werden, dass auch kommende Generationen gut leben können. Gesunde Lebensmittel müssen zu vernünftigen Preisen zu beschaffen sein.

Die SPD versteht Deutschland als ein Land für Familien. Ältere und Jüngere müssen füreinander da sein. Für Frauen müssen Familie und Beruf verbunden werden können.

Deutschland hat Arbeit für alle. Lebenslanges Lernen ist selbstverständlicher Teil des Berufslebens. Arbeit für das Gemeinwohl muss besser bezahlt werden als Tatenlosigkeit.

Deutschland wird von denen beherrscht, die das große Kapital haben. Moral und Verantwortung sind auch in der Wirtschaft und an der Börse selbstverständlich. Raubtiere gehören in den Käfig und nicht in eine falsch verstandene Marktwirtschaft.

Dieses Deutschland hat die Wiedervereinigung geschafft und das Leben in allen Teilen des Landes attraktiv gemacht. Die Regionen wett-

eifern miteinander um noch bessere Lebensbedingungen.

Deutschland ist ein Land der Chancen. Wer nach vorne will und kann, hat alle Möglichkeiten, andere mitzuziehen. Aber: wer hingefallen ist, wird nicht liegen gelassen.

Deutschland ist stolz auf die eigene Tradition und offen für den Reichtum anderer Kulturen. In diesem Land kann jeder seine Lebensträume verwirklichen, ganz gleich, aus welcher Kultur oder sozialen Schicht er stammt.

Deutschland braucht keine lähmende Bürokratie, son-dern Behörden, die Partner aller Bürger sind. Es kennt kein Schlange stehen vor Amtsstuben, sondern freundlichen Service, der den Menschen bei der Lösung ihrer Probleme hilft.

Deutschland genießt Respekt und Anerkennung in der Welt. Weil wir Partner und Vorbild sind. Weil wir das Europa der Völker bauen und weltweit Frieden und Menschenrechte sichern und schützen helfen. Wir müssen unsere nationalen Interessen nicht verstecken.

Das ist unser deutscher Weg. Für diese Vision kämpfen und arbeiten wir."

Dienstag, 13. August 2002

STOIBER: AN EIGENE NASE FASSEN

Im SPD-Wahlkampfteam wurde über die „Falschheit" der Politik des Unionskandidaten Edmund Stoiber gesprochen. Während Stoiber versuche, Kanzler Schröder die gestiegene Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben, verschweigt er, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit gerade in Bayern im Juli 2002 dramatische Züge angenommen hat. „Wenn die jeweilige Regierungspartei unmittelbare Verantwortung für das Ausmaß der Arbeitslosigkeit trage, wie es Stoiber zu suggerieren versuche, dann muss sich Stoiber in erster Linie an die eigene Nase fassen", erklärte Pressesprecher Harald Kraus vom SPD-Ortsverein Eislingen.

Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt im Juli 2002 im Vergleich zum Juli des Vorjahres um 6,5 Prozent zugenommen habe, stieg sie in Bayern um mehr als das Dreifache, nämlich 19,9 Prozent. „Wer auf die anderen zeigt, aber den eigenen Laden verwahrlosen lässt, darf nicht Kanzler werden", erklärte Dr. Heide Kottmann, die stellvertretende Ortsvorsitzende der SPD.

Aber auch in anderen Fragen, so die SPD, beziehe Stoiber keine klare Position und lasse die Wählerschaft im Ungewissen über die von ihm beabsichtigte Politik. Während der Fraktionsvorsitzende der Union, Friedrich Merz, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anheben wolle, weiche Stoiber dabei permanent aus.

„Stoiber windet sich bei der Staatsquote, die die CDU auf unter 40 Prozent senken will, was wir für unsozial und unverantwortlich halten", sagte Jo Römer. „Und bei der Kirch-Pleite trägt der bayerische Ministerpräsident eine Ahnungslosigkeit zur Schau, die nicht mehr zu übertreffen ist. Dabei hat er Steuergelder von über 900 Millionen Euro und unzählige Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt", ergänzte Antje Grebner aus der Kampa. „Stoiber hat nicht das Zeug, diese Republik in der gegenwärtigen Lage zu regieren", meinte Uli Weidmann.

Mit ihrem Kanzler sind sich die Eislinger Sozialdemokraten einig, dass die Bundesrepublik für das Abenteuer eines Krieges gegen den Irak nicht zur Verfügung stehen dürfe und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie endgültig vorbei sein müsse.

Von der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission erhofft sich die Eislinger SPD einen Durchbruch zu einer deutlichen Reduzierung der Arbeitslosigkeit und steht deshalb

den Reformen am Arbeitsmarkt aufgeschlossen gegenüber. Der Schwerpunkt der Bundesanstalt für Arbeit müsse auf die Verbesserung der Vermittlung und der Qualifizierung gelegt werden. „Die gezielte Förderung von Langzeit-Arbeitslosen über Personal-Service-Agenturen zu Tarifbedingungen ist dabei einer der Lösungsansätze“, stellte Pressereferent Harald Kraus fest.

Samstag, 15. August 2002

MITTELSTAND WIRD PROFITIEREN

Die Eislinger SPD hat sich mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission beschäftigt und festgestellt, dass bei deren Umsetzung vor allem der Mittelstand profitieren werde. Die Vorschläge eröffneten, so die SPD, gerade dem Mittelstand weitgehende Möglichkeiten, um sich jeweils der wirtschaftlichen Situation anpassen zu können. „Mehr Flexibilität, verbunden mit Augenmaß, sind die richtigen Eckpunkte für eine moderne Arbeitsmarktpolitik“, erklärte der Vorsitzende Harmut Komm.

Insbesondere die Einführung der Personal-Service-Agenturen sowie die vorgesehenen Job-Center könnten nach Auffassung der SPD die Effizienz der Arbeitsvermittlung steigern. Außerdem führe die Einschaltung von Zeitarbeitsfirmen aus Sicht der Unternehmen zu einer Neutralisierung des Kündigungsschutzes, denn nach Ablauf einer Probezeit könnten die Beschäftigten wieder an die Agentur „zurückgegeben werden“. „Die Beschäftigten selber werden in den Zeitarbeitsfirmen und Personal-Service-Agenturen dem vollen Kündigungsschutz und den Bestimmungen des Arbeitsrechts unterliegen“, erläuterte die SPD die Reform

Der SPD-Vorstand stellte fest, dass die Vorschläge durch Einführung der sogenannten „Ich-AG“ Existenzgründungen fördern werden. „Auch wenn dies ein etwas unkonventioneller Weg in die Selbstständigkeit ist, kann er dazu beitragen, dass Menschen die Vorteile des Unternehmertums entdecken“, meinte Stadträtin Dr. Heide Kottmann.

Mittwoch, 21. August 2002

SPD-STEUERPOLITIK IST SOZIAL

Die Eislinger Sozialdemokraten haben die Angriffe der Opposition gegen die Steuerpolitik der SPD-geführten Bundesregierung zurück gewiesen und dazu eine eigene Stellungnahme veröffentlicht, die nachstehend vollständig dokumentiert wird:

„Die Kritik der Union ist haltlos und wird der tatsächlichen Sachlage in keiner Weise gerecht“, heißt es in einer Pressemitteilung des SPD-Ortsvereis. Die Rückgänge bei der Gewerbe- und Körperschaftssteuer hätten, so die SPD, ihre Ursache nicht in der Steuerreform. In Gesprächen mit der Bürgerschaft wollen die Sozialdemokraten vor der Bundestagswahl die „billigen Argumente der Union als Rohrkrepierer entlarven“.

Die SPD-Stellungnahmne beginnt mit folgenden Feststellungen: „Arbeitnehmer, Freiberufler, Familien, Personen- und Kapitalgesellschaften profitieren von der Senkung der Steuersätze. Bei gleichem Einkommen haben sowohl Bürger als auch Unternehmen im Vergleich zur Steuerbelastung im Jahr 1998 netto jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung. Weitere Steuerentlastungen kommen 2003 (wegen der Hochwasserkatastrophe jetzt auf 2004 verschoben) und 2005. Der Einkommenszuwachs von 1998 bis 2001 ist aufgrund des gleich gebliebenen Lohnsteueraufkommens steuerfrei gewesen (Mindestbesteuerung).

Familien mit Kindern sind die großen Gewinner der Steuerreform. Das Kindergeld wurde durch Regierungshandeln der SPD drei Mal

erhöht, die besehenden Freibeträge angehoben und neue geschaffen. Das Kindergeld beträgt heute monatlich 154 Euro je Kind. 1998 betrug es noch 220 Mark. (Stand im August 2002)

Seit 2001 können erwerbsbedingte Betreuungskosten steuerlich geltend gemacht werden.

Seit 2001 werden Gewerbetreibende und Freiberufler steuerlich gleich behandelt, weil erstere die Gewerbesteuer pauschal von der Einkommensteuerschuld abziehen können. Durch diese Verrechnung gehen den Kommunen keine Gewerbesteuereinnahmen verloren. Personenunternehmen können seit 2002 eine steuerfreie Re-Investitions-Rücklage bilden, die bis zur Höhe von 500.000 Euro steuerfrei ist.

Durch die Senkung des Körperschaftssteuer-Satzes für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne auf einheitlich 25 Prozent können deutsche Aktiengesellschaften mit ihren ausländischen Konkurrenten wieder besser mithalten. Auch die überwiegend mittelständischen GmbH's – ebenfalls Kapitalgesellschaften – profitieren von dieser Körperschaftssteuer-Senkung.

Der derzeitige Rückgang des Gesamtaufkommens der Gewerbesteuer hat seine Ursache im Konjunkturverlauf und den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Wirtschaftszweigen, insbesondere bei den Energieversorgern, den Banken und Versicherungsunternehmen, der Telekommunikationsbranche und dem Baubereich. Die von der Union und einigen Oberbürgermeistern kritisierte Änderung der je zur Hälfte dem Bund und allen-L.ändern zustehenden Gewerbesteuer-Umlage, die nur die Verteilung des Gewerbesteueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden regelt, ist mit Zustimmung von CDU-Ländern im Bundesrat beschlossen worden.

In Deutschland gibt es eine hohe Streuung beim Gewerbesteueraufkommen. Viele Städte verzeichneten 2001 und auch noch heute deutliche Rückgänge, andere haben aber auch massive Zuwächse. (Dies ist aber nicht auf „unsere" Steuerreform zurück zu führen.)

Inlandsgewinne der internationalen Konzerne können seit 2001 nicht mehr mit Verlusten von Auslandstöchtern verrechnet werden. Dieses Steuerschlupfloch hatte die ehemalige Regierung Kohl im Jahr 1993 eingeführt. Die jetzige Regieruns-Koalition hat die ungerechte Regelung abgeschafft.

Die Senkung des Körperschaftssteuer-Tarifs auf einheitlich 25 Prozent führt zu politisch gewollten und in den mittelfristigen Finanzplanungen des Bundes und der Länder schon berücksichtigten Steuermindereinnahmen. Der Anstieg der Ausschüttungen im Jahr 2001 bewirkte Körperschaftssteuererstattungen in einer Höhe von 7 Milliarden Euro; in gleicher Höhe sind aber auch die Einnahmen aus der Kapitalertragssteuer angestiegen."

Sonntag, 15- September 2002

SPD: ÜBERZEUGENDER SCHRÖDER

Die Eislinger Sozialdemokraten kehrten von der zentralen Wahlkampf-Kundgebung aus Stuttgart mit der Überzeugung zurück, dass sie die Bundestagswahl am 22. September gewinnen werden. Bundeskanzler Schröder habe in beeindruckender Weise seine Kompetenz und seine Fähigkeit, die Bundesrepublik Deutschland erneut erfolgreich zu regieren, unter Beweis gestellt. Die SPD will auch in Eislingen alle Kräfte dafür mobilisieren.

Der Kanzler hatte auf dem Killesberg auf die Solidarität und den Gemeinsinn hingewiesen,

der sich in den vergangenen Tagen bei der Flutkatastrohe gezeigt habe. Dies beweise, so Schröder, dass aus der deutschen Einheit immer mehr und immer stärker eine „Mehrheit der Deutschen“ werde. „In der Gesellschaft steht man zusammen, wenn es ernst wird“, bekräftigte der Bundeskanzler.

Die Eislinger Delegation berichtete, dass der Bundeskanzler eine „neue Moral“ in der Wirtschaft gefordert habe. Dort müssten egoistische Fehlentwicklungen in Ordnung gebracht werden. Amerikanische Verhältnisse werde es mit einer sozialdemokratischen Regierung nicht geben.



Abbildung 44 - Wahlplakat 2002 - SPD-Archiv

Dr. Heide Kottmann sagte, dass Schröder bei der Stuttgarter Kundgebung ein Kriegs-Abenteuer im Nahen Osten erneut energisch abgelehnt habe. „Er hat betont, dass Europa nicht nur ein kulturelles sondern auch ein soziales Gesicht brauche“, berichtete Kottmann weiter. Sie hat beeindruckt, dass der Kanzler vor einem unheilvollen Bündnis von Konservativen und Kräften der Fremdenfeindlichkeit, die in manchen L.ändern Europas regierten, gewarnt habe. Zum Schluss habe er seine Zuhörer aufgerüttelt: „Rühret die Trommel und fürchtet Euch nicht!“

Montag, 26. August 2002

„SCHRÖDER WAR EINDEUTIG BESSER“

Das Fernsehduell Schröder-Stoiber wurde in der ASV-Gaststätte auf Großleinwand übertragen und von zahlreichen SPD-Mitgliedern und Gästen interessiert verfolgt. Danach wurde über den Verlauf der Live-Sendung mit Bundesarbeitsminister Walter Riester diskutiert.

Die SPD bezeichnete den Bundeskanzler klar als Sieger des Duells. Auch die veröffentlichen Umfragen zeigten eindeutig, dass die Sympathie, Kompetenz und Glaubwürdigkeit des amtierenden Bundeskanzlers erheblich größer sei als die seines als „hölzern“ bezeichneten Herausforderers. Der Eislinger SPD-Chef, Hartmut Komm, zeigte sich siegessicher und verwies auf mehrere überzeugende Argumente, die der Kanzler souverän vorgetragen habe.

„Die neuen Zuwanderungsregeln werden dazu beitragen, die Zuwanderung zu begrenzen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, Arbeitsplätze zu schaffen und Asylmissbrauch einzudämmen.

Die Steuerreform bringe dem Mittelstand eine Entlastung von 17 Milliarden Euro. Im Gegensatz zur Regierung Kohl sind die Direkt-Investitionen ausländischer Firmen in Deutschland um 321 Mrd. Euro angestiegen. Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge wird ein zentrales Element sozialdemokratischer Politik; der richtige Weg ist eingeschlagen“, erklärte Schröder.

„Stoiber dagegen redete nur um den heißen Brei herum“, sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Er rede von Minuswachstum, obwohl die deutsche Wirtschaft in den ersten beiden Quartalen 2002 um je 0,3 Prozent gewachsen sei.

În der Umweltpolitik hat die SPD-geführte Bundesregierung ein Klimaschutzprogramm auf den Weg gebracht, das bereits zu einer Reduzierung der Emissionen um 19 Prozent geführt habe. Stoiber dagegen vertrete eine ewig gestrige Position und wolle sich eine vermeintlich notwendige Option für die Kernenergie offen halten. Seine Argumente zur Ökosteuer würden über einen populistischen Charakter nicht hinausgehen“, stellten die Eislinger Sozialdemokraten in einer Pressemitteilung fest.

Die SPD-Anhänger fanden es auch richtig, dass wegen der Hochwasser-Katastrophe die nächste Stufe der Steuerreform aufgeschoben wird. Stoiber vertrete hierzu eine wenig einleuchtende und keineswegs überzeugende Position, die lediglich zu mehr Schulden, die spätere Generationen abzuzahlen hätten, führen würde. „Die erste Runde der Fernsehduelle hat eindeutig Schröder für sich entschieden“, lautete das einhellige Urteil der Sozialdemokraten.

Donnerstag, 29. August 2002

RIESTER LOBT KABINETTSKOLLEGEN

Im Rahmen einer Telefonkonferenz mit den Eislinger Mitgliedern seines Wahlkampfteams hat Bundesarbeitsminister Walter Riester auf das moderne und transparente Regelwerk im Bereich des Verbraucher- und Anlegerschutzes hingewiesen. Er lobte die erfolgreiche Arbeit seiner Kabinettskollegen, der Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, der Verbraucherschutzministerin Renate Künast und des Bundeswirtschaftsministers Walter Müller.

Riester erklärte im Gespräch mit seiner Kampa, dass mit dem Regelwerk ein gutes Stück Standortpolitik erfolgreich sei, wogegen seitens der Union nur Blockade und Maulheldentum zu verzeichnen gewesen sei.

Mit ihrer Verweigerungshaltung habe die Opposition wichtige Verbrauchergesetze blockiert. Hierzu nannte Riester die von der Bundesregierung vorgelegte Telekommunikationskunden-Verordnung, die die Verbraucher vor unbemerktem Einwählen über 190er Nummern in Internetverbindungen schützen sollte. Die SPD will, dass für die nach ihrer Meinung völlig überhöhten Telefonkosten kein Einzug mehr durch die Deutsche Telekom AG erfolgen darf. “Das hat die Union im Bundesrat verhindert. Jetzt liegt die Beweislast wieder beim Verbraucher, der nur sehr mühselig versuchen kann, eingezogene Gelder zurück zu holen.“



Abbildung 45 - Bild: http://www.walterriester.de

Als weiteres Beispiel wie die Union durch ihre Blockade den Verbraucherinteressen schade, führte Riester das Verbraucherinformationsgesetz an, mit dem die Regierung die Rechte der Behörden stärken und die Bürger bei (vermeintlichen) Lebensmittel-Skandalen besser informieren wollte. Riester sagte: „Bisher

sind die Verbraucher weitgehend auf das Wohlwollen der Unternehmen angewiesen, wobei deren Informationen naturgemäß umso dürftiger ausfielen, je brisanter sie für sie waren“. Die Behörden hätten sich aus Angst vor eventuellen Schadensersatzforderungen häufig sehr zurück gehalten.

Der Bundesarbeitsminister wies ferner darauf hin, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals ein eigenständiges Ressort für Verbraucherschutz eingerichtet habe. Renate Künast macht als Verbraucherschutzministerin eine hervorragende Figur und zählt nicht umsonst zu den beiiebtesten Politikerinnen in Deutschland“, merkte Pressereferent Harald Kraus an.

Samstag, 31. August 2002

„DREIST, UNSERIÖS, UNVERSCHÄMT“

Die Eislinger SPD hat zum sogenannten Sofortprogramm der CDU/CSU in scharfer Form Stellung genommen.

Vorsitzender Hartmut Komm wies in einer ersten Reaktion darauf hin, dass das Sofortprogramm der Union bei einem angenommenen Wahlsieg Stoibers völlig unfinanzierbar sei, es sei denn, Stoiber wolle das Tafelsilber, zu dem unter anderem der Restbesitz an Deutscher Post AG und Deutscher Telekom AG gehören, versilbern, was auf eine völlige Verschleuderung von Staatsvermögen hinaus liefe.

Dazu warf Dr. Heide Kottmann folgende Fragen auf: „Was würde dies für die gesamte Entwicklung an der Börse bedeuten? Ist es Stoibers Ziel, durch Panikverkäufe die Kurswerte von Post und Telekom zu Lasten der Kleinaktionäre noch weiter abzusenken?“

„Typisch Stoiber“ ist nach Auffassung der Eislinger SPD, dass der Unionskandidat „Umschichtungen und Einsparungen“ angekündigt habe, ohne darzulegen, wie er diese im Einzelnen seriös finanzieren will. „Das ist absolut unseriös und widerspricht der finanzpolitischen Programmatik der Union“, sagte Stadtrat Bruno Mörixbauer. Milliardenbeträge ließen sich in den öffentlichen Budgets nur durch Einschnitte in den Sozial- und Investitionsausgaben aufbringen. Stoiber setze damit seine Politik der systematischen Verbreitung von Unwahrheiten und Täuschungen fort.

Als besonders „dreist und unverschämt“ bezeichnet die Eislinger SPD die Behauptung Stoibers, mit seiner Regierungsübernahme würden sich sämtliche Probleme schlagartig erledigen. “Dies zeigt die mangelnde Verantwortung der Union und ihren täuschenden Umgang mit den Wählern“, steuerte Waldemar Berg seine Meinung bei. Die im Sofortprogramm der Union aufgeführten Maßnahmen seien durchweg nicht solide gegenfinanziert.

Vielmehr sei zu befürchten, dass Stoiber zu massiven Kürzung von Sozialleistungen greifen wird. Die Sozialdemokraten stellen in ihrer Pressemitteilung fest, dass das sogenannte Sofortprogramm der Union ein Einstieg in die Wiederbelebung alter Konzepte mit dem Personal der Kohl-Ära darstelle und nichts anderes als den Gang zurück in den Abgaben- und Schuldenstaat erwarten ließe.

Mittwoch, 4.September 2002

„WIR PACKEN DIE PROBLEME AN“

Die Eislinger SPD ist überzeugt, dass die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission eine große Chance darstellt, den Arbeitsarkt nachhaltig zu reformieren und die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken.“Während die anderen nur alles schlecht reden, packt die SPD-geführte Bundesregierung die Lösung der

Probleme an“, sagte die stellvertretende Vorsitzende Dr. Heide Kottmann. Sie erklärte: „Wir haben die Antworten auf die entscheidenden Zukunftsfragen, die zum Teil von der Union und der FDP blockiert werden. Das ist zynisch und verantwortungslos“.

Wesentliches Element des Hartz-Vorschlages ist Neuorganisation der Vermittlung von Arbeitslosen. Die Bundesanstalt für Arbeit soll so organisiert werden, dass die Vermittlung von Arbeitslosen im Mittelpunkt der Arbeit steht. Alle organisatorischen Fragen müssten auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

Der sogenannte Job-Floater, Teil eines Finanzierungskonzepts, soll insbesondere dafür sorgen, dass von kleineren und mittleren Betrieben Arbeitslose auf dem ersten Arbeitsmarkt eingestellt werden können.

Die Arbeitsämter sollen zu Personal-Service-Agenturen umgestaltet werden. Sie sollen sicherstellen, dass Arbeitslose – wo nicht anders möglich – auch auf Zeit und unter Inanspruchnahme von tariflich abgesicherten Zeitarbeitsbedingungen vermittelt werden; sie sollen damit die Möglichkeit erhalten, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und infolge dessen auch Dauerarbeitsplätze antreten können.

Es wird keine kollektiven Leistungskürzungen geben. Damit soll dafür gesorgt werden, dass Arbeitslose, die alle Anstrengungen unternehmen, um vermittelt zu werden, nicht bestraft werden. Dafür drohen Arbeitsunwilligen aber individuelle Sanktionen.

Samstag, 16. November 2002

PRÄSENTATION FÜR NEUE GENOSSEN

Die SPD hat die seit 2000 neu eingetretenen Mitglieder in ihrem Kreise begrüßt und ihnen mittels einer Multia-Media-Schau den Ortsverein Eislingen, seine Aktivitäten und seine Funktionsträger vorgestellt.

Der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm bezeichnete die erstmalig durchgeführte Veranstaltung als ermutigenden Erfolg. Die SPD habe, so Komm, bei politisch Interessierten nicht an Attraktivität eingebüßt.

Zahlreiche jüngere Menschen hätten eine SPD-Mitgliedschaft begründet und böten für die Basisarbeit auch in personeller Hinsicht eine vielversprechenden Perspektive.

Komms Stellvertreterin, Dr. Heide Kottmann, hatte die neuen Mitglieder willkommen geheißen und das Parteibuch übergeben. Sie moderierte sodann eine Vorstellungsrunde, bei der sich die Vorstandsmitglieder vorstellten und ihre Funktion erläuterten.

Auch der Kreisvorsitzende Dr. Witgar Weber war anwesend, um die neuen „Genossinnen und Genossen“, wie sich die SPD-Mitglieder traditionell gegenseitig nennen, zu ihrem Entschluss zu beglückwünschen.

Weber machte darauf aufmerksam, dass die SPD eine Vielzahl von Betätigungsfeldern für ihre Mitglieder biete und an einem lebendigen Parteileben interessiert sei. „Die Diskussions- und Streitkultur der SPD ist bekanntlich geradezu legendär“, sagte er.

Bemerkenswert fand er, dass nicht nur er selbst, sondern auch mehrere neue Mitglieder aus einem eher christdemokratisch geprägten Umfeld stammten, was darauf schließen lasse, dass die Anziehungskraft der SPD weit über ihre klassischen Kreise hinaus ausstrahle und damit eine echte Volkspartei sei.

Die Entwicklung von der ursprünglich wegen der sogenannten Sozialistengesetze illegal wirkenden Sozialdemokratie, (Ära Bismarck) über die Rolle der SPD in der Weimarer Republik und während des Dritten Reichs (Ver-

folgung durch die Nazis) bis hin zum zeitgeschichtlichen Geschehen von 1945 bis heute wurde kurzweilig und sehr informativ präsentiert.

Hartmut Komm bezeichnete die Umsetzung der Pläne der Hartz-Kommission als größte Reform des Arbeitsmarkts in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und betonte, dass Rot-Grün damit ein zentrales Wahlversprechen einlöse. In einem ersten Schritt werde die Zeit- und Leiharbeit modernisiert und die geringfügige Beschäftigung erleichtert.

Mittwoch, 27. November 2002

KREISELBAU IN KRUMMWÄLDEN

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeindera, Peter Ritz, hat der CDU vorgeworfen, mit ihrer Zustimmung zum Bau eines 250.000 Euro teuren Kreisels im Stadtteil Krummwälden „verantwortungslos gehandelt zu haben“, sagte Ritz.

Damit werde die Stadt in die Neuverschuldung getrieben. Es sei, so Ritz, heuchlerisch und scheinheilig, wenn die CDU auf der Bundesebene die dort dringend erforderlichen Finanzoperationen kritisiere, vor Ort aber genau das Gegenteil proklamiere. Die Sozialdemokraten haben sich dazu bekannt, auch „bei hohem Seegang Kurs zu halten“ und die zügige Durchsetzung der angekündigten strukturellen Reformen zu unterstützen.

Hartmut Komm sagte, dass die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission die Beitragssicherung in der Renten- und Krankenversicherung sowie die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform als wichtige Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Sozialstaats betrachtet werden müssen. Nach seiner Überzeugung werde die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung trotz schwieriger Zeit die Reformen anpacken und den richtigen Weg beschreiten.

Seine Stellvertreterin Dr. Heide Kottmann warf der CDU vor, sich vom bisher geltenden Konsens und den Spielregeln über die Umgangsformen in einer Demokratie verabschiedet zu haben. Die CDU sei offenkundig nicht bereit, das Ergebnis einer demokratischen Wahl zu akzeptieren und ihre Oppositionsrolle zur konstruktiven Mitwirkung zu nutzen. „Die Miesmacherei der CDU und ihrer Lobbyisten erfolgt auf einer sehr dürftigen Grundlage“, leitete Uli Weidmann seinen Diskussionsbeitrag ein. Obwohl einzelne Gruppen Abstriche hinnehmen müssten, gehe das rot-grüne Sparpaket in die richtige Richtung und sei sozial ausgewogen.

„Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer wird nicht über Gebühr belastet“, konstatierte Pressereferent Harald Kraus. Es sei allemal gerechter, Steuersubventionen wie die Eigenheimzulage oder die Begünstigung privat genutzter Dienstwagen zu kürzen als für alle die Steuern zu erhöhen und massiv Schulden zu machen. “Auch die Besteuerung von Aktiengewinnen oder von Immobilienverkäufen ist sozial gerecht und international nicht üblich“, betonte der Vertreter der Jungsozialisten, Gerhard Krieger.

„Wir sind überzeugt, dass die Bundesregierung unsere Solidarität und Unterstützung verdient, denn von den Schwarzen wäre nichts Gutes zu erwarten“, heißt es in der Pressemitteilung des SPD-Ortsvereins weiter. „Wir werden in die Offensive gehen und die Opposition und ihre Lobbyisten zwingen, selbst plausible Antworten auf die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu geben“, betonten die Sozialdemokraten.

Hartmut Komm ist sich sicher, dass bald deutlich werde, dass es zum Kurs der SPD keine Alternative gebe, weil die notwendigen Konsolidierungsschritte Erneuerung und soziale Gerechtigkeit miteinander verbände

Sonntag, 8. Dezember 2002

REFORMARBEIT STATT HYSTERIE

Die SPD Eislingen hat sich bei ihrem „Roten Treff“ ent-schieden gegen die „hassgeprägte Kampagne der CDU“ zur Wehr gesetzt und der Union vorgeworfen, das politische Klima mit wilder Hysterie und Verleumdungen zu vergiften.

„Die Union hängt einem veralteten Gesellschaftsbild nach und hat für die zentralen politischen Fragen keine Antworten“, erklärte Stadtrat Peter Ritz. Er sagte, „Merkel & Co. geht jeder Maßstab für soziale Gerechtigkeit ab. Sie haben sich zur Obstruktion und Brunnenvergiftung entschieden“, führte er ferner aus.

Ähnliches, so Ritz, gelte auch für die FDP, die selbst größte Schwierigkeiten hat, die eigene Betrugspraxis aufzuklären. Die FDP-Spitze habe unverhohlen zur Sabotage aufgerufen, in dem sie dazu aufforderte, die Finanzämter zu blockieren. Ritz erläuterte weiter, dass die SPD-geführte Bundesregierung auf die schwierige wirtschaftliche Lage sowie die sich daraus ergebenden Folgen für die öffentlichen Haushalte und Sozialsysteme schnell und mit Augenmaß reagiert habe.

Er ging auf die Hartz-Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in besondere Weise ein und stellte heraus, dass durch deren Umsetzung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit voran getrieben und die Beitragsstabilisierung in der Renten- und Krankenversicherung eingeleitet werde „Es geht um den Erhalt der staatlichen Handlungsfähigkeit und die Bewahrung des Sozialstaats“, fügte Ritz hinzu.

In der Aussprache erfuhren die Teilnehmer auch nähere Einzelheiten zur Umsetzung der Hartz-Vorschläge, zum Beispiel, dass kleine und mittelständische Unternehmer sowie Freiberufler, die einen Arbeitslosen einstellen, schnell und unbürokratisch über ihre Hausbank von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen zinsverbilligten Kredit in Höhe von maximal 100.000 Euro erhalten könnten. Voraussetzung sei, dass sie kreditwürdig sind und positive Zukunftsaussichten darlegen können.

Auch ein weiterer Vorschlag der Hartz-Kommission wurde von der SPD Eislingen ausdrücklich begrüßt: Künftig sollen sich Arbeitslose nicht erst am ersten Tag der Arbeitslosigkeit melden, sondern sofort, nachdem sie vom bisherigen Arbeitgeber die Kündigung erhalten haben. Geschieht dies nicht, erfolgt eine Sanktion durch Kürzung des Arbeitslosengeldes zwischen 7 und 50 Euro pro Tag. Ferner werden die Arbeitgeber künftig verpflichtet, die Arbeitnehmer für die Stellensuche freizustellen.“Damit kann ein Zeitraum von mehreren Wochen vom Arbeitsamt bereits für Vermittlungsbemühungen genutzt werden“, stellte das Vorstandsmitglied Karl-Hans Volpert fest.

Der Begriff der Zumutbarkeit wird infolge der Hartz-Vorschläge ein Umzug zugemutet, wenn nicht zu erwarten sei, dass er innerhalb der ersten drei Monate eine Beschäftigung findet, für die nicht mehr als 2 ½ Stunden Fahrzeit pro Tag anfällt. Dies bedeutet, dass das Arbeitsamt auch Stellen vorschlagen kann, die weiter entfernt vom bisherigen Wohnort liegen.

Näheres war über die „Ich-AG“ zu erfahren: Bei der Ich-AG handelt es sich um eine Vorstufe zur vollwertigen Selbst-sändigkeit. Arbeitslose sollen als Anreiz für die Anmeldung einer Ich-AG für drei Jahre Zuschüsse, die sich an der Höhe des Arbeitslosengeldes orientieren, erhalten. Alle Einnahmen einer Ich-AG sollen der Pauschalbesteuerung von 10 Prozent unterworfen werden.

Es ist eine Verdienstgrenze von 25.000 Euro pro Jahr bei voller Sozialversicherungspflicht vorgesehen. Kleine Unternehmen und Handwerker sollen die Möglichkeit erhalten, die Leistungen für die Ich-AG in Anspruch zu nehmen, wobei die Zahl der regulären Arbeitnehmer dabei nicht überschritten werden dürfe. „Mit der Ich-AG wird ein neuer Weg zur Beseitigung von Schwarzarbeit aufgezeigt und ein Anreiz geschaffen, dass Arbeitslose die Schwarzarbeit nicht mehr bevorzugen.

Schließlich war noch zu erfahren, dass ab 2004 für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nur noch eine Anlaufstelle zuständig ist, nämlich der „JobCenter“, wo sich sogenannte „Fallmanager“ um die Betroffenen kümmern werden. In diesem Zusammenhang sollen die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt werden.

„Wer Reformen anpackt, erntet selten Dank und Zustimmung“, erklärte der Eislinger SPD-Vorsitzende Hartmut Komm. Er erwartet. dass die Union ihre Obstruktionsphase endlich beendet“. Komm sprach sich dafür aus, dass die SPD an ihren ambitionierten Projekten wie der Ganztags-Kinderbetreuung sowie an Investitionen für Bildung und Forschung festhalten müsse und sich das nicht kaputt reden lassen dürfe.

2003

Samstag, 11. Januar 2003

OPTIMISTISCHER START IN 2003

Zahlreiche Gäste waren zum traditionellen Neujahrsempfang im Eislinger Schloss erschienen, um mit den Sozialdemokraten den Start in ein interessantes und spannendes Jahr 2003 zu feiern. Der SPD-Ortsverein konnte Bürgermeister Günther Frank, den Beigeordneten Schuster sowie Vertreter der anderen Fraktionen und weitere geladene Gäste aus den Vereinen begrüßen.

MdB Riester forderte mehr Nachdenklichkeit und Objektivität bei der Beurteilung „der Lage in unserem Land“. Riester hob hervor, dass es praktisch keinen Staat unter den zivilisierten Industrieländern gäbe, in dem „die Wohlfahrt der Bürger“ so ausgeprägt sei wie in Deutschland. Das dürfe, auch wenn er ausdrücklich einräume, dass eine Reihe schwieriger Probleme zu lösen seien, bei objektiver Betrachtung nicht übersehen werden. Er verteidigte das Konzept der so genannten Riester-Rente, von der bis zum Jahresende 2002 immerhin etwa 4 Millionen Menschen Gebrauch gemacht hätten. Er ließ aber keinen Zweifel daran, dass auf mehreren Gebieten einschneidende Reformen notwendig seien, die zwangsläufig nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen auf Zustimmung stoßen würden.



Abbildung 46 - Neujahrsempfang 2003

Im verantwortlichen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen müsste aber an der einen oder anderen Stelle von gewohnten Regelungen Abschied genommen werden. “Dabei muss es aber auf jeden Fall gerecht zugehen“, sagte Riester unter dem Beifall der Besucher.

In seinem obligatorischen Rückblick betonte Peter Ritz, dass unabhängig von diesen oder anderen umstrittenen Fragen die Stadt Eislingen eine konstruktive und erfolgreiche Politik erlebt habe. Der sachliche Disput sei das Salz in der Suppe der Demokratie und zum Finden von optimalen Lösungen unverzichtbar. Es sei ein Glücksfall, dass durch den Verkauf der Neckarwerke-Aktien der Bau des Bürgerhauses, über dessen Namen noch endgültig zu entscheiden sei, möglich geworden wäre. Er wies ferner auf den Bau des Kinderhauses in der Ziegelbachstraße hin.



Abbildung 47 - Spatenstich Kinderhaus Ziegelbachstraße

Bürgermeister Frank dankte der SPD für ihren wertvollen Beitrag zur Kommunalpolitik. Er sprach sich gegen ein „Jammern auf hohem Niveau“ aus. Allerdings hielt er es für unverzichtbar, dass schnell eine Reform der Gemeindefinanzierung stattfinden müsse. Im Herbst sei dem Vernehmen nach mit dem Bericht der hierzu gebildeten Kommission zu erwarten. Der Stadt Eislingen sei es, so Frank, dennoch gelungen, „gut über die Runden zu kommen“, was, so der Bürgermeister, insbesondere das Verdienst des umsichtigen Finanzbeigeordneten Horst Steiner gewesen sei.

Sonntag, 12. Januar 2003

SCHULVERBAND WÄRE SINNVOLL

Der erste Rote Treff im Neuen Jahr beschäftigte sich lebhaft mit der Frage, ob Eislingen Große Kreisstadt werden solle. Die SPD befürwortet die damit verbundene Aufwertung, betrachtet dies jedoch nicht als dringende Angelegenheit, die kurzfristig entschieden werden müsse.

Stadtrat Bruno Mörixbauer gab in der Diskussion zu bedenken, dass Eislingen als Große Kreisstadt in mehrfacher Weise aufgewertet würde, ein besseres Image gewinnen und bei übergeordneten Behörden einen höheren Stellenwert erhalten könne. „Als Große Kreisstadt könnten wir ein Stück Eigenleben und Selbstbewusstsein erhalten und uns etwas mehr von dem Einfluss der Kreisstadt Göppingen abnabeln“, meinte Stadtrat Peter Ritz, der in die Thematik eingeführt hatte. Er sagte, dass er eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden Salach und Ottenbach für zweckmäßig halte und gegen die von der CDU ins Gespräch gebrachte Auflösung des Gemeindeverwaltungsverbandes eintreten werde.

Vielmehr wäre es sinnvoll, so Ritz weiter, zusätzlich über die Gründung eines Schulverbandes mit Salach und Ottenbach nachzudenken, mit dem die finanziellen Lasten, aber auch das Mitspracherecht für die weiterführenden Schulen neu, aber auch fair geregelt werden könnten.

SPD-Chef Hartmut Komm berichtete über das SPD-Konzept für eine durchgreifende Verwaltungsreform. Er sagte: „Nach 50 Jahren ist eine erneute Reform überfällig. Die Bürger haben Anspruch auf eine leistungsfähige und kostengünstige Verwaltung“. Komm erläuterte das SPD-Konzept; es sehe vor, die Zahl der Ministerien zu verringern und die Aufgaben der bisherigen Regierungsbezirke mit den Landkreisen zusammen in acht Regionalkreisen zu bündeln.

Zugleich sollen, so Komm, wo immer möglich, delegierbare Aufgaben den Kommunen übertragen werden. „Eine Reform der Verwaltung muss sich an den Interessen der Bürger orientieren.“ Flachere Hierarchien und mehr Effizienz seien das Gebot der Stunde und müssten, so sagte Komm weiter, unverzüglich umgesetzt werden. „Ein Gesetzentwurf der SPD wird im Landtag behandelt werden müssen. „Dann wird sich zeigen, ob die CDU so innovativ ist wie sie sich gelegentlich gibt oder ob sie nur alte Pfründe verteidigen wird“, schoss Komm eine Breitseite gegen die regierenden Christdemokraten ab.

Allerdings, so Komm weiter, müssten die Strukturveränderungen gleichzeitig mit einer Aufgabenkritik verbunden wer-den, die dazu führt, dass Prozesse innerhalb der Verwaltung optimiert und umgesetzt werden. Sowohl die Bürger als auch die Mitarbeiter in den Verwaltungen müssten in die Reformschritte einbezogen werden.

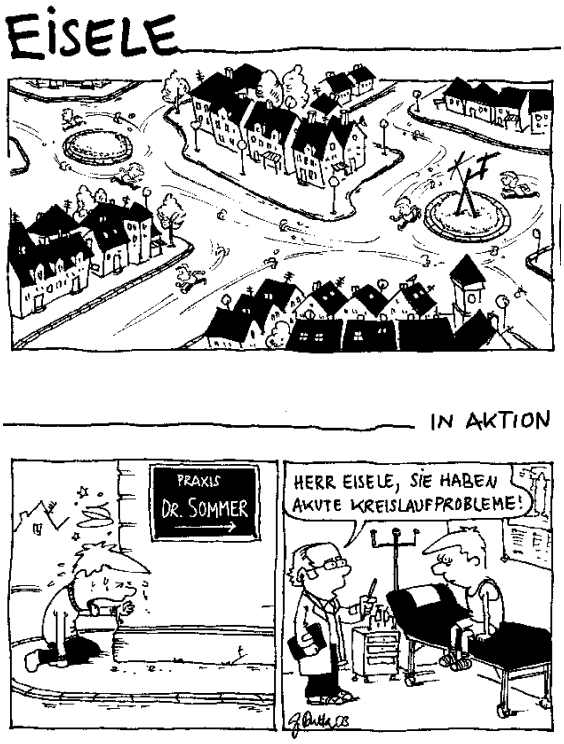


Abbildung 48 - 2003 Eisele Comic - Quelle Designbüro Kottmann

Sonntag,16. Februar 2003

DER VORSTAND MACHT WEITER

Die Eislinger SPD hat in ihrer Jahreshauptversammlung am Freitagabend ihren bisherigen Vorstand für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Bei den Beisitzern gibt jedoch zwei neue Gesichter: Gerhard Krieger und Marlis Wahl.

Vorsitzender bleibt Hartmut Komm, der in seinem Rechenschaftsbericht die Kontinuität und die Harmonie im Vorstand betonte. Er konnte von elf neu eingetretenen Mitgliedern berichten.

Anni und Konrad Dießenbacher wurden für ihr Engagement um das jährliche Brunnenfest, das 2002 zum 15. Mal stattfand, gewürdigt und mit einem Präsent bedacht.

Stellvertreterin Komms bleibt die Stadträtin Dr. Heide Kottmann, die sich trotz der von ihr angekündigten Kandidatur für den Kreisvorsitz bereit erklärte, weiterhin auch im Ortsverein mitzuarbeiten. Konrad Dießenbacher bleibt „Herr der Finanzen“, während Harald Kraus zum Medienreferenten gewählt wurde. Als Besitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Eva Rieg, Peter Ritz, Karl-Hans Volpert, Marlis Wahl und Uli Weidmann. Revisoren bleiben Gerda Wurz und Jo Römer. Mehrere Mitglieder wurden als Delegierte zu den Kreiskonferenzen der SPD gewählt, allen voran die Gewerkschafterin Leni Breymaier.



Abbildung 49 - Ehrung 2003 für Anni und Konrad Dießenbacher

Die Versammlung befasste sich rückblickend mit den Landtags- und Bundestagswahlen, mit der Bürgermeisterwahl und mit einer Vielzahl von Aktivitäten, die sowohl in politischer als auch in geselliger Hinsicht erfolgreich durchgeführt wurden.

Besonders der „Rote Treff im Grünen Baum“ wurde als erfolgreiches Versammlungsformat hervor gehoben, der sich als echter „Dauerbrenner“ heraus gestellt hat und monatlich eine Diskussionsplattform zu aktuellen Fragen bietet. Konrad Dießenbacher konnte angesichts der Spendenfreudigkeit vieler Mitglieder und trotz eines kostspieligen Wahljahres von einer positiven Entwicklung der Finanzen berichten, wozu auch das Brunnenfest erheblich beigetragen hat.

In der allgemeinen Aussprache brachten zahlreiche SPD-Mitglieder zum Ausdruck, dass sie uneingeschränkt hinter der Irak-Politik der Bundesregierung stehen und die Bemühungen, den Frieden zu erhalten, vorbehaltlos unterstützen. Hartmut Komm sagte: „Wir sind sehr besorgt über die ständig wachsende Gefahr eines Krieges gegen den Irak. Deshalb unterstützen wir einhellig die Friedenspolitik des Bundeskanzlers und der Koalition, unter Ausschöpfung aller politischen und diplomatischen Mittel den Irak-Konflikt friedlich lösen zu wollen. Wir sind uns darin mit der großen Mehrheit der Bevölkerung in fast allen europäischen Ländern einig.



Abbildung 50 - Vorstand 2003

Mit einem Multimedia-Vortrag über die 115jährige Geschichte des Eislinger SPD-Ortsvereins rundete Uli Weidmann die gut besuchte Mitgliederversammlung ab.

Samstag, 1. März 2003

VORSTAND DREHT VOLL AUF

Der neu gewählte Vorstand der Eislinger SPD hat sich nach der Neuwahl in die Parteiämter in der ersten Arbeitssitzung neu formiert, mehrere Entscheidungen zur Aufgabenverteilung getroffen und verschiedene neue Initiativen geplant.

Bewährte Veranstaltungen wie das Brunnenfest, der Jahresempfang und der Rote Treff werden weiterhin regelmäßig durchgeführt. Erste Überlegungen zur Kommunalwahl 2004 wurden angestellt und vereinbart, die Kandidatensuche rechtzeitig zu beginnen.

Die Betreuung der neuen Mitglieder wird einen besonderen Stellenwert genießen. Darüber hinaus will der Vorstand versuchen, durch sogenannte Patenschaften einen engeren Kontakt zu allen Mitgliedern herzustellen. Daneben wollen sich die Sozialdemokraten in besonderer Weise um die ihnen namentlich bekannten Sympathisanten kümmern. „Trotz der gegenwärtig nicht gerade günstigen politischen Großwetterlage gibt es im Ortsverein von Frust keine Spur“, erklärte Medienreferent Harald Kraus.

Peter Ritz kritisierte die Verweigerungshaltung der Union in der Finanzpolitik und bezeichnete sie „als eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes“. Dies habe auch unmittelbare Auswirkungen auf die Stadt Eislingen, ´weil die Städte und Gemeinden dringende investive Aufgaben wegen der Finanzlage nicht im nötigen Umfang mehr erfüllen können. „Hier geht es auch um die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere auch bei örtlichen Unternehmen“, erklärte Peter Ritz.

Samstag, 06. September 2003

DAS VERHÄLTNIS IST DAS PROBLEM

„Nicht eine heimliche Liebschaft sondern das Verhältnis zwischen Rentenbeziehern und Beitragszahlern in der Rentenversicherung, das sich sei 1960 um zwei Drittel verändert hat und noch weiter verändern wird, ist das Problem“. Diese Quintessenz zogen beim “Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten die stellvertretende Ortsvorsitzende Dr. Heide Kottmann und der Pressesprecher Harald Kraus.

Mit ihren Besuchern diskutierten Kottmann und Kraus über die kürzlich veröffentlichte Expertise der Rürup-Kommission. Erste Erkenntnis dazu ist laut Rürup, dass die Bevölkerungsentwicklung „unter dem notwendigen Niveau liegt“. Daraus ergäbe sich kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Nach den Vorstellungen der Kommission soll das gesetzliche Renteneintrittsalter „in kleinen Tippelschritten“ angehoben werden. Freilich macht Rürup dafür zur Voraussetzung, „dass die Arbeitsmarklage im Vergleich zur heutigen Situation eine deutliche Verbesserung erfährt.

Im Gegensatz zu einer Minderheit in der Kommission lehnt Rürup, so berichtete Kraus, eine ungeschmälerte Rente selbst für Versicherte ab, die 45 Beitragsjahre nachweisen können. Rürup sieht darin laut Pressereferent Harald Kraus eine inakzeptable Bevorzugung und meint, dass dieser Personenkreis gegebenenfalls von einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit Gebrauch machen könnte. Dagegen wandten sich laut der SPD-Berichterstattung die Kommissionsmitglieder aus den Gewerkschaften, die reklamiert hätten, dass schon jetzt das reale und das gesetzliche Rentenalter auseinander klafften.

Weiter war von der SPD zu hören, dass nach Expertenschätzungen eine Erhöhung des Renteneinstiegsalters nicht der notwendigen Sozialverträglichkeit entspräche. Die Lebenserwartung der Männer steige bis 2030 auf 83,4 und der Frauen auf 87,6 Jahre an. Darin liege ein weiteres Problem für die Rentenversicherung, weil die Rentenbezugsdauer stetig anwachse. Dagegen sei 2030 mit einem Beschäftigungsstand zu rechnen, der etwa 1,1 Millionen niedriger ist als heute. Stadträtin Dagmar Preusker hob hervor, dass in dem Rürup-Bericht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als besonders anzustrebendes Ziel erwähnt worden sei.

Der nächste Aspekt galt in der Diskussion der Erläuterung des Nachhaltigkeitsfaktors, mit dem die Rürup-Kommission den Anstieg der Renten in der Zukunft dämpfen will.“ Die jährliche Rentenanpassung soll davon abhängig gemacht werden, wie sich das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern, der sogenannte Rentenquotient, entwickelt“, sagte Harald Kraus. Die Rentenanpassungen würden, so habe die Kommission errechnet, dass dann die Rentenerhöhung um etwa einen halben Prozentpunkt pro Jahr niedriger ausfallen müsste als nach der gegenwärtigen Rentenanpassungsfomel. Der Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtige neben der Lebenserwartung auch die Entwicklung der Geburtenrate sowie Zu- und Abwanderungen. Damit unterscheidet er sich von dem Demografiefaktor, der nur die in Zukunft steigende Lebenserwartung habe einfangen wollen.

Auch auf die Entwicklung des Rentenniveaus wurde eingegangen. Rürup schreibt in seinem Bericht, dass durch die bisherigen Reformbeschlüsse das Rentenniveau bereits von 48 Prozent auf 42 Prozent sinke und nach Umsetzung seiner Vorschläge bei nur noch 40 Prozent liegen würde. Die inflationsbereinigte Standardrente von heute 1170 Euro würde bis 2030 auf 1.429 Euro steigen. Wenn allerdings die sogenannte Riester-Rente greife, würde das Rentenniveau wieder auf 48 Prozent steigen (Zahlen aus 2003) können..

Ein Eislinger Bürger meinte, dass die angekündigten Reformen das Gesetzesgestrüpp nur noch ausdehnen würden. „Die Politiker sollen sich einmal im ‚Ausmisten statt sich in dem Beschließen neuer Gesetz zu ergehen“, sagte er. Er erntete dafür Widerspruch, weil die Sozialdemokraten der Meinung sind, dass viele gesetzliche Regelungen auch dem wünschenswerten Ziel dienten, Gerechtigkeit und Ausgewogenheit zu erreichen. Unwidersprochen blieb allerdings die Feststellung, dass

sich die Rentenpolitik nicht gerade ein Ruhmesblatt erworben habe und mehr Zuverlässigkeit und Seriösität notwendig wären.

Es dürften, so Pressereferent Harald Kraus, der Rentenversicherung keine Leistungen mehr abverlangt werden, die systemfremd sind und die der Staat der Versichertengemeinschafft nicht voll erstatte. In diesem Zusammenhang wurde die Forderung Rürups, die sogenannte Schwankungsreserve zu erhöhen bzw. zu stabilisieren, ausdrücklich begrüßt.

Montag, 10, November 2003

„NICHT IN DEN HERZEN VERANKERT“

„Die Region Stuttgart als politische Körperschaft ist leider noch nicht in den Herzen der Bürger verankert und weitgehend eine technokratische Sache geblieben“. So lautete das Resümee des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Peter Hofelich beim Roten Treff der Eislinger SPD. Dennoch legte sich Hofelich leidenschaftlich für die Region ins Zeug und listete mehrere Erfolge der regionalen Politik auf.

Hofelich kritisierte die CDU-geführte Landesregierung wegen der vorgesehenen Verlagerung zahlreicher Aufgaben zu den Landratsämtern. Er befürchtet, dass dort die tiefe Fachlichkeit nicht erhalten bleibe und in einigen Jahen zwangsläufig eine gegenläufige Reform notwendig werde. „Einige Aufgaben, die jetzt zu den Landratsämtern verlagert werden, wären bei der Region weitaus vernünftiger angesiedelt gewesen“, sagte Hofelich.

„Das Selbstverständnis der Region konnte seit der Wahl des ersten Regionalparlaments im Jahr 1994 nicht umfassend politisch umgesetzt werden“, stellte Hofelich in seinem Resümee zur Regionalpolitik fest. Aber auf zahlreichen Feldern sei die Region als Schrittmacher aufgetreten. Hofelich erwähnte, dass durch die Planungshoheit der Region der Flächenverbrauch eingedämmt werden konnte, mehrfach interkommunale Gewerbegebiete ausgewiesen wurden und einige Industriebrachen neuer Verwendung zugeführt werden konnten.

Hofelich begrüßte „den ersten Schritt des Landkreises Göppingen hin zum VVS“. Er erwarte, dass in Zukunft bei der S-Bahn möglichst ein 15-Minutentakt angestrebt werden könne und wies darauf hin, dass im Zuge von “Stuttgart 21“ eine verbesserte Flughafenanbindung möglich werde. Auch die behindertengerechten Zugänge zur S-Bahn seien in Angriff genommen worden. Aus seiner Sicht, so Hofelich, sei eine wiederbelebte und erweiterte Ringbahn Göppingen – Boll – Weilheim – Kirchheim „nicht aus der Welt“.

Im Rahmen der regionalen Gründerinitiative sind, so Hofelich weiter, bisher knapp 300 Unternehmen beraten und die Schaffung von 600 Arbeitsplätzen angestoßen worden. Die regionalen Kompetenzzentren, unter anderen auch in Göppingen (Megatronik), stellten wichtige Impulse dar, auch wenn diese „auf Heller und Pfennig“ nicht nachweisbar wären. Es sei aber unübersehbar, dass die Region einiges mit auf den Weg gebracht habe. Dazu gehörten auch die beiden Großprojekte Messe und Stuttgart 21.

„In diesem Zusammenhang entwickeln sich auch für den Nahverkehr große Chancen“, kündigte Hofelich an und nannte als Beispiel die erheblich geringeren Fahrzeiten von Stuttgart auf die Fildern. Er erwähnte die geplanten S-Bahn-Strecken nach Kirchheim und den S-Bahn-Ast Renningen – Sindelfingen sowie die Tangente Backnang – Marbach, die sich zur ersten S-Bahn-Verbindung in der Fläche mausern werde.

Hofelich, stellvertretender Vorsitzender des Verbands Region Stuttgart, sprach sich entschieden für die sogenannte Durchtarifierung im ÖNPV aus. „Eine einzige Fahrkarte, mit der man zum Beispiel von Eislingen bis nach Weissach im Täle fahren kann, muss in der Region keine Zukunftsmusik mehr bleiben". „Gottseidank steigt Göppingen jetzt doch noch ein", stellte Hofelich erleichtert fest. „Der Aus- und Weiterbau der B 10 und B 14 sei für die Entwicklung der Region von elementarer Bedeutung", lautete Hofelichs Ansage zur Situation im Straßenverkehr der Region.

Die Arbeitsmarktlage ist laut Hofelich außerordentlich labil. „Wir haben es mit einer tickenden Zeitbombe zu tun", sagte der SPD-Politiker. Die große Zahl ungelernter Kräfte werde zunehmend zu einer massiven Belastung. Hier sei insbesondere eine gezielte Zusammenarbeit der Arbeitsämter in der Region notwendig.

Es herrsche, so Hofelich, auch ein hoher Bedarf an Forschungsförderung in der Region, insbesondere zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen.

„Wir bekennen uns nicht nur zu einer Dienstleistungsregion Stuttgart, sondern auch nach wie vor zur Industrie-Region. Deshalb verstehe sich der Verband Region Stuttgart auch als beider „Lobby". „Noch mehr Marketing kann jedenfalls nicht schaden", meinte Hofelich abschließend.

2004

Freitag, 9. Januar 2004

GENÜGEND BAUSTOFF FÜR ZUKUNFT

Der Präsident des deutschen PEN-Zentrums,

Prof. Dr. Johano Strasser, hat beim Neujahrsempfang der Eislinger Sozialdemokraten ein klares Bekenntnis zur politischen Fortentwicklung Europas abgelegt und sich dagegen ausgesprochen, nur eine Exekutierung US-amerikanischer Politik und Kultur vorzunehmen.

Ein Fortschritt in Europa könne nur gelingen, wenn nationale Souveränitätsrechte aufgegeben und eine handlungsfähige europäische Regierung gebildet werde, die von einem echten Parlament kontrolliert werden müsse.

„Europa muss einen eigenen Weg ins 21. Jahrhundert finden“, betonte Johano Strasser in seinem Referat. Die USA dürften nicht erwarten, dass sich Europa ihrem



Abbildung 51 -Prof.Dr. Johano Strasser

imperialistischen Gehabe anschließe. „Wer von uns nur die Exekution US-amerikanischer Politik erwartet, versteht von den europäischen Strukturen und Kulturen nichts“, sagte der PEN-Präsident. Europa müsse seine geschichtlichen Erfahrungen in die Entwicklung einbringen und brauche sich dabei mit seinen traditionellen Werten nicht zu verstecken.

„Wir brauchen ein Europa von freien und gleichberechtigten Staaten“, führte Strasser weiter aus und sprach sich für „einen vom Volk gewählten europäischen Präsidenten, „eine richtige Regierung und ein echtes Parlament“ aus. Allerdings müsse, so Strasser, verhindert werden, dass Euopa zu einem „demokratischen Moloch“ werde. Vielmehr müssten neue Formen einer „Mehr-Ebenen-Demokratie“ gefunden werden.“ In diesem Prozess Anleihen an der bereits früher formulierten „Weltinnenpolitik“ zu nehmen, wäre dabei nicht verkehrt. „Europa hat genügend Baustoff für die Zukunft“, zeigte sich Strasser überzeugt.



Abbildung 52 - Neujahrsempfang 2004

Die kulturelle Vielfalt sei auch ein Teil der Erklärung dafür, so Strasser, dass in den europäischen Gesellschaften nicht, wie in Amerika, nur unerschütterliche Optimisten anzutreffen wären, sondern häufig auch Selbstzweifel, „ja schon fast Melancholie“ existierten.“Dennoch leben wir hier nicht unglücklicher“, meinte der Referent und empfahl, gelegentliche Widersprüche mit Ironie und der Akzeptanz von Unzulänglichkeiten zu ertragen. In diesem Zusammenhang sprach sich Strasser dafür aus, die Erinnerung an die Schattenseiten europäischer Geschichte bewusst wach zu halten. Wir haben keinen Grund zu Hochmut, aber zahl-

reiche Gründe zur Nachdenklichkeit und Selbstkritik“, resümierte der Schriftsteller-Präsident. …

Bevor Strasser das Wort ergriffen hatte, wiesen der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz und Bürgermeister Günther Frank auf die positive Entwicklung in der Stadt Eislingen im vergangenen Jahr hin und zeigten sich optimistisch, dass sich diese auch im neuen Jahr zum Wohl der Bürger fortsetze. Insbesondere die Eröffnung der Eislinger Stadthalle wurde von beiden Rednern als Meilenstein in der städtischen Entwicklung bezeichnet.

Ritz kündigte Diskussionen über die Einrichtung einer Ganztagsschule an und wies auf die günstigen Bauplätze für Familien, die die Stadt anbiete, hin

Der Ortsvorsitzende der SPD, Hartmut Komm, hatte zur Beginn zahlreiche Gäste begrüßen können, unter ihnen Bürgermeister Günther Frank, die Beigeordneten Steiner und Schuster, Hauptamtsleiter Weiler, den CDU-Fraktionsvorsitzenden Schwendemann, den Stadtrat der Grünen, Volker Haas, aber auch den Vizepräsidenten des Landtags, Frieder Birzele, den stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD, Peter Hofelich sowie die SPD-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann.

.

Sonntag, 8. Februar 2004

VIEL NEUES IM WESTEN

Am vergangenen Samstag trafen sich an der neuen Stadthalle mehrere Dutzend Sozialdemokraten, um zu ihrer traditionellen Winterwanderung aufzubrechen. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Hartmut Komm, hatte in seiner Einladung angekündigt, dass „die Reise“ entlang der westlichen Gemarkungsgrenze führen und am TSG-Waldheim enden wird. Der Bedeutung des Ereignisses angemessen wurde aber zuerst auf der funkelnagelneuen Filsterasse bei strahlendem Sonnenschein ein Erinnerungsfoto geschossen.

Fraktionschef Peter Ritz gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass in wenigen Tagen das wichtigste Eislinger Projekt, die neue Stadthalle, eingeweiht werde und erwähnte, dass in seiner Fraktion bereits Gedanken darüber gesponnen würden, wie das Nachbargebäude in die städtische Entwicklung mit einbezogen werden könne. Insbesondere ein Restaurant in der Nähe der Stadthalle, wäre aus seiner Sicht, so Ritz, wünschenswert.

Der Fraktionschef übernahm dann die Führung der dreistündigen Wanderung, die zunächst zum Park & Ride-Parkplatz am Bahnhof und dann in die Hauptstraße zum Place d‘ Oyonnax führte, der vielstimmig als besonders gelungen bezeichnet wurde. Durch namenlose Gässchen wurde anschließend die Jahnstraße überquert und über die Olgastraße hinweg die neue Krummbrücke an der Markuskirche erreicht.



Abbildung 53 - Winterwanderung 2004

Den neu gestalteten Platz zwischen Kirche und Gemeindezentrum hatten die meisten Teilnehmer noch nicht gesehen. Großes Lob für die Verantwortlichen war zur Gestaltung der Krummbrücke und des angrenzenden Uferbereichs zu hören. „Hier ist ein richtig uriges Stück Eislingen entstanden“, sagte Harald Kraus.

Nach kurzem Aufenthalt ging es weiter in den Bereich der Weingärten. Dort war gute Kondi-

tion vonnöten, denn Peter Ritz verlangte nun von seiner Gefolgschaft eine alpine Aufstiegsleistung. Ein gemeinhin nicht bekannter, ungewöhnlich steiler Weg führt von den Weingärten hinauf auf die Hochfläche vor dem ehemaligen Flughafen. Hier waren die Teilnehmer ziemlich verwundert, dass Ritz nun permanent Richtung Norden voraus marschierte. Doch der Marsch hat-te seinen Sinn, denn schließlich war eine Wanderung „entlang der Gemarkungsgrenze“ angekündigt. Dass diese allerdings so weit Richtung Norden reichte, überraschte dann doch. Entlang des Steinenbachs ging die Wanderung nun etwa parallel zur Eislinger-Göppinger Gemarkungsgrenze und wieder Richtung Süden bis die Westtangente erreicht wurde.

Dieses Straßenbauwerk kennt man allgemein nur aus der Autofahrer-Perspektive. So war es nicht uninteressant, einmal als Fußgänger auf die Nordverbindung, die Fils und das angrenzende Gewerbegebiet hinunter blicken zu können. Nur ein schmales Sträßchen am Immelmann-Bau trennt Eislingen von der Kreisstadt; dort wurde die alte B 10 überquert und das jenseits liegende Gewerbegebiet – zu Göppingen gehörend – erreicht. Just in diesem Augenblick hatte Petrus kein Einsehen mehr mit der SPD-Gruppe; nur eine Flucht unter ein Vordach verhinderte eine kräftige Einweichung.



Abbildung 54 - Winterwanderung 2004

Ungewohnt war dann der weitere Verlauf der Wanderung über die Reutlinger Straße, die neue B 10 und die Parallelstraße Richtung Bodenfeld. Nach wenigen Minuten wurde der Holzheimer Ortsteil Rigi erreicht. Verwundert stellte eine Teilnehmerin fest, dass es auch in Holzheim einen „Josef-Mühlberger-Weg“ gibt. Schnell war nun der Weilerbach erreicht, wo für die Laien nicht ganz einsichtig der Fulweg ins Flussbett hinein führt, sodass er bei höherem Wasser nicht mehr benutzbar ist. Das Rätsel blieb ungelöst. Nicht mehr weit war es der neuen B 10 entlang bis zum 130 Meter langen Tunnel am Heimt, der derzeit ausgeschalt wird und Teil der Lärmschutzmaßnahmen für das nahe gelegene Wohngebiet ist.

Über die südlich führenden Feld- und Waldwege wurde die letzte Etappe der SPD-Wanderung zum Waldheim bewältigt, wo bereits einige „Mobilitätseingeschränkte“ die Plätze angewärmt hatten. Angeregte Gespräche, insbesondere über den Personalwechsel an der Parteispitze, dauerten bis in den späten Abend an. Es wurden bereits Pläne für die nächste Wandereng in den Eislinger Süden geschmiedet, die mit einem „Palaver im Schornsteinfegergäßchen“ beginnen soll …

Freitag, 19. März 2004

AUSGEWOGEN UND MIT KOMPETENZ

Der Eislinger Bürgermeister Günther Frank gehört seit 40 Jahren der SPD an. Dafür zollte ihm die Partei in ihrer Mitgliederversammlung Respekt und Dank.

Auch der Schatzmeister des Ortsvereins, Konrad Dießenbacher und der Gastronom Adalbert Grupp konnten ebenfalls die Glückwunsche der Sozialdemokraten und die Ehrenurkunden, die von Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Landesvorsitzenden Ute Vogt unterzeichnet waren, entgegen nehmen.

Danach musste die SPD wieder in die Niederungen des Tagesgeschäfts „hinabsteigen“ und die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahl am 13. Juni aufstellen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz betonte in seinem „Plädoyer“ für die maßgeblich von ihm zusammengestellte Liste, es handele sich um ein „ausgewogenes Kandidaten-Team mit viel Kompetenz“. Erfahrene Kandidaten bildeten mit Neulingen zusammen ein „schlagkräftiges Team“. Ritz selbst führt die 22-köpfige Liste für die Wahl der Eislinger Stadträte an.



Abbildung 55 - Wahlprospekt 2004

Auf dem zweiten Platz des Wahlvorschlags der Sozialdemokraten wird die SPD-Kreisvorsitzende und Eislinger Stadträtin Dr. Heide Kottmann kandidieren, gefolgt vom bisherigen Stadtrat Bruno Mörixbauer. Es folgen die gebürtige Eislingerin und Architektin Eva Rieg und Diplombiologe Dr. Jochen Tham auf den Plätzen vier und fünf. Danach wechseln sich fast durchgehend Männer und Frauen auf den weiteren Plätzen ab. Sozusagen anstelle ihres Sohnes Christian kandidiert erstmals dessen Mutter Angela Schirling (Platz 6) vor Markus Kuhn (Platz 7) und der Stadträtin Dr. Gudrun Igel-Mann, hauptberuflich Mitarbeiterin des SPD-Landesverbandes. Ein Neuling auf der Liste und als Vertreter der älteren Generation zu verstehen ist der pensionierte Polizeibeamte Walter Auer.

Traditionell berücksichtigt die SPD auf ihrer Liste auch Vertreter der ausländischen Bevölkerungsgruppen. Deshalb wird auf Platz 10 die Mitarbeiterin des Türkischen Elternvereins, Nevim Ercetin, und als Repräsentant der italienischen Mitbürger Gennaro Marseglia antreten (Platz 11).

Auch die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier - sie wurde mit großem Beifall zur Verleihung des Barbara Künkelin-Preises beglückwünscht – will mit ihren örtlichen Parteifreunden auf Stimmenfang gehen und wurde auf Platz 12 nominiert. Ihr folgen Gerd Sturm, Monika Breyer und Johann Schan auf den Rängen 13 – 15. Die Krummwälderin Monika Jirouschek geht auf Platz 16 ins Rennen. Auf Platz 17 wurde als Vertreterin der jungen Generation Karin Danner aufgestellt. Harald Kraus folgt auf Platz 18 und der Juso-Kreisvorsitzende Patrick Sandner auf Platz 19. Die Liste wird abgeschlossen durch Hartmut Komm, den SPD-Ortsvorsitzenden aus Krummwälden sowie Jutta Breit und Joachim Römer auf den letzten beiden Plätzen.

In seinem Rechenschaftsbericht konnte Hartmut Komm vermelden, dass im Ortsverein die um 2 % zurück gegangene Mitgliederzahl ausschließlich auf Wegzüge und nicht etwa auf eine Absetzbewegung wegen der Bundespoli-

tik zurück zu führen sei. Konrad Dießenbacher erstattete den Kassenbericht, der in einem Jahr ohne Wahlen mit einem Vermögenszuwachs von 17,2 Prozent abschloss. Gerda Wurz bestätigte dem Kassier eine einwandfreie Kassenführung und beantragte die Entlastung, die sowohl dem Kassenwart als auch dem gesamten Ortsvereinsvorstand für die aktive Arbeit erteilt wurde. …

Zuvor hatte Hartmut Komm die zahlreichen Aktivitäten des Ortsvereins aufgelistet und nannte unter anderem das Brunnenfest und den Neujahrsempfang.

Bei dieser Gelegenheit erwähnte Komm, dass es der SPD-geführten Bundesregierung und niemand anderem zu verdanken sei, dass der Bau der B 10 neu auf der Gemarkung Eislingen bereits in vollem Gange sei und bedankte sich für den diesbezüglichen Einsatz er Abgeordneten Riester und Birzele sowie des Bürgermeisters Günther Frank.

„Wir lassen uns nicht unterkriegen und werden mit voller Energie in den Kommunalwahlkampf einsteigen. Zwar wären wiederum sechs Mandate im Gemeinderat schon ein voller Erfolg, doch werden wir uns für ein siebtes Mandat ins Zeug legen und hätten auch gegen ein achtes Mandat nichts einzuwenden“, schwor Komm die örtliche SPD auf eine aktive Kampagne ein.

Samstag, 6. März 2004

„EISLINGEN JETZT RICHTIGE STADT“

Altstadtrat Waldemar Berg brachte es beim „Roten Treff“ der SPD auf den Punkt: „Ich war einmal in der Stadthalle – und weiß seither, dass Eislingen jetzt wirklich eine Stadt geworden ist“. Damit beschrieb er den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die Peter Ritz in seiner Einführung aufgezeigt hatte. Aufgrund der Entwicklung in den letzten dreißig Jahren kann die Stadt Eislingen sehr selbstbewusst auftreten. „Wir brauchen uns nicht zu verstecken“, sagte Ritz.

Ritz erinnerte vor allem an die Phase, als mit der Überführung über Bahn und Fils die beiden Eislinger Stadtteile enger zusammengewachsen sind, wenngleich aus heutiger Sicht dieses Verkehrsbauwerk nicht unbedingt als eine Meisterleistung anzusehen sei. „Der Einkaufsstandort Eislingen muss unter allen Umständen gesichert werden“, sagte er vor dem Hintergrund des in jüngster Zeit feststellbaren Ladensterbens. Er betonte, dass z. B. ein Café mit Konditorei, der Bau des von der SPD seit langem geforderten „Bucher-Stegs“ und die Bemühungen, für die nur wenigen Gewerbeflächen Partner zu finden, die unmittelbare Zukunft Eislingen beflügeln könnten.Peter Ritz wies auf das völlig renovierte und modernisierte Rathaus mit den Außenstellen in der Ebertstraße und im Bahnhofsgebäude hin und wünschte sich, dass ein Rathaus an einem Standort und in einem einzigen neuen Gebäude angestrebt werden müsse.

Es verwunderte nicht, dass Peter Ritz – im Hauptberuf Gymnasiallehrer – auf die wichtige Funktion Eislingens als Schulstadt hin wies und auf die Entwicklung der einzelnen Schulen einging. Auch insoweit könne sich Eislingen sehr wohl sehen lassen und habe absolut städtisches Niveau erreicht.



Abbildung 56 - Radtour Eislingen

Auch städtebaulich habe sich Eislingen rasant entwickelt, betonte der SPD-Politiker und bezeichnete die Bereitstellung der „Alten Post“ als Vereinshaus als weiteren Höhepunkt. „Die Galerie des Kunstvereins im Erdgeschoß hat sich über die Grenzen Eislingens hinaus einen guten Ruf erworben“ , stellte Ritz fest.

„Zwar sei die Industrie als Lebensader einer Kommune absolut wichtig, „die Kultur und die Kunst aber auch“, führte Ritz weiter aus.

Er ging auch auf das im Dachgeschoß der „Alten Post“ eingerichtete Stadtarchiv ein und meinte, dessen gute Arbeit könnte „durch mehr Öffnung nach außen stärker in das Bewusstsein der Bürger gerückt werden“. Er sprach sich entschieden für die Erhaltung des Schlosstheaters aus. „Wir brauchen in Eislingen unbedingt weiterhin ein gutes Programmkino“, lautete seine Forderung.

Der Ausbau der Hauptstraße habe sich in der umgesetzten Form bewährt und die gebauten Kreisverkehrs-anlagen wären ausnahmslos eine gute Lösung, so Ritz. Er sprach sich für den baldigen Bau des Bucherstegs aus und wies auf die Vision der Osttangente hin, die als Ergänzung des bisherigen Verkehrskonzepts nach wie vor dringend erforderlich sei. Stadtrat Bruno Mörixbauer nannte die günstigen Bauplätze für Familien, die auf Initiative des Gemeinderats angeboten werden können.

Mit dem Slogan „Wir in Eislingen“ will die SPD für „eine bürgerschaftlich geprägte und erfolgreiche Stadtpolitik“ Werbung machen. „Darauf kann sich die Bürgerschaft Eislingens verlassen“, sagte Ritz abschließend.

Montag, 20. April 2004

GUTER RAT: KOMBI-TICKET LÖSEN

SPD-Vorstandsmitglied Uli Weidmann machte beim Roten Treff der SPD auf die Vorteile des neu eingeführten Kombi-Tickets aufmerksam. Das neue Angebot geht auf einen Vorschlag des Gemeinderats zurück. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz berichtete, dass die Stadtverwaltung zurzeit mit der Bahn über den Einbau eines Aufzugs zum Mittelbahnsteig verhandele; dabei gehe es um die Planung und Finanzierung.

Uli Weidmann erläuterte das Kombi-Ticket, das ermöglicht, mit einer Fahrkarte von Eislingen aus in die Zonen 10 und 20 des VVS-Netzes zu fahren, ohne eine zweite Fahrkarte lösen zu müssen. „Das Kombi-Ticket bringt für Nutzer aus dem Kreis Göppingen handfeste Vorteile“, sagte Weidmann und rechnete ein Beispiel vor, wonach das Kombi-Ticket eine Ersparnis von 95 Cent pro einfachen Weg bringe. „Angesichts des Zuschusses, den der Landkreis für das Kombi-Ticket zahlt, sollten die Bahnkunden mit Ziel Stuttgart-Innenstadt davon auch regen Gebrauch machen“, sagte Weidmann und empfahl, „auch die Vergünstigungen im Bereich des Göppinger Nahverkehrs zu nutzen, zum Beispiel die VGS-Stauferkarte, die einen Preisvorteil von 20 Prozent einbringt“. Die so genannte Familienkarte ermöglicht die Fahrt nach Göppingen zum Preis von nur 2,70 Euro.



Abbildung 57 - Brunnenfest 2004

Uli Weidmann berichtete von einem Gespräch mit der Bahn AG, die ihm versichert habe, dass Kunden, die wegen eines defekten Automaten

in den Zug einsteigen, keine Strafgebühr zahlen müssen, wenn sie ohne Fahrkarte angetroffen werden. Sie erhielten eine Rechnung, der sie mit der Begründung widersprechen könnten. Sie müssen allerdings dem Schaffner die Nummer des Automaten haben nennen können, der defekt war.

2005

Januar 2005

NEUJAHRSEMPFANG



Abbildung 58 - Neujahrsempfang 2005

Dienstag, 31.5.2005

ANKÜNDIGUNG BRUNNENFEST INTERNATIONAL

Auf gute Nachbarschaft heißt das Motto des 17. Brunnenfests, das zum ersten Mal in internationaler Besetzung veranstaltet wird. Nachbarn aus dem Ösch werden gemeinsam den Gästen kulinarische Leckerbissen bieten:

Anni Dießenbachers Team mit Kaffee und leckeren Kuchen und das Getränketeam um Hartmut Komm bekommen Verstärkung: Rote Wurst, Schweinesteaks und Kartoffelsalat von der ASV-Jugend werden den Gästen beim Brunnenfest am Sauerbrunnen an der Talstraße genauso munden wie Döner und gefüllte Weinblätter und andere, auch süße Spezialitäten des Türkischen Kulturvereins um Yüksel Özer oder das usbekische Schaschlik der deutsch-russischen Elterngruppe vom Ösch. Das italienische Team der Keplerstraße wird mit italienischen Köstlichkeiten erst nächstes Jahr mit von der Partie sein; dieses Jahr ist die Gruppe beim Kegelausflug unterwegs.

Unterstützung für die Jugendarbeit

Musikalisch hat sich Bruno Mörixbauer digital ans Werk gemacht und ein abwechslungsreiches Programm auf die Scheibe gebrannt, für jeden Geschmack den richtigen Ton gefunden.

Die Gesamtorganisation liegt weiterhin beim SPD-Ortsverein und seinem bewährten Brunnenfestteam. Der erwünschte Nebeneffekt der Teamarbeit allerdings: Die Vereine können ihre Kasse stärken. Was kann es Schöneres geben als: Essen und Trinken für die Jugendarbeit der Vereine!

Fassanstich mit Günther Frank am Samstag um 14:30 Uhr

Bürgermeister Günther Frank wird das internationale Brunnenfest am Samstag um 14:30 Uhr mit einem Fassanstich eröffnen. Um 17 Uhr beginnt das traditionelle Tischfußballturnier mit Profi-Gastspieler Regionalvize Peter Hofelich.

Am Sonntag: Frühschoppen, Kulinarisches und Stockbrot-Grillen

Gutes Essen und kühle Getränke gibt es am Sonntag ab 11:30 Uhr, Kaffee und Kuchen ebenso und um 15 Uhr wird über offenem Feuer Stockbrot gegrillt.

(K)eine Schönwetter-Garantie: Beginn der Festlessaison

Konrad Dießenbacher gibt (k)eine Wettergarantie: Nach dem Mondkalender wird es am 4. und 5. Juni prächtiges Wetter geben, das heißt: Nach einem zu kalten Mai wird die Festlessaison dieses Jahr etwas später, aber umso heftiger beginnen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind diese Vorhersagen sehr ernst zu nehmen; Erfolgsgarantie ca. 50 Prozent.

Montag, 6. Juni 2005

DOPPELPETER BEIM TISCHFUSSBALL NICHT ZU SCHLAGEN

Beim traditionellen Tischfußballturnier beim Eislinger Brunnenfest treten auch immer prominente Tischkicker im Wettbewerb gegen das meist jugendliche Teilnehmerfeld. Aber weder Walter Riester noch Leni Breymaier konnten in den vergangenen Jahren den Pokal den Eislinger Mannschaften trotz akzeptabler Leistung streitig machen.



Abbildung 59 - Brunnenfest 2005

Aber dieses Jahr scheinen sich die prominenten Spieler aus (Lokal-)Politik besonders gut vorbereitet zu haben. So haben gleich zwei Promi-Mannschaften konnten 16 Spielpaare hinter lassen und haben das Endspiel erreicht.



Abbildung 60 -Doppelpeter beim Tischfußballturnier

Im Endspiel standen sich die Mannschaften KICK IT mit Grünen-Stadtrat Holger Haas und Lothar Weccard und DOPPELPETER mit SPD-Regionalrat Peter Hofelich und Stadtrat Peter Ritz gegenüber. Dieses Endspiel konnte das SPD-Team überzeugend für sich entscheiden.

Donnerstag, 4. August 2005

GLOBALE SOZIALE STANDARDS

„Eine Lösung der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme kann nur durch die Entwicklung und Einhaltung von Standards, auf die sich die multinationalen Konzerne und die Nationalstaaten verständigen müssen, erreicht werden“. Diesen Kernsatz sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Walter Riester beim „Roten Treff“ über Aspekte der Globalisierung.



Abbildung 61 - Walter Riester vor der Roten Treff beim Stadtrundgang

Der frühere Bundesarbeitsminister verwies in diesem Zusammenhang auf seine Initiative, die er während seiner Amtszeit als Bundesarbeitsminister bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingebracht habe. Es habe sich aber gezeigt, dass selbst die Gewerkschaften in den weniger entwickelten Ländern Einwendungen gegen höhere Standards erhoben haben, weil sie im Weltmarkt in den günstigeren Arbeitsbedingungen ihrer Länder einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der enormen Produktivität der Industriestaaten sehen. „Die Chancen dieser Länder auf dem Weltmarkt werden auch dadurch beeinflusst“, so Riesters Schlussfolgerung.

Dennoch dürften, so Riester, die Sozialstandards international nicht vernachlässigt werden. „Dies ist aber ein schwieriger und langwieriger Prozess, auf den wir uns einstellen müssen“, schätzte Riester die Lage ein. Dass solche Prozesse aber erfolgreich gelingen können, habe zum Beispiel die sozialpolitische Entwicklung in Südafrika gezeigt, wo sich vor einigen Jahren deutsche Unternehmen verpflichtet hätten, in ihren Niederlassungen keine Apartheid zuzulassen.



Abbildung 62 - Bruno Mörixbauer und Konrad Dießenbacher

Riester weiter: „Auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten sowie wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt, wie ihn sich die Europäische Union bis 2010 zum Ziel gesetzt hat, muss sich Deutschland überzeugend positionieren und darf nicht hinter die Anstrengungen der anderen EU-Mitgliedsländer zurück fallen“, sagte Riester.

„Notwendige Umstrukturierungen können am besten dann umgesetzt werden, wenn die Menschen wissen, dass ihre häufig existenziellen Befürchtungen um ihre soziale Sicherheit, um den Arbeitsplatz, um ihre Gesundheit und um ihre Beschäftigungsfähigkeit gleichermaßen ernst genommen werden“, sagte Riester weiter.

Vor dem Hintergrund weltweit vernetzter Wertschöpfungsprozesse, insbesondere durch moderne Informations- und Kommunikationstechniken, stehen Regionen, Märkte und Finanzen in einem unmittelbaren Wettbewerb“, erläuterte Riester. Globalisierung sei nicht nur ein ökonomisch relevanter Sachverhalt, sondern zugleich auch eine Entwicklung von sozialer und kultureller Dimension.

„Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Globalsierung auch für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und für attraktive, die Beschäftigung steigernde Arbeitsbedingungen genutzt wird“, führte der Sozialdemokrat aus.

Walter Riester bezeichnete die sozialpolitisch attraktive Gestaltung der Globalisierung – „diese können wir nicht weg diskutieren“ – als eine Herausforderung, die erheblichen Aufwand an Zeit und Ressourcen erfordere und eine gesellschaftspolitische Aufgabe darstellt, die ein Nationalstaat alleine nicht bewältigen könne. Er betonte, dass sozialer Frieden und Stabilität ohne die kollektive Regelung von Arbeitsbedingungen und ohne Tarifverträge undenkbar und die Kultur der Sozialpartnerschaft ein wichtiger Standortvorteil für Deutschland wäre.

Freitag, 4. November 2005

REGION MUSS GESTÄRKT WERDEN

Ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Region Stuttgart legte Leni Breymaier, Mitglied der Regionalversammlung, beim „Roten Treff“ der SPD ab. Sie betonte, dass ihr Herz daran hänge, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern. Die in der Region höchste Zahl An- und Ungelernter im Kreis Göppingen sei die größte Herausforderung. Breymaier will im Regionalparlament weiterhin dafür eintreten, „diese tolle, reizvolle und einmalige Landschaft zu bewahren und weiter zu entwickeln.“

Die SPD-Politikerin, die neben Peter Hofelich für ihre Partei und den Kreis Göppingen im Regionalparlament mitarbeitet, erläuterte anfangs die Strukturen des Verbandes Region Stuttgart und seines Parlaments. Sie berichtete über die drei Ausschüsse für Planung, Wirtschaft und Verkehr und hob hervor, dass insbesondere Peter Hofelich seit Jahren als Regionalvizepräsident an dem gestärkten Profil der Region mitgewirkt habe. Sie erwähnte die freiwilligen Aufgaben, der sich die Region annehme wie zum Beispiel die Messe, Kultur und Sport sowie des regional bedeutsamen schienengebundenen Verkehrs (S-Bahn).



Abbildung 63 - Regionalrätin Leni Breymaier

„In der Regionalversammlung arbeiten alle Fraktionen sehr sachlich und zielorientiert zusammen“, berichtete Breymaier von ihren im ersten Jahr ihrer Amtszeit gemachten Erfahrungen und betonte die gute Arbeitsatmosphäre im Regionalparlament, das neben einer ähnlichen Institution im Großraum Hannover in Deutschland einzigartig sei. „Nur die Freien Wähler scheinen sich in ihrem permanenten Nein zu fast allem zu gefallen“, hat Leni Breymaier beobachtet. „Aber das ist auch die Bürgermeisterfraktion – und die hat offenbar ein sehr skeptisches Verhältnis zur Region und ihren Aufgabenstellungen“, sagte Breymaier. „Wir können doch in einer der stärksten Wirtschafts- und Ballungsräume Europas nicht Kleinstaaterei der 179 Gemeinden betreiben“, bezog die Regionalabgeordnete klare Position.

Ein Plädoyer für die Innenstädte in der Region war ein weiterer Schwerpunkt der Ausführungen Breymaiers, die dafür um Verständnis warb, dass die Region aufgrund ihrer Planungshoheit der Ansiedlung von SB-Warenhäusern oder Discount-Märkten sehr skeptisch gegenüber stehe und im Rahmen ihrer Planungshoheit mehrere Ansiedlungen außerhalb der Innenstädte abgelehnt habe. Die Region habe hier eine besonders wichtige Steuerungsfunktion und will etwa gewachsene Strukturen weiterhin schützen.

Die Beseitigung bzw. Aktivierung von Bahnhofsbrachen in der Region wurde von der SPD-Parlamentarierin als weiterer Schwerpunkt genannt. Hier handelt es sich um attraktive Grundstücke, die sich für zentrale Einrichtungen in den einzelnen Gemeinden meist bestens eignen.

In diesem Zusammenhang kam Breymaier auf ein ihr zentrales Anliegen, die Verbesserung der so genannten Nahversorgung zu sprechen, von der sie glaubt, dass sie im Zusammenwirken von Unternehmern und Gemeinden in den Griff bekommen werden könnte. Es sei jedoch schwierig, wenn zum Beispiel der in Gammelshausen geplante Markt 90 Prozent seiner Kaufkraft aus Umlandgemeinden abziehe und nur noch 10 Prozent auf die örtliche Versorgung entfielen. „Es muss gelingen, die Nahversorgung in den Orten wieder herzustellen. Leider leiden in der Region inzwischen mehrere Gemeinden an den Fehlentscheidungen der Vergangenheit.

In der Diskussion wurde es als „Wahnsinn“ bezeichnet, was durch das in Metzingen (außerhalb der Region Stuttgart, d. A) entstandene Outlet-Zentrum geschehe. Hier werde über die Region Stuttgart hinaus, erhebliche Kaufkraft in den zur Region gehörenden Gemeinden abgesaugt und führe im Ergebnis zu großer Chancenungleichheit anderer Mittel- und Kleinzentren in der Region. „Insoweit ist mei-

ne Zukunftsprognose düster“, kommentierte sie.

Ein besonderes Augenmerk legt die SPD in der Region auf das Thema Kinderbetreuung. Breymaier bezeichnete es als Unding, dass Eltern, die zum Beispiel in Schorndorf wohnen und in Stuttgart arbeiten, bis zu 900 Euro Kinderbetreuungskosten in Stuttgart berappen müssen, wenn sie ihre Kinder dort statt am Wohnort in Obhut geben würden. Die Landesregierung habe dafür bisher keine zufriedenstellenden Konzepte auf den Tisch gelegt, obwohl sich durch das seit kanpp zwei Jahren gültige Kindergartengesetz die Situation der berufstätigen Eltern noch verschärft habe.

Chancen für den Kreis Göppingen und mehrere seiner Gemeinden sieht Breymaier in der Weiterentwicklung von Angeboten in Tourismus- Erholungs- und Wellness-Bereichen. „Hier brauchen wir Visionen und Konzepte, denn auf die Fabrik mit zehntausend Arbeitsplätzen zu warten, ist illusorisch“, stellte Breymaier fest.

Montag, 12.12.2005

PETER HOFELICH ERNEUT ZUM SPD-LANDESVIZE GEWÄHLT

Auf dem ordentlichen Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg an diesem Wochenende in Kehl wurde der Salacher Peter Hofelich (52) erneut zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Mit 85 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt er das beste Ergebnis unter den vier Stellvertretern der ebenfalls wiedergewählten Landesvorsitzenden Ute Vogt.
Hofelich ist in seiner Aufgabe insbesondere der Vertreter der nordwürttembergischen Kreisverbände und führt dese an. Er kümmert sich als Vizepräsident des Verbands Region Stuttgart inhaltlich vor allem um die Wirtschafts- und Strukturpolitik, aber auch den Kontakt zu Sport und Kirchen pflegt er seit Jahren.



Abbildung 64 - Peter Hofelich erneut SPD-Landesvize

Der Diplomverwaltungswissenschaftler und langjährige IBM-Direktor kandidiert im März im Wahlkreis Göppingen für den Landtag und nimmt das gute Ergebnis auch als weiteren Auftrieb: „Der Kreis Göppingen benötigt Selbstbewusstsein und Aufbruchstimmung nach innen und außen. Der große Rückhalt der Landes-SPD von diesem Wochenende hilft mir dabei, für diese Aufgabe, welche die ganze gesellschaftliche Breite des Kreises angeht, meinen Teil beizutragen und in Baden-Württemberg für die Stärken des Kreises zu werben!“
Auf derselben Veranstaltung wurde die Eislingerin Leni Breymaier, beruflich stellvertretende DGB-Landesvorsitzende, in die Antragskommission gewählt. Der Parteitag wählte außerdem Frieder Birzele und Peter Hofelich als Delegierte Baden-Württembergs für die nächsten Bundesparteitage.

2006

Donnerstag, 19. Januar 2006

FÜR MEHR GERECHTIGKEIT IM LAND

In der Vorstandssitzung des SPD-Ortsvereins Eislingen am Mittwochabend im „Adler“ berichtete die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann über das Spitzentreffen der Sozialdemokraten am vergangenen Wochenende in Ostfildern, wo der Entwurf des Regierungsprogramms der Sozialdemokraten für die Landtagswahl am 26. März 2006 verabschiedet wurde.

Das Gremium stimmte der Aussage des Landtagskandidaten Peter Hofelich, der Vorsitzender der Programmkommission war, ausdrücklich zu: „Damit stellen wir die Weichen für eine gute Zukunft Baden-Württembergs, in der wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen zu Hause sind“.

Kottmann berichtete, dass der SPD-Landesvorstand „in großer Geschlossenheit“ mit der Landtagsfraktion, der Landesgruppe im Bundestag und den Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl dem Regierungsprogramm zugestimmt hätte. Es seien die Eckpunkte diskutiert und weiterentwickelt worden, die der SPD-Landesparteitag im Dezember zur Diskussion in die Parteigliederungen gegeben hatte. Das Regierungsprogramm werde auf dem Landesparteitag am 4. Februar in Stuttgart endgültig beschlossen.

Im Zentrum des Regierungsprogramms stehen nach den Worten von Hartmut Komm, dem Eislinger Ortsvereinsvorsitzenden, eine zukunftsgewandte Wirtschaftspolitik zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eine mutige Bildungsreform mit Sicherung der Unterrichtsversorgung, ein garantiertes Ausbildungsangebot für alle Jugendlichen sowie eine Energieversorgung mit bezahlbaren Strompreisen und ohne Atomkraft. „Mehr Gerechtigkeit – denn unser Land kann mehr‘, das ist das Motto unseres Programms, und das wird die Richtschnur für unser Regierungshandeln in den kommenden fünf Jahren sein“, äußerte sich Komm optimistisch.



Abbildung 65 - Peter Hofelich beim Neujahrsempfang

Komm betonte, oberstes Ziel der SPD in Baden-Württemberg sei es, Beschäftigung zu sichern und auszuweiten. „Wir werden die industrielle Substanz unseres Landes erhalten und erneuern und ein eigenständiges Profil im Dienstleistungsbereich entwickeln.

Gleichzeitig müssen über neue Technologien neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden“, verwies Komm auf ein zentrales Anliegen des Kandidaten Peter Hofelich: „Unsere dialogorientierte Wirtschaftspolitik wird alle Beteiligten an einen Tisch bringen.“

Unter anderem schlägt die SPD eine Landes-Wirtschafts-förderungsgesellschaft vor, die die wirtschaftspolitischen Ziele umsetzt und Schwerpunkte bildet. „So werden zukunftsweisende Entwicklungen in den Regionen gebündelt“, sagte Komm. Die Kreditversorgung für den Mittelstand müsse verbessert werden. Verstärkt werden soll auch der Wissenstransfer von der Wissenschaft und der Forschung in die Unternehmen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen an der Umsetzung von Forschungsergebnissen zu beteiligen.

„Im Gegensatz zu Oettinger und der CDU werde die SPD Tarifautonomie und Mitbestimmung bewahren und den Kampf gegen Lohndumping und Schwarzarbeit verstärken“, erklärte Vorstandsmitglied Harald Kraus, worauf der Ortsvereinsvorstand die jüngsten Forderungen des Ministerpräsidenten nach Lohnkürzungen für Ältere entschieden zurückwies. Oettinger will die Menschen ab 40 aufs Abstellgleis schieben – wir dagegen wollen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer sichern und ältere Arbeitslose durch Qualifizierungsmaßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt bringen“, erklärte Kraus. „Baden-Württemberg wurde nicht trotz, sondern gerade wegen der sozialen Marktwirtschaft zu einem Erfolgsmodell.“

Wie in keinem anderen Bundesland entscheide in Baden-Württemberg die Herkunft der Kinder über ihren Bildungsweg, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Peter Ritz. Die SPD werde deshalb durch eine „mutige Bildungsreform“ die Weichen für Chancengleichheit im baden-württembergischen Bildungswesen stellen. Im Mittelpunkt stehe dabei die Sprachförderung im Kindergarten, eine Aufwertung der Erzieherinnenausbildung, ein beitragsfreies und verbindliches letztes Kindergartenjahr, eine sechsjährige Grundschule für bessere individuelle Förderung, die Verdoppelung der Ganztagsplätze zur Betreuung von Kleinkindern und ein flächendeckendes Netz von Ganztagsschulen mit ausreichend pädagogischem Personal.

Die SPD tritt außerdem für ein gebührenfreies Erststudium ein. „Chancengleichheit in der Bildung ist in einer Wissensgesellschaft der Schlüssel für die Arbeitsplätze von morgen“, sagte Ritz. „Wir können auf kein Talent und keine Ressource in unserem Land verzichten.“



Abbildung 66 - Neujahrsempfang 2006

Ritz kritisierte insbesondere die Untätigkeit der Landesregierung in der Unterrichtsversorgung. „Es ist ein Skandal, dass an den Schulen in Baden-Württemberg Jahr für Jahr 2,8 Millionen Unterrichtsstunden ausfallen. Trotz vieler Versprechungen hat sich damit die Unterrichtsversorgung in dieser Legislaturperiode praktisch nicht verbessert - ja, manchenorts sogar noch verschlechtert.“

Vorstandsmitglied Uli Weidmann wies darauf hin, dass in Baden-Württemberg fast 30 000 Jugendliche Jahr für Jahr vergeblich eine Lehrstelle suchen und deshalb „bestenfalls“ in schulischen Warteschleifen landen. „Die Landesregierung schaut dieser Entwicklung seit Jahren zu, ohne einen Finger zu rühren“, meinte Uli Weidmann.

Die SPD werde dafür Sorge tragen, dass jeder Jugendliche ein Angebot für einen Ausbildungsplatz bekommt. Mit einem Sonderprogramm von 100 Millionen Euro werde die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht und die Ausbildung in Verbünden und in überbetrieblichen Ausbildungsstätten erweitert. Die vollzeitschulische Berufsausbildung solle darüber hinaus besser mit der dualen Ausbildung in den Betrieben verknüpft, als Berufsabschluss zertifiziert und damit anerkannt werden.

Der Eislinger SPD-Vorstand erwartet eine harte Auseinandersetzung mit der CDU um die

Energiepolitik. „Eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten, wie von Herrn Oettinger gefordert, wird es mit uns nicht geben. Der mit der Energiewirtschaft vereinbarte Atomausstieg darf auf keinen Fall in Frage gestellt werden“, verlangte Uli Weidmann, der auch auf die ungelöste Problematik der Endlagerung des hochgiftigen Atommülls hinwies. Die SPD werde auch in Baden-Württemberg eine Wende in der Energiepolitik einleiten und setze dabei auf einen Energiemix ohne Atomkraft, auf die Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie auf einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.

Baden-Württemberg habe den höchsten Anteil an Atomstrom unter allen Bundesländern, verdeutlichte Weidmann. Zugleich zahlten die Stromverbraucher hier die höchsten Preise. Hinzu komme, dass die Atomaufsicht in Baden-Württemberg ihre Aufgabe in der Vergangenheit extrem nachlässig wahrgenommen habe und spürbare Verbesserungen bisher nicht sichtbar geworden wären: Weidmann: „Wir stehen für eine Energiepolitik, die wirtschaftlich sinnvoll, umweltpolitisch verträglich und auch verbraucherfreundlich ist. “Der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm sagte abschließend, die SPD habe die richtigen Themen für diesen Wahlkampf und für dieses Land. „Wir werden die vielfältigen Kräfte Baden-Württembergs bündeln, erneuern und setzen dabei auf die Menschen und die Werte, die unser Land stark machten“, kündigte Komm an. „Wir wollen, dass es weiter voran- und dabei gerecht zugeht – denn unser Land kann mehr.“

„Wir werden unseren Kandidaten Peter Hofelich tatkräftig unterstützen und kämpferisch dafür sorgen, dass er die Nachfolge von Frieder Birzele im Landtag antreten kann“, versicherten Stadträtin Angela Schirrling und die Vorstandsmitglieder Konrad Dießenbacher, Karl-Hans Volpert und Sayed Mohamed einhellig. Dem schloss sich Walter Auer mit der Aussage an: „Peter Hofelich ist für den Wahlkreis Göppingen der richtige Mann.“

Samstag, 4. Februar 2006

„FÜR UNS IST DAS THEMA DURCH“

„Nach Abwägung aller Gesichtspunkte haben wir uns gegen eine Zustimmung zum Bau einer 2. Linie im Müllheizkraftwerk entschieden“, fasste Peter Feige die Position der sozialdemokratischen Kreistags-Fraktion zusammen. „Wir brauchen die 2. Linie nicht! Das vorgelegte Modell bringt für den Kernhaushalt des Kreises keine Vorteile. Es spricht nichts dafür, zusätzliche Belastungen und Nebenwirkungen einer erweiterten Anlage auf uns zu nehmen“, erklärte Feige beim Roten Treff der Eislinger SPD.



Abbildung 67 - Peter Feige beim Roten Treff

„Eigentlich könnte ich es ganz kurz machen und auf die gestellte Frage, ob wir im Müllheizkraftwerk (MHKW) eine 2. Linie brauchen, schlicht und einfach mit „Nein“ antworten und danach wieder nach Hause gehen“, illustrierte Feige das Ergebnis der Meinungsbildung in der SPD-Fraktion. Dennoch schilderte er kompakt den Gang der Dinge von der Betreiber-Gesellschaft BKB bis hin zu dem letztlich gemachten Angebot derselben an den Kreis, die bisherige Anlage und das für die 2. Linie benö-

tigte Grundstück für 13,2 Millionen Euro kaufen zu wollen.

Da aus rechtlichen Gründen der Erlös jedoch nicht zur Sanierung des Kreishaushalts verwendet werden könnte, bewertete Feige den Vorgang so: „Ich kann deshalb nicht verstehen, warum noch ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, das den wirtschaftlichen Wert der Anlage beurteilen soll“, kritisierte Feige den Beschluss des Umweltausschusses des Kreistags.

„Die Sache wäre dann sehr verlockend gewesen, wenn die 13,2 Millionen in den Kreishaushalt geflossen wären“, so Feige. Aufgrund der Rechtslage hätten diese aber nur dem sogenannten Gebührenhaushalt der Abfallbeseitigung zugeführt werden müssen. Zwar hätte dies dann über einige Jahre zu geringeren Müllgebühren für die Bürger führen können, letztlich wäre aber der angestrebte Effekt der Aktion quasi verpufft“, erläuterte Feige die Sachlage.

„Ich weiß, dass dies ein Thema mit Emissionen und Emotionen ist“, sagte Feige wortspielerisch, die Abwägung aller Für- und Wider-Argumente habe aber zur Haltung der SPD-Fraktion geführt. „Da für den Müll aus dem Landkreis keine 2. Linie gebraucht wird, hätte deren Bau einen Mülltourismus aus anderen Landkreisen oder sogar aus dem Ausland ausgelöst“, erklärte Feige. Seine Fraktion werde sich auch nicht durch ein etwa höher ausfallendes Wertgutachten von ihrem Standpunkt abbringen lassen, kündigte der Fraktionsvorsitzende an.

In der Diskussion wurde kritisiert, dass immer mehr Verpackungsmüll anfalle und die Bemühungen der Bürger bei der Mülltrennung durch den Umstand konterkariert würde, dass die „gelben Säcke“ zu 90 Prozent genau wie anderer Müll verbrannt werden, betonte Feige. Er rechnete vor, dass zum Beispiel die Stadt Eislingen eine Entlastung der Kreisumlage hätte erwarten können, wenn es möglich gewesen wäre, den etwaigen Verkaufserlös dem Kreishaushalt zuzuführen.

Feige kritisierte die Haltung der gegründeten Bürgerinitiative in der Bergfeld-Siedlung: “Die Anwohner dort haben jahrzehntelang von der preisgünstigen Fernwärme aus dem Müllheizkraftwerk profitiert – und jetzt wanden sie sich gegen die 2. Linie - das ist wenig überzeugend“.

Wie die endgültige Abstimmung im Kreistag ausgehe, wollte ein Besucher wissen. Dazu sagte Feige, dass er dies gegenwärtig noch nicht zuverlässig abschätzen könne, da die Haltung der CDU noch nicht transparent sei. Er erwarte, so Feige, dass die Freien Wähler dafür und die Grünen mit den Sozialdemokraten dagegen stimmen.



Abbildung 68 - Winterwanderung 2006

Donnerstag, 22. Februar 2006

INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG

Auf Einladung von Peter Hofelich sprach Beate Weber, Oberbürgermeisterin in Heidelberg, über Integration statt Diskreditierung Einzelner. Sie nahm kein Blatt vor den Mund. Ihre Kritik gegen den von der Landesregierung eingeführten Fragebogen zur Einbürgerung

äußerte sie sehr pointiert und bezeichnete ihn als nicht verfassungskonform.

Sie verwies auf das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Peter Hofelich verdeutlichte den Standpunkt seiner Partei: „Wir stehen für Offenheit, Toleranz, Integration und Demokratie".

„Hieraus folgt, dass nicht ganz bestimmte Gruppen von Menschen mit diesem Fragebogen angegangen werden dürfen. Die Ausrichtung auf Muslime sei eindeutig und damit aber auch offensichtlich unrechtmäßig", erklärte die SPD-Politikerin. Sie will sich „mit aller Kraft gegen den Fragebogen wehren" und verlangte eine Prüfung jeder Frage im Hinblick auf deren Verfassungsmäßigkeit. „Wir sind darauf angewiesen, eine nachhaltige Politik zu machen, die das Zusammenleben der Menschen in unserem Land fördert und nicht erschwert oder gar blockiert", betonte Weber.

Beate Weber berichtete in der Eislinger Stadthalle über die Integrationsbemühungen in Heidelberg und wies darauf hin, dass ein Drittel der Jugendlichen in Deutschland heute einen Migrationshintergrund hätte. „Bildung und Erziehung sind Sache des Landes - dann muss das Land aber auch mehr dafür tun", ergänzte die Heidelberger Stadtchefin. „Ausländer sind nicht nur Folklore sondern Teil unserer Gesellschaft", bekräftigte Beate Weber ihren Standpunkt. „Junge Leute aus Migranten-Familien brauchen eine gute Ausbildung einschließlich frühzeitiger Sprachförderung und danach eine vernünftige berufliche Perspektive", fügte sie hinzu.

In der Diskussion meinte Landtagsvizepräsident Frieder Birzele auf eine Frage aus dem Publikum, dass der Fragebogen zur Einbürgerung offenkundig als Wahlkampfmanöver angelegt sei und es einigen CDU-Politikern „hörbar auf die Abwehr von Ausländern" ankomme. Ein türkischer Teilnehmer bezeichnete den Fragebogen als „beschämend", zumal er ignoriere, was insbesondere ältere Türken während ihres langen Aufenthalts in Deutschland geleistet haben". „Wir wollen, man muss aber auch uns wollen", sagte ein weiterer Türke.

„Wir sind in Deutschland und Baden-Württemberg darauf angewiesen, dass die Menschen gut zusammenarbeiten und sich gegenseitig achten", sagte Hofelich (MdL/SPD).

Donnerstag, 22. Februar 2006

ENTWURF FÜR REGIERUNGSROGRAMM

In der Vorstandssitzung des SPD-Ortsvereins Eislingen am Mittwochabend im „Adler" berichtete die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann über das Spitzentreffen der Sozialdemokraten am vergangenen Wochenende in Ostfildern, wo der Entwurf des Regierungsprogramms der Sozialdemokraten für die Landtagswahl am 26. März 2006 verabschiedet wurde. Das Gremium stimmte der Aussage des Landtagskandidaten Peter Hofelich, der Vorsitzender der Programmkommission war, ausdrücklich zu: „Damit stellen wir die Weichen für eine gute Zukunft Baden-Württembergs, in der wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen zu Hause sind".

Kottmann berichtete, dass der SPD-Landesvorstand „in großer Geschlossenheit" mit der Landtagsfraktion, der Landesgruppe im Bundestag und den Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl dem Entwurf des Regierungsprogramms zugestimmt hätte. Es seien die Eckpunkte diskutiert und weiterentwickelt worden, die der SPD-Landesparteitag im Dezember zur Diskussion in die Parteigliederungen gegeben hatte. Das

Regierungsprogramm werde auf dem Landesparteitag am 4. Februar in Stuttgart endgültig beschlossen.

Im Zentrum des Regierungsprogramms stehen nach den Worten Kottmanns, eine zukunftsgewandte Wirtschaftspolitik zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eine mutige Bildungsreform mit Sicherung der Unterrichtsversorgung, ein garantiertes Ausbildungsangebot für alle Jugendlichen sowie eine Energieversorgung mit bezahlbaren Strompreisen und ohne Atomkraft. „‚Mehr Gerechtigkeit – denn unser Land kann mehr', das ist das Motto unseres Programms, und das wird die Richtschnur für unser Regierungshandeln in den kommenden fünf Jahren", sagte Kottmann.

Kottmann betonte, oberstes Ziel der SPD in Baden-Württemberg sei es, Beschäftigung zu sichern und auszuweiten. „Wir werden die industrielle Substanz unseres Landes erhalten und erneuern und ein eigenständiges Profil im Dienstleistungsbereich entwickeln. Gleichzeitig müssen über neue Technologien neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden", verwies Kottmann auf ein zentrales Anliegen des Kandidaten Peter Hofelich: „Unsere dialogorientierte Wirtschaftspolitik wird alle Beteiligten an einen Tisch bringen."

Unter anderem schlägt die SPD eine Landes-Wirtschafts-förderungsgesellschaft vor, die die wirtschaftspolitischen Ziele umsetzt und Schwerpunkte bildet. „So werden zukunftsweisende Entwicklungen in den Regionen gebündelt", sagte Kottmann. Die Kreditversorgung für den Mittelstand müsse verbessert werden. Verstärkt werden soll auch der Wissenstransfer von Wissenschaft und Forschung in Unternehmen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen an der Umsetzung von Forschungsergebnissen in der Produktion zu beteiligen.

Im Gegensatz zu Oettinger und der CDU werde die SPD Tarifautonomie und Mitbestimmung bewahren und den Kampf gegen Lohndumping und Schwarzarbeit verstärken, erklärte Vorstandsmitglied Harald Kraus, worauf der Ortsvereinsvorstand die jüngsten Forderungen des Ministerpräsidenten nach Lohnkürzungen für Ältere entschieden zurück wies. „Herr Oettinger will die Menschen ab 40 aufs Abstellgleis schieben – wir wollen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer sichern und ältere Arbeitslose durch Qualifizierungsmaßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt bringen", erklärte Kraus. „Baden-Württemberg wurde nicht trotz, sondern gerade wegen der sozialen Marktwirtschaft zu einem Erfolgsmodell."

Wie in keinem anderen Bundesland entscheide in Baden-Württemberg die Herkunft der Kinder über ihren Bildungsweg, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Peter Ritz. Die SPD werde deshalb durch eine „mutige Bildungsreform" die Weichen für Chancengleichheit im baden-württembergischen Bildungswesen stellen. Im Mittelpunkt stehe dabei die Sprachförderung im Kindergarten, eine Aufwertung der Erzieherinnenausbildung, ein beitragsfreies und verbindliches letztes Kindergartenjahr, eine sechsjährige Grundschule für bessere individuelle Förderung, die Verdoppelung der Ganztagsplätze zur Betreuung von Kleinkindern und ein flächendeckendes Netz von Ganztagsschulen mit ausreichendem pädagogischem Personal. Die SPD tritt außerdem für ein gebührenfreies Erststudium ein. …

Ritz kritisierte die Untätigkeit der Landesregierung in der Unterrichtsversorgung. „Es ist ein Skandal, dass an den Schulen im Land Jahr für Jahr 2,8 Millionen Unterrichtsstunden ausfallen. Trotz vieler Versprechungen habe sich die Unterrichtsversorgung praktisch nicht verbessert – ja, manchenorts sogar noch verschlechtert."

Vorstandsmitglied Uli Weidmann wies darauf hin, dass in Baden-Württemberg fast 30 000 Jugendliche Jahr für Jahr vergeblich eine Lehrstelle suchen und deshalb „bestenfalls“ in schulischen Warteschleifen landen. „Die Landesregierung schaut dieser Entwicklung seit Jahren zu, ohne einen Finger zu rühren“, meinte Uli Weidmann.

Die SPD werde dafür Sorge tragen, dass jeder Jugendliche ein Angebot für einen Ausbildungsplatz bekommt. Mit einem Sonderprogramm von 100 Millionen Euro werde die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht und die Ausbildung in Verbünden und in überbetrieblichen Ausbildungsstätten erweitert. Die vollzeitschulische Berufsausbildung solle darüber hinaus besser mit der dualen Ausbildung in den Betrieben verknüpft, als Berufsabschluss zertifiziert und damit anerkannt werden.

Der Eislinger SPD-Vorstand erwartet eine harte Auseinandersetzung mit der CDU um die Energiepolitik. „Eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten, wie von Herrn Oettinger gefordert, wird es mit uns nicht geben. Der mit der Energiewirtschaft vereinbarte Atomausstieg darf auf keinen Fall in Frage gestellt werden“, verlangte Uli Weidmann, der auch auf die ungelöste Problematik der Endlagerung des hochgiftigen Atommülls hinwies. Die SPD werde auch in Baden-Württemberg eine Wende in der Energiepolitik einleiten und setze dabei auf einen Energiemix ohne Atomkraft, auf die Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie auf einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.

Baden-Württemberg habe unter allen Bundesländern den höchsten Anteil an Atomstrom, verdeutlichte Weidmann. Zugleich zahlen die Stromverbraucher hier die höchsten Preise. „Hinzu komme, dass die Atomaufsicht in Baden-Württemberg ihre Aufgabe in der Vergangenheit extrem nachlässig wahrgenommen hat und spürbare Verbesserungen bisher nicht sichtbar geworden sind!“, sagte Weidmann.

Der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm sagte, die SPD habe die richtigen Themen für diesen Wahlkampf und für dieses Land. „Wir werden die vielfältigen Kräfte Baden-Württembergs erneuern und setzen dabei auf die Menschen und die Werte, die unser Land stark machen“, kündigte Komm an. „Wir wollen, dass es weiter vorangeht und dabei gerecht zugeht – denn unser Land kann mehr.“ „Wir werden unseren Kandidaten Peter Hofelich tatkräftig unterstützen und kämpferisch dafür sorgen, dass er die Nachfolge von Frieder Birzele im Landtag antreten kann“, versicherten Stadträtin Angela Schirrling und die Vorstandsmitglieder Konrad Dießenbacher, Karl-Hans Volpert und Sayed Mohamed einhellig. Dem schloss sich Walter Auer mit der Aussage an: „Peter Hofelich ist für den Wahlkreis Göppingen der richtige Mann.“

Samstag, 25. Februar 2006

HOFELICH: DURCHGÄNGIGKEIT NÖTIG

Nach einem Besuch im Kindergarten St. Franziskus und im Pflegeheim St. Martinus in Göppingen sowie nach einem Gespräch mit Georg Kolb hat der stellvertretende Landesvorsitzende und Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Göppingen, Peter Hofelich, eine bessere Durchgängigkeit zwischen Kindergarten und Grundschule sowie zwischen den einzelnen Schultypen gefordert.

Er beanstandete, dass in Baden-Württemberg zu lange kein schlüssiges Konzept von der CDU politisch gewollt worden sei. Hofelich begrüßte die jüngste Kabinettsentscheidung der Bundesregierung zur steuerlichen Behandlung der Kinderbetreuungskosten.

„Damit wird die zusätzliche Förderung – wie von der SPD verlangt – im Wesentlichen auf

Berufstätige mit erhöhtem Betreuungsaufwand konzentriert“, erklärte Hofelich und prognostizierte, dass von den Entlastungen auch Alleinerziehende sowie Eltern mit relativ geringem Einkommen profitieren würden. „Gleichzeitig wird der Besuch des Kindergartens für alle Familien mit Kindern ab drei Jahren steuerlich begünstigt“, hob Hofelich hervor.

„Kleine Kindergärten wie St. Franziskus können zu einem künftig durchgängigen Weg für unsere Kinder und Jugendlichen beitragen“, erklärte Hofelich nach seinem Besuch. „Sie könnten wohnungsnah und flexibel agieren“, sagte der SPD-Kandidat für die Landtagswahl. Hofelich forderte eine finanzielle Aufwertung der Aufgabe der Betreuerinnen und forderte Verbesserungen in der Ausbildung derselben sowie mehr Weiterbildungsmöglichkeiten.

Hofelich begrüßte das Konzept des Kindergartens St. Franziskus, wo jedem Kind und seinen Eltern das passende Angebot ermöglicht werde. „Das ist vorbildlich“, lobte Hofelich im Gespräch mit Georg Kolb das Konzept. Sein Ziel sei, in Baden-Württemberg keine einheitliche Betreuung sondern ein modulares Angebot anzustreben, das Eltern die für sie passende Gestaltungsmöglichkeiten bietet und für das Kind am besten ist.

Sonntag, 12. März 2006

„REFORM? – ROHRKREPIER!“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Peter Feige, hat ein vernichtendes Urteil zur Verwaltungsreform in Baden-Württemberg abgegeben: „Diese Reform habe ich mir völlig anders vorgestellt. Das, was bisher sichtbar wurde, hat nicht den Begriff Reform sondern die Bezeichnung Rohrkrepierer verdient“, sagte Feige im Rahmen eines Vortrages, zu dem ihn der SPD-Ortsverein Eislingen anlässlich seiner Jahreshauptversammlung eingeladen hatte.

Auf die ihm mit der Einladung gestellte Frage, ob denn die Kreise und Gemeinden die Zeche zu bezahlen hätten, führte der SPD-Fraktionsvorsitzende aus, dass dies in besonderer Weise bei den Kosten für die Schülerbeförderung deutlich werde. 1993 habe das Land die Pflicht zur Schülerbeförderung eingeführt, einige Jahre später den Zuschußbetrag eingefroren und letztlich die Verantwortung auf die Landkreise abgeschoben. „Der Landkreis kann diese Kosten aber beim besten Willen nicht aufbringen – also sind die Eltern der Schulkinder die Leidtragenden, die nun zur Kasse gebeten werden“, beanstandete der Kreispolitiker.

Landrat Weber, so Feige, habe sich dabei eines Tricks bedient, in dem die Tariferhöhungen der Busbetriebe jeweils stillschweigend zum Anlass einer Erhöhung der Elternbeiträge genommen worden wären. Gegen diesen Automatismus habe sich die SPD mit einem Antrag gewandt, dem Feige aber keine realistische Chance, angenommen zu werden, einräumte.



Abbildung 69 - 2006 - Wahlkampf im Schnee

Die von der Landesregierung durchgeführte Verwaltungsreform lasse einen Personalabbau in erheblichem Umfang befürchten, schätzt Feige, weil in sieben Jahren eine 20-prozentige

Effizienzrendite vorgegeben sei. „Auf andere Weise als durch einen Kahlschlag beim Personal ist diese nicht zu erreichen“, erklärte Feige. Er kritisierte, dass vieles nach der Verwaltungsreform keineswegs besser geworden sei. Zum Teil seien absurde Folgen „aus einer wenig ausgereiften Reform zu verzeichnen“. So wären, schilderte Feige, im Oberschulamt die Mittel für die Aufwendungen bei Jubiläen oder Verabschiedungen von Mitarbeitern extrem zusammengestrichen worden. „Offenbar wird die Kreiskasse durch eine bisher übliche Flasche Wein zu sehr strapaziert“, kritisierte Feige.

„Der entscheidende Fehler der Reform liegt darin, dass sie nicht alle Verwaltungsebenen, also auch die Regierungspräsidien, in Frage gestellt hat“, meinte Feige und bezeichnete die Eingliederung von insgesamt elf Behörden in die Landratsämter als eine „pure Augenwischerei, die für den Bürger keinen Nutzen bringt“.

Die Landesregierung hätte auch die Chance verpasst, bestimmte Aufgaben sinnvollerweise auf die Region oder statt auf die Landratsämter direkt auf die Städte und Gemeinden zu übertragen „Das hätte eine Verwaltungsebene einsparen können und tatsächlich mehr Effizienz bewirkt“, behauptete der SPD-Fraktionsvorsitzende. “Aber da hat man sich wegen der vielen Würdenträger mit bestimmtem Parteibuch nicht heran getraut“, urteilte der SPD-Politiker.

Feige schätzt, dass am Landkreis letztlich 1,5 Millionen Euro Mehrkosten hängen bleiben, „weil das Land sogenannte Sowieso-Kosten nicht mehr erstatten will“. Auch daran werde erkennbar, dass sich das Land aus dem kommunalen Finanzausgleich immer weiter zurückziehen wolle und die Kosten für große Aufgaben, wie Kliniken und Schulen ausschließlich von den Kommunen getragen werden müssten. „Für dringend notwendige Flachdach- und Fassadensanierungen fehlt jetzt schon das Geld“, beklagte Feige.

Auch die Auswirkungen von Hartz IV sind nach Feiges Ansicht vom Land nicht fair behandelt worden. Die Unter-bringungskosten habe das Land nicht vollständig an die Kreise weitergereicht.

„Ein verlässlicher Partner ist das Land vor diesem Hintergrund jedenfalls nicht“, stellte der SPD-Mann fest. „Der Bund entscheidet, delegiert an die Länder, die schneiden sich ein großes Stück vom Kuchen ab und am Ende steht den Kommunen nichts mehr zur Verfügung“, beschrieb Feige die aus seiner Sicht unzureichenden Abläufe. Ergebnis sei, so Feige, dass die Hälfte der Kommunen im Landkreis Göppingen keinen gesetzeskonformen Haushalt vorlegen könnten.

„Die Föderalismusreform erfüllt die in sie gesetzten Hoffnungen nicht“, sieht Feige voraus, „weil über alles geredet wurde, nur nicht über eine andere Finanzverteilung“. Wie die Aufgaben der Kommunen dauerhaft finanziert werden könnten, erschließe sich aus dem Vorhaben nicht.

„Die Städte und Gemeinden müssen sehen, wie sie klarkommen“, sagte Feige und hegte große Befürchtungen, sollte die Konjunktur nicht endlich anspringen. „Es scheint so, dass die Politiker auf Bundes- und Landesebene vergessen haben, dass sie früher meist selbst Kreis- oder Gemeinderäte gewesen sind“, resümierte Feige.

Sonntag, 16. März 2006

INNOVATIVE VORSCHLÄGE ERWARTET

Die SPD Eislingen erhofft sich von dem bevorstehenden Stadtplanungswettbewerb für die Innenstadt innovative Vorschläge.



Abbildung 70 - Jahreshauptversammlung 2006

Dabei erwartet sie insbesondere Gestaltungsideen für die Bereiche um das künftige neue Rathaus und die Lutherkirche, aber auch für das Haug-Areal und die Hirsch-Kreuzung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz berichtete in der Jahreshauptversammlung der Eislinger SPD über die jüngsten Entwicklungen und die geplanten weiteren Schritte.

Ritz begrüßte, dass der Rückbau der B 10 alt zwischen Mühlbach- und Holzheimer Straße demnächst in Angriff genommen werde und damit ein erster Schritt zur Neugestaltung der Stuttgarter Straße getan werde. Die vorgesehene Maßnahme ermögliche, dem Bereich den Charakter einer Allee zu verpassen und schaffe mehr Raum für die benötigten Parkplätze. Auf einen breiten Radfahrweg soll nach Ansicht der SPD verzichtet und dieser Verkehr durch die Ludwigstraße geleitet werden.

Zuvor hatte der Ortsvereinsvorsitzende der Sozialdemokraten, Hartmut Komm, einen Rechenschaftsbericht über das letzte Jahr abgegeben und die zahlreichen Aktivitäten in einem Power-Point-Vortrag aufgelistet. Er erwähnte den Beitrag des Ortsvereins zum Hamburger Grundsatzprogramm der SPD, das Brunnenfest, das auch in diesem Jahr zusammen mit einigen Partnern wieder zur Durchführung kommt, sowie die Beteiligung am Weltkindertag. Eine Erfolgsgeschichte sei, so Komm, vor allem aber die seit 10 Jahren laufende monatliche Veranstaltung „Roter Treff“. Erwähnung fand auch die jährliche Winterwanderung der SPD. Die Zusammenarbeit mit den SPD-Ortsvereinen Salach und Süßen wurde vereinbart und wird ihren Ausdruck in gemeinsamen Veranstaltungen finden.

Leider konnten die beiden Jubilare, die die SPD für langjährige Mitgliedschaft ehren wollte, nicht an der Versammlung teilnehmen. Der Ortsvorsitzende wird deshalb in geeigneter Weise die Jubilare, nämlich Hermann Rupp mit 40jähriger und Joachim Junger mit 25jähriger Zugehörigkeit zu den Sozialdemokraten, entsprechend würdigen.

Die Eislinger SPD verzeichnet gegenwärtig 72 Mitglieder. Den Kassenbericht erstattete Konrad Dießenbacher, der von geordneten und soliden Finanzen berichtete. Barbara Nürk beantragte als Revisorin die Entlastung des Kassiers sowie der gesamten Vorstandschaft. Diese wurde einstimmig erteilt. Die Revisoren Bürk und Römer wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden gewählt: Peter Ritz, Marlies Wahl, Sayed Mohamed, Harald Kraus, Leni Breymaier und Dr. Heide Kottmann. Ersatzdelegierte sind Walter Auer und Hartmut Komm.

Sonntag, 2. April 2006

HOFELICH MUSSTE LANGE WARTEN

Die Wahlfrau- mannschaft in Eislingen war auf alles vorbereitet. Modernste Technik, wie hier unser Titelfoto Hansjörg Göhringer mit dem Speicherstick, sollte die Stimmenauszählung

auch bei enormen Ansturm auf die Wahllokale zügist abwickeln.



Abbildung 71 - Landtagswahl 2006 – modernste Technik im Einsatz

Und dann fanden nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten Eislingerinnen und Eislinger den Weg zur Urne. Eislingen bildet damit das Schlußlicht in der insgesamt enttäuschenden Wahlbeteiligungsstatistik im Wahlkreis 10. Hier sollten sich sicherlich einmal alle Parteien in Eislingen Gedanken machen, wie man hier der Wahlmüdigkeit unserer Eislinger begegnen kann. Verständlich bei dieser Wahlbeteiligung und den herben Verlusten für die SPD, dass Peter Hofelich, der SPD Kandidat aus Salach wirklich einige Zeit bangen mußte, ob er den Einzug in den Landtag schafft.



Abbildung 72 - Wahlparty im Grünen Baum

Um so freudig wurde auf der Wahlparty der SPD im Eislinger Lokal Grünen Baum die Mitteilung des Landeswahlleiters begrüßt, als feststand, dass der Wahlkreis Göppingen trotz herber Stimmenverluste wieder durch einen SPD-Abgeordneten vertreten ist.

Sonntag, 07. Mai 2006

NEUES SPD-PROGRAMM DISKUTIERT

Beim „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten am Donnerstag vergangener Woche wurde auf Grundlage der vom Parteivorstand verabschiedeten Leitsätze die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm aufgenommen.

Vorstandsmitglied Harald Kraus gab in einer Einführung einen kompakten Überblick über die Inhalte und Aussagen der Leitsätze und schlug vor, dass sich der SPD-Ortsverein im Laufe der nächsten Monate aktiv in die Programmdiskussion einmischen solle.

Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm wies darauf hin, dass ein außerordentlicher Bundesparteitag im Herbst nächsten Jahres das neue Grundsatzprogramm der SPD endgültig verabschieden werde.

Wie Harald Kraus erläuterte, zieht sich wie ein roter Faden der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert durch den Programmentwurf des SPD-Parteivorstandes. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität seien Werte, an denen sich das SPD-Programm und die praktische Politik der Partei in der Zukunft in besonderer Weise orientieren müsse. Aber nicht nur Schlagworte sollten das Programm auszeichnen, sondern eine neue Philosophie, die bei den Bürgerinnen und Bürgern positiv aufgenommen wird und überzeugend Vertrauen schaffen kann.

Der Programmentwurf beschreibt die gegenwärtigen Risiken in der globalen Politik, zum Beispiel in der Energiesicherheit, den globalen Ressourcenverbrauch und die extensive Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln. Deshalb sei die Sicherung des Weltfriedens auch nach dem Ende des Kalten Krieges ein erstrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik.

Die Globalisierung, so berichtete Harald Kraus weiter, bedeutet nach dem Entwurf der Parteispitze zwar, dass mehr Chancen für Entwicklungsregionen entstünden, mache aber gleichzeitig unbedingt notwendig, dass auch klare Spielregeln für die entwickelten Länder und die global agierenden Unternehmen festgelegt und kontrolliert werden müssten.

Nach Auffassung der SPD-Führung müssten neue Formen der Staatlichkeit auf europäischer und internationaler Ebene ermöglicht werden, auch, um den internationalen Kapitalismus in einen neuen Ordnungsrahmen einzubinden.

„Wohlstand und Beschäftigung bleiben zentrale Ziele sozialdemokratischer Politik“, zitierte Kraus aus den Leitsätzen zum neuen Grundsatzprogramm und wies auf den im Gang befindlichen Umbruch von einer Industrie- zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft hin. Die heimische Wirtschaft werde aber auch weiterhin auf eine starke industrielle Basis angewiesen sein, die aber nicht mehr nach den bisherigen Mustern funktionieren könne. Im Programmentwurf, so Kraus weiter, werde deshalb angesprochen, dass „immer mehr Menschen damit beschäftigt sind, Informationen und Wissen zu verarbeiten, dagegen die Betriebe immer kleiner, die Bindungen an die bisherigen Standorte immer schwächer und die internationale Verflechtung immer stärker“ werde.

Ein weiterer Abschnitt des Programms wird sich mit der Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft beschäftigten und versuchen, Lösungsansätze aufzuzeigen. Ebenfalls betont wird in dem SPD-Papier, dass die „soziale Teilhabe“ in der Gesellschaft gewährleistet werden müsse. „Wer einer vollen Erwerbsarbeit nachgeht, muss von seinem Einkommen den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können“, zitierte Kraus einen weiteren Kernsatz der aus den Thesen des Parteivorstands. Ortsvorsitzender Hartmut Komm ergänzte an dieser Stelle, dass die großen sozialen Risiken solidarisch abgesichert werden müssten.

Die SPD-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann fügte hinzu, dass die Chance zur Teilhabe durch Bildung nicht von der sozialen oder ethnischen Herkunft oder vom Geschlecht abhängig sein dürfe. Für den Bildungsbereich müssten die vier Prinzipien Ganzheitlichkeit, Chancengleichheit, Durchlässigkeit und Qualität gelten.

Schließlich wurde das Kapitel „Eine neue Soziale Übereinkunft“ aus den Programmleitsätzen angesprochen. Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen brauche eine Verständigung darüber, wie sie unterschiedliche Interessen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Generationen in Einklang bringen könne. „Dazu gehört auch, dass das neue Europa politisch gestärkt und sozial gestaltet, die soziale Marktwirtschaft erneuert und der vorsorgende Sozialstaat als neues Leitbild etabliert wird“, erwähnte Kraus weiter aus dem Diskussionspapier, das der neue Parteivorsitzende Kurt Beck vor einigen Tagen vorgestellt hatte.

„Wir verstehen uns als linke Volkspartei, weil wir die gesellschaftliche Vielfalt auf Basis unserer Grundwerte integrieren und bündeln wollen“, sagte Ortsvorsitzender Komm zum Abschluss einer lebhaften Diskussion.

Die Einheit ihrer Grundwerte unterscheide die SPD von anderen Parteien, betonte der

Eislinger SPD-Chef und forderte seine Parteifreunde zur intensiven Mitarbeit bei der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm auf.

Diese aktive Beteiligung soll auch im Rahmen eines Projekts unterstützt und gefördert werden, das der SPD-Kreisverband Göppingen in dieser Woche verabschieden wird: „1000 Tage bis zur nächsten Wahl“ will die Voraussetzungen für bessere Wahlergebnisse schaffen.



Abbildung 73 - B10 neu im Juni 2006

Donnerstag, 27. Juli 2006

GRUNDSATZPROGRAMM DISKUTIERT

Trotz hochsommerlicher Temperaturen kamen zahlreiche SPD-Mitglieder ins Krummwäldener Dorfgemeinschaftshaus, um über das von der SPD geplante neue Grundsatzprogramm zu diskutieren. Der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm - gerade in den Gemeinderat der Stadt Eislingen nachgerückt - freute sich über den Besuch und verwöhnte seine Gäste mit einem Vesper aus heimischer Produktion.

Die Leitsätze des neuen Parteiprogramms wurden von Harald Kraus vorgestellt. Eine rege Diskussion erbrachte zahlreiche Vorschläge, die der Ortsverein in nächster Zeit konkretisieren und in einem Antrag zum Bundesparteitag im Herbst 2007 zusammenfassen will.

Nach Ansicht der Eislinger Sozialdemokraten muss das neue SPD-Grundsatzprogramm eine konkrete Aussage zum Thema Mindestlohn enthalten. „Ein Arbeitseinkommen muss ein angemessenes Leben ermöglichen“, bekräftigte Waldemar Berg die Zielsetzung. Hartmut Komm schloss sich mit der Auffassung an, dass die Politik konkret Arbeitsplätze schaffen könne, zum Beispiel im Öffentlichen Dienst und im Pflegebereich. In dem Programm müsse aber definiert werden, wo genau neue Arbeitsplätze entstehen könnten

Uli Weidmann betonte, dass die Weiterqualifizierung der Arbeitnehmer ein unverzichtbares Element künftiger Politik werden müsse. Die Qualifikation in Kernkompetenzen entscheide über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ihrer Arbeitnehmer. Dr. Heide Kottmann will im Programm fixiert wissen, dass die Chancen für weniger Qualifizierte durch gezielte Fördermaßnahmen verbessert werden müssten.

Konrad Dießenbacher sprach sich für eine weitere Reform der Unternehmenssteuern aus und verlangte, dass jedes Unternehmen Steuern zahlen müsse. Die Schlupflöcher müssten gestopft werden. „Gegen den Missbrauch von Leistungserbringern im Gesundheitswesen muss entschieden vorgegangen werden“, sagte er ferner. Mehrere Diskutanten forderten mehr Transparenz im Gesundheitswesen, zum Beispiel durch Aushändigung von Arztabrechnungen, mit Hilfe derer überprüft werden könnte, ob die erbrachten Leistungen korrekt abgerechnet würden.

Am Beispiel des geplanten zentralen Beitragseinzugs für die Krankenversicherung wurde aufgezeigt, dass die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste von annähernd 30.000 Beschäftigten nicht einfach ignoriert werden dürften, sondern deren soziale Absicherung Gegenstand eines neuen Konzepts werden müsste.

Dass in den vom Parteivorstand vorgelegten Leitsätzen keinerlei umweltpolitische Positionen beschrieben sind, beanstandete Uli Weidmann und votierte dafür, hier den Grünen nicht das Feld zu überlassen. Schließlich sei mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie der wichtigste umweltpolitische Meilenstein maßgebend von der SPD gestaltet worden.

Hartmut Komm meinte, dass bei der Gesetzgebung zwar der Datenschutz immer berücksichtigt werden muss, aber gleichzeitig das Augenmaß eingehalten werden solle. Vor dem Hintergrund des aktuellen Kabinettsbeschlusses wurde auch die Reform der Erbschaftssteuer angesprochen und verlangt, dass Unternehmer sich durch Auslandsflucht keinesfalls der Zahlung von Erbschaftssteuern entziehen dürften.

Auch die Abschreibung von Auslandsinvestitionen im Inland muss nach Vorstellung der Eislinger Sozialdemokraten beseitigt werden. Stadtrat Peter Ritz setzte sich für die Erhaltung der Gewerbesteuer ein, da sie ein zentrales Finanzierungsinstrument der Kommunen darstelle.

Breiten Raum nahm die Frage ein, ob es sinnvoll ist, staatliche Dienstleistungen zu privatisieren. Dies wurde grundsätzlich abgelehnt, insbesondere die Wasserversorgung, aber zum Beispiel auch der Strafvollzug dürfe keinesfalls privatwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen werden. „Was gesellschaftlich notwendig ist, muss der Staat selbst organisieren“, bekräftigte Leni Breymaier.

Auf das noch immer nicht zufriedenstellend gelöste Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wies die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann hin und erwartet im SPD-Programm dazu konkrete Aussagen. Mehr Solidarität mit den Entwicklungsländern hielt Peter Ritz für erforderlich. Mehr Bürgerbeteiligung durch Befragungen und Bürgerentscheide soll im Grundsatzprogramm nach Eislinger Ansicht ebenfalls verankert werden

Weitere Forderungen für die Programmdiskussion waren die Erhaltung der öffentlich-rechtlichen Medien und die Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften und der SPD.

Die gemachten Vorschläge werden in den nächsten Wochen mit den Leitsätzen des Parteivorstandes nochmals im Detail abgeglichen und schließlich in einen Antragstext umgesetzt.

Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass auch weitere Parteiveranstaltungen in Krummwälden zu einer erhöhten Akzeptanz sozialdemokratischer Politik führen.

Mittwoch, 2. August 2006

BIRZELE WIRD EHRENMITGLIED

Der langjährige Landtagsabgeordnete der SPD, Frieder Birzele, Göppingen, ist durch den Kreisvorstand der Sozialdemokraten in deren jüngster Sitzung in Salach zu dessen Ehrenmitglied ernannt worden. Die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann, Eislingen, überreichte dem Ex-Parlamentarier die Ernennungsurkunde. Birzele habe, so Kottmann, die SPD über 30 Jahre hinweg im Landkreis Göppingen überzeugend repräsentiert und vertreten. Der Kreisvorstand wolle auch in Zukunft nicht auf seinen Rat verzichten. Der frühere Innenminister und Vizepräsident des Landtages versprach, den Kontakt zur Kreis-SPD aufrecht zu erhalten.

Freitag, 4. August 2006

KRITIK AN GESUNDHEITSREFORM

Mit den von der Großen Koalition in Berlin verabschiedeten "Eckpunkten zur Gesundheitsreform" setzte sich die Regionalrätin und stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier beim Roten Treff der Eislinger SPD auseinander. Sie zog das Resümee: „Besser keine Reform als eine solche!". Außer Frage stand für sie aber, dass bei der Qualität und der Wirtschaftlichkeit sowie in Finanzierungsfragen im Gesundheitswesen Reformbedarf vorhanden ist.

Breymaier stellte eingangs fest, dass die paritätische und solidarische Finanzierung der Krankenversicherung erhalten und ausgebaut werden müsse. Das Kernproblem sei, daß die Einnahmebasis immer weiter schmelze, weil die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit Jahren dramatisch wegbreche. „Um das Gesundheitswesen auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen, muss die solidarische Finanzierung ausgeweitet und die Private Krankenversicherung in einen Finanzausgleich mit der Gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden", sagte die Gewerkschafterin. Ein solcher Finanzausgleich müsse die sehr unterschiedlichen Risikostrukturen der Krankenkassen berücksichtigen. Ferner sei es erforderlich, die Qualität der Versorgung zu verbessern sowie die Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu erhöhen.

„Bei einer Modernisierung der Strukturen und der Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung kommt es besonders darauf an, den Versicherten mehr Transparenz über Versicherungsschutz und Leistungen zu verschaffen", betonte Leni Breymaier. Mit den von der Koalition vorgelegten Eckpunkten würden die zentralen Probleme des Gesundheitswesens nicht wirklich gelöst. Eine Stärkung der Finanzierungsgrundlagen werde nicht erreicht sondern vielmehr in Frage gestellt.

„Verlierer diese Gesundheitsreform, wird sie Gesetz, sind die Versicherten, Gewinner die Arbeitgeber, die private Versicherungswirtschaft und die Ärzte", lautete die Schlussfolgerung Breymaiers aus ihrer Analyse des Koalitionspapiers. Die Ungleichbehandlung gesetzlich und privat Versicherter werde nicht aufgehoben und die Ausgabensteigerungen einseitig auf die Versicherten abgewälzt. Für das Jahr 2007 stünde zudem eine Anhebung der Beiträge ins Haus, die, so Breymaier, „durch eine verlässliche Politik hätte vermieden werden können."

Statt die Finanzierungsgrundlagen zu verbreitern, worunter Breymaier den Wegfall der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze versteht, sollen der Gesetzlichen Krankenversicherung in hohem Maße Steuermittel entzogen werden. Sie befürchtet, dass der Druck auf den Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte zunimmt und die geplanten Wahltarife in Kombination mit Kostenerstattung und Selbstbehalten ein Einfallstor für private Zusatzversicherungen darstellen. Insbesondere kranke und ältere Versicherte hätten dann das Nachsehen, weil sie nur zu stark erhöhten Tarifen in die privaten Zusatzversicherungen aufgenommen würden.

Kritik übte Breymaier auch an dem Vorhaben, die Arbeitgeber künftig nicht mehr an den Ausgabensteigerungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu beteiligen. „Der Arbeitgeberbeitrag soll de facto eingefroren werden", sagte Breymaier. Die private Versicherungswirtschaft könne sich hingegen freuen, weil ihr Geschäftsmodell in der bisherigen Form erhalten bleibe. Die niedergelassenen Ärzte hätten bei Umsetzung der Eckpunkte den Vorteil, dass ihre Budgets angehoben werden und sie die Möglichkeit erhielten, künftig für bestimmte Behandlungen Zuschläge zu erheben.

Breymaier, stellvertretende Landesvorsitzende des DGB Baden-Württemberg, forderte die Große Koalition zum Verzicht auf die Einführung des Gesundheitsfonds, den sie als „kompletten Unsinn“ bezeichnete, auf. Dieser sei untauglich für die Lösung der Finanzprobleme des Gesundheitswesens und schaffe mehr Probleme als er lösen könne. Er stärke insbesondere die Einnahmebasis nicht.

„Diesen Gesundheitsfonds braucht kein Mensch“, kritisierte die SPD-Regionalrätin das Berliner Vorhaben. Einen Zusatzbeitrag für die Versicherten lehnte sie entschieden ab, weil er einen weiteren Schritt in Richtung Privatisierung der Gesundheitsrisiken sei. „Der DGB fordert eine angemessene Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen, auf die man sich verlassen kann“, betonte Breymaier. Sie werde sich weiterhin für eine wirkliche Bürgerversicherung einsetzen, die nicht – wie die Eckpunkte – alles verwässere und verschleiere.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde die Meinung vertreten, dass die deutsche Sozialversicherung nicht an zu hohen Ausgaben, sondern an zu niedrigen Einnahmen leide. Private Versicherungsunternehmen, so die Kritik, redeten die gesetzliche Rente kaputt und würden von manchem Wissenschaftler unterstützt. Dabei stünden ausschließlich deren privatwirtschaftliche Interessen und kein solidarischer Gedanke im Hintergrund. Dass die Reform die paritätische, das heißt gemeinsame und gleichberechtigte Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aufheben und den Arbeitgebern einen Vorteil von 0,9 Prozentpunkten verschaffen will, stieß auf herbe Kritik.

In der Einführung des Gesundheitsfonds mit zentralem Beitragseinzug liege kein Bürokratieabbau sondern das Gegenteil, da die Krankenkasse parallel dazu wegen des Einzugs der „kleinen Kopfpauschale“ bzw. der Auszahlung von Überschüssen weiterhin einen entsprechenden Apparat vorhalten müssten. „Das ist offensichtlich nicht wirklich zu Ende gedacht worden“, meinte Breymaier.

Dienstag, 15. August 2006

DER BART IST AB

Ganz Eislingen hat mitgeholfen, Unterschriften für das Bleibe- und Arbeitsrecht der Familie Alemu zu sammeln. Gastwirt Kottmann von Eislinger Schönblick kämpfte um seinen langjährigen Mitarbeiter. Die AWO ermöglichte Girma Alemu in der Zwangspause die Teilnahme an einem Deutschkurs. Eislingen-Online unterstützte mit Downloads und Spendensammeln diese Aktion, Zeitungen und Fernsehen berichteten von diesem Fall...



..und Peter Ritz legte ein Gelübte ab, bis zur Erteilung der Arbeitserlaubnis kommt kein Rasiermesser in die Nähe meines Gesichts. Jetzt ist für viele der Traum eines original Eislinger Weihnachtsmann mit echtem weissen Bart ausgeträumt. Aber sicherlich besser so, Girma Alemu kann die verweiste Arbeitsstelle im Restaurant Schönblick endlich dank der vom Regierungspräsidium erteilten Arbeitserlaubnis wieder aufnehmen und wird nicht mehr auf Sozialhilfeleistungen (notge-

drungen) angewiesen sein. Jetzt stellt sich nur die Frage, ist uns Peter Ritz mit oder ohne Bart lieber?



Abbildung 74 - Im August 2006 war der Bart ab

Freitag, 4. August 2006

ZENTRALE PROBLEME NICHT GELÖST

Mit den von der Großen Koalition in Berlin verabschiedeten "Eckpunkten zur Gesundheitsreform" setzte sich die Regionalrätin und stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier beim Roten Treff der Eislinger SPD auseinander. Sie zog das Resümee: „Besser keine Reform als eine solche!". Außer Frage stand für sie aber, dass bei der Qualität und der Wirtschaftlichkeit sowie in Finanzierungsfragen im Gesundheitswesen Reformbedarf vorhanden ist.

Breymaier stellte eingangs fest, dass die paritätische und solidarische Finanzierung der Krankenversicherung erhalten und ausgebaut werden müsse. Das Kernproblem sei, daß die Einnahmebasis immer weiter abschmelze, weil die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit Jahren dramatisch wegbreche. „Um das Gesundheitswesen auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen, muss die solidarische Finanzierung ausgeweitet und die Private Krankenversicherung in einen Finanzausgleich mit der Gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden", sagte die Gewerkschafterin. Ein solcher Finanzausgleich müsse die sehr verschiedenen Risikostrukturen der Krankenkassen berücksichtigen. Ferner sei es erforderlich, die Qualität der Versorgung zu verbessern sowie die Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu erhöhen.

„Bei einer Modernisierung der Strukturen und der Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung kommt es besonders darauf an, den Versicherten mehr Transparenz über Versicherungsschutz und Leistungen zu verschaffen", betonte Leni Breymaier. Mit den von der Koalition vorgelegten Eckpunkten würden die zentralen Probleme des Gesundheitswesens nicht wirklich gelöst. Eine Stärkung der Finanzierungsgrundlagen werde nicht erreicht sondern viel-mehr in Frage gestellt.

„Verlierer dieser Gesundheitsreform, wird sie Gesetz, sind die Versicherten, Gewinner die Arbeitgeber, die private Versicherungswirtschaft und die Ärzte", lautete die Schlussfolgerung Breymaiers aus ihrer Analyse des Koalitionspapiers. Die Ungleichbehandlung gesetzlich und privat Versicherter werde nicht aufgehoben und die Ausgabensteigerungen einseitig auf die Versicherten abgewälzt. Für das Jahr 2007 stünde zudem eine Anhebung der Beiträge ins Haus, die, so Breymaier, „durch eine verlässliche Politik hätte vermieden werden können."

Statt die Finanzierungsgrundlagen zu verbreitern, worunter Breymaier den Wegfall der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze versteht, sollen der Gesetzlichen Krankenversicherung in hohem Maße Steuermittel entzogen werden. Sie befürchtet, dass der Druck auf den Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte zunimmt und die geplanten Wahltarife in Kombination mit Kostenerstattung und Selbstbehalten ein Einfallstor für private Zusatzversicherungen darstellen. Insbesondere kranke und ältere Versicherte hät-

ten dann das Nachsehen, weil sie nur zu stark erhöhten Tarifen in die privaten Zusatzversicherungen aufgenommen würden.

Kritik übte Breymaier auch an dem Vorhaben, die Arbeitgeber künftig nicht mehr an den Ausgabensteigerungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu beteiligen. „Der Arbeitgeberbeitrag soll de facto eingefroren werden“, sagte Breymaier. Die private Versicherungswirtschaft könne sich hingegen freuen, weil ihr Geschäftsmodell in der bisherigen Form erhalten bleibe. Die niedergelassenen Ärzte hätten bei Umsetzung der Eckpunkte den Vorteil, dass ihre Budgets angehoben werden und sie die Möglichkeit erhielten, künftig für bestimmte Behandlungen Zuschläge zu erheben.

Breymaier, stellvertretende Landesvorsitzende des DGB Baden-Württemberg, forderte die Große Koalition zum Verzicht auf die Einführung des Gesundheitsfonds, den sie als „kompletten Unsinn“ bezeichnete, auf. Dieser sei untauglich für die Lösung der Finanzprobleme des Gesundheitswesens und schaffe mehr Probleme als er lösen könne. Er stärke insbesondere die Einnahmebasis nicht.



Abbildung 75 - Leni Breymaier bei Demo in Göppingen

„Diesen Gesundheitsfonds braucht kein Mensch“, kritisierte die SPD-Regionalrätin das Berliner Vorhaben. Einen Zusatzbeitrag für die Versicherten lehnte sie entschieden ab, weil er einen weiteren Schritt in Richtung Privatisierung der Gesundheitsrisiken sei. „Der DGB fordert eine angemessene Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen, auf die man sich verlassen kann“, betonte Breymaier. Sie werde sich weiterhin für eine wirkliche Bürgerversicherung einsetzen, die nicht – wie die Eckpunkte – alles verwässere und verschleiere.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde die Meinung vertreten, dass die deutsche Sozialversicherung nicht an zu hohen Ausgaben, sondern an zu niedrigen Einnahmen leide. Private Versicherungsunternehmen, so die Kritik, redeten die gesetzliche Rente kaputt und würden von manchem Wissenschaftler unterstützt. Dabei stünden ausschließlich deren privatwirtschaftliche Interessen und kein solidarischer Gedanke im Hintergrund. Dass die Reform die paritätische, das heißt gemeinsame und gleichberechtigte Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aufheben und den Arbeitgebern einen Vorteil von 0,9 Prozentpunkten verschaffen will, stieß auf herbe Kritik.

In der Einführung des Gesundheitsfonds mit zentralem Beitragseinzug liege kein Bürokratieabbau sondern das Gegenteil, da die Krankenkassen parallel dazu wegen des Einzugs der „kleinen Kopfpauschale“ bzw. der Auszahlung von Überschüssen weiterhin einen entsprechenden Apparat vorhalten müssten. „Das ist offensichtlich nicht wirklich zu Ende gedacht worden“, meinte Breymaier.

Freitag, 8. September 2006

„1000 TAGE – DAS PROJEKT“

Beim „Roten Treff“ der Eislinger SPD hat die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann das Konzept des Kreisverbandes für das Projekt „1000 Tage für morgen“ vorgestellt. Aus dem schlechten Abschneiden bei den vergangenen Wahlen sollen die Konsequenzen gezogen und

mit neuen Ideen und Methoden die Ausgangslage für künftige Wahlen erheblich verbessert werden. Dazu bedient sich die SPD erstmals in großem Umfang der Methode der Projektarbeit, in die zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokraten einbezogen werden. Anfang Oktober soll der Entwurf des auf 3 Jahre angelegten Projekts in einer Kreiskonferenz abschließend diskutiert und zur Umsetzung in Auftrag gegeben wird

Heide Kottmann berichtete, dass bereits die ersten Erfahrungen aus einem Workshop, der Ende Juni stattfand, gezeigt hätten, dass ein erheblicher Handlungsbedarf vorhanden sei. Die SPD im Kreis wolle aufgrund der wenig zufriedenstellenden Wahlergebnisse nicht resignieren, sondern daraus konkrete Lehren ziehen und mit einem schlüssigen Konzept an die kommenden Herausforderungen herangehen. Die bereits gebildeten sieben Projektgruppen hätten ihre Arbeit aufgenommen und schon Teilergebnisse erarbeitet.

„Wir freuen uns über die im Rahmen dieser Initiative feststellbare Begeisterung und das große Engagement vieler Mitglieder“, erklärte Kottmann. Insbesondere um die so-genannten „weißen Flecken“ wollen sich die Sozialdemokraten in den nächsten Jahren bemühen, das heißt, um die Gemeinden ohne SPD-Mandatsträger. Aber auch die vorhandenen Ortsvereine, deren Aktivitäten zu wünschen übrig ließen, sollen mit Unterstützung des Kreisverbandes neu aktiviert und im Rahmen des Projekts wieder „fit gemacht“ werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts solle, so Kottmann, auf der Gewinnung neuer, vor allem junger Mitglieder liegen. Wie andere Parteien leide auch die SPD an einer relativ starken Überalterung und benötige dringend mehr Nach-wuchs. Die gegenwärtige Politikverdrossenheit war folglich beim „Roten Treff“ ein zentrales Thema. Wie diese überwunden werden könnte, wurde heftig diskutiert, freilich, ohne das Patentrezept auf Anhieb zu finden.

„Jedenfalls müssen wir die von uns mit getragene Regierungspolitik besser und plausibler erklären“, sagte Heide Kottmann. „Die Bemühungen der Basis um mehr Akzeptanz und Einsicht in bestimmte politische Entscheidungen werde aber häufig durch zuvor von der Partei nicht diskutierte Vorschläge von Spitzenpolitikern massiv erschwert“, meinte Pressereferent Harald Kraus.

Beim „Roten Treff“ war ferner zu erfahren, dass die Eislinger SPD in ihrer nächsten Mitgliederversammlung ihre Vorschläge zum neuen Grundsatzprogramm der SPD diskutieren und einen Antrag zum Bundesparteitag verabschieden wolle.

Donnerstag, 5. Oktober 2006

„BRAUCHEN WIR LIDL?“

Die SPD-Fraktion im Eislinger Gemeinderat befürchtet keine relevanten Nachteile für das seit Jahren gültige Innenstadt-Konzept, wenn der Lidl-Discountmarkt an der Salacher Straße seinen Standort cirka 300 Meter weiter östlich bekäme. Dies erklärte der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz am Donnerstagabend beim „Roten Treff“ der Sozialdemokraten. Die ansonsten vorgebrachten Bedenken hält Ritz nicht für stichhaltig. Die Kritik, es wäre unwürdig, gegenüber dem Friedhof einen Discountmarkt zu platzieren, wies Ritz als „an den Haaren herbeigezogen“ zurück.

In seiner Einführung zum Thema „Einkaufen in Eislingen – brauchen wir Lidl?“ machte der SPD-Fraktionsvorsitzende deutlich, dass in den letzten Jahren eine massive Veränderung in der Struktur der Einkaufsmärkte stattgefunden habe. Dem müsse nun auch in Eislingen Tribut gezollt werden. „Natürlich wäre uns ein echter Innenstadt-Standort am liebsten, aber

dort sind die vom Unternehmen Lidl geforderten Flächen nicht machbar“, sagte Ritz und verschwieg nicht, in dieser Frage ziemlich „hin und her gerissen“ zu sein. Er hätte der ursprünglichen Planung, den bisherigen Standort von Lidl auszuweiten, gerne den Vorzug gegeben, dies sei jedoch an der Weigerung eines Grundstückseigentümers, zu verkaufen, gescheitert. „Nun müssen wir uns eben mit einem ‚innenstadtnahen Standort’ arrangieren“, betonte der Stadtrat. Er wies weiter darauf hin, dass die Stadt Eislingen das Unternehmen Lidl auf jeden Fall am Ort halten müsse, weil sonst ein Kaufkraftabfluss in die bestehenden Märkte in Salach und Göppingen zu befürchten sei. Ritz räumte aber ein, dass den Interessen der Anlieger im Kappellenweg umfassend Rechnung getragen werden müsse.

Der Chef des Edeka-Aktiv-Marktes, Gebauer, nahm aus seiner Sicht zur Planung Stellung und vertrat die Auffassung, dass eine Verlegung des Lidl-Marktes um 300 Meter nach Osten dazu führen würde, dass bisherige Käuferströme, die von Lidl in seinen Markt oder umgekehrt wechselten, versiegen könnten. Ein Umsatzverlust, den Experten bei dieser Konstellation bei cirka 10 Prozent ansiedelten, könne von seinem Supermarkt nicht verkraftet werden bzw. ziehe Personaleinschränkungen und einen verminderten Qualitätsstandard nach sich. Der Kostenvorteil, den die Discounter aufgrund ihres Konzepts ohnehin genössen, würde sich erheblich verstärken und damit die Konkurrenzfähigkeit der anderen Märkte empfindlich treffen. „Ein Discounter mit etwa 600 – 800 Artikeln hat von vorneherein gegenüber einem Vollsortimenter mit 12.000 Artikeln eine günstigere Ausgangslage, weil er mit erheblich weniger Personal operiert“, betonte der Unternehmer.

Er hätte auch gerne eine größere Verkaufsfläche, was aber an dem jetzigen Standort der Kaufstätte leider nicht möglich wäre. Wenn schon, dann solle Lidl aber möglichst nahe an seinem Markt ansässig sein, damit auch sein „für die Verbraucher unverzichtbares Angebot“ eine Chance behalte.

„Der Lidl-Markt soll doch nach Eislingen-Süd gehen“, forderte ein Diskutant und begründete dies mit der Marktanalyse, die schon vor Jahren eine Unterversorgung der Südstadt festgestellt habe. Als Fläche käme das nördlich der alten B 10 liegende Gelände der Firma Kaliko in Frage. Warum Lidl daran kein Interesse hat, war nicht zu erfahren.

Der Technische Beigeordnete der Stadt Eislingen, Schuster, erläuterte den Standpunkt und die Überlegungen der Stadtverwaltung. „Wir haben bisher unser vor Jahren beschlossenes Innenstadt-Konzept konsequent verfolgt“, sagte Schuster einleitend und wies darauf hin, dass in den Nachbargemeinden Göppingen und Salach in dieser Zeit neue Märkte entstanden sind, die Kaufkraft aus Eislingen abzögen. Deshalb müsse das Interesse der Stadt sein, vorhandene Märkte am Ort zu halten und ihnen eine realistische Zukunftschance einzuräumen.

„Da in der Innenstadt ein Discounter nicht unterzubringen ist, haben wir uns mit der Alternative Sihler-Gelände befasst und sind zu dem Ergebnis gelangt, dass dies machbar ist“, erläuterte Schuster die städtische Strategie. Da die Firma Lidl die in Diskussion befindlichen Auflagen auch akzeptiert habe, sehe er, so Schuster, keine unüberwindlichen Hindernisse, die Verlegung um 300 Meter weiter östlich zu ermöglichen. Negative Auswirkungen auf den REWE-Markt (früher Minimal) ím Ösch oder auf die Kaufstätte seien nicht zu befürchten. Eine Ablehnung des Antrags würde erneut zu einem unvertretbaren Kaufkraftabfluss aus Eislingen führen. „Diese verhängnisvolle Entwicklung wollen wir aufhalten“, betonte der Beigeordnete. „Wir brauchen in Eislingen sowohl Discounter als auch Vollsortimenter“,

fügte er in Replik auf Gebauers Ausführungen hinzu.

Eine „Politik mit dem Einkaufskorb“ forderte die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier. Wer wolle, dass in der Innenstadt ein umfassendes, breites Angebot existiere, der dürfe nicht reklamieren, aber selbst an der Peripherie oder außerorts einkaufen. Schon jetzt könne in der Eislinger Innenstadt „nicht mehr alles“ eingekauft werden; diese Entwicklung werde mit der privilegierten Förderung von Discount- und Großmärkten noch verstärkt. „Das kann nicht im wirklichen Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher liegen“, sagte Breymaier. Sie prangerte bei dieser Gelegenheit das „unsoziale und häufig skandalöse Verhalten des Lidl-Konzerns gegenüber seinen Arbeitnehmern“ an und schreckte auch nicht vor der Aussage zurück: „Lidl beutet sein Personal und seine Zulieferer gnadenlos aus!“

Der „Geiz-ist-geil-Mentalität“ müsse im übergeordneten Interesse massiv entgegen getreten werden. Desweiteren sprach sich Breymaier für ein „fußläufiges Angebot“ in der Innenstadt aus, das auch mobilitätseingeschränkten Menschen die Möglichkeit zum Einkauf des täglichen Bedarfs lasse.

Dienstag, 17. Oktober 2006

VERABSCHIEDETE VORSCHLÄGE

Der SPD-Ortsverein Eislingen hat in einer Mitgliederversammlung am Montagabend in der ASV-Gaststätte seine Vorschläge für das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten einstimmig verabschiedet und an die Programmkommission des Parteivorstandes eingereicht. Über die endgültige Fassung des Papiers wird ein Bundesparteitag der SPD im Herbst nächsten Jahres entscheiden. Mehr Steuergerechtigkeit und die Beseitigung von Steuerschlupflöchern sowie die Forderung, keine weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorzunehmen, gehören zu den Hauptthemen im Eislinger Antrag.

Der SPD-Ortsverein folgte einer Aufforderung des Parteivorsitzenden Kurt Beck, der im April Leitsätze zum neuen Grundsatzprogramm vorgelegt hatte. Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm betonte eingangs, dass auf die Herausforderungen der Zukunft zeitgemäße Antworten gefunden werden und die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden müssten. Der Ortsverein Eislingen mische sich gezielt in die öffentliche Debatte ein und leiste mit dem zur Abstimmung vorgelegten Antrag einen inhaltlichen Beitrag.

Zum Abschnitt „Faire Globalisierung“ wollen die Eislinger Sozialdemokraten eine präzisere Standortbestimmung erreichen und haben deshalb gefordert, dass die Globalisierungspolitik auch eine soziale Komponente erhalten müsse. Auch den Menschen in den Entwicklungsländern müsse „ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und neue Perspektiven eröffnet werden“.

Gleiche Bildungschancen sieht die Eislinger SPD nur dann als verwirklicht an, wenn die Chancen für geringer Qualifizierte durch gezielte Förderungsmaßnahmen verbessert werden. „Unsere Zukunftsfähigkeit muss durch ein an die künftigen Bedürfnisse angepasstes Weiterqualifizierungsangebot gesichert werden“, sagte die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann.

Der Leiter der Projektgruppe „Grundsatzprogramm“ des Kreisverbandes Göppingen, Sascha Binder, Geislingen, berichtete über die bisherige Arbeit seines Teams und kündigte für den 7. Dezember eine Kreiskonferenz an, in der die Vorschläge aus seiner Arbeitsgruppe zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt

werden. Er wies darauf hin, dass die Leitsätze des Parteivorstandes bisher keine Aussage zu notwendigen Erleichterungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide enthalte und dass auch eine Aussage darüber fehle, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten auch künftig unbedingt erhalten werden müssten.

Besonderen Wert legen die Eislinger Sozialdemokraten darauf, dass im Grundsatzprogramm klare Aussagen zur Steuerpolitik verankert werden, die über die angekündigten Änderungen in der Unternehmenssteuerreform hinausreichen müssten. In dem Papier heißt es dazu: „Finanzpolitik muss Prioritäten setzen. Interessen einzelner Lobbygruppen dürfen sich nicht gegen das Gemeininteresse an soliden Staatsfinanzen durchsetzen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache“.

Die Eislinger SPD fordert die programmatische Zielsetzung, Steuerschlupflöcher zu beseitigen, insbesondere auch bei der Erbschaftssteuer. Die Möglichkeit, sich durch Auslandsflucht der Steuerpflicht zu entziehen oder Auslandsinvestitionen im Inland abzuschreiben, müsse unterbunden werden. Zum Komplex „Vorsorgender Sozialstaat“ erhob die Eislinger SPD die Forderung, die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln und die Transparenz von Leistungen des Gesundheitswesens herzustellen und Missbrauch vorzubeugen.

Aber auch zu einigen parteiinternen Problemstellungen nahm die Eislinger SPD in ihrem Antrag Stellung. So schrieb sie der Parteiführung ins Stammbuch, dass diese vor richtungsweisenden Entscheidungen weit mehr als bisher die Mitgliedschaft aktiv einbeziehen und Parteitagsbeschlüsse respektieren müsse. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften müsse neu definiert und inhaltlich abgeglichen werden.

Freitag, 3. November 2006

„INNERE STADT 2030“ DISKUTIERT

Die Eislinger SPD findet, dass die von der Stadtverwaltung vorgelegte städtebauliche Rahmenplanung „Innere Stadt 2030“ eine gute Grundlage für eine rege Diskussion in der Bürgerschaft darstellt. Dies war das Ergebnis einer Diskussion, die auf einen Vortrag des Technischen Beigeordneten Thomas Schuster beim „Roten Treff“ am Donnerstagabend im „Grünen Baum“ folgte. Es wurde als notwendig und richtig bezeichnet, dass ein langfristiges Konzept zur Entwicklung einer „neuen Mitte“ in Eislingen aufgelegt worden sei, das vor allem das trennende Element des Überführungsbauwerks über Bahn und Fils durch eine neue Unter-führung ersetzen wolle. „Auf diese Weise können wir dem Ziel, die Innenstadt attraktiver zu machen, ein großes Stück näher kommen“, sagte Schuster.

Anhand einer Planskizze erläuterte der Beigeordnete die bisherigen Vorstellungen der Stadtverwaltung und begründete sie mit zahlreichen Argumenten. Im Wettbewerb der Filstalgemeinden dürfe Eislingen nicht nachlassen, seine städtebauliche Attraktivität zu erhöhen. „Wir wollen eine attraktive innere Stadt entwickeln und wir müssen zu mehr Aufenthaltsqualität kommen“, erläuterte Thomas Schuster die im Gemeinderat diskutierte Konzeption, die als Zeitrahmen das Jahr 2030 anpeilt und im Kern zum Gegenstand hat, das jetzige Überführungsbauwerk über Bahn und Fils durch eine Unterführung abzu-

lösen.



Abbildung 76 - Thomas Schuster in Krummwälden



Abbildung 77 - Einweihung Kreisel Krummwälden

„Diese Überlegung bietet sich schon deshalb an, weil die Unterhalts- und Sanierungskosten für die gegenwärtige Überführung im Laufe der nächsten Jahre stark ansteigen werden“, sagte Schuster voraus und bezifferte die jetzt unabdingbaren ersten Sanierungsschritte für zwei der vier Fahrbahnen auf schätzungsweise jeweils 550.000 Euro. „Diesen Aufwand können wir guten Gewissens nicht über viele Jahre fortsetzen. Da rechnet sich letztlich langfristig der Neubau einer Unterführung. Zwar fehlt es dafür gegenwärtig an finanziellen Mitteln, doch ist eine Planung, die weit über den Tag hinaus reicht, im Interesse der Stadt verantwortbar und auch notwendig“, betonte der Technische Beigeordnete.

Es sei unbestritten, so Schuster, dass aus heutiger Sicht die Brücke über Bahn und Fils, die in den 70er Jahren gebaut worden ist, als „städtebauliche Hypothek“ gilt, deren Wunden in der nächsten Generation unbedingt wieder geheilt werden müssten. „Wir sind auf dem richtigen Weg, denn die Kreisverkehre und der Ausbau der Hauptstraße waren schon ein richtiger Quantensprung und ein städtebaulicher Gewinn“, resümierte Schuster die jüngste städtebauliche Entwicklung. Deshalb müsse diese Politik in der Südstadt und in dem Bereich zwischen Hirschkreuzung und Place d’ Oyonnax gezielt fortgesetzt und Schritt für Schritt hin zu einer neuen und attraktiven Mitte für Eislingen umgesetzt werden.

Die vorgelegte Rahmenplanung sehe vor, die Nord-Süd-Achse auf die historische Trasse mit einer Straße, die jeweils eine Fahrspur pro Richtung hat, zurück zu verlegen. Hierzu würde die Bahnlinie mit einem kleinen Unterführungsbauwerk unterquert. Die nach Abriss der heutigen Überführung gewonnenen Flächen sollten für attraktive Neubauten bzw. Grünflächen eingesetzt werden. Schließlich könne mit dem Schloss und in Verbindung mit dem geplanten neuen Rathaus sowie weiteren Neubauten eine für Eislingen ganz neue, bisher nicht vorhandene städtebauliche Prägung erreicht werden.

Die Rahmenplanung der Stadt sieht auch eine Neugestaltung des Geländes rund um die Lutherkirche vor, die in Angriff genommen werden könne, wenn die B 10 alt rückgebaut sei, berichtete Schuster. Dort bestünde die Chance, attraktive und innenstadtnahe Wohnungen und Geschäfte anzubieten und somit eine weitere Klammer zwischen den historisch getrennten Stadtbezirken herzustellen.

Etwaige Bedenken, dass eine Reduzierung der Fahrspuren zwischen der Hirschkreuzung und dem Place d’ Oyonnax zu einem Verkehrskollaps führen könne, entkräftete Schuster mit dem Argument, dass die West- und Osttangente - der Bau letzterer ist abzusehen - um-

fangreich bisherigen Verkehr absorbieren könnten und die Chance böten, entsprechende Anschlüsse von Osten her für die Gewerbebetriebe, wie Holz-Koch und Zeller & Gmelin zu schaffen und somit den Innenstadtbereich insbesondere vom Schwerverkehr zu entlasten. Auch ein Durchstich der Schillerstraße, so SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Ritz, könnte den Schwerlastverkehr zur Firma Scheller aus der Innenstadt heraus halten. Schuster schätzt, dass die neue Unterführung täglich noch von cirka 12 – 14 Tausend Fahrzeugen befahren werden würde, was eine Reduzierung der Fahrbahnen ermögliche.

Die angedachte Unterführung soll eine Durchfahrtshöhe von 3,70 bis 4 Meter erhalten, sodass der Busverkehr problemlos passieren könnte, erläuterte Schuster weitere Details der gemachten Überlegungen. Die Zufahrtsrampen in den Unterführungstrog müssten voraussichtlich eine Steigung bzw. ein Gefälle von ca. 9 – 10 Prozent erhalten, was ohne weiteres machbar und vertretbar sei. Schuster illustrierte die Rahmenplanung mit dem weiteren Gedanken, vor dem Schloss zum Beispiel einen Renaissance-Garten anzulegen und damit dem historischen Bauwerk den ihm gebührenden Stellenwert zu geben.

„Alles in allem erfordert die Rahmenplanung von Stadt und Gemeinderat in den nächsten Jahren den Mut zu zukunftsgerichteten Entscheidungen, die die Aufenthaltsqualität und die Attraktivität unserer Stadt erhöhen“, fasste Schuster seine Überlegungen zusammen. Er erntete dafür viel Beifall und Zustimmung, sei doch damit, so die Stadträtin Dr. Heide Kottmann, eine Vision von der zukünftigen Entwicklung Eislingens erstellt worden. Die Sozialdemokraten waren sich mit Baudezernent Schuster einig, dass jetzt die Weichen für eine städtebauliche Zukunft Eislingens richtig gestellt werden müssen, damit das Konzept Zug um Zug in die Realität umgesetzt werden könne.

Eine alternative neue Trasse, die hinter dem Schloss vorbeiführen würde, bezeichnete Stadträtin Angela Schirling als nicht überzeugend, da dann sowohl die Sanierungs- als auch die Verkehrsprobleme be- oder entstehen würden. Peter Ritz begrüßte die Gedanken zur städtebaulichen Einbeziehung des Haug-Areals, trat aber dafür ein, dass dort künftig neben einem Restaurant und einem Hotel auch ein Museum seinen Platz finden könnte, in dem Exponate, die zur Zeit in der Saurier-Ausstellung zu sehen sind, dauerhaft ausgestellt werden sollten. Der SPD-Ortsvorsitzende, Stadtrat Hartmut Komm, kündigte an, dass sich der SPD-Ortsverein intensiv mit der Planung beschäftigen und sie konstruktiv begleiten wolle.

Sonntag, 26. November 2006

RIESTER UND DAS MACHBARE

Der Bundestagsabgeordnete Walter Riester (SPD) hat am Freitagabend in einer Versammlung des SPD-Kreisverban-des in Geislingen/Steige die von der Großen Koalition beschlossene Gesundheitsreform verteidigt und sie als dringend notwendige Modernisierung des Gesundheitswesens bezeichnet.

Er räumte ein, dass mit dem Gesetz nicht alle Probleme auf einen Schlag gelöst werden konnten, sondern ein Kompromiss zwischen den Positionen der Koalitionsparteien gefunden werden musste, der mehrheitsfähig sei. Beide Koalitionsparteien hätten ihre ursprünglichen Positionen nicht durchsetzen können, sondern sich auf das jetzt politisch Machbare verständigt.

Walter Riester, der frühere Arbeitsminister, machte in seinem Vortrag deutlich, dass mit der Reform das deutsche Gesundheitswesen

zukunftsweisend umgestaltet werde, insbesondere soweit es die Strukturen, die Organisation, die Finanzen und den Bereich der Privaten Krankenversicherung beträfe. Alle Maßnahmen hätten das Ziel, die Quailtät der Versorgung zu verbessern, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu erhöhen und durch mehr Wirtschaftlichkeit, Transparenz, Wettbewerb und Bürokratieabbau die Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung zu sichern.



Abbildung 78 - Walter Riester

Der SPD-Abgeordnete sagte, dass dies nach seiner Einschätzung allerdings nicht die letzte Reform im Gesundheitswesen gewesen sei, da die Sozialversicherung in Deutschland permanent an die jeweilige Entwicklung angepasst werden müsse. „Bisher ist das Gesundheitswesen, gemessen an seinen Leistungen, zu teuer“, betonte Riester und warb um Verständnis der Sozialdemokraten an der Basis dafür, dass es nicht in allen Punkten gelungen sei, die eigenen Zielsetzungen durchzusetzen. „In einer Koalition muss man für die Beschlüsse Mehrheiten beziehungs-weise Vereinbarungen mit dem Partner zustande bringen; das ist nun mal ohne Kompromisse nicht machbar“, sagte Riester.

Mit dem Gesetzesvorhaben werde die gesetzliche Krankenversicherung auf ein solides finanzielles Fundament gestellt, führte Riester im Weiteren aus und hob hervor, dass auch künftig Arbeitgeber und Arbeitnehmer anteilig einen festen, für allen Krankenkassen gleich hohen Beitragssatz in den Gesundheitsfonds einzahlen müssten, der zum 1. Januar 2009 eingeführt werde. Als Erfolg der sozialdemokratischen Seite bezeichnete der SPD-Politiker, dass die beitragsfreie Einbeziehung der Kinder in der Krankenversicherung nach den Plänen zunehmend durch Steuermittel gesamtgesellschaftlich aufgebracht werde, was zu mehr Solidarität und Generationengerechtigkeit führe.

„Alle Bürgerinnen und Bürger haben zukünftig die Möglichkeit, sich für den Krankheitsfall abzusichern. Damit könnten 300.000 Menschen wieder in die solidarische Krankenversicherung zurück geführt werden, die zurzeit ausgegrenzt seien. Der wichtige sozialdemokratische Grundsatz „Versicherungsschutz für alle“ werde damit wieder erreicht.

Die sogenannte Kopfprämie, wie sie sich die CDU vorgestellt habe, sei abgewehrt worden, so Riester, und der Einstieg in die Steuerfinanzierung werde mit einem Startvolumen von 1,5 Milliarden Euro ab 2008 vollzogen. Diese Summe steige ab 2009 auf 3 Milliarden Euro.

Die Finanzierung der Krankenversicherung wurde neu geordnet, indem jede Krankenkasse für jede Versicherte eine pauschale Zuweisung erhalte, die nach Alter, Geschlecht und bestimmten Krankheitsfaktoren der jeweiligen Versichertenstruktur modifiziert werde. Der ab 1. Januar 2009 gültige Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen werde an 50 – 80 Krankheiten orientiert, wenn die Leistungsausgaben einer Kasse 50 Prozent des Durchschnitts übersteige.

„Kommt eine Krankenkasse mit den zugewiesenen Mitteln nicht aus, kann sie von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag erheben, der ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens aber nicht übersteigen darf“, erläuterte Riester das neue Verfahren. Werde ein Zusatzbeitrag erhoben, müsse die jeweilige Kasse ihre Versicherten auf die Möglichkeit des Kassenwechsels ausdrücklich hinweisen.

„Auch in Zukunft wird jeder Versicherte die medizinische Versorgung erhalten, die er braucht“, machte Riester deutlich. Es gäbe künftig mehr Wahlmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Behandlungsmodellen und Tarifen, ohne dass dabei die Solidarität innerhalb der Versichertengemeinschaft in Frage gestellt werde. „Wo notwendig, werden die Leistungen ausgebaut“, kündigte der SPD-Parlamentarier an und wies in diesem Zusammenhang auf die bessere Gesundheitsvorsorge durch Impfungen sowie für die Mutter-Vater-Kind-Kuren und für Schwerstkranke hin. Auch die älteren und pflegebedürftigen Menschen sollen Anspruch auf Rehabilitation haben.

Riester befasste sich ferner mit den Beschlüssen, die zu mehr Wettbewerb unter den Leistungserbringern im Gesundheitswesen führen sollen. Dies gelte sowohl für Ärzte und Krankenkassen als auch für die Versorgung mit Arznei- und Hilfsmitteln. Ab 2009 werde eine neue Gebührenordnung eingeführt, die anstatt des bisherigen Punktsystems klar fixierte Geldbeträge enthalte, sodass jeder Arzt künftig wisse, was er für seine Leistungen bekomme. Das Risiko zunehmender Behandlungsbedürftigkeit trügen künftig die gesetzlichen Krankenkassen und nicht mehr die Ärzteschaft.

„Für die Private Krankenversicherung wird ein Basistarif eingeführt, der nach dem Eintrittsalter und Geschlecht differenzierte Beiträge zulässt“, betonte Riester eine weitere einschneidende Änderung. Die privaten Krankenkassen dürften sich nicht mehr wie bisher die für sie günstigen Risiken aussuchen und andere ablehnen. Darüber hinaus könnten die Versicherten fortan leichter zwischen den Versicherungsunternehmen wechseln, wobei die sogenannten Alters-Rückstellungen berücksichtigt werden müssten. Der Basistarif der privaten Kassen dürfe den Höchstbeitrag der gesetzlichen Kassen nicht überschreiten.

Der SPD-Abgeordnete ist überzeugt davon, dass die Reform auch zu erheblichem Bürokratieabbau führen könne, indem überflüssige Kontrollen abgebaut, teure Verbände der Krankenkassen abgeschafft, die Prüfverfahren entschlackt und vereinfacht sowie Verbands- und Organisationsstrukturen der modernen Zeit angepasst und verschlankt würden. Derzeit nicht Versicherte müssten, so Riester weiter, von ihrer früheren Krankenversicherung wieder aufgenommen werden.

Das Thema Gesundheitsfonds wurde von Riester ebenfalls behandelt. Er wies darauf hin, dass die ursprünglich vorgesehene Zentralisierung des Beitragseinzugs letztlich verworfen worden sei und die Krankenkassen dafür zuständig blieben. Er hegte aber große Zweifel daran, ob die Argumente der Gegner dieses Verfahrens tatsächlich schlüssig gewesen seien. „Die Praxis wird zeigen, ob das jetzt vereinbarte Verfahren mittel- und langfristig beibehalten werden kann“, meinte Riester. Andererseits sei es der SPD gelungen, die Kopfprämie zu verhindern.

„Es wird sich dennoch vieles positiv verändern“, fasste Riester in seinem Resümee seine Einschätzung zusammen, räumte aber ein, dass diese Reform aufgrund früherer Erfahrungen mit Sicherheit keine 15 Jahre halte, da das Sozialversicherungssystem immer wieder an die Entwicklung angepasst werden müsse.

„ich habe als Minister im Bereich der Rentenversicherung damit einschlägig Erfahrungen gemacht“, sagte Riester und prophezeite eine notwendige Weiterentwicklung. „Ob diese dann stärkere sozialdemokratische Werte und Zielsetzungen enthalte, hänge von der Mehrheitssituation nach der nächsten Wahl ab.

Freitag, 1. Dezember 2006

SPD BESUCHTE WALA IN BAD BOLL

Der geschäftsführende Kreisvorstand und Mitglieder der Projektgruppe Gesundheitspolitik der SPD führte am Donnerstagabend ein Fachgespräch mit Vertreterinnen der Firma WALA Heilmittel GmbH in Bad Boll-Eckwälden. Die aktuellen Probleme und Sorgen der Hersteller homöopathischer und anthroposophischer Arzneimittel standen dabei im Mittelpunkt.

Vor dem Europäischen Gerichtshof ist eine Klage der Firma WALA anhängig, mit der diese gegen die Beschränkungen und Verbote beim Verkauf ihrer Produkte in Holland ankämpft. Christa Hebisch erläuterte für die Firma WALA die Vorschläge des Kompetenzforums, einer Initiative der Pharmaunternehmen in Baden-Württemberg. Die SPD-Delegation sagte zu, ihre regionalen Abgeordneten und Experten auf das WALA-Anliegen aufmerksam zu machen und sich für eine faire Lösung einzusetzen.

Nach einem einführenden Filmvortrag über die Produktions-weise des Unternehmens konnten sich die SPD-Vorstandsmitglieder von Christa Hebisch und ihrer Kollegin Bahr umfassend über die gegenwärtigen Beschränkungen bei Zulassung und Erstattung der Kosten für die von der Branche hergestellten Naturheilmittel unterrichten lassen.

Homöopathische und anthroposophische Arzneimittel sind wegen der geringen Nebenwirkungen im Allgemeinen nicht verschreibungspflichtig, jedoch seit Januar 2004 aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung ge-strichen worden. Damit wurde, so die WALA-Vertreterin-nen, eine wirtschaftliche und patientenfreundliche Arzneimitteltherapie stark eingeschränkt. Von der privaten Krankenversicherung, so Christa Hebisch, werden diese Arzneimittel dagegen weitgehend erstattet.

Neben ihrem legitimen wirtschaftlichen Interesse, so Christa Hebisch weiter, verfolge WALA das Ziel, die homoöpathische und anthroposophische Medizin stärker im Gesundheitswesen zu verankern. Insbesondere im Arzneimittelrecht und in der Sozialgesetzgebung sollten nach Auffassung von WALA und ihrer Kollegenfirmen die bestehenden Beschränkungen und Hindernisse aufgehoben werden. Die alternative Therapierichtung könne auf eine lange Tradition zurückblicken und erhalte in der Bevölkerung zunehmend Bedeutung und Akzeptanz. Dies liege, sagte Hebisch, an der wachsenden Erkenntnis, dass sich Krankheit und Gesundheit nicht auf einzelne Ursachen reduzieren ließen sondern vom Menschen als Gesamtpersönlichkeit abhingen. Darüber hinaus seien diese Arzneimittel nebenwirkungsarm und darüber hinaus oft auch preiswerter als konventionelle Arzneimittel.

„Wir leisten mit unseren Produkten einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität“, betonte die Firmensprecherin. Nach WALA-Angaben produzieren über 150 pharmazeutische Unternehmen, davon 50 in Baden-Württemberg, alternativen Arzneimittel. Diese mittelständischen Unternehmen seien, so wurde hervorgehoben, fest mit dem Land verwurzelt.

Die Homoöpathie basiert auf dem mehr als 200 Jahre alten Konzept des Arztes und Apothekers Dr. Samuel Hahnemann, der das so-

genannte Ähnlichkeitsprinzip entwickelte und anwandte. Die Vielfalt der homöopathischen Arzneimittel ergibt sich aus der Verarbeitung von rund 1.600 Ausgangsstoffen, vorwiegend Pflanzen, Mineralien sowie tierischen Materialien. Dagegen wurde die anthroposophische Medizin von Dr. Rudolf Steiner, einem Naturwissenschaftlicher und Philosophen sowie der holländischen Ärztin Dr. Ita Wegmann entwickelt. Die Herstellung anthroposophischer Arzneimittel basiert auf sogenannten rhythmischen Prozessen und abgestuften Wärmeanwendungen.

Die SPD-Delegation war von dem Produktionsspektrum sehr beeindruckt und sagte zu, die zuständigen Mandatsträger und Institutionen für das Anliegen der Unternehmen zu sensibilisieren. Peter Kunze, Kreisvorsitzender der Europa-Union, will seine Kontakte zur EU nutzen, um Gesprächsfäden zu spinnen.

Dr. Heide Kottmann, Kreisvorsitzende der Sozialdemokraten, versprach, den Vorschlag der WALA, die besonderen Therapierichtungen zu einer Wahloption für die gesetzlich Versicherten zu machen, zu unterstützen und da-mit indirekt auch für die Erhaltung von über 500 Arbeitsplätzen im Kreis Göppingen einzutreten.

Donnerstag, 28. Dezember 2006

„MIT WERTEN ZUSAMMEN HALTEN“

„Die Menschen brauchen gemeinsame Werte und Regeln im Miteinander. Die durch die CDU/FDP-Landesregierung geplante völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen und das Gezerre um verkaufsoffene Sonntage läuft dem zuwider“, so der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich bei einer Versammlung des SPD-Kreisverbandes in Reichenbach i.T. „Wir Sozialdemokraten beziehen dagegen Position. Wir haben eine positive Vorstellung von einem Alltag, in welchem es auch Zeiten der Ruhe und soziale Rücksichtnahme gibt“.

„Welche Werte halten unser Land zusammen?“ hatte der SPD-Abgeordnete bewusst provozierend seinen Ausführungen zur aktuellen Landespolitik vorangestellt. Schon die zahlreichen Minister-Rücktritte von Döring bis Renner und ihre jeweiligen Anlässe, wie juristische Verfehlungen oder mangelnder Respekt vor den Kirchen, hatten in der Vergangenheit Anlass zu dieser Frage gegeben.

„Die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten ist ein Irrweg, der einem modischen ‚Alles muss möglich sein’ hinterher rennt und der die Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft und das soziale Leben im Lande übersieht“, findet Peter Hofelich. „Tatsächlich ist es doch so, dass der Einzelhandel gegenüber den großen Einkaufszentren am Rande der Städte dann noch weniger mithalten kann, die Innenstädte damit einen noch schwereren Stand haben, das Vereinsleben weiter zerfasert und die Kommerzialisierung noch mehr Besitz vom Alltag der Menschen ergreift“. Es gehe den Gegnern keineswegs nur um Beharrung. „Die Ausweitung der Laden-Öffnungszeiten auf 20 Uhr, wie sie vor wenigen Jahren die Regierung Schröder noch in bundespolitischer Verantwortung vornahm, war richtig. Die Arbeits- und Einkaufszeiten haben sich im Lauf der Jahrzehnte im Tagesablauf in den Abend verschoben. Auch vier verkaufsoffene Sonntage waren eine vernünftige Regelung. Dabei sollte es aber auch bleiben“. Jetzt käme es für gute Einkaufsmöglichkeiten eher darauf an, erst mal gemeinsame Öffnungs- und Schließzeiten der Läden, insbesondere über die Mittagstunden, hinzubekommen. Viel wichtiger sei es, die einstmalige bürgerschaftliche Tugend der Pflege anspruchsvoller Geschäftsarchitektur in den Innenstädten wieder neu zu kultivieren.

Nachdem die Ladenöffnungszeiten nun landespolitische Gesetzgebung sind, habe die CDU sich offenbar der FDP gebeugt und die völlige Liberalisierung vorgenommen. „Man fragt sich, wie die CDU mit ihrer Tradition als christliche Volkspartei damit zurechtkommt". Das Trostpflaster für die Kirchen, dass man die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf zwei senke, sei keines. Es seien sowieso selten vier Sonntage von den Städten und Gemeinden genutzt worden. Nach der Initiative, an Adventssonntagen zusätzlich offen zu halten, sei ‚als Kompromiss' noch ein dritter Sonntag pro Jahr dazugekommen. Und darüber hinaus gehe es ja gerade aus kirchlicher Sicht auch um mehr als den Sonntag. Es gehe, so Hofelich, letztlich um das Bild, das wir vom Menschen haben.

Peter Hofelich: „Wir fühlen uns durch die klare Stellungnahmen von Gewerkschaften, Kirchen, Einzelhandelsverbänden, Innungen und Vereinen bestärkt: Die jetzt vorgesehene Regelung schadet bei weitem mehr als sie nützt. Wir setzen darauf, dass sich bis zur abschließenden Abstimmung der Druck auf die Landesregierung weiter verstärkt. Letztlich geht es um mehr als die Ladenöffnungszeiten. Es geht darum, dass die Menschen gerade in der modernen und globalisierten Welt Strukturen in ihrem Leben haben. Der Mensch ist eben beides, ein Individuum und ein soziales Wesen. Gute Politik muss deshalb das Zusammenleben der Menschen fördern".

Im weiteren Verlauf der Versammlung des SPD-Kreisverbandes, bei der auch der Degginger OV-Vorsitzende Günter Bächtle und die SPD-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann zugegen waren, sprachen sich die Teilnehmer für schulische Ganztagesangebote auch in eher ländlichen Bereichen aus. Hier sei die Landesregierung gefordert, über mehr Lehrerstellen, über die Förderung der Schulsozialarbeit und auch über Investitionsmittel die Lage zu verbessern. „Zwischen dem selbsternannten ‚Kinderland' Baden-Württemberg und der Realität klaffen jedenfalls noch gewaltige Lücken", so der Tenor in der Runde.

2007

Freitag, 12. Januar 2007

LAGE NICHT BESORGNISERREGEND

Die Sicherheitslage in der Stadt Eislingen ist nicht besorgniserregend, wenngleich einige Zahlen in der Kriminalstatistik nicht zufrieden stellen können. Dieses Resümee zog der Ortsvereinsvorsitzende der SPD, Stadtrat Hartmut Komm, in seinem Überblick über die Sicherheit in der Stadt Eislingen und die polizeiliche Kriminalstatistik beim Roten Treff der Eislinger SPD am vergangenen Donnerstagabend.

Komm, Erster Kriminalhauptkommissar beim LKA Baden-Württemberg, verschwieg aber nicht, dass die Zahlen aus dem Jahr 2005 einen bemerkenswerten Anstieg der Straftaten dokumentieren, dem aber eine erfreuliche Steigerung der Aufklärungsziffer gegenüberstehe. Die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Fälle von Handtaschenraub und ähnlichem seien aber für die Sicherheitslage in Eislingen nicht repräsentativ. „Dennoch ist jeder Fall einer zu viel“, betonte der Kriminalbeamte.

Da die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2006 durch das Innenministerium noch nicht frei gegeben ist, musste Hartmut Komm anhand der Zahlen aus dem Jahr 2005 operieren und berichtete, dass in jenem Jahr im Vergleich zu 2004 die polizeilich erfassten Straftaten in Eislingen um 10,1 Prozent angestiegen sind, was angesichts des entsprechenden Wertes für den Landkreis Göppingen mit 1,6 % überdurchschnittlich sei. „Daraus kann man aber nicht ohne weiteres schließen, dass die Bürgerschaft Eislingens in stärkerem Maße kriminell geworden ist, sondern dabei müssen verschiedene Einflussfaktoren berücksichtigt, entsprechend gewichtet bzw. definiert werden“, machte Komm klar und zerstreute damit aufgekommene Bedenken, dass die objektive Sicherheit in Eislingen erheblich abgenommen habe.

Die Statistik, im Fachjargon nur PKS genannt, weist für Eislingen in 2005 einen Anstieg der erfassten Straftaten von 1301 auf 1432 aus, wovon rund ein Drittel auf Diebstähle entfallen. Darunter ist der Ladendiebstahl die größte Gruppe, wobei die registrierten Fälle dabei allerdings in 2005 um 34,4 Prozent zurückgegangen sind. Komm hob hervor, dass glücklicherweise in Eislingen in diesem Jahr nur sieben Diebstähle aus Wohnungen polizeilich erfasst worden sind. Die größten Steigerungsraten weise die Rubrik der Straftaten an Vermögen und Fälschungen aus, wo 2005 rund die Hälfte mehr Straftaten erfasst wurden als im Jahr zuvor. Ähnlich sieht es bei der Straßenkriminalität aus, wo die Diebstähle von Fahrrädern (84) und aus Kraftfahrzeugen (92) den Löwenanteil ausmachten.

„Die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung prägenden Berichte über Raubüberfälle stehen in gewisser Weise im Widerspruch zu den Tatsachen“, erläuterte Hartmut Komm weiter und betonte, dass im Jahre 2005 erfreulicherweise nur zwei Raubüberfälle auf den Straßen Eislingens stattgefunden haben. Dennoch müsse der erhöhten Sorge in der Bevölkerung Rechnung getragen werden, was unter anderem durch eine Verstärkung der Streifendienste erfolgen könnte.

„Hier kollidiert aber der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz mit dem bei den Sicherheitsorganen stattfindenden Personalabbau“, betonte Komm, der auch Vorsitzender des Polizeibeirats der baden-württembergischen SPD ist. Angesichts der Umstände, unter denen die Polizei ihre Arbeit machen müsse, sei die Steigerung der Aufklärungsquote in Eislingen von 67,2 auf 71,5 Prozent aber ein besonders erfreuliches Ergebnis.

In diesem Zusammenhang wurde beim Roten Treff der SPD die Forderung nach unverzüglicher Realisierung von neuen und der Aufgabe der Eislinger Polizei angemessenen Räumen vielstimmig betont und die Notwendigkeit unterstrichen, dass sich die hiesigen Landtagsabgeordneten erneut entschieden für eine unverzügliche Lösung zugunsten eines neuen Polizeireviers einsetzen müssen.

„Die Beibehaltung des jetzigen Zustandes würde eine Missachtung der zentralen Funktion der Polizei im Sicherheitskonzept für Eislingen bedeuten und ist auf keinen Fall hinnehmbar“, sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann.

Beruhigend war die Erläuterung der weiteren Zahlen durch Hartmut Komm, der hervor hob, dass in 2005 in Eislingen keine Straftaten „gegen das Leben“ (Mord, Totschlag) zu verzeichnen waren und auch die Sexualdelikte keine große Rolle gespielt hätten. Die Rauschgiftdelikte seien um 7,5 Prozent zurückgegangen und auch Rohheitsdelikte und Angriffe auf die persönliche Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern wären um 12,5 Prozent gesunken. „Obwohl sich die Zahl der erfassten Straftaten erhöht hat, können sich die Bürgerinnen und Bürger in Eislingen relativ sicher und wohl fühlen“, betonte Komm abschließend.

Donnerstag, 18. Januar 2007

FINGER WEG VOM FILSTALTAKT

Der Ortsvereinsvorstand der SPD Eislingen hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit aller Entschiedenheit gegen Streichungen von Zügen im Filstaltakt ausgesprochen. Er teilt die Auffassung des Verkehrsexperten des Landratsamts, Jörg-Michael Wienecke, dass dies vor dem Hintergrund gestiegener Fahrgastzahlen geradezu grotesk wäre. „Wer die Forderung nach Stärkung und Ausbau des Personennahverkehrs wirklich ernst meint, der darf nicht auf die Idee kom-men, das Angebot des Filstaltaktes einzuschränken“, erklärte der SPD-Ortsvorsitzende, Stadtrat Hartmut Komm.

In diesem Zusammenhang wurde der sichtbar schlechter werdende Service der Bahn AG massiv kritisiert. „Offenbar hat es die Bahn am Bahnhof Eislingen nicht mehr nötig, eintretende Verspätungen vor der regulären Abfahrtszeit anzukündigen“, schimpfte Harald Kraus, dem aufgefallen ist, dass bestenfalls nach der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit ein Hinweis durch die Lautsprecheranlage gegeben wird. Er vermutet, dass die Bahn glaubt, damit die kleineren Verspätungen ignorieren zu können. „Dass damit eine erhebliche Verunsicherung der Bahnnutzer eintritt, wird geflissentlich übersehen“, fügte Kraus hinzu.

Die optimale Verkehrsanbindung der Filstalgemeinden mit dem Taktfahrplan sei unverzichtbare Voraussetzung, um den Wirtschafts- und Wohnstandort Filstal einigermaßen attraktiv zu halten. „Jede Maßnahme, die dagegen unternommen wird, interpretieren wir als Abkehr von der in Sonntagsreden stets als nötig erachteten Infrastruktur“, betonte Uli Weidmann. „Mit unserer Zustimmung wird das Filstal nicht auf das Niveau einer hinterwäldlerischen Provinz zurückkatapultiert werden können“, sagte die stellvertretende Ortsvorsitzende, Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Die SPD erwägt, mit Aktionen gegen diese Absichten vorzugehen, wenn sich die bisherigen Informationen bestätigen sollten.

Im weiteren Verlauf der Ortsvorstandssitzung der SPD wurde von Harald Kraus über den Stand der Programmdiskussion in der Partei berichtet. Die vom Ortsverein Eislingen im letzten Jahr eingereichten Anträge seien teilweise im Programmentwurf des Parteivorstandes berücksichtigt worden. Zu den noch offenen Punkten will der Ortsverein im Laufe der nächsten Wochen entscheiden, ob er An-

träge zum Bundesparteitag einreichen wird. Die Jahreshauptversammlung der Eislinger SPD ist auf den 29. März 2007 terminiert worden. Dort wird der Vorstand in der bisherigen Zusammensetzung erneut für weitere 2 Jahre antreten.

Samstag, 20. Januar 2007

AUFTAKT IM „SAURIER-FOYER“

Zum Jahresauftakt-Empfang der Eislinger SPD konnte deren Ortsvereinsvorsitzender, Stadtrat Hartmut Komm, zahlreiche Gäste begrüßen und zeigte sich schmunzelnd davon überzeugt, dass diese nicht nur wegen des legendären und leckeren Kalten Buffets erschienen wären. Er freute sich über die Verbundenheit mit den Sozialdemokraten, die darin zum Ausdruck komme und wünschte allen Anwesenden ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2007.



Abbildung 79 - Neujahrsempfang 2007



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz warf einen Blick zurück auf das vergangene Jahr und erinnerte an die großartige Unterstützung aus der Eislinger Bevölkerung für das Bleiberecht der Familie Alemu.

In seinem Ausblick auf die kommenden Aufgaben durfte natürlich der Plan für ein Museum und weitere Kreisverkehre nicht fehlen. Eine städtebauliche Vision „Eislingen 2030“, von der Verwaltung umrissen, umfasse interessante Aspekte, ein lebendiges Eislingen für die Zukunft zu gestalten.

Bürgermeister Frank erinnerte nochmals an den riesigen Zuspruch bei der Saurier-Ausstellung. Zukunftsaufgaben wie Ausbau der Schulmensen, Ganztagesbetreuung bei Schulen und Kindergärten, sowie Neubau des Rathauses dürften den Blick für geordnete Finanzen nicht verlieren. Der Erste Beigeordnete, Horst Steiner und er, Frank, werden jedenfalls alles daran setzen, die Stadt Eislingen im Jahr 2010 auch mit geordneten Finanzen zu übergeben.

Walter Riester ging in seiner Neujahrsansprache auf die Er-weiterung der EU ein. Er erinnerte daran, dass das zusammenwachsende Europa dafür gesorgt hat, „dass wir Deutsche, im Herzen von Europa mit seinen 500 Millionen Einwohnern seit über 60 Jahren ohne Krieg und in Frieden leben“.

Den Herausforderungen der Globalisierung ist seiner Meinung nach nur mit internationalen Sozialstandards zu begegnen. In diesem Zusammenhang lobte er den Vorstoß von Bundeskanzlerin Merkel bei der WTO für die Aufnahme von Sozialstandards im internationalen Handel.

Samstag, 18. Februar 2007

WALDECKHOF: MUTTERFREUDEN

Der Winterwanderung der Eislinger Sozialdemokraten am vergangenen Samstag schloss sich am Ziel, dem Waldeckhof in Jebenhausen, eine Betriebsbesichtigung an. Dabei erfuhr die SPD-Gruppe, dass im Schafstall demnächst vielfältige Mutterfreuden bevorstehen; 80 Mutterschafe sind trächtig und werden in den nächsten Wochen niederkommen. Für die Städter aus Eislingen war es sehr interessant und informativ, von Frau Gössle-Schurr zu erfahren, dass sich der Waldeckhof der Aufzucht und Pflege von aussterbenden Nutztierarten verschrieben und damit seit einiger Zeit viel Erfolg hat. Die Limburger Kuh „Martina“ zeigte sich ausgesprochen besucherfreundlich und ließ sich wohlig zwischen den Ohren kraulen. Auch sie ist ein seltenes Exemplar und hat ihren Namen nach einer fast ausgestorbenen Gattung aus der Gegend um Schwäbisch Hall. Aber auch das Deutsche Lachshuhn und eine Gruppe Wollschweine – sie fallen durch ein extrem langsames Wachstum auf - erregten die Aufmerksamkeit der Besucher aus dem Filstal. Unter ihnen befand sich auch Bürgermeister Günther Frank, der die Geschäftsführerin Karin Wojta vorstellte und darauf hinwies, dass die Staufen gGmbH im Rahmen ihres Beschäftigungsprogramms auch einen Regierungsauftrag erfülle.



Abbildung 80 - Teilnehmer Winterwanderung 2007

Die gemeinnützige Staufen Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft, so erfuhren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten während der gut einstündigen Führung, begeht neue Wege zur Arbeitsintegration und schafft neue Perspektiven und Chancen für arbeitslose Menschen. Gesellschafter der Einrichtung sind der Paritätische Wohlfahrtsverband (PWV), das Diakonische Werk und das Katholische Dekanat im Kreis Göppingen. Die Einrichtung qualifiziert Langzeitarbeitslose in befristeten Beschäftigungsmaßnahmen oder festen Arbeitsverhältnissen.

Oberstes Ziel der Staufen gGmbH ist die persönliche, soziale und berufliche Stabilisierung und Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Dabei werden alle Möglichkeiten externer und interner Qualifikation, beruflicher Fort- und Weiterbildung, Betriebspraktika, Therapieverrmittlung und soziale Hilfen ausgeschöpft. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden mit finanzieller Unterstützung verschiedener Partner durchgeführt. Hierzu zählen das Arbeitsamt Göppingen, der Landkreis Göppingen, der Europäische Sozialfond und das Sozialministerium Baden-Württemberg.

Zu den Betätigungsfeldern des Waldeckhofs gehören insbesondere die Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, Grünpflege und Naturschutz sowie der Verkauf der Eigenprodukte. Abgerundet wird das Programm durch Hauswirtschaft und Gastronomie. Zu letzterer gehört auch das Hofcafé, in dem sich die

Eislinger SPD-Gruppe mit einem Vesper-Buffet verwöhnen ließ. Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm freute sich über die außerordentlich gute Beteiligung an der Winterwanderung, die er angesichts des frühlingshaften Wetters kurzerhand umbenannte.

Donnerstag, 22. März 2007

BEWÄHRTES TEAM FÜR DIE ZUKUNFT

Die Sozialdemokraten in Eislingen brauchen sich für die nächsten zwei Jahre nicht an neue Gesichter gewöhnen, denn ihr gesamter Ortsvereinsvorstand hat seine Kandidatur für eine neue Amtszeit angemeldet. In der Mitgliederversammlung am 29. März will sich die Führungsmannschaft dem Votum der Mitglieder stellen. In der jüngsten Vorstandssitzung standen außerdem aktuelle Fragen wie Kleinkinderbetreuung, Klimaschutz und Rauchverbot im Mittelpunkt der Diskussion.

Der SPD-Ortsvereinsvorstand schloss sich der Forderung der Landes-SPD einmütig an, die Betreuungsangebote für Kleinkinder in Baden-Württemberg massiv auszubauen. Die Landesregierung, so der Ortsvorsitzende, Stadtrat Hartmut Komm, trage mit ihrer Blockade auf diesem Gebiet die Verantwortung dafür, dass Baden-Württemberg meilenweit von einem bedarfsgerechten Angebot an Krippenplätzen entfernt sei. Eltern, die Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollten, helfe kleinkarierter Kompetenzstreit mit dem Bund nicht weiter.





Abbildung 81 - Jahreshauptversammlung 2007

Die SPD-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann ergänzte dazu, dass die SPD ab 2010 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr will und den beitragsfreien Besuch des Kindergartens anstrebe. Bund und Land sollen, so die SPD weiter, den Kommunen das Geld dafür zur Verfügung stellen.

Beim Klimaschutz muss sich das Land nach Ansicht der Eislinger SPD viel ehrgeizigere Ziele stecken. "Die zahlreichen Einzelmaßnahmen müssen zu einer umfassenden, nachhaltigen Gesamtstrategie gebündelt werden", verlangte das Vorstandsmitglied Uli Weidmann. Im Jahr 2025 müsse Baden-Württemberg die klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen halbieren und gleichzeitig die Energie-Effizienz um 50 Prozent erhöhen. Als konkrete Maßnahmen schlägt Weidmann vor, nicht die Autos sondern den Treibstoffverbrauch zu besteuern, die Energieeinsparung in

Gebäuden zu forcieren sowie stärker in Windkraft und Solarenergie zu investieren. Längere Laufzeiten von Kernkraftwerken lehnt die SPD weiter entschieden ab.

Stadtrat Peter Ritz forderte die Landesregierung auf, rasch ein generelles und ausnahmsloses Rauchverbot in Gaststätten landesrechtlich zu regeln. Es genüge nicht, einen besseren Nichtraucherschutz auf öffentliche Räume und Schulen zu begrenzen. Die SPD fordert die Landesregierung auf, nicht länger auf eine bundeseinheitliche Regelung zu schielen, sondern den durch die Föderalismusreform gewonnenen Handlungsspielraum zu nutzen. "Auch in Gaststätten muss der Nichtraucherschutz konsequent umgesetzt werden", so Ritz.

Freitag, 30. März 2007

BREYMAIER 25 JAHRE SPD-MITGLIED

Die Sozialdemokraten in Eislingen werden auch in den nächsten zwei Jahren von dem bewährten Team um Stadtrat Hartmut Komm geführt. In der Jahreshauptversammlung am Donnerstagabend im Gasthaus „Adler“ wurde der gesamte bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Die stellvertretende Landesvorsitzende des DGB, Leni Breymaier, Mitglied des Eislinger Ortsvereins, wurde von Hartmut Komm für 25-jährige Mitgliedschaft mit der Ehrenurkunde und der Ehrennadel der Partei ausgezeichnet.



Abbildung 82 - Breymaier 25 Jahre SPD-Mitglied

Der unveränderte Vorstand der Eislinger SPD setzt sich neben dem Vorsitzenden Hartmut Komm wie folgt zusammen: Stellvertretende Vorsitzende Dr. Heide Kottmann; Kassier Konrad Dießenbacher; Schriftführer Walter Auer; Medienreferent Harald Kraus. Als Besitzer wurden gewählt: Stadtrat Peter Ritz, Stadträtin Angelika Schirrling, Eva Rieg, Sayed Mohamed, Uli Weidmann, Marlis Wahl, Yüksel Özer und Karl-Hans Volpert. Der Ortsverein entsendet sechs Delegierte zur Kreiskonferenz am 20. April in Uhingen: Leni Brey-maier, Marlis Wahl, Sayed Mohamed, Dr. Heide Kottmann, Helmut Mezger und Yüksel Özer.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Vorsitzender Hartmut Komm die Aktivitäten im vergangenen Jahr Revue passieren lassen und vor allem auf die erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Roter Treff“, die intensiv geführte Diskussion über Eislinger Vorschläge zum neuen Grundsatzprogramm der SPD und die gelungene Winterwanderung zum Waldeckhof aufgezählt. Die Mitgliederzahl des Ortsvereins blieb trotz Wegzügen absolut stabil, zumal diese durch Neuzugänge aufgefangen werden konnten. Konrad Dießenbacher konnte einen äußerst soliden Finanzbericht erstatten und wurde dafür von der Versammlung einstimmig entlastet, nachdem dies Revisorin Barbara Nürk, die ebenfalls für zwei Jahre neben Jo Römer wiedergewählt wurde, die Entlastung beantragt hatte.

Im Rahmen einer Diskussion über die aktuelle Bundespolitik wurde von Uli Weidmann festgestellt, dass die vom Bundeskabinett beschlossene Unternehmenssteuerreform dazu führe, dass Gewinne, die in Deutschland erzielt werden, in Zukunft auch wieder in Deutschland versteuert werden müssen. „Deutschland wird bei der Steuerbelastung ein wettbewerbsfähiger Standort für Investoren werden“, fügte Stadtrat Peter Ritz hinzu und sein Amtskollege Bruno Mörixbauer meinte: „Die Gewerbesteuer bleibt erhalten, sie wird konjunkturunabhängiger und damit verlässlicher als bisher, was für die Gemeinden von Vorteil sein wird“.

Konrad Dießenbacher begrüßte, dass die entlastenden Maß-nahmen zwar zu Steuermindereinnahmen von 5 Milliarden Euro führen würden, durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage aber tatsächlich mehr Steuern gezahlt werden müssten. Das Aufkommen aus den Unternehmenssteuern werde deshalb spätestens in drei Jahren das Niveau vor Beginn der Reform wieder erreichen.

„Die Möglichkeit missbräuchlicher Steuergestaltung wird weiter eingeschränkt“, fügte die stellvertretende Vorsitzende Dr. Heide Kottmann hinzu. Auch die Vorschläge zur Abgeltungssteuer für Kapitalerträge wurden als richtige Schritte zu mehr Steuerehrlichkeit gesehen.

Harald Kraus berichtete, dass einem Bericht der Bundestagsfraktion der SPD zu entnehmen sei, dass der aktuelle Steuersatz für den Mittelstand um gut 20 Prozent unter dem Niveau des Jahres 1998 liege und jetzt neue Investitionsanreize hinzu kämen. Die sogenannte Ansparabschreibung und hohe Freibeträge und Freigrenzen würden zur Stärkung des Mittelstands führen. Auch die Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaft sei Gegenstand der vom Bundeskabinett beschlossenen Reform.

Freitag, 6. April 2007

„AM WOCHENENDE TOTE HOSE“

„Zwar ist die erreichte Verhinderung von Streichungen beim Filstaltakt ausdrücklich zu begrüßen, sie darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass dafür am Wochenende eine entsprechende Kompensation erfolgt“. Dies erklärte der Verkehrsexperte der SPD-Kreistagsfraktion, Kreisrat Arnulf Wein, Süssen, beim „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten am vergangenen Donnerstag. Wegen der dem ausgehandelten Kompromiss zugrunde liegenden Kostenneutralität werden, so führte Wein aus, die entsprechenden Zugkilometer bei Verbindungen am Wochenende eingespart. „Da haben wir im Filstal samstags und sonntags bald tote Hose“, befürchtet die Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann.

Kreisrat Arnulf Wein erläuterte den Eislinger Sozialdemokraten die Entwicklung, die zu einem reduzierten Angebot auf der Filstalstrecke geführt habe. Er verwies dabei auf den Effekt, der durch die Kürzung der Bundeszuweisungen für die Schülerbeförderung entstanden sei und verwies ferner auf das sogenannte Koch-Steinbrück-Papier, das einer Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes Pate gestanden habe. Er wolle, so Wein, das Verhandlungsergebnis keinesfalls klein reden, aber der Redlichkeit wegen dennoch ausdrücklich darauf hinweisen, dass das erreichte Ergebnis nur gegen den Preis der Streichung von Verbindungen am Wochenende habe erzielt werden können.

„Dies führt zwangsläufig dazu, dass der Individualverkehr am Wochenende im Filstal erheblich zunehmen wird“, gab der SPD-Ortsvorsitzende, Stadtrat Hartmut Komm, zu bedenken. „Dies ist nun wirklich kein gewünschter Effekt und angesichts der großen Summe von 16,5 Millionen Euro, die der Land-

kreis bisher für den Filstaltakt aufgebracht habe, geradezu kontraproduktiv“, resümierte der SPD-Kreisrat.

Die weiteren Informationen, die die Besucher des „Roten Treffs“ der Eislinger SPD von Arnulf Wein an diesem Abend erhielten, bezogen sich auf die in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für die Weiterführung der S-Bahn bis Geislingen/Steige und die geplante Schnellbahnstrecke entlang der Autobahn sowie den Weiterbau der B 10 ab Eislingen-Ost bis Gingen in Verbindung mit der B 466. Wein zeigte sich überzeugt, dass im Jahr 2008 mit dem Bau zweier Brückenbauwerke auf der Gemarkung Süßen fortgefahren werde und der nächste Abschnitt der B 10 neu einer baldigen Fertigstellung entgegensehen könne. Mehrere Landesstraßen würden zu Kreisstraßen abgestuft



Abbildung 83 - April 2007 - Stolpersteine für Familie Plawner

Freitag, 4. Mai 2007

FLECURITY – WAS IST DAS?

Ziemlich ratlos waren die Teilnehmer an der SPD-Veranstaltung „Roter Treff“ am vergangenen Donnerstag, als sie von Vorstandsmitglied Harald Kraus mit der Eingangsfrage konfrontiert wurden, ob sie denn wüssten, was „Flexicurity“ sei. Keiner von ihnen hatte davon je etwas gehört. Gespannt erhielten sie umfassende Aufklärung: es handelt sich um ein politisches Konzept der Kommission der Europäischen Union (EU), das von dieser in einem sogenannten Grünbuch zusammen gefasst und veröffentlicht wurde und eine Modernisierung des Arbeitsrechts im 21. Jahrhundert zum Ziel hat.

Gewerkschafter befürchten freilich, dass vorrangig ein Abbau von Arbeitnehmerrechten und vor allem eine Demontage des Kündigungsschutzes beabsichtigt wird. Die frühzeitige Beschäftigung mit der Initiative der EU-Kommission sei deshalb sinnvoll und notwendig, sagte Harald Kraus.

Die EU-Kommission hat, so berichtete Kraus, im November 2006 ein Diskussionspapier vorgelegt und den Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Das Grünbuch verfolge die Absicht, durch Weiterentwicklung des Arbeitsrechts positive Wirkungen im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zu erzielen. Die EU, so erläuterte Kraus weiter, halte eine bessere Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer für erforderlich und verspreche sich davon mehr Arbeitsproduktivität und sozialen Zusammenhalt sowie letztendlich Vollbeschäftigung.

„Flexibilität und Sicherheit sollen miteinander verbunden werden, um den Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich begegnen zu können“, zitierte Kraus einen der Leitgedanken des Grünbuchs der EU-Kommission. Das Konzept von „Flexicurity“ beruhe auf der Annahme, dass sich Flexibilität und Sicherheit nicht ausschließen sondern ergänzen. „Die EU-Kommission liebäugelt mit höherer Arbeitslosenunterstützung statt umfassendem Kündigungsschutz und glaubt, damit Arbeitslose schneller als bisher in den Arbeitsprozess zurück führen zu können“, beschrieb Kraus das Konzept weiter. Dabei solle geprüft werden, ob die gegenwärtigen Standardarbeitsverträge

flexibel genug seien und in welchem Umfang die arbeitsrechtlichen Vorschriften für Einzel- oder Massenentlassungen angepasst werden müssten.

„Es wird erwartet, dass dieses Konzept insbesondere bei den Gewerkschaften auf entschiedene Ablehnung stößt“, sagte Kraus eingangs seiner Übersicht über die Stellungnahmen der deutschen Verbände. Der DGB wende sich entschieden gegen die von den Arbeitgebern geforderte massive Deregulierung des Arbeitsrechts und bestreitet, dass so Wachstum und Beschäftigung gesichert werden könnten. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, so Kraus weiter, bezweifelt, dass durch eine vermeintliche Modernisierung des Arbeitsrechts ein Beschäftigungseffekt erzielt werden könne.

Das Arbeitsrecht sei seit über 100 Jahren unauflöslich mit dem Interessensgegensatz zwischen abhängig Beschäftigten und ihren Arbeitgebern verbunden; dieser könne auch nicht durch noch so schöne Konzepte der EU-Kommission beseitigt werden. Im Übrigen, so zitierte Kraus aus der ver.di-Stellungnahme, „haben wir in Deutschland bereits genug Flexibilisierungsinstrumente, wie die Vielzahl der dazu bereits abgeschlossenen Tarifverträge beweist“.

Die EU-Kommission wird, so schilderte Kraus das weitere Verfahren, auf der europäischen Ebene im Juni 2007 eine sogenannte Mitteilung beschließen, mit der das Ergebnis der Stellungnahmen zum Grünbuch publiziert werde. Bis Ende 2007 wolle die EU-Kommission dann eine Reihe gemeinsamer Grundsätze aufstellen, an denen sich die Mitgliedsstaaten bei ihren Reformbemühungen orientieren könnten.

„Vor dem Hintergrund der schlechten Erfahrungen, die im Verfahren mit der europäischen Dienstleistungsrichtlinie gemacht worden sind, ist es zwingend erforderlich, sich frühzeitig mit dieser Entwicklung in der EU zu beschäftigen und die Rechte der Arbeitnehmer in den Gremien und Organen der EU zu verteidigen“, sagte der frühere Gewerkschaftssekretär in seiner Zusammenfassung.

Samstag, 7. Juli 2007

NEUES RATHAUS – NEUES ZENTRUM

Die SPD-Fraktion im Eislinger Gemeinderat erwartet, dass sich der geplante Rathaus-Neubau zum Zentrum der Stadt entwickelt und in dem Objekt dann auch „normales Leben“ herrschen müsse. Dies sagte der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Peter Ritz, beim „Roten Treff“ seiner Partei am vergangenen Donnerstagabend. “Im und um das neue Rathaus herum darf es nach Feierabend nicht mausetot sein, sondern muss sich Kommunikation und bürgerschaftliches Leben abspielen“, erläuterte Ritz die SPD-Vorstellungen.



Abbildung 84 - Grüner Baum 2007

Ritz berichtete über die bisherige Entwicklung und die Notwendigkeit, die gegenwärtig auf mehrere Gebäude verteilten Dienststellen in einem neuen Rathaus zusammen zu führen und damit auch die organisatorischen Voraussetzungen für die Erhebung zur Großen Kreisstadt zu schaffen. Die Stadt müsse sich deshalb intensiv bemühen, die noch nicht in ih-

rem Besitz befindlichen Grundstücke zur Abrundung der Gemeindebedarfsfläche anzukaufen.



Abbildung 85 - Bürgergespräch vor dem Roten Treff

Bei Planung und dem Bau des Rathauses, so führte Ritz weiter aus, müsse vermieden werden, dass sogenannte tote Flächen entstünden. Zu einer gewissen Urbanität könne ein Innenhof beitragen, von dem aus Zugang zu kommunikativen Einrichtungen wie einem Bürgerbüro und einem Restaurant oder Café ermöglicht werden sollten. Der städtebauliche Gestaltungswettbewerb solle alle Aspekte eines modernen Stadtmittelpunktes mit echtem Zentrumscharakter in den Vordergrund stellen. Er könne sich, so Ritz, auch eine höhere als bisher im geplanten Baugebiet vorhandene Bebauung vorstellen.

In der Diskussion stellte Eva Rieg mehrere fachlich kompetente Überlegungen an und ging auf die Ausschreibungsvorschriften ein. Peter Ritz beantwortete zahlreiche Fragen, so unter anderem jene nach alternativen Standorten. Er sagte, dass sich zwar das Adler-Areal an sich auch für einen Rathausneubau eignen würde, aber bisher keine realistischen Chancen bestanden hätten, das Gelände zu erwerben. Auch die zur Bebauung anstehende Fläche an der Lutherkirche hätte aus verschiedenen Gründen nicht den Vorzug erhalten können. Der SPD-Fraktionsvorsitzende verspricht sich vom neuen Rathaus, das bis 2012 fertig gestellt sein soll, erhebliche Synergie-Effekte in der städtischen Verwaltung.

Freitag, 20. Juli 2007

MINDESTLOHN: DRUCK MACHEN!

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat sich der Ortsvereinsvorstand der Eislinger SPD mit mehreren politischen Tagesfragen beschäftigt und seine Position dazu festgelegt. Der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm begrüßte die Äußerungen von Bundespräsident Köhler zur Diskussion um die Innere Sicherheit und sprach die Erwartung aus, dass Bundesinnenminister Schäuble wieder zu einer sachlichen Diskussion auf Grundlage der Koalitionsvereinbarung zurückkehren möge.

Stadträtin Dr. Heide Kottmann, stellvertretende Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, nahm die Halbzeitbilanz von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass die sozialdemokratische Reformpolitik beginne, Früchte zu tragen, es aber notwendig sei, damit noch mehr Menschen als bisher positiv zu erreichen.

Aus aktuellem Anlass begrüßte Hans-Ulrich Weidmann die Ankündigung von Bundesumweltminister Gabriel, unsichere Atomreaktoren früher stilllegen zu wollen und jüngere dafür länger laufen zu lassen. „Wir müssen von diesen alten Gefährdungsreaktoren so schnell wie möglich weg“, sagte Weidmann dazu.

Harald Kraus zeigte sich optimistisch, dass die SPD-Spitze weiterhin in der Koalition erheblichen Druck bezüglich der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen machen werde. „Überhaupt“, so Kraus, „droht dem Land ansonsten der Neoliberalismus á la CDU“, meinte der Pressesprecher der Eislinger SPD. Die Sozialdemokraten stünden dagegen für eine „realistische Politik mit klarer sozialer Ausrichtung

und einem vernünftigen Verhältnis zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit“.



Abbildung 86 - Stadtfest 2007

Freitag, 3. August 2007

„OHNE POLITIK GEHT’S NICHT“

Zwar hatte der Ortsvereinsvorsitzende der SPD, Stadtrat Hartmut Komm, angekündigt, dass wegen der Sommerferien der „Rote Treff“ der Sozialdemokraten am Donnerstagabend ohne politisches Thema bleibe, doch es überraschte nicht, dass trotz „Sommerloch“ Anlass zu einigen Diskussionen gegeben war.

Komm teilte die Aussage des Parteivorsitzenden Kurt Beck, wonach im Gegensatz zum Freiheitsbegriff der Union für die SPD die Begriffe Gerechtigkeit und Solidarität untrennbar miteinander verbunden wären. Zudem habe seine Partei, so Komm weiter, einen anderen Begriff von sozialer Marktwirtschaft, die nach Vorstellung der Sozialdemokraten nicht allein auf individuellen Gewinn ausgerichtet sein dürfe.

Mit Blick auf das sozialdemokratische Leitbild der "Guten Arbeit" bekräftigte die stellvertretende Ortsvorsitzende Dr. Heide Kottmann, dass die SPD weiter Druck machen werde, um sittenwidrige Löhne zu verbieten. Deshalb setze man sich weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland ein. Die Union hingegen sei nicht einmal bereit zu definieren, unter welchem Betrag ein Lohn sittenwidrig sei. Damit nehme sie billigend in Kauf, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Niedriglöhne durch ergänzende staatliche Zuwendungen aufstocken müssten, kritisierte Kottmann.

„Das Freiheitsverständnis der beiden Parteien unterscheidet sich auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, stellte Medienreferent Harald Kraus fest. Angesichts der von CDU-Innenminister Schäuble vorgeschlagenen Anti-Terror-Maßnahmen warnte der SPD-Mann vor einem "falschen Sicherheitswettbewerb". Es sei schon eine Menge zum Schutz Deutschlands getan worden und die Freiheit, die man schützen wolle, dürfe nicht selbst aufgegeben werden. So müsse man bei der vom Innenminister angestrebten Online-Durchsuchung von Computern "sorgfältig abwägen, ob es nötig und ob es juristisch überhaupt möglich ist."

Harald Kraus verwies darauf, dass es hierbei um einen "ganz sensiblen Bereich der Privatsphäre" gehe, bei dem die Prinzipien des Rechtsstaates gewahrt bleiben müssten. Wichtig sei, dass die Betroffenen die Möglichkeit hätten, sich gegen die Durchsuchung privater Daten juristisch zur Wehr zu setzen, unterstrich Kraus.

Vorstandsmitglied Hans-Ulrich Weidmann trat dafür ein, störanfällige Kernkraftwerke unverzüglich vom Netz zu nehmen. „Für uns steht die Sicherheit an erster Stelle“, sagte er und betonte damit Übereinstimmung mit Bundesumweltminister Gabriel. Die SPD-Basis, das wisse er aus vielen Gesprächen, stehe uneingeschränkt zur Ausstiegsstrategie, wie sie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt worden sei. „Wir erwarten, dass die Unionspolitiker sich daran halten und endlich damit aufhören, sich davon zu distanzieren“, sagte Weidmann.

Freitag, 1. August 2007

HERBST-AKTIVITÄTEN DER SPD

Der Ortsverein Eislingen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) hat für den Herbst 2007 mehrere politische Aktivitäten angekündigt. Die Reihe von Veranstaltungen beginnt am kommenden Donnerstag, 6. September 2007 mit dem monatlichen „Roten Treff“ um 20 Uhr im „Grünen Baum“. Thema der öffentlichen Zusammenkunft wird „Klimawandel – Schadstoffemissionen – Benzinpreise“ sein. Die kurze Einführung macht Medienreferent Harald Kraus, danach folgt eine lockere Diskussionsrunde. Anschließend soll das gemütliche Beisammensein nicht zu kurz kommen.



Abbildung 87 - Weltkindertag 2007

Mit mehreren politischen Themen wird sich der Ortsvereinsvorstand in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 19. September beschäftigen. In diesem Zusammenhang hat der Ortsvereinsvorsitzende und Stadtrat Hartmut Komm die Ergebnisse der Kabinettsklausur der Bundesregierung begrüßt. Diese würden, so Komm, dazu beitragen, „den Aufschwung für alle zu sichern“. Komms Stellvertreterin, Stadträtin Dr. Heide Kottmann, begrüßte die Einigung zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung des Betreuungsangebots für Kinder.

Der SPD-Medienreferent Harald Kraus bezeichnete die Aufnahme der Postdienste in das Arbeitnehmerentsendegesetz als einen Durchbruch in Sachen Mindestlohn und als Erfolg der konsequenten und beharrlichen Arbeit von Arbeitsminister Müntefering. Die positiven Arbeitsmarktzahlen seien ein erneuter Ansporn, die gerechte Modernisierung des Landes weiter fortzusetzen.

Bei der Vorstandssitzung der Eislinger Sozialdemokraten am 19. September wird es demzufolge um die Umsetzung mehrerer politischer Aktivitäten gehen. Ein Ausblick auf den Landes- und den Bundesparteitag steht genauso auf der Agenda wie die weitere Terminplanung für den Rest des Jahres und das folgende Jahr 2008. Dabei sollen kommunal- und landespolitische Schwerpunkte festgelegt werden, die der Vorbereitung der nächsten Wahlen dienen sollen.

Freitag, 7. September 2007

AUTOVERKEHR BEEINFLUSST KLIMA

„Alle Kraftfahrzeuge, die zurzeit auf dem Markt sind, verursachen Kohlendioxid. Der Verkehr hat mittlerweile einen Anteil von 20 Prozent an den deutschen Emissionen, wobei die Hälfte auf die PKWs entfallen“, sagte der Medienreferent der Eislinger SPD, Harald Kraus, in seiner Einführung zum Thema des Roten Treffs der Sozialdemokraten am vergangenen Donnerstagabend.

Mit seinem Bericht über die bisherigen Erfahrungen des vom Auto Club Europa (ACE) durchgeführten Benzinpreisvergleichs in Eislingen löste er eine lebhafte Diskussion aus. Kraus beanstandete, dass die deutsche Automobilindustrie gegenwärtig noch keine alternative Antriebstechnologie serienmäßig zur Verfügung stelle.

„Unter den zehn sparsamsten neuen PKW-Modellen befinden sich - gleich welche Kraftstoffart man nimmt - nur relativ wenige deut-

sche Fabrikate“, erläuterte Kraus eine Statistik, die die Deutsche Automobil Treuhand GmbH im Auftrag der Verbände der Kraftfahrzeughersteller hat erstellen lassen. Bei Benzin sei lediglich auf dem 10. Platz der Smart Roadster anzutreffen, bei Dieselfahrzeugen seien acht der zehn sparsamstem Modelle ausländischer Herkunft. Nur bei den noch wenig verbreiteten Erdgasfahrzeugen seien deutsche PKWs immerhin zur Hälfte unter den Top-Ten der Kraftstoffsparer anzutreffen, berichtete Kraus weiter.

Kraus rechnete vor, dass sich ein niedrigerer Kraftstoffverbrauch allemal rechne. Er stellte beispielhaft dar, dass bei einem Verbrauch von sieben Litern Superbenzin auf 100 km und einer Jahresfahrleistung von 15.000 Kilometern bei einem Literpreis von € 1,30 Kraftstoffkosten von 1.365 Euro im Jahr entstünden. Gelänge es, einen Liter pro 100 km weniger zu verbrauchen, ergäbe dies eine Ersparnis von 195 EURO im Jahr. „Die Kraftstoffkosten können durch Fahrstil, Wartung und bewussten Umgang mit dem Wagen reduziert werden“, machte Kraus deutlich.

Auf den Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt bzw. dem Klimawandel wurde in der folgenden Diskussion intensiv eingegangen. Der Kohlendioxid-Ausstoß der Kraftfahrzeuge trägt, so Kraus, neben den anderen Treibhausgasen zur Erwärmung der Erdatmosphäre bei. „Ein weiterer Temperaturanstieg zieht schwerwiegende Umweltfolgen nach sich“, schlussfolgerte Kraus. Deshalb müsse auch im Straßenverkehr die Emission von klimaschädlichen Gasen unbedingt vermindert werden.

„Die europäischen Automobilhersteller haben sich verpflichtet, die durchschnittlichen Emissionen der Neufahrzeuge bis 2008 auf 140 Gramm pro Kilometer zu senken“, berichtete der Medienreferent der Eislinger SPD. In der EU sollen bis spätestens 2010 alle neuen Personenkraftwagen im Durchschnitt nicht mehr als 120 g/km ausstoßen. Das entspricht einem Verbrauch von etwa 4,5 Litern Diesel bzw. 5 Litern Benzin pro 100 km.

Es lag nahe, dass vor diesem Hintergrund auch Tipps zum Kraftstoffsparen gegeben wurden. Die Automobilclubs böten spezielle Fahrtrainings zur kraftstoffsparenden Fahrweise an. Das Fahren in niedrigen Drehzahlen sei, so Kraus, sinnvoll und werde von den modernen Motoren auch vertragen. „Ansonsten empfiehlt es sich, gleichmäßig und vorausschauend zu fahren, größeren Abstand zu halten und beim Spurwechsel das sogenannte Reißverschlussverfahren anzuwenden“, betonte Kraus, der Kreisvorsitzender des ACE für Göppingen-Esslingen ist. Den Motor abzuschalten, wo es sinnvoll ist, Ballast und ungenutzte Dachaufbauten zu entfernen, optimalen Reifendruck einzustellen und Nebenaggregate wie die Klimaanlage gezielt einzusetzen, böten weiteres Potential zur Kraftstoffersparnis.

„Es fällt sehr schwer, zu glauben, dass zwischen den Mineralölkonzernen wirklich ein Preiswettbewerb stattfinden soll“, fasste Kraus schließlich seine bisherigen Erfahrungen mit dem Benzinpreisvergleich des ACE an den Eislinger und Salacher Zapfsäulen zusammen. In der Regel hätten die vier großen Gesellschaften grundsätzlich jeweils die gleichen Preise, sodass er nach wie vor von gesetzlich verbotenen Absprachen ausgehe. Auffällig wäre weiter, dass die Preise von Donnerstag auf Freitag jeder Woche einen enormen Sprung nach oben machten.

„Hier wird versucht, die Autofahrer vor dem Wochenende noch gründlich abzuzocken“, analysiert Kraus. Die Autofahrer hätten deshalb nur eine einzige Möglichkeit, darauf wirksam zu reagieren: jeweils die günstigste Tankstelle nutzen. Welche dies jeweils sei, könne über www.eislingen-online.de täglich abgerufen werde n. Dort sind die aktuellen Preise der

Tankstellen in Eislingen und Salach sowie von zwei Tankstellen in Göppingen aufgelistet. „Erst klicken, dann tanken“, lautet das griffige Motto der ACE Empfehlung. Und: „Donnerstags erst klicken – dann tanken!“

Sonntag, 5. Oktober 2007

SPD VOTIERT FÜR MÜHLBACHKREISEL

Die Stadträte der SPD haben sich beim Roten Treff ihrer Partei am Donnerstagabend vehement für den Bau einer Kreisverkehrsanlage an der Einmündung der Mühlbach- in die Stuttgarter Straße ausgesprochen. Sie lehnten den Verwaltungsvorschlag entschieden ab, dort eine sogenannte T-Einmündung mit Warteschleifen zu belassen. „Ein Kreisel an dieser Stelle kann signalisieren, dass hier die Innenstadt beginnt“, sagte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm und der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz stellte fest, dass an dieser Stelle durch einen Kreisverkehr ein besserer Verkehrsfluss und mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erreicht werden könne.

Peter Ritz zeigte in seiner Einführung zu einer lebhaften Diskussion kurz- und mittelfristige städtebauliche, verkehrstechnische und die Innenstadt gestaltende Maßnahmen auf, mit denen Eislingen nach dem Rückbau der alten B 10 ein neues und attraktiveres Gesicht bekommen soll. In diesem Zusammenhang schlagen die Gutachter vor, die Unterführung an der HirschKreuzung zuzuschütten, aber den Radfahrern auf dem dort geplanten Kreisverkehr auf Straßenniveau eine eigene Spur einzuräumen. „Wenn durch West- und Osttangente der Schwerlastverkehr und viel Ziel- und Quellverkehr abgewickelt werden kann, kann der Bereich Hirsch-Kreuzung städtebaulich aufgewertet werden“, sagte Ritz. Auch über den langfristig vorgeschlagenen Abriss der Überführungsbrücke und die Alternative eines Unterführungsbauwerks wurde diskutiert und die bauliche Gestaltung anhand von Plänen erörtert. Eva Rieg wies darauf hin, dass die künftige Rad- und Fußgängerunterführung im Bereich des Bahnhofsvorplatzes nochmals überarbeitet werden müsse. Eine Schlucht dürfe dort nicht entstehen.



Abbildung 88 - Steht die Brücke vor dem Abriss?

Stadträtin Dr. Heide Kottmann wies auf die Pläne zur Neugestaltung des Platzes an der Lutherkirche hin und betonte, dass nach dem Kreiselbau eine attraktive Fläche für ein Wohn- und Geschäftshaus entstehen könnte. Nach dem Rückbau der B 10 alt böte sich eine große Chance, diesen Bereich aufzuwerten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende berichtete weiter, dass die B 10 neu bis in 2 Jahren bis zur Schlater Straße weitergebaut werde, sodass eine erhebliche Entlastung der Kreisstraße 1404 (Zubringer) zu erwarten sei. Ritz bedauerte, dass für den Rückbau von Ulmer und Stuttgarter Straße zu einer innerörtlichen Verbindung keine Bundeszuschüsse zu erhalten sind, obwohl der Bund als Straßenbaulastträger der alten B 10 sozusagen Verursacher der zu sanierenden Situation gewesen sei. Allerdings werde die Stadt Eislingen für diese Maßnahme Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erhalten können. …

Weitere Themen beim Roten Treff war der Vorschlag, die Radwegverbindung von Eislin-

gen-Süd nach Göppingen durch zu binden sowie die Aufnahme in den Landschaftspark Fils zu beantragen.

Schließlich wurde über eine in der Diskussion befindliche Anbindung an den Stauferpark mittels eines Fußgängerwegs in der Verlängerung der Ziegelhaldenstraße gesprochen. „Allerdings müsste hierbei der Steinenbach geschützt und dort eine Brücke gebaut werden“, sagte Stadtrat Ritz. „Auch eine neue Treppenverbindung von der sogenannten Blauen Brücke hinauf in das Gebiet Strutt zum Höhenweg wäre eine Bereicherung“, fügte Dr. Heide Kottmann hinzu.

Stadtrat Hartmut Komm bedauerte, dass das Straßenverkehrsamt an der Steinbeis-/Stuttgarter Straße den Bau eines Kreisverkehrs ablehne. „Nirgendwo wäre er so wichtig und so sinnvoll, sagte der SPD-Chef Eislingens. Begrüßt wurde einhellig die Kreisverkehrsanlage an der Einmündung Hindenburgstraße auf die Nordverbindung, die, so Komm, ähnlich wie der geforderte Kreisverkehr an der Mühlbachstraße, eine wichtige Signalfunktion für den dort beginnenden Innenstadtbereich ausüben werde. Peter Ritz betonte schließlich die Notwendigkeit einer direkten Anbindung des OBI-Markts mit einer Ausfädelspur, was die dort latenten Gefahren beseitigen könnte. Soweit für die angesprochenen Projekte Pläne zur Verfügung standen, wurden diese herum gereicht, sodass sich die Gäste deer SPD ein konkretes Bild von den Absichten des Gemeinderats bzw. des Stadtbauamtes machen konnten. „Ich bin sicher, dass Eislingen in kurzer Zeit erheblich an Attraktivität gewinnen wird“, zeigte sich Hans-Ulrich Weidmann optimistisch. Dem stimmten Konrad Dießenbacher und Walter Auer zu und machten mehrere Anregungen, die die SPD-Stadträte aufgriffen und bei den Beratungen im Gemeinderat berücksichtigen wollen.



Abbildung 89 -SPD-Kreiskonferenz November 2007

Dienstag, 13. November 2007

„LÄNGER GEMEINSAM LERNEN“

Der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich, Salach, hat sich beim jüngsten „Roten Treff“ der Eislinger SPD für längeres gemeinsames Lernen und verstärkte individuelle Förderung an den Schulen ausgesprochen. Der neue Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Edi Neuffer, beanstandete, dass der Förder- und Stützunterricht in den Schulen nur auf niedrigstem Niveau angeboten werde. In der Diskussion sprachen sich Teilnehmer für eine stärkere Aufklärungsarbeit über ein zukunftsgerichtetes Bildungswesen aus.

MdL Peter Hofelich listete auf, was sich trotz hartnäckiger Gegenwehr von CDU und Kultusverwaltung im Lande endlich bewege: „Das von der rot-grünen Bundesregierung noch initiierte Investitionsprogramm hat zahlreiche neue Ganztagesschulen ermöglicht. Über vielerlei Anstrengungen wird jetzt von Städten und Gemeinden mehr Betreuung rund um die Schule organisiert“. Ferner gewinne, so Hofelich, die Diskussion um eine 6-jährige Grundschule an Fahrt. Der SPD-Abgeordnete zeigte sich sicher, dass die Gemeinschaftsschule kommen wird und flexible Bildungsabschlüsse möglich gemacht werden.

Der GEW-Funktionär Edi Neuffer setzte sich mit den Schulversuchen der CDU auseinander. „Es gibt dort nix, was es nicht gibt, aber nix G'scheites", erklärte der neue Kreisvorsitzende der GEW und betonte, dass ein gutes Bildungswesen eben etwas koste. Zur aktuellen Unterrichtsversorgung wusste er aus der Praxis zu berichten: „Die Pflichtstunden sind zum Schuljahresbeginn abgedeckt gewesen. Aber der Förder- und Stützunterricht ist minimiert". Von einer guten Versorgung könne deshalb nicht gesprochen werden, da sich erfahrungsgemäß über das Schuljahr die Probleme des Unterrichtsausfalls wieder aufbauen würden.

In der lebhaften Diskussion erklärte Stadtrat und Realschullehrer Bruno Mörixbauer, dass die Realschulen als erfolgreiche Schulart nicht den Eindruck haben dürften, sie würden mit ihrem Angebot in einer Gemeinschaftsschule nicht mehr erkennbar sein. Die Debatte über die Frage, ob eine sechsjährige Grundschule oder eine neunjährige Gesamtschule die bessere Lösung sein könne, müsse intensiv geführt werden. Mörixbauer betonte, dass ein dezentrales Schulangebot erhalten bleiben müsse.

SPD-MdL Peter Hofelich erklärte: „Wir wollen in Baden-Württemberg das Thema `Bildungsaufbruch' in der Bürgerschaft verankern. Eine Reformblockade durch die CDU können wir uns nicht mehr leisten. Wir brauchen ein zukunftsfähiges Bildungssystem im Land!"

Donnerstag, 15. November 2007

MIT PARTEICHEF BECK EINIG

Die Sozialdemokraten im Ortsverein Eislingen sind mit Kurt Becks Entscheidung, nach dem Rücktritt von Franz Müntefering nicht in die Bundesregierung zu wechseln, einverstanden und halten sie für strategisch sinnvoll. Dies ergab eine Diskussion anlässlich der Vorstandssitzung der Eislinger SPD am Mittwochabend im „Waldhorn". Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm nahm eine kurze Bewertung des Hamburger Parteitags vor und erklärte, dass die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes zentrales Anliegen der Sozialdemokraten bleibe.

Der Rücktritt von Franz Müntefering als Vizekanzler und Ar-beitsminister wurde sehr bedauert, aber vor dem Hintergrund der persönlichen Gründe akzeptiert. Walter Auer sagte, Müntefering habe sich für die Verwirklichung sozialdemokratischer Reformen intensiv eingesetzt. Angela Schirrling betonte, ohne Müntefering wäre 2005 eine Große Koalition auf gleicher Augenhöhe nicht zustande gekommen.

Die Eislinger SPD hofft, dass es dem künftigen Vizekanzler und Außenminister Frank-Walter Steinmeier gelingt, weiterhin sozialdemokratische Politik wirkungsvoll in der Bundesregierung zu vertreten. Die bevorstehende Berufung von Olaf Scholz als Arbeitsminister steht nach Meinung der Eis-linger Sozialdemokraten für Erfahrung und Kontinuität.

Stadtrat Peter Ritz würdigte den Hamburger Parteitag als „historisch" und stellte mit Genugtuung fest, dass dort auch Eislinger Anträge eingebracht und positiv berücksichtigt worden sind. In einer Mitgliederversammlung im kommenden Jahr will die SPD Eislingen überlegen, wie die Inhalte griffig und eingängig, so eine Forderung von Konrad Dießenbacher, aufbereitet und bekannt gemacht werden können.

„Der globale Kapitalismus benötigt soziale und demokratische Spielregeln", sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann; sie hält es für notwendig, dass der wirtschaftlichen Globalisierung nun auch eine politische folgen müsse. Die internationalen Institutionen müssten so umgebaut

werden, dass auch Entwicklungsländer faire Chancen hätten.

Freitag, 7. Dezember 2007

VVS: MITGLIED WÄRE ATTRAKTIV

Der Geschäftsführer des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart (VVS), Dr. Witgar Weber, machte beim „Roten Treff“ den Eislinger Sozialdemokraten sozusagen den Mund wässerig, in dem er die fast 30-jährige Entwicklung des VVS als eine Erfolgsgeschichte beschrieb und eine in Zukunft denkbare Mitgliedschaft des Stauferkreises im Nahverkehrsnetz des Großraumes Stuttgart als eine attraktive Möglichkeit darstellte. Zunächst müsse aber die Machbarkeitsstudie für eine Verlängerung der S-Bahn bis Göppingen/Geislingen abgewartet werden, um eine vernünftige Entscheidungsgrundlage zu gewinnen.

Dr. Witgar Weber gab einen kompakten Überblick über die Geschichte des Stuttgarter Verkehrsverbundes, der die gesamte Region Stuttgart, allerdings mit Ausnahme des Kreises Göppingen, umfasse und täglich mit den verschiedenen Verkehrsmitteln des ÖNPV rund 1 Million Einzelfahrten schnell und preiswert bewältige. „Rein rechnerisch fahren die Fahrgäste mit dem VVS täglich sechs Mal um die Welt“, machte Dr. Weber die Dimension der Verkehrsleistung deutlich. Die Idee des VVS sei bereits im Jahre 1968 geboren und zum 1. Oktober 1978 realisiert worden. Das Prinzip „1 Fahrschein – 1 Preis – 1 Fahrplan“ habe sich bewährt, so Weber.

Das S-Bahn-Netz in der Region Stuttgart wird in den nächsten Jahren um die Strecke von Plochingen nach Kirchheim/Teck, die Verbindung von Böblingen über Sindelfingen nach Renningen (S 60) und die Strecke von Marbach nach Backnang (S4) erweitert. Weber vermutete, dass eine Realisierung einer S-Bahn in den Stauferkreis Göppingen frühestens erst nach der Fertigstellung des Bahnhofs- und Schnellbahnprojekts „Stuttgart 21“ in die Tat umgesetzt werden könnte. Dafür seien vergleichsweise geringe Investitionskosten anzunehmen, da im Prinzip die erforderliche Schieneninfrastruktur bereits vorhanden sei. Eine Tarifintegration wäre auch früher machbar.

„Am Stuttgarter Verkehrsverbund sind gegenwärtig 40 Verkehrsunternehmen beteiligt“, sagte Dr. Weber und erläuterte, dass die Einnahmen nach einem komplexen System an die einzelnen Verkehrsträger verteilt würden. Der VVS nehme etwa 60 Prozent der tatsächlichen Kosten ein, die Differenz werde durch Ausgleichsleistungen der Öffentlichen Hand aufgebracht.

Der VVS rechnet damit, dass das Jahr 2007 mit einem Fahrgastvolumen von 340 Millionen Fahrgästen abschließen wird. Die am VVS beteiligten Kreise und Gemeinden bringen pro Einwohner und Jahr etwa 50 Euro auf, in Stuttgart liege der Aufwand eher beim Doppelten. „Weber erläuterte die Tarifstruktur des VVS und wies darauf hin, dass für Behinderte, Studenten, Schüler und Senioren erhebliche Rabatte gewährt würden, ebenso für die Firmenticket-Kunden. Großen Anklang habe das sogenannte „9 Uhr-Umwelt-Ticket“ gefunden, das Fahrten im Verbund ab 9 Uhr bis Betriebsschluss zu erheblich reduzierten Preisen ermögliche. Dr. Weber hob ferner hervor, dass das im Zusammenhang mit Großveranstaltungen, wie zum Beispiel Messen, Konzerten oder Fußballspielen besonders günstig sei. im Daimler-Stadion habe das Kombiticket sehr gut eingeschlagen. Etwa 60 Prozent der Fußballfans würden mit dem ÖNPV zum Stadion fahren. „Wir arbeiten an einem erweiterten Kombi-Ticket, das künftig alle Großveranstaltungen im Neckar-Park erfassen soll“, führte Weber weiter aus. …

„Nach alledem müsste auch der Kreis Göppingen an einer weiteren Einbeziehung in den VVS interessiert sein“, meinte Weber, wenngleich er die damit verbundenen Probleme nicht ignorieren wollte. Es sei klar, dass das Angebot an Nahverkehrsleistungen und günstigen Tarifen im Kreis Göppingen nur schrittweise an das Niveau in der Region herangeführt werden könne. „Daran muss aber weiterhin intensiv gearbeitet werden“, sagte Weber und bedauerte, dass es für den Stauferkreis zwar gemeinsame Tarifangebote, aber noch kein Ticket gebe, das die Bahn einschließe. Wünschenswert sei auch, dass die Verkehrsgemeinschaft Stauferkreis das Baden-Württemberg-Ticket auf seinen Linien anerkenne.

„Nicht nur als Geschäftsführer des VVS, sondern auch als Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs bin ich überzeugt davon, dass ‚Stuttgart 21‘ eine erhebliche Verbesserung der Nahverkehrsleistungen mit sich bringen und sich als Zukunftsinvestition für Stuttgart und seine gesamte Region nachhaltig lohnen wird“, bekannte sich Weber uneingeschränkt zu dem Projekt.

2008

Samstag, 12. Januar 2008

HILDE MATTHEIS BEIM NEUJAHRSEMPFANG

2008 wird ein Sozialdemokratisches Jahr..und Politik muss Spaß machen, so Hilde Mattheis, Ulmer Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, beim Neujahrsempfang der Eislinger SPD in der Stadthalle.



Abbildung 90 - Hilde Mattheis beim Neujahrsempfang

Dieses Motto haben nach dem offiziellen Teil zwei Eislinger sehr wörtlich genommen, wie man/frau sieht.In ihrer Neujahrsrede in Foyer der Stadthalle nahm Hilde Mattheis deutlich Stellung zu den aktuellen Themen. Der Bundesparteitag in Hamburg habe das Bild der SPD wieder in die richtige Spur gebracht. Bei Bürgerversicherung, Mindestlohn und Abfederung von ALG2 werde die SPD in der großen Koalition ihr Profil als Partei der Gerechtigkeit zeigen.
Bei Kinder- und Jugendbetreuung hat die Bundesregierung die Weichen für eine Verbesserung des Angebots gestellt. Sie zeigte sich erfreut darüber, daß dieses Angebot in Eislingen auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Peter Ritz hatte in seinem Grußwort hervorgehoben, daß in Eislingen für alle Schulen ein Mittagsessenangebot eingeführt wird oder wurde. Bürgermeister Frank spannte in seinem Grußwort einen Bogen vom Beginn seiner Amtszeit bis heute und freute sich besonders darüber, daß er zusammen mit dem ebenfalls anwesenden Finanzbeigeordneten Steiner seinem Nachfolger eine Gemeinde mit geordneten Finanzen übergeben kann.

Die Veranstaltung wurde von Franziska (Flöte) und Dieter Läßle (Klavier) musikalisch umrahmt.



Abbildung 91 - Neujahrsempfang 2008

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm dankte zum Schluss allen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wieder zum Gelingen des einzigen Neujahrsempfangs in der Stadt Eislingen beigetragen haben. Im Anschluss wurde wieder das traditionelle reichhaltige SPD-Neujahrsbuffet gereicht.

Sonntag, 25. Februar 2008

IM FRÜHLING STATT IM WINTER

Die Winterwanderung der Eislinger SPD ist am Samstag zum Frühlingsspaziergang mutiert. Bei angenehmen Temperaturen und herrlichem Sonnenschein machten sich die Sozialdemokraten unter Führung von Walter Auer auf den Weg in „Eislingens Osten“. Ziele der Exkursion waren der neue Penny-Markt auf dem früheren Kaliko-Gelände, der künftige Standort der Osttangente und die fertiggestellte Brücke für die Fortführung der B 10 neu sowie die Saurierbrücke.

Nicht alle Teilnehmer kannten den Fußweg zwischen der Wilhelmstraße und der Saarsiedlung, der an der Fils entlang führt. Dort erläuterte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz, an welcher Stelle und in welcher Weise hier die Osttangente, eine Verbindungsstraße zwischen Salacher- und Ulmer Straße, im Jahr 2010 gebaut werden soll. Die Straße wird die Fils über- und die Bahnlinie unterqueren und einen direkten Anschluss der Firmen Holz-Koch und Bucher ermöglichen, sodass „weit weniger Lastverkehr über die Überführung am Bahnhof fahren wird“, sagte Ritz. Für Eislingen bedeute die Osttangente einen weiteren wichtigen Schritt zur Bewältigung der vorhandenen Verkehrsprobleme. Er sei zuversichtlich, so Ritz, dass auch die Anwohner letztlich zur Akzeptanz dieses wichtigen innerstädtischen Verkehrsprojekts finden werden.

Zweite Station der Wanderung der Sozialdemokraten war die fertiggestellte Brücke im Zuge des Weiterbaus der B 10 neu von Eislingen-Ost bis Süßen-West. Walter Auer erläuterte, dass der nächste Bauabschnitt bis zur Schlater Straße reichen werde und die Ausschreibung hierfür laut Presseberichten im April 2008 erfolgen würde. Baubeginn soll dann im August 2008 sein. Die Kosten für diesen relativ kurzen Abschnitt belaufen sich auf 1,1 Millionen Euro.

Im darauf folgenden Bauabschnitt, so berichtete Walter Auer weiter, werden zunächst zwei große Brücken im Schlater Wald gebaut mit Längen von 170 bzw. 120 Metern und beide 13 Meter hoch. Mit den Bauwerken werden der Schlater Tobel und der Frankentobel überwunden; es handele sich dabei um die beiden Quellarme des Schweinebachs, der entlang der jetzigen B 10 fließe, sich auf Höhe des Eichenbachstadions mit dem Aubach verbinde und in der Saarsiedlung in die Fils münde.

„Weitaus tiefer in die Tasche greifen muss der Bauherr Bund für den Abschnitt von Süßen-West bis Süßen-Ost“, kündigte Walter Auer an. Die bisherigen Kostenschätzungen belaufen sich für die 3,6 km lange Umfahrung Süßen auf 41 Millionen Euro. Auch dort gibt es eine Querspange zur alten B 10 und schließlich kommt es in Süßens Osten zu einem Anschluss der B 466 von Donzdorf her an die neue B 10. „Erst wenn die Umfahrung Süßen fertig ist, kann Eislingen eine weitere Entlastung um den Verkehr aus dem und in das Lautertal erwarten“, schätzte Walter Auer die künftige Situation ein.



Abbildung 92 - Winterwanderung 2008

Historisches hatte Walter Auer auf der Strecke zu den Näherhöfen auf Lager. Er berichtete, dass einst ein sich vom Riedwald bis zum Buchrain erstreckendes durchgängiges Waldstück mit dem Namen „Breitenlauch“ vorhanden gewesen sei, wo heute nur noch Felder und Wiesen liegen. Ursprünglich, so erfuhren die SPD-Wanderer, gehörte das Gebiet den Grafen von Helfenstein. „Diese waren aber hoch verschuldet, weshalb sie das Land im Jahr 1396 an die Freie Reichsstadt Ulm verkaufen mussten“, erläuterte Walter Auer. Allerdings habe es danach ziemliche Reibereien gegeben, weil die von den Helfensteinern ererbte Forsthoheit von den bayerischen Kurfürsten reklamiert wurde, andererseits aber das Jagdrecht an die Grafen von Rechberg verpachtet war. „Weil sich dann keiner so

richtig um den Wald kümmerte, holten die Eislinger heimlich im Wald ihr Brennholz“, rief Auer in Erinnerung.

Die SPD-Mitglieder staunten nicht schlecht, als Walter Auer ihnen zeigte, wo somit die frühere bayerische Grenze verlief, denn Ulm, dem das Gelände gehörte, wurde durch Napoleon 1806 nach Bayern einverleibt. „Doch das bayerische Königshaus hatte auch Geldsorgen und verkaufte die Ländereien 1807 an das Oberforstamt Geislingen, welches das Gebiet in Parzellen aufteilte und an interessierte Landwirte verkaufte“, beschrieb Auer den geschichtlichen Ablauf. Wer und wann das war, hatte er sich aus Eislingens Chronik herausgesucht und unterhaltsam präsentiert.

Ein paar hundert Meter weiter erfuhren die Teilnehmer der SPD-Wanderung, dass sich im östlichen Riedwald der Wasserbehälter für den Eislinger Stadtkern und die Südstadt befindet und in zwei Kammern 5000 Kubikmeter fasst. Die Behälter sind, so Auer, ständig in Betrieb und werden nachts mit dem Grundwasser aus Eislinger Markung oder von der Kornberggruppe wieder vollgepumpt.

Die SPDler staunten nicht schlecht, als sie bei der Saurierbrücke von Anni Dießenbacher mit Kaffee und Kuchen überrascht wurden und somit ein unverhofftes Picknick genießen konnten. Der Beifall für die hervorragende Organisation der Wanderung, die schließlich über „Eislingens Stäffele“ ins FC-Heim zum gemütlichen Ausklang führte, war Walter Auer somit gewiss.

Dienstag, 7. März 2008

VERKEHRSTECHNISCH GUTE LÖSUNG

Die Eislinger Sozialdemokraten halten den in Angriff genommenen Neubau der Hindenburgstraße und der Kreisverkehrsanlage an der Einmündung zur Jahn-/Christophstraße für eine gelungene Planung, von der sie sich eine Aufwertung des Quartiers versprechen. SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Ritz zeigte sich zufrieden, dass von der Planungsalternative einer „Schnellstraße, die von Göppingen her in die Stadt hinein geführt hätte“, abgesehen wurde.

„Die jetzt begonnene Baumaßnahme führt zu einer verkehrs- und menschengerechten Situation und bedeutet eine städtebaulich attraktive Aufwertung“, sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Ihre Kollegin Angela Schirrling verwies darauf, dass in der Hindenburgstraße durch den Ausbau zusätzliche Parkplätze entstünden, die für Besucher der umliegenden Läden und Betriebe vorteilhaft seien.

Eine lebhafte Diskussion gab es beim Roten Treff zu der Frage, ob und mit welcher Kunst der neue Kreisel ausgestattet werden solle. Vorschläge aus dem Besucherkreis gingen dahin, ein Kunstwerk auszuwählen, das einen Bezug zu dem lokalen Gewerbe herstellen könnte.

Peter Ritz berichtete über die Lage der Eislinger Wasserversorgung und lobte die Betriebsführung durch Herrn Beißwenger und sein Team. „Was sich hier in den letzten Jahren entwickelt hat, ist die klassische Alternative zur Privatisierung der Wasserversorgung“, erklärte Ritz. „Es geht so auch und sogar recht erfolgreich“, sagte der SPD-Kommunalpolitiker dazu.

Sonntag, 16. März 2008

INNOVATIVE VORSCHLÄGE ERWARTET

Die SPD Eislingen erhofft sich von dem bevorstehenden Stadtplanungswettbewerb für die Innenstadt innovative Vorschläge. Dabei erwartet sie insbesondere Gestaltungsideen für die Bereiche um das künftige neue Rathaus und die Lutherkirche, aber auch für das Haug-

Areal und die Hirsch-Kreuzung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz berichtete in der Jahreshauptversammlung der Eislinger SPD über die jüngsten Entwicklungen und die geplanten weiteren Schritte.

Ritz begrüßte, dass der Rückbau der B 10 alt zwischen Mühlbach- und Holzheimer-Straße demnächst in Angriff genommen werde und damit ein erster Schritt zur Neugestaltung der Stuttgarter Straße getan werde. Die vorgesehene Maßnahme ermögliche, dem Bereich den Charakter einer Allee zu verpassen und mehr Raum für die benötigten Parkplätze zu schaffen. Auf einen breiten Radfahrweg soll nach Ansicht der SPD verzichtet und dieser Verkehr durch die Ludwigstraße geleitet werden.

Zuvor hatte der Ortsvereinsvorsitzende der Sozialdemokraten, Hartmut Komm, einen Rechenschaftsbericht über das letzte Jahr abgegeben und die zahlreichen Aktivitäten in einem Power-Point-Vortrag aufgelistet. Er erwähnte den Beitrag des Ortsvereins zum Hamburger Grundsatzprogramm der SPD, das Brunnenfest, das auch in diesem Jahr zusammen mit einigen Partnern wieder zur Durchführung kommt, sowie die Beteiligung am Weltkindertag. Eine Erfolgsgeschichte sei, so Komm, vor allem aber die seit 10 Jahren laufende monatliche Veranstaltung „Roter Treff“. Erwähnung fand auch die jährliche Winterwanderung der SPD. Die Zusammenarbeit mit den SPD-Ortsvereinen Salach und Süßen wurde vereinbart und wird ihren Ausdruck in gemeinsamen Veranstaltungen finden.

Leider konnten die beiden Jubilare, die die SPD für langjährige Mitgliedschaft ehren wollte, nicht an der Versammlung teilnehmen. Der Ortsvorsitzende wird deshalb in geeigneter Weise die Jubilare, nämlich Hermann Rupp mit 40jähriger und Joachim Junger mit 25jähriger Zugehörigkeit zu den Sozialdemokraten, entsprechend würdigen.

Die Eislinger SPD verzeichnet gegenwärtig 72 Mitglieder. Den Kassenbericht erstattete Konrad Dießenbacher, der von geordneten und soliden Finanzen berichtete. Barbara Nürk beantragte als Revisorin die Entlastung des Kassiers sowie der gesamten Vorstandschaft. Diese wurde einstimmig erteilt. Die Revisoren Bürk und Römer wurden in ihrem Ämtern bestätigt.

Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden gewählt: Peter Ritz, Marlies Wahl, Sayed Mohamed, Harald Kraus, Leni Breymaier und Dr. Heide Kottmann. Ersatzdelegierte sind Walter Auer, Hartmut Komm und Yüksel Özer.

Samstag, 31.Mai 2008

BRUNNENFEST 2008

Seit 18 Jahren ist der Park am Ludwig-Uhland-Brunnen in der Talstraße einmal im Jahr Festplatz für eines der gemütlichsten Gartenfeste in Eislingen. Dieses Jahr laden als



Veranstalter die Fußballjugend des ASV, der SPD Ortsverein und der Türkische Kulturverein Eislingen ein. Der traditionelle Fassanstich durch Bürgermeister Frank findet am Samstag, den 31. Mai um 15:00 Uhr statt.
Sowohl zum Wettbewerb um den Bürgermeister-Frank-Pokal am Samstag ab 15:30 Uhr, als auch zu den Spielen um den Eislingen-Online-Pokal am Sonntag ab 14:00 Uhr haben sich schon jetzt viele Prominente angekündigt. Der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich, SPD-

Fraktionsvorsitzender Peter Ritz, Verdi-Landeschefin Leni Breymaier sind nur einige der bisher gemeldeten prominenten Spielerinnen und Spieler. Anmeldungen können online unter www.eislingen-online.de oder direkt beim Brunnenfest bis eine halbe Stunde vor Spielbeginn abgegeben werden.



An beiden Tagen freuen sich die teilnehmenden Vereine den Gästen Kaffee und Kuchen, Getränke, Grillspezialitäten, sowie türkische Speisen anbieten zu können.
Für Lagerfeuerromantiker brennt am Samstag ab 18:00 Uhr das Lagerfeuer um sich zur Grillwurst noch ein Stockbrot backen zu können.



Abbildung 93 - Brunnenfest 2008 Fassanstich7.Juli 2008

Mittwoch, 22. Oktober 2008

EISLINGER FRIEDENSBAUM

Aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der Menschenkette, deren geographischer Mittelpunkt Eislingen zwischen Neu-Ulm und Stuttgart bildete, wurde jetzt an der Friedenslinde im EKG-Schulhof eine Erinnerungstafel enthüllt.



Abbildung 94 - Tafel Eislinger Friedensbaum

Die Friedenslinde wurde nach erfolgreichen Abschluss der Menschenkettenaktion zur Erinnerung im Jahr 1984 gepflanzt. Jetzt nach 25 Jahren sollte eine Infotafel über die weltweit beachtete Aktion erinnern, so die Idee von Peter Ritz und Hans-Ulrich Weidmann. Beide haben das Projekt finanziert und mit Unterstützung des Eislinger Bauhofs konnte die Aufstellung durchgeführt werden.Im Beisein von Bürgermeister Frank, der damals der Pflanzaktion aktiv beiwohnte, wurde die Tafel enthüllt.



Beim anschließenden Treffen im Cafe Damiano schwelgten Teilnehmerinnen und Teilneh-

mer bei Kaffee und Kuchen in Erinnerung an diese bisher in Deutschland einmalige Aktion.

Sonntag, 16. November 2008

AN DIE MENSCHENKETTE ERINNERT

n die von der Friedensbewegung vor 25 Jahren zwischen Stuttgart und Ulm gebildete Menschenkette wollen die SPD-Ortsvereine Eislingen, Süßen und Salach mit einer Veranstaltung am Freitag, 21. November 2008 erinnern. Am 22. Oktober 1983 zeigten unzählige Bürgerinnen und Bürger den damals Regierenden in Ost und West unübersehbar ihren Friedenswillen und ihre Ablehnung gegenüber neuen Atomwaffen.



Abbildung 95 - Menschenkette 1983

Wie die SPD in einer Pressemitteilung schreibt, machten damals auch viele Friedensbewegte im Kreis Göppingen von Geislingen bis Ebersbach am Zustandekommen der eindrucksvollen Demonstration mit. Die Sozialdemokraten stellen in ihrer Einladung zu dem Informationsabend fest, dass 20 Jahre nach dem Fallen des Eisernen Vorhangs noch immer Atomwaffen vorhanden sind und eine erneute Hochrüstung mit atomaren Waffen drohe.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung soll, so die SPD, eine Rückschau auf das damalige Geschehen und den aktuellen Stand der Atomwaffenpolitik stehen. Tobias Bollinger (23) aus Ebersbach, Aktivist der Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei!“ sowie Mitglied der Friedenswerkstatt Mutlangen steht als Referent zur Verfügung. Er hat an mehreren UN-Konferenzen und Aktionen teilgenommen. Der Student an der Fachhochschule Nürtingen-Geislingen will insbesondere auf die Dringlichkeit neuer Abrüstungsimpulse aufmerksam machen.

Sören Widmann aus dem SPD-Ortsverein Salach wird die Einrichtung von atomaren Abwehrsystemen in Polen und Tschechien beleuchten. Die Veranstaltung findet am 21.11. um 19.30 Uhr im Gasthaus Hirsch in Süßen statt.

Mittwoch, 10. Dezember 2008

KLARHEIT ÜBER PENDLERPAUSCHALE

Der SPD-Ortsverein Eislingen hat in einer Presseerklärung die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale ausdrücklich begrüßt und als ein positives Konjunktursignal bezeichnet. SPD-Chef Stadtrat Hartmut Komm erklärte für die Eislinger Sozialdemokraten, dass mit dem Urteil endlich Rechtsklarheit geschaffen worden sei und rund 20 Millionen Pendler nunmehr rückwirkend ihre in den Jahren 2007 und 2008 zu viel gezahlten Steuern zurück erhalten würden.

„Damit ist eine Gerechtigkeitslücke geschlossen worden“, sagte Komm und begrüßte die Ankündigung des Bundesfinanzministers Steinbrück, die Rückzahlungen im ersten Quartal 2009 zu veranlassen. „So werden bis zu drei Milliarden Euro wieder bei den Pendlern ankommen“, erklärte der Eislinger SPD-Vorsitzende. „Die schnelle Rückzahlung wird für die Konjunktur einen wichtigen Anreiz schaffen“, erklärte Komm weiter.

Aus Sicht der SPD Eislingen ist zunächst offen, wie die Neuregelung der Pendlerpauschale ab 2010 aussehen soll. „Wir begrüßen, dass die Bundesregierung für 2009 die alte Regelung aufrecht erhalten wird“, sagte Komm dazu. Wichtig sei, so Komm, dass eine verfassungsfeste Regelung gefunden wird, die die Arbeitnehmerschaft gleich und vor allem gerecht behandele.

Montag, 22. Dezember 2008

KOMPETENZ STATT BEHÄBIGKEIT

„Der drohenden Wirtschaftskrise muss im Stauferkreis mit massiven öffentlichen Investitionen getrotzt werden“. Dies erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Hofelich beim jüngsten „Roten Treff“ der Eislinger SPD. Im Filstal bestehe bei Straßen und Gebäuden ein überdurchschnittlicher Modernisierungsbedarf. „Ein beherztes Investitionsprogramm des Landes könnte hier helfen“, sagte Hofelich.

Peter Hofelich will der Krisenbeschwörung aktive Politik entgegengesetzt wissen. Das gesamte Land Baden-Württem-berg durchlitte aufgrund der starken industriellen Ausrichtung Konjunkturtäler stärker und tiefer als andere Wirtschaftsräume. „Deshalb brauchen wir am Bau, aber auch in der verarbeitenden Industrie kräftige Gegenimpulse. Die Landtagsfraktion der Sozialdemokraten, so Hofelich weiter, habe vorgeschlagen, die Reparaturen an Landesstraßen und auf Strecken des Öffentlichen Nahverkehrs gezielt voran zu treiben. Die vom Land gebildeten Rücklagen müssten jetzt für ein landesweites Investitionsprogramm genutzt werden. „Dies darf nicht nur als Strohfeuer, sondern muss nachhaltig geschehen“, betonte Hofelich. Flankierend sollten nach Auffassung des Abgeordneten „die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft, nämlich die fleißigen und pflichtbewussten Arbeitnehmer und ihre Familien entlastet werden“.

In seiner Halbzeitbilanz der Legislaturperiode des gegenwärtigen Landtags begründete Hofelich den Wunsch seiner Partei, die Studiengebühren wieder abzuschaffen und den beitragsfreien Kindergarten schrittweise einzuführen. „Die CDU/FDP-Regierung muss aufhören, die Menschen im Land mit Sonderlasten zu ärgern“, sagte Hofelich. „Wir brauchen ein sozial verantwortliches Umdenken; nur dann können wir die wirtschaftliche Stärke unseres Landes bewahren“.

„Die Landesregierung hat Baden-Württemberg in selbstgefällige Behäbigkeit und bürokratische Lethargie geführt. Dagegen brauchen wir einen ökologisch vernünftigen Aufbruch, der uns die wirtschaftliche Stärke erhält und sichert“, fasste Hofelich seine Generalkritik zusammen. „In Baden-Württemberg brauchen wir den Willen zur Kompetenz und den Mut, etwas zu bewegen statt nur zu verwalten“, hob Hofelich hervor.

Zur Absicht des Landes, keine Bundeshilfen für die angeschlagene Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) in Anspruch zu nehmen, sagte Hofelich: „Da kämen uns die Zinslasten für das verliehene Geld zu hoch und wir wären nicht mehr Herr im eigenen Haus“.

2009

Samstag, 24. Januar 2009

„KONJUNKTURPAKET UMSETZEN!“

„Das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung will einen Schutzschirm für Arbeitsplätze bilden. Dafür sind massive öffentliche Investitionen, aber auch Anreize für die Verbraucher vorgesehen. Entscheidend ist, dass das Programm zügig umgesetzt und nicht zerredet wird. Im Kreis Göppingen können wir profitieren, wenn wir klar definierte Projekte zu bieten haben“. Dies erklärte der SPD-Landtagsabge-ordnete Peter Hofelich in einem Rundbrief an seine Parteifreunde.“

Über massive öffentliche Investitionen die soziale, ökologische und verkehrliche Infrastruktur unseres Landes zu stärken, sei die Grundidee des zweiten Konjunkturpaketes, so Hofelich. Die Skepsis der Bevölkerung hinsichtlich der durchschlagenden Wirkung eines solchen nationalen Paketes im Umfeld einer global in Rezession befindlichen Wirtschaft sei verständlich. 2009 werde in jedem Fall schwierig. „Aber der Staat beweist derzeit seine Handlungsfähigkeit und das sollte unterstützt werden. In einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft gibt es schließlich beide Elemente: eine verantwortliche private Wirtschaft und einen auch wirtschaftlich aktiven und um Ausgleich bemühten Staat“ , sagte Hofelich.

„Nach den Wirrungen des Marktradikalismus der letzten Jahrzehnte muss sich dieses Verständnis wieder mehr durchsetzen“, unterstreicht Peter Hofelich. „Manche“, so der Abgeordnete, „die in der Vergangenheit mit marktradikaler Rhetorik gezündelt haben, sind heute als erste mit Löscheimern unterwegs. Wir als SPD werden dafür kämpfen, dass das Soziale in der Marktwirtschaft respektiert wird“. Für ihn ist allerdings klar: „Schuldenabbau aus Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen darf nicht als Ziel verloren gehen. Die jetzigen Maßnahmen des Konjunkturpakets brauchen einen verbindlichen Abbauplan.“

„Jetzt gilt es, zügig Maßnahmen aus unserem Kreis Göppingen zu platzieren“, fordert der Abgeordnete zum Handeln auf. Ende Februar werde die parlamentarische Beratung im Bundestag abgeschlossen sein und der Bundesrat hoffentlich zugestimmt haben.

Hofelich sieht gute Chancen, die B 10 bis Gingen und die B 466 neu bis Donzdorf zügiger voran zu bringen. „Aber auch das Land ist mit seinem eigenen Konjunkturprogramm, auf welches die SPD-Landtagsfraktion früh gedrängt hatte, gefordert, im Kreis zahlreiche marode Landesstraßen zu verbessern, sagte der SPD-Politiker.

Ein zweites Projekt könnte sein, die Bahnhofsanierungen und Lärmschutzmaßnahmen an der Schiene im Filstal zeitnah umzusetzen und die „inakzeptable Verzögerung durch die Bahn“ damit zu korrigieren. „Ferner sind Mittel für energetische Gebäudesanierungen bei großen öffentlichen Einrichtungen, etwa bei unserer Bereitschaftspolizei oder den Krankenhäusern, denkbar. Auch bei Beschaffungen von Geräten und Fahrzeugen sind Polizei, Feuerwehren, Katastrophenschutz und Gesundheitswesen im Kreis gute Adressen“, so Hofelich weiter. Besondere Aufmerksamkeit sollte nach Hofelichs Vorstellungen den vorhandenen Industriebrachen im Kreis gewidmet werden.

Montag, 16. Februar 2009

„SCHAFFERLE UND TAPFERLE“

„Viel Neues im Westen“ erfuhren die Teilnehmer an der Winterwanderung der Eislinger SPD am vergangenen Samstag. Der Ortsvereinsvorsitzende der Sozialdemokraten, Hart-

mut Komm, konnte zum traditionellen Ereignis wieder mehrere Dutzend Bürgerinnen und Bürger begrüßen und ankündigen, dass Vorstandsmitglied Walter Auer eine interessante Route „ausgetüftelt“ habe. Stationen des Marsches in winterlicher Landschaft waren die westliche Peripherie Eislingens, der Stauferpark und die Wasserkraftanlage „Oberes Wehr“ an der Fils.

Während in den letzten Jahren am Tag der SPD-Winter-Wanderung eher frühlingshafte Temperaturen herrschten, bot sich am Samstag Eislingen und Umgebung in weißem Kleid dar. Vom Weingarten aus stapften die SPD-Wanderer hinauf zum Galgenberg, wo Walter Auer eine Information über die Planungen bzw. den Baufortschritt im Stauferpark erteilte. Er erläuterte die Geschichte des früheren Flugplatzgeländes und zeigte auf, wie die Flächen für die Wohnbebauung und für gewerbliche Nutzung künftig genutzt werden sollen. Der Blick auf die Produktionshallen der Firma Kleemann vermittelte einen Eindruck von der Struktur und der Dimension des Vorhabens.



Abbildung 96 - Winterwanderung 2009

Über die Erschließungsstraße am Galgenberg abwärts – vorbei am früheren Unteroffizierskasino, das derzeit von einem Bauunternehmer saniert wird, wurde der Kreisverkehr an der Rossbachstraße erreicht und dort auf die südliche Straßenseite gewechselt, um die Wasserkraftanlage „Oberes Wehr“ zu erreichen. Der Betreiber, Herr Mühlhäuser, empfing die SPD-Gruppe mit einem kurzweiligen Quiz, in den er die wichtigsten Aspekte der umweltfreundlichen Gewinnung von Strom durch Wasserkraft verpackt hatte und die richtigen Antworten auf seine Schätzfragen mit einem kleinen Präsent belohnte. Sodann wurde die Anlage besichtigt und der Turbinenraum aufgesucht, in dem die liebevoll „Schafferle“ und „Tapferle“ genannten Maschinen Strom erzeugen, der in das Netz der EnBW eingespeist wird.

Herr Mühlhäuser erläuterte, dass sich die von ihm getätigte Investition zwar erst in einigen Jahren rechne, die Energiegewinnung mit Wasserkraft jedoch die sauberste und umweltfreundlichste Variante sei. Zum Schluss der Exkursion durfte eine Teilnehmerin die Anlage mittels Knopfdruck anwerfen. Etwa 10 Kubikmeter Wasser pro Minute erzeugen in der kleinen Anlage cirka 250 Kilowatt Strom am Tag. Nur an wenigen Tagen im Jahr muss die Anlage wegen Wassermangels in der Fils stillgelegt werden.

Über die Strutt wurde der Vogelgarten erreicht, wo im gleichnamigen Lokal das Gelingen einer informativen Winterwanderung gelobt und Walter Auer für die gute Vorbereitung gedankt wurde.

Dienstag, 17. März 2009

GEGEN POSTAMTSSCHLIESSUNG

Die Eislinger Gemeinderatskandidaten der SPD haben sich in der Mitgliederversammlung am Montagabend entschieden gegen eine Schließung des Eislinger Postamts gewandt. Unbestätigten Informationen zufolge will die Deutsche Post AG spätestens 2011 ihre Filiale in der Bahnhofstraße schließen und ihre Dienstleistungen durch eine private Postagentur erledigen lassen.



Abbildung 97 - Gegen Postamtschließung

Der Wahlvorschlag für die Gemeinderatswahl am 7. Juni wurde von den Sozialdemokraten einstimmig verabschiedet. Spitzenkandidaten sind die bisherigen Stadträte Peter Ritz (63), Dr. Heide Kottmann (54), Angela Schirling (54), Bruno Mörixbauer (57) und Hartmut Komm (61). Ihnen folgen auf den weiteren Listenplätzen Dr. Gudrun Igel-Mann (50), Hans-Ulrich Weidmann (51), Monika Jirouschek (47), Gennaro Marseglia (47), Nevin Ercetin (50), Andreas Josef Grupp (48), Ulrike Lorenz-Schöffel (55), Bernd Sihler (42), Marlis Wahl (64), Yüksel Özer (44), Sümeyra Yildirim (19), Martin Biela (44), Eliseo Pavone (31), Reiner Oliva (57), Armin Blessing (48), Walter Auer (70) und Harald Kraus (60) sowie Joachim Römer (57) als Ersatzkandidat.

Auch der Ortsvereinsvorstand der SPD wurde ohne Gegenstimmen erneut für zwei Jahre im Amt bestätigt. Für den aus Altersgründen ausgeschiedenen Beisitzer Karl-Hans Volpert ist Andreas Grupp neu in das Gremium gewählt worden. Stellvertretende Vorsitzende bleibt Dr. Heide Kottmann, Schriftführer Walter Auer, Kassierer Konrad Dießenbacher und Medienreferent Harald Kraus. Weiter gehören dem Vorstand an: Peter Ritz, Angela Schirling, Hans-Ulrich Weidmann, Marlies Wahl, Mohamed Sayed, Eva Rieg und Yüksel Özer. Revisoren des Ortsvereins sind weiterhin Barbara Nürk und Jo Römer.

Peter Ritz wies in seinen Ausführungen zum Wahlverfahren darauf hin, dass entgegen früherer Kommunalwahlen eine positive Kennzeichnung eines Stimmzettels unabdingbar ist und die Abgabe von Stimmzetteln, ohne Kandidaten anzukreuzen, als ungültig gewertet wird. Dies habe der Staatsgerichtshof Baden-Württemberg entschieden. Die SPD werde über das Wahlverfahren umfassend aufklären, um zahlreiche ungültige Stimmzettel wie bei der letzten Wahl zu vermeiden. Das sogenannte Kumulieren und Panaschieren sei jedoch weiterhin möglich.



Die gut besuchte Versammlung wählte ferner sechs Delegierte für die Kreiskonferenzen der Partei. Zuvor waren Ursula Berg und Manfred Baumgartner für 40jährige sowie Gerhard Renninger für 25-jährige Zugehörigkeit zur SPD mit der Ehrennadel und der Ehrenurkunde des Parteivorstands ausgezeichnet worden. „Ich bin damals wegen Willy Brandt in die SPD eingetreten“, erläuterte Ursula Berg ihre damalige Entscheidung unter großem Beifall.



Abbildung 98 - Jubilarehrung 2009

„In einer Stadt mit über 20000 Einwohnern die posteigene Filiale zu schließen, wäre ein unglaublicher und unerhörter Vorgang“, sagte Pressesprecher Harald Kraus. Darunter würde die Servicequalität und die Vielfalt und Zuverlässigkeit der Postdienstleistungen mit Sicherheit leiden und das Terrain geradezu fahrlässig den privaten Konkurrenten der Deutschen Post AG überlassen. Nähere Einzelheiten waren auf der SPD-Versammlung jedoch nicht zu erfahren. Die Sozialdemokraten wollen sich über die konkreten Pläne der Post informieren und dann über Protestmaßnahmen entscheiden.

Mittwoch, 18. März 2009

NICHT NUR BRIEFMARKENVERKAUF

Die Eislinger SPD hat auf die Aussage des Pressesprechers der Deutschen Post AG, Hugo Glimber, wenn Kunden in die Filiale kämen, dann kauften sie ohnehin nur Briefmarken, empört reagiert. Medienreferent Harald Kraus erklärte dazu: „Offensichtlich hat Herr Gimber noch nie einen Schalterraum von innen gesehen, sonst wüsste er, dass der Verkauf von Briefmarken nur eine von vielen Leistungen ist, die von der Postfiliale erbracht werden müssen.“ Die Vielfalt derselben, so Kraus, mache auch die Notwendigkeit aus, in einer angehenden Großen Kreisstadt unmittelbare Leistungen der Post erhalten zu können. Im Übrigen habe er noch nicht erlebt, dass zum Beispiel Postpakete „online“ versandt werden könnten, so Kraus spöttisch.



Abbildung 99 - Kommunalwahl 2009

Die Deutsche Post AG hat aufgrund einer entsprechenden Mitteilung der Eislinger SPD bestätigt, dass sie beabsichtige, spätestens 2011 die eigene Filiale zu schließen und deren Aufgaben an einen privaten Vertragspartner zu übertragen. “Wir können bisher nicht erkennen, dass das für die Kunden zum Vorteil gereichen könnte“, sagte Kraus und forderte die Post auf, von ihrer Absicht Abstand zu nehmen.

Die Eislinger Sozialdemokraten sprachen sich auf ihrer Mitgliederversammlung auch gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung aus. „Das äußerst erfolgreiche Modell der Eislinger Wasserversorgung darf nie zur Disposition gestellt werden“, bekräftigte der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz.

Donnerstag, 26. März 2009

„DYNAMIK UND INNOVATION“

„Mit besserem Profil in der Region neu positionieren“ – so lautete die Erwartung der frisch gekürten Kreistagskandidaten der SPD an die künftige Entwicklung des Landkreises Göppingen. Die Sozialdemokraten nominierten gestern Abend in Salach den Eislinger Bürgermeister Günther Frank, den Salacher Polizeibeamten Hans Frey und den Fraktionsvorsitzenden Peter Ritz als Spitzenkandidaten zur Kreistagswahl. Auf Platz vier wurde die Ernäh-

rungswissenschaftlerin Dr. Heide Kottmann nominiert.

Eine kleine Überraschung war die Nominierung von Peter Hofelich auf Rang 5, hatte der Landtagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende doch erst kürzlich seinen Rückzug aus dem Regionalparlament angekündigt. Hofelich will die frei werdenden Ressourcen nun im Kreis Göppingen konzentrieren und sich zusammen mit seiner Fraktion vor allem für den Weiterbau der S-Bahn in den Kreis Göppingen und eine Steigerung der Wirtschaftskraft im Landkreis einsetzen. Auch einen sogenannten Imageplan hält Hofelich für unverzichtbar.



Stadt-Zeitung

Information, Hintergründe, Meinungen

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Eislingen

Sonderausgabe • Mai 2009

Gerne in Eislingen leben

Liebe Eislinger Bürgerinnen und Bürger,

Sie haben es sicher auch gespürt: In Eislingen ist man wieder stolz auf seine Stadt!

Unsere Neue Hauptstraße und die markanten Kreisel lassen den Verkehr in der Stadt fließen und haben gleichzeitig die Menschen näher miteinander gebracht (können Sie sich noch daran erinnern, wie lange Sie an den Ampeln standen und warten mussten?). Spaziergänger fühlen sich wohl, können bummeln und Ladenauslagen ansehen oder einfach miteinander „schwätzen". Die neue B 10 hat eine spürbare Entlastung vom Durchgangsverkehr gebracht. Wir sind gerade dabei, die Stuttgarter und die Ulmer Straße den Menschen wieder zurückzugeben ", sie so zurück zu bauen, dass die Menschen dort wieder gerne wohnen und sich aufhalten wollen.

Die neue Schulsportstätte der Silcherschule ist jetzt mit dem Konjunkturprogramm des Bundes machbar, ebenso die energetische Sanierung allen Schulen und einiger Schulsportstätten.

Der Kreisel entlang kann man promenieren" und über unsere Wege und Plätzchen leichten Zugang zu der schönen Natur um Eislingen herum finden. Unsere Kinderhäuser sind auf dem neuesten Stand, die Schulen können sich sehen lassen. Mit Bundeshilfe konnten wir in vorbildlicher Weise Ganztagsangebote und Mensen an allen Schulen einrichten. Die Eislinger Stadthalle wird von Vereinen, Firmen und bei den städtischen Veranstaltungen gut angenommen. Dies gilt es fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Die Filstalmassen bedürfen hierbei noch einer Aufwertung.

Gerne in Eislingen leben. Das gilt auch für das Wohnen in unserer Stadt, in unseren Wohngebieten ist zufriedenweise fast überall Tempo 30 üblich, auch in Hauptdurchgangsstraßen wie der Wiesgartenstraße wird so gefahren, dass Kindergarten- und Schulkinder nicht gefährdet werden.

Wir werden für Sie an unserem modernen Eislingen weiterbauen, im Gespräch und Kontakt mit Ihnen.

Unser Versprechen: Wir werden uns tatkräftig einsetzen, damit wir alle auch in Zukunft „Gerne in Eislingen leben" können.

Ganz herzlich

Ihr Peter Ritz
Fraktionsvorsitzender

Abbildung 100 - Stadtzeitung Mai 2009

Weitere Kandidaten der SPD für den Kreistag sind im Wahlkreis 7 (Eislingen-Salach-Ottenbach) Ulrike Lorenz-Schöffel, Stadtrat Bruno Mörixbauer, Monika Jirouschek aus Krummwälden und Hans-Ulrich Weidmannn (alle Eislingen) sowie Gabi Beckert (Salach). Die SPD hat sich als Wahlziel gesetzt, in diesem Wahlkreis mindestens ein Mandat hinzu zu gewinnen.

Günther Frank und Peter Ritz berichteten als bisherige Kreisräte über die Arbeit der SPD-Fraktion im Kreistag und hoben hervor, dass sie zahlreiche Themen angestoßen und auf den Weg gebracht habe. Dazu gehörten zum Beispiel der Teilhabeplan für Behinderte, die Radwegeplanung und die Initiative, dass sich der Landkreis in der Schulsozialarbeit engagieren solle.

Der Eislinger Bürgermeister Frank erläuterte die organisatorischen Veränderungen im Bereich der Kliniken des Kreises und machte deutlich, dass jetzt die Einflussnahme des Kreisrates nur noch sehr begrenzt sei. „Vor dem Hintergrund von kürzerer Verweildauer und dem System der Fallpauschalen ist eine Entwicklung hin zum Abbau von Pflegekräften festzustellen", beobachtet die Verdi-Landesbezirksleiterin Leni Breymaier. Unterschwellig werde befürchtet, so Breymaier weiter, dass die Wirtschaftlichkeitsbestrebungen der gegründeten gemeinnützigen GmbH auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen und bisher erbrachte Dienstleistungen ausgelagert werden. Dagegen, so erklärten die Kandidaten einhellig, wollen sie sich entschieden zur Wehr setzen.

Die Sozialdemokraten versprechen sich nach der Neuwahl des Landrats, bei der sie den Bewerber Wolff unterstützen wollen, neue Dynamik, mehr Innovation und Investitionen in wichtige Zukunftsaufgaben des Kreises. Eine Fortschreibung des Jugendhilfeplans, eine Verbesserung der Kindergarten-Fachberatung und die Entwicklung und Umsetzung des Zukunftsleitbilds will die SPD in den Mittelpunkt ihrer künftigen Kreispolitik stellen. „Wir brauchen keine konservative und altbackene Be-

wahrungspolitik, sondern ein mutiges Zukunftskonzept“, sagte Peter Ritz.

Samstag, 04. April 2009

METROPOL-TICKET EINGEFÜHRT

Grünes Licht hat der Koordinierungsausschuss der europäischen Metropolregion Stuttgart kürzlich für die Einführung eines 'Metropoltickets' gegeben. Mit einem vertretbaren Zuschlag auf die normale Fahrkarte einer Schienenverbindung kann damit auf allen Schienenverbindungen im Gebiet des VVS und aller angrenzenden Verkehrsverbünde gefahren werden. Zusätzlich kann im Gebiet der angefahrenen Stadt auch das Busnetz benutzt werden. Dies dürfte für Studierende, Einkaufsbummler und Nahtouristen ein enormer Fortschritt sein. Darauf hat der Landtagsabgeordnete und Regionalvizepräsident, Peter Hofelich (SPD), in einer Pressemitteilung hingewiesen.

Der Metropolregion Stuttgart gehören neben der Kernregion Stuttgart auch die Regionen Ostwürttemberg, Neckar-Alb, Nordschwarzwald und Heilbronn-Franken an. Ihre jeweiligen Verkehrsverbünde werden damit - neben dem Gebiet des VVS - ebenfalls Teil des Nutzungsbereiches des Metropoltickets. Mit erfasst wird auch die Verkehrsgemeinschaft des Stauferkreises, obwohl diese bisher nicht zum VVS gehört. Wie Hofelich berichtet, sollen nun die genauen Kosten der Einführung ermittelt werden.

Der Koordinierungsausschuss Metropolregion ist das Lenkungsgremium im 3,5 Millionen Einwohner starken Verflechtungsraum. Göppingens OB Guido Till und Hofelich sind dort stimmberechtigte Mitglieder. Die 'Metropolregion' will Aufgaben gemeinsam aufgreifen, welche den gesamten Ballungsraum Stuttgart betreffen. Er ergänzt damit als freiwillige Kooperation den politisch seit 1994 bestehenden Verband Region Stuttgart.

Peter Hofelich wies ferner darauf hin, dass die erweiterten Förderrichtlinien des Bundes zum Konjunkturprogramm dazu genutzt werden sollten, in der Region industriell hergestellte Produkte mit innovativem Charakter über die kommunalen Haushalte zu beschaffen. Denkbar seien Einrichtungen in Laboren in Schulen und Hochschulen, Ausstattungen der Rettungsdienste und für mehr Sicherheit. "Das öffentliche Beschaffungswesen kann einen kräftigen Impuls gegen die Wirtschaftskrise setzen und braucht sich nicht allein auf den Bausektor im Wege der Ausschreibung zu beschränken", fügte Hofelich hinzu.

OB Till und Hofelich setzten sich auch dafür ein, dass in den Hochschulen mehr Aufmerksamkeit für Aufgabenstellungen der kleinen und mittleren Unternehmen herrscht. Tübingens Rektor Professor Engler hatte zuvor berichtet, dass in Baden-Württemberg die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen zunehmend skeptischer beurteilt werde. Ihnen fehle oft der direkte Zugang zu Forschungseinrichtungen, welche ihre Probleme aufgreifen.

Montag, 4. Mai 2009

GEGEN POSTAMTSSCHLIESSUNG

Gegen die Schließung der Eislinger Postfiliale im nächsten Jahr hat die Eislinger SPD unter Beteiligung ihrer Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten am Samstag vor der Postfiliale erstmals Unterschriften gegen deren Schließung im nächsten Jahr gesammelt. „Innerhalb von nur knapp drei Stunden haben 160 Bürgerinnen und Bürger spontan unterschrieben“, berichteten die Initiatoren Harald Kraus und Walter Auer.



Die SPD will die Aktion vom vergangenen Samstag in den nächsten Wochen ausweiten und damit den Protest der Bevölkerung gegen die Pläne der Deutschen Post AG zum Ausdruck bringen. „Am Samstag haben praktisch 90 Prozent aller Postkundinnen und -kunden auf unserer gelben Liste unterschieben“, berichtet Harald Kraus. Die Passanten hätten ausnahmslos kein Verständnis für die Schließungspläne aufgebracht und überwiegend empört reagiert.

Weitere Unterschriften sollen zunächst beim Brunnenfest der SPD am Wochenende (am Uhlandbrunnen in Eislingen-Nord) gesammelt und danach weitere Termine für die Fortsetzung der Aktion festgelegt werden.

Donnerstag, 7. Mai 2009

IDEE: BARFUSSPARK IN EISLINGEN?

Im Kreis der SPD-Gemeinderatskandidaten ist eine Idee geboren worden: die Einrichtung eines sogenannten Barfußparks in Eislingen. Um sich einschlägig zu informieren, unternahmen die Kandidaten der Sozialdemokraten einen Ausflug zum bestehenden Barfußpark in Dornstetten-Hallwangen. Danach war die Delegation einstimmig der Meinung, dass ein solches Projekt auch in Eislingen machbar sein müsste.

Vor dem Hintergrund der Bemühungen, den Stauferkreis touristisch besser zu erschließen, müssten, so die Eislinger SPD-Kandidaten, attraktive Ziele und Angebote geschaffen werden. „Ein Mosaikstein könnte dabei ein Barfußpark oder eine artverwandte Einrichtung sein“, sagte Leni Breymaier, die die Idee schon vor längerer Zeit in der Eislinger SPD einbrachte.



Abbildung 101 - Im Barfußpark

Der Barfußpark in Dornstetten-Hallwangen könnte, so die SPD in einer Pressemitteilung, für Eislingen als Beispiel dienen. Der Parcours dort hat eine Länge von 2,4 bzw. 1,5 Kilometer und führt durch ein städtisches Waldgebiet. Auf der Strecke sind außer einer Kneipp-Station zahlreiche Aktionsfelder mit verschiedenen Untergründen, die barfuß zu begehen sind, angeordnet. Ob Mulch, Sand, Lava, Glasscherben oder Kieselsteine – jede Station bietet ein besonderes Barfußerlebnis.

Weil es ohne ziemlich schmutzige Füße am Ende nicht abgeht, hat die Stadt Dornstetten für die zahlreichen Besucher eine „Reinigungsstation“ und ansonsten eine ausreichende Infrastruktur mit Kiosk, Toiletten und verschließbaren Fächern für persönliche Gegenstände gebaut. Der Barfußpark in Hallwangen kann ohne Eintritt begangen werden, es wird

jedoch eine Spende, die im Ermessen der Nutzer liegt, wartet.

„Eislingen hat bisher für Einwohner und Besucher nicht gerade Besonderes zu bieten; hier läge eine Chance, ohne unermesslichen Aufwand ein attraktives Naherholungsangebot zu schaffen“, sagte Walter Auer. Sowohl in Eislingen-Nord als auch im Süden stehen ausreichend Waldflächen zur Verfügung, die sich im städtischen Besitz befinden und wo ein Barfuß-Parcours angelegt werden könnte“, betonte Pressesprecher Harald Kraus. Eventuell ließe sich das Angebot auch mit Start und Ziel in Krummwälden ansiedeln. Jedenfalls wollen die SPD-Gemeinderäte in nächster Zeit ihre Idee näher untersuchen und prüfen, ob dafür eine ernsthafte Realisierungschance gesehen werden kann.

„Kommunalpolitik lebt von Innovationen – hier könnte eine zunächst illusionär erscheinende Idee zu einer Erfolgsgeschichte werden“, zeigte sich Fraktionsvorsitzender Peter Ritz zuversichtlich.



Abbildung 102 - Mai in Krummwälden

Mittwoch, 20. Mai 2009

EVELYN GEBHARDT AN DER SPITZE

Die Eislinger SPD hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass am 7. Juni nicht nur die Kommunalparlamente sondern auch das Europäische Parlament gewählt wird. Das vielen Bürgerinnen und Bürgern noch unbekannte Gesicht, das von den Wahlplakaten der SPD für die Europawahl lächelt, ist deren Spitzenkandidatin Evelyn Gebhardt aus Mulfingen im Hohenlohekreis. Sie ist, so Pressesprecher Harald Kraus, eine engagierte und erfolgreiche Europäerin.

Evelyn Gebhardt ist gebürtige Französin und studierte an der Sorbonne. Sie lebt seit langem in Deutschland, ist verheiratet und deutsche Staatsbürgerin. Sie hat im Europäischen Parlament bereits einiges bewegt, so die SPD in der Pressemitteilung. Bei der sogenannten Dienstleistungsrichtlinie habe sie als zuständige Berichterstatterin dafür gesorgt, dass das „Sitzlandprinzip“ und nicht das „Herkunftslandprinzip“ gilt. „Dies heißt: Wer in Deutschland seine Dienste anbietet, muss sich nach den hiesigen Tarifregeln und Arbeitsgesetzen richten und nicht nach jenen aus dem Land, aus dem sie oder er kommt“, erläutert der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm.

Evelyn Gebhardt ist die einzige SPD-Abgeordnete aus Baden-Württemberg im Europäischen Parlament. „Wir sind sicher, dass sich diese qualifizierte Politikerin weiterhin für mehr soziale Politik in Europa einsetzt und für faire Löhne und besseren Schutz der Verbraucher kämpfen wird“, zeigt sich die Eislinger SPD überzeugt.

Die Sozialdemokratin hat als Arbeitsschwerpunkte Bioethik, Verbraucherschutz und Bürgerrechte ausgewählt. Sie ist seit 1975 Mitglied der SPD, seit 1994 Europaabgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF). „Evelyn Gebhardt ist unsere Frau in Europa“, wirbt der SPD-Ortsverein für die 55-jährige Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Montag, 25. Mai 2009

WIE MAN EINE FAHRKARTE LÖST …

Die Eislinger SPD macht aus der Not eine Tugend: am Donnerstag dieser Woche von 10 – 12 Uhr gibt sie auf dem Bahnsteig im Eislinger Bahnhof einen „Kurs“, wie man am sogenannten Touchscreen-Automaten eine Fahrkarte löst. Aus zahlreichen Beschwerden schließt die SPD, dass viele potentielle oder tatsächliche Nutzer der Bahn mit dem Hightech-Automaten, der vor wenigen Wochen in Eislingen aufgestellt wurde, nicht zu Recht kommen. „Der Automat ist in der Tat sehr gewöhnungsbedürftig“, sagte SPD-Presse-sprecher Harald Kraus.



Abbildung 103 - Brunnenfest 2009

Donnerstag, 21. Juli 2009

WIE DER AUTOMAT FUNKTIONIERT …

Nach wie vor beschweren sich zahlreiche Bahnbenutzer, dass sie mit der Lösung einer Fahrkarte an dem neuen Ticket-Automaten auf dem Eislinger Bahnsteig massive Probleme haben. Häufig sind völlig aufgelöste Menschen zu beobachten, die es vor Abfahrt ihres Zuges nicht fertig bringen, dem Automaten die richtige Fahrkarte zu entlocken.

Harald Kraus vom SPD-Ortsverein Eislingen will für Abhilfe sorgen und an zwei Tagen nach Anmeldung eine kostenlose Einweisung in die auch ihm, wie er einräumt, noch nicht vollständig erschlossenen Geheimnisse des neuen Fahrkartenautomaten geben. Vorgesehen hat er dafür die nächsten beiden Donnerstage, 23. und 30. Juli, bei Bedarf auch an anderen Tagen. Um eine vernünftige Einweisung geben zu können, ist pro Interessent eine Viertelstunde vorgesehen, jedoch nicht unmittelbar vor Abfahrt eines Zuges, um „echte“ Bahnfahrer nicht zu behindern. Jede Stunde können zwei Einweisungen erfolgen, z. B. um 10.15 Uhr und um 10.30 Uhr. Harald Kraus bittet um Voranmeldung unter Telefon 07161 817504.

Total verärgert ist die SPD, über die Ignoranz, die die Bahn dem Umstand entgegenbringt, dass das Display des Automaten bei Sonneneinwirkung nicht erkannt werden kann. „Offenbar ist der globale Logistikkonzern nicht in der Lage, einen Automaten zu bieten, der zu jeder Tageszeit problemlos bedient werden kann“, erklärte Kaus.

Samstag, 8. August 2009

„VERNÜNFTIG UND UNUMKEHRBAR“

Nach Ansicht des SPD-Ortsvereins Eislingen darf am sogenannten Atom-Kompromiss nicht gerüttelt werden. Dies unterstrich der SPD-Fraktionsvorsitzende im Eislinger Gemeinderat, Peter Ritz, beim jüngsten „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten. Er wies die von der Industrie behaupteten ökologischen Vorteile der Kernkraft als unzutreffend zurück.

„Zahlreiche Probleme, die durch den Betrieb von Kern-kraftwerken entstanden sind und immer wieder neu ent-stehen, sind nicht zuverlässig und umfassend gelöst worden“, betonte der SPD-Kommunalpolitiker. Vor allem wäre eine nachhaltige und risikofreie Entsorgung von Atommüll nach wie vor nicht sicher gewährleistet. „Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Kernkraftwerke auch

heute nicht absolut sicher sind“, fügte Ritz hinzu und meinte, dass das Risiko eines großen Kernkraftwerksunfalls nicht hingenommen werden dürfe. Ritz verwies auf die Gefährdungen durch die Kernkraft und nannte als Beispiel die Tschernobyl-Katastrophe, die sich seiner Auffassung nach auch bei anderen Kraftwerken wiederholen könne.

Durch den Betrieb von Kernkraftwerken, so Ritz weiter, entstünde pro Jahr ein Volumen von 500 Tonnen radioaktivem Atommüll, welcher wegen der langen Halbwertzeit noch Jahrhunderte strahlen würde. „Angesichts der Tatsache, dass 2007 zeitweise sieben von 17 Atomkraftwerken reparaturbedingt stillgelegt waren und dennoch deutsche Energie noch exportiert werden konnte, kann man auf die Atomkraft verzichten“, stellte Ritz fest. Der Anteil des Atomstroms sei außerdem auf 22,2 Prozent gesunken. Mit Phantasie und Innovation könne es gelingen, eine Versorgungs-Lücke – deren Entstehen von Experten allerdings entschieden bestritten werde - mit regenerativem Strom zu schließen, dessen Anteil über die gegenwärtigen 13,7 Prozent hinaus massiv gesteigert werden müsse.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Deutschland den Brennstoff Uran vollständig importieren müsste, da seit 1991 praktisch kein Uran mehr gefördert wird. „Atomstrom ist keine heimische Energiequelle mehr“, fügte Hans-Ulrich Weidmann hinzu. Außerdem würden zwei Drittel der Welt-Uran-Produktion in der Hand von vier großen Bergwerksunternehmen liegen. „Die Abhängigkeit, in die man sich begeben würde, wäre deshalb enorm“, lautete die Einschätzung von Stadträtin Dr. Heide Kottmann.

Als weiteres Argument führte Stadtrat Bruno Mörixbauer an, dass der Uranabbau die Lebensgrundlagen von Zehntausenden zerstöre und dass das ohnehin nicht ausreichend vorhandene Wasser vergiftet werde. Der namibische Wasserversorger habe kürzlich vorgerechnet, dass bei Inbetriebnahme der geplanten Uranminen in Namibia jährlich 54 Millionen Kubikmeter Wasser für die Trinkwasserversorgung nicht mehr zur Verfügung stünden. Mörixbauer warnte davor, dass die entstehenden Giftschlämme die Menschen und ihre Umwelt drastisch gefährdeten.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm erinnerte daran, dass wissenschaftlich bewiesen sei, dass Uranbergbau Krebs verursache, sogenannte tote Erde hinterlasse und die Krebsgefahr, vor allem für Kinder in der Nähe von Kernkraftwerken, fünf Mal höher sei als im bundesweiten Durchschnitt.

„Die behauptete Klimafreundlichkeit der Kernkraft ist schlicht eine Lüge“, sagte Ritz zum Abschluss der Diskussion. Deshalb sei der Ausstieg aus der Kernkraft vernünftig, dringend notwendig und unumkehrbar. „Das Licht geht trotz Atomausstieg nicht aus“, stellte Marlis Wahl beruhigt fest. Ritz fügte hinzu, dass es tragfähige Alternativen zur Kernkraft gäbe, zum Beispiel die Initiative von Bürgerinnen und Bürgern in Schönau (Südschwarzwald), die das Stromnetz ihrer Stadt übernommen hätten und heute tausende von Haushalten bundesweit „atomstromlos und klimafreundlich“ mit ihren dezentralen und bürgereigenen Ökokraftwerken versorgen würden.

.Donnerstag, 22. Oktober 2009

KANDIDATEN FÜR LANDESVORSITZ

Die SPD bereitet die Neuwahl für den Landesvorsitz mit vier Regionalkonferenzen vor. Eine davon findet am 3. November 2009 in Ulm im Kornhaus statt. Dazu laden die Eislinger Sozialdemokraten interessierte Mitglieder ein und organisieren eine gemeinsame An- und Rückreise.

„Die vom Landesvorstand beschlossene Mitgliederbefragung ist eine große Chance für die SPD in Baden-Württemberg“, erklärte der Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm in einer Pressemitteilung. Damit werde eine größtmögliche Beteiligung der Parteibasis bei der Wahl für das höchste Parteiamt in Baden-Württemberg gewährleistet.

In der Ulmer Regionalkonferenz werden sich die Bewerberinnen und Bewerber für den Landesvorsitz den Teilnehmern aus der Basis der Partei vorstellen, ihre Ziele und Schwerpunkte benennen sowie die Gelegenheit zur Diskussion mit den Mitgliedern einräumen.

Der SPD-Ortsverein ruft deshalb seine Mitglieder auf, möglichst zahlreich nach Ulm zu fahren und aktiv an der Diskussions- und Fragerunde teilzunehmen. Die bisherige Landesvorsitzende Ute Vogt wird die Bewerber vorstellen.

Freitag, 30. Oktober 2009

MISSERFOLG BEIM KLIMAGIPFEL?

Die SPD Eislingen hat sich bei ihrer Sitzung am vergangenen Donnerstag in Krummwälden vor dem Hintergrund des EU-Gipfels auch mit der Klimapolitik beschäftigt. Sie befürchtet, „dass sich die EU und damit auch Deutschland zum klimapolitischen Bremsklotz entwickeln“. „Aus der einstigen Klimakanzlerin Merkel ist eine Zauderin geworden“, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz fest.

Der Vorwurf der Sozialdemokraten besteht darin, dass die Kanzlerin beim EU-Gipfel in Brüssel mit verhindert habe, dass die EU konkrete Finanzierungsangebote für den Klimaschutz in armen Ländern der Welt abgab. „Einen Erfolg auf der Klimakonferenz in Kopenhagen wird es aber nur geben, wenn die Industrieländer den Entwicklungsländern finanziell angemessen helfen“, fügte Ritz hinzu. Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm sagte, „wer nicht alles in seiner Kraft stehende macht, versündigt sich an den zukünftigen Generationen.“

Nach Auffassung der SPD müsse die EU ihre Finanzierungsbeiträge auf den Tisch legen. Nur damit könnten auch die Schwellenländer veranlasst werden, konstruktive Vorschläge für ihren Weg des Klimaschutzes zu machen. Die SPD bedauerte, dass es Präsident Obama bisher nicht gelungen sei, seine Klimaschutzgesetze durch den Senat zu bringen. …

Freitag, 20. November 2009

DIE SONNE BLENDET NACH WIE VOR

Die SPD Eislingen lässt nicht locker: wegen des nach wie vor vorhandenen Lichteinfalls, der zur Unbedienbarkeit der Fahrkartenautomaten im Eislinger Bahnhof führt, haben die Sozialdemokraten einen erneuten Brief an den Generalbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für Baden-Württemberg, Werner W. Klingberg, Stuttgart, geschrieben. Sie fordern umgehende Abhilfe, weil je nach Sonneneinstrahlung die Displays der Automaten nicht lesbar sind.



Abbildung 104 - Fahrkartenautomat am Bahnhof

Auch einen zweiten Fahrkartenautomaten wollen die Sozialdemokraten installiert wis-

sen, weil die Frequenz im Bahnhof Eislingen nach ihren Beobachtungen so hoch ist, dass im Zeitraum vor Abfahrt von Zügen häufig nicht alle Fahrgäste rechtzeitig eine Fahrkarte lösen können.

Die SPD hatte zusammen mit der AWO und dem ACE Auto Club Europa im Sommer diesen Jahres die Bahn aufgefordert, den Fahrkartenautomaten so zu positionieren, dass er zu jeder Tageszeit problemlos bedient werden kann. Darauf hat die Bahn lediglich mit einem Schreiben reagiert und darauf hingewiesen, die neuen Automaten fänden eine hohe Akzeptanz bei den Kunden. „Dies stimmt mit unseren Wahrnehmungen und den Erfahrungen der hiesigen Bahnkunden absolut nicht überein“, erklärte SPD-Pressesprecher Harald Kraus.

Zwar hätten sich die Eislinger Bahnkunden teilweise, so Kraus, mit dem neuen Automaten ein wenig arrangiert, es gäbe aber nach wie vor Bedienungsprobleme, die die Bahn nicht ausgeräumt habe. Um zu einer bestimmten Fahrkarte, z. B. dem ermäßigten Regio-Ticket, zu gelangen, seien unverhältnismäßig viele Schritte und Insiderkenntnisse erforderlich.

Kraus weiß von einem Fall, in dem verärgerte Bahnkunden aus Eislingen ihre Bahncard gekündigt haben, weil sie den komplizierten Vorgang, ein Ticket zu lösen, nicht akzeptieren und stattdessen künftig ihren PKW benutzen wollten. „Ich bin überzeugt, dass diese Abwendung von der Bahn kein Einzelfall sein wird“, sagte Kraus dazu. Besonders ältere Menschen kämen mit dem modernen Ticketsystem nicht zurecht.

Sonntag, 2. Dezember 2009

„WEITER WEG ZUM BAHNTICKET“

„Der Weg zum weithin unbekannten Regio-Ticket ist zu weit und zu kompliziert“, erklärte beim Roten Treff der Eislinger SPD am Donnerstagabend Walter Auer in seinem Überblick über die „Geheimnisse“ des Ticket-Automaten im Eislinger Bahnhof. Pressesprecher Harald Kraus berichtete, dass die Deutsche Bahn AG für Januar 2010 eine Umsetzung des wegen Sonneneinstrahlung heftig kritisierten Automaten angekündigt habe.

Wer an den neu installierten Automaten auf dem Eislinger Bahnhof sein Ticket lösen will, muss sich im Menü des Touchscreen-Systems zu recht finden und die Abfolge der Schritte bis zum richtigen Ticket genau kennen und einhalten. Darauf hat SPD-Vorstandsmitglied Walter Auer bei der Erläuterung des neuen Systems hingewiesen. Insbesondere die Lösung von Tickets für sogenannte Spezialangebote erfordere „intime Kenntnisse des Systems“.

Auer verdeutlichte dies am Beispiel des Regio-Tickets, das bei Fahrten nach Stuttgart oder Ulm eine preisgünstige Alternative zur regulären Fahrkarte darstelle, aber auf je 50 km Entfernung hin und zurück begrenzt sei. „Wer dieses Ticket am Automaten lösen will, muss genau wissen, wo er es findet (Rubrik „Baden-Württemberg-Ticket, weitere Angebote“), um in den Genuss der Ermäßigung zu kommen“, kritisierte Auer den Aufbau und die Abfolge des Ticketsystems. Wer es schließlich gefunden habe, könne in diesem Fall satte 6,80 Euro gegenüber der normalen Fahrkarte einsparen.

Auch über die Besonderheiten, die für das Wochenende-Ticket, das Baden-Württemberg-Ticket und das neue Kreuz-und-quer-Ticket gelten, berichtete Walter Auer ausführlich. „Da wundert man sich allerdings nicht, wenn viele Leute die neuen Automaten als ein Buch mit sieben Siegeln empfinden und sich davor scheuen, sich mit dem Automaten zu arrangieren“, meinte Konrad Dießenbacher in der Diskussion.

Brandaktuell war die Mitteilung des Pressereferenten der Eislinger SPD, Harald Kraus, dass der Konzernbevollmächtigte der Bahn AG für Baden-Württemberg, Werner W. Klingberg, mitgeteilt habe, dass „nach derzeitigem Planungsstand im Januar 2010“ vorgesehen sei, „den Standort des Fahrkartenautomaten zu optimieren“. Ferner teilte Klingberg … mit, dass gegenwärtig im Bahnhof Emmendingen ein neues Display getestet würde, das gegen Sonneneinstrahlung unempfindlicher sein soll. Bei erfolgreichem Abschluss der Testphase soll dieses Display in allen Fahrkartenautomaten der neuen Generation eingesetzt werden, so Klingberg in seinem Brief an die Eislinger SPD.

Samstag, 5. Dezember 2009

„DEUTSCHE POST IN ABSURDISTAN“

Als eine „Entscheidung aus Absurdistan“ hat die Eislinger SPD die Ankündigung der Deutschen Post AG bezeichnet, zusätzlich zur posteigenen Filiale im Bahnhofszentrum eine private Postagentur in der Rosenstraße zu eröffnen. „Damit macht die Post ihrer eigenen Filiale Konkurrenz, obwohl dieselbe wegen angeblicher Unwirtschaftlichkeit geschlossen werden soll“, kritisierte SPD-Pressesprecher Harald Kraus.

„Mit vielen Worten und vermeintlichen Argumenten hat die Post AG bisher versucht, die angekündigte Schließung ihrer eigenen Filiale zu begründen. Hauptargument war, sie ließe sich nicht wirtschaftlich führen und deshalb sei die Umstellung auf eine private Postagentur eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. „Jetzt macht sie sich mit einer privaten Postagentur selber Konkurrenz. Wie dies betriebswirtschaftlich zu begründen ist, entzieht sich meiner Phantasie“, erklärte Harald Kraus, der im Sommer diesen Jahres eine Unterschriftenaktion initiiert hatte, bei der sich annähernd 1000 befragte Bürgerinnen gegen eine Schließung der Postfiliale ausgesprochen haben.

Wenn jetzt zusätzlich zur bestehenden Postfiliale eine sogenannte Postagentur eröffne, so Kraus, dann verschärfe sich das behauptete betriebswirtschaftliche Problem der posteigenen Filiale. „Offenbar will man dies bewusst provozieren, um die ansonsten durch nichts zu begründende Schließungsabsicht plausibel begründen zu können“, befürchtet der SPD-Sprecher. Die Post will nach eigenen Angaben ihre eigene Filiale schließen und ihre Dienstleistungen von einer privaten Agentur erledigen lassen: „Was hier abgeht, kann man nur im imaginären Absurdistan ansiedeln“, erklärte Harald Kraus. Die SPD werde deshalb weiterhin für eine vollständige Erhaltung der Postfiliale in Eislingen eintreten. „Von einer weiteren Privatisierung versprechen wir uns im Ergebnis keine Vorteile für die Kunden“, fügte Kraus hinzu.

2010

Freitag, 15. Januar 2010

„MEHR GLEICHHEIT WAGEN“

Beim Jahresauftakt-Empfang der Eislinger SPD gaben sich die Kandidaten für die Bürgermeisterwahl am 28. Februar ein Stelldichein. Der neue Generalsekretär der Landes-SPD, MdB Peter Friedrich aus Konstanz, warb im kleinen Foyer der Stadthalle um „mehr Gleichheit“ in der Gesellschaftspolitik. Die SPD-Bundestagsfraktion werde in der Opposition gezielt auf die Schwachstellen der gegenwärtigen Regierungspolitik aufmerksam machen. Einen weiteren Fehlstart könne sich die schwarz-gelbe Regierung nicht mehr leisten. Ein Drittel der Gesellschaft, so Friedrich, fände sich mit der gegenwärtigen Politik nicht vertreten. Es sei eine massive Ungerechtigkeit, wenn auf der einen Seite Arbeitnehmer wegen Bagatellen gekündigt und in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht würden, während andererseits die Manager von Banken und Unternehmen für ihre Fehlleistungen nicht zur Verantwortung gezogen würden, aber weiterhin exorbitante Gehälter und einen ungerechtfertigten Bonus bezögen. „Die machen mit ihrer Casino-Politik ungerührt weiter und zeigen sich damit verantwortungslos“, fügte er hinzu.



Abbildung 105 - Partner der Bürgemeisterkandidaturen

„Mit der begonnenen Klientel-Politik der Bundesregierung – siehe die Mehrwertsteuer-Subvention für Hoteliers - muss sofort Schluss gemacht werden, ansonsten geht das Mindestmaß an Solidarität zwischen den gesellschaftlichen Schichten verloren“, betonte der sozialdemokratische Politiker. Peter Friedrich kritisierte auch die angekündigte Steuerpolitik der Regierungskoalition scharf und befürchtet, „dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergeht“. Die zu erwartenden Sparmaßnahmen würden den Druck auf die kommunalen Finanzen weiter verstärken und die Realisierung der politisch gewollten Kinderbetreuung in Deutschland sowie die soziale Infrastruktur für Familien gefährden. „Die Bundesregierung muss deshalb dringend von dieser Politik abrücken und die Kommunen in die Lage versetzen, den nötigen Ausbau der Kinderbetreuung voran zu bringen“, sagte Friedrich. „Und in der Gesundheitspolitik ist zu befürchten, dass die vernünftigen Elemente des bisherigen Systems eliminiert und zum Nachteil der Versicherten verändert werden“, beklagte der SPD-Bundestagsabgeordnete.



Abbildung 106 - Peter Friedrich beim Neujahrsempfang

Auf den Zusammenhang der Finanz- und Steuerpolitik auf Bundes- und Landesebene und den Einschränkungen für die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen machte Bürgermeister Günther Frank in seinem Grußwort aufmerksam. „Noch ist die Lage in Eislingen nicht dramatisch, weitere Ausfälle bei der Gewerbesteuer und beim Anteil der Gemeinden an der Einkommenssteuer können jedoch nicht ohne Folgen verdaut werden“, betonte Frank.

Der Fraktionsvorsitzende Peter Ritz (SPD) hob die relativ gute Zusammenarbeit im Eislinger

Stadtrat hervor – alle Fraktionsvorsitzenden erwiesen der SPD ihre Referenz - und machte deutlich, dass die von der Stadt vorgesehenen Investitionen in mehrere Infrastrukturprojekte die richtige Antwort in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage seien. Die Stadt verhalte sich antizyklisch und damit richtig.



Abbildung 107 - 2010- Bürgermeisterwahl

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende hatte zu Beginn die Gäste des Empfangs – unter ihnen Vertreter der Vereine, Parteien und örtlichen Einrichtungen - begrüßt und insbesondere die Kandidaten für die Bürgemeisterwahl, die vollzählig erschienen waren, willkommen geheißen. Eislingen dürfe einen interessanten Wettbewerb um den Chefposten im Rathaus erwarten, der nicht ohne Spannung sei und bisher gezeigt habe, dass sich qualifizierte Bewerber um die Stimmen der Wähler bemühten. …

Sonntag, 21. Februar 2010

GESCHICHTSLEKTION AUF FILSECK

Eine spannende Lektion Geschichtsunterricht erhielten die Eislinger Sozialdemokraten bei ihrer Winterwanderung am vergangenen Samstag zum Schloß Filseck und dessen Umgebung. Werner Litz vom Förderkreis Schloß Filseck e. V. führte die SPD-Gruppe durch die historischen Räume des Schlosses, das jahrhundertelang als Sitz eines großen Landwirtschaftsgutes diente und seit einigen Jahren im Besitz der Stiftung der Kreissparkasse ist. Das Vorstandsmitglied Walter Auer hatte den informativen Nachmittag organisiert und eine Rundwanderung zum Charlottensee und zurück zum Schloss vorbereitet. Unterwegs gab es an mehreren Stationen Informationen. So erfuhren die Sozialdemokraten, dass es außer dem Charlottensee früher vier weitere Seen gab und dass der Charlottenhof erst 1955 einen Stromanschluss erhielt. Zuerst erklommen die SPD-Mitglieder aus Eislingen den Aussichtspunkt vor dem Schloss, der einst als Wasserreservoir für die Räume und Ställe von Schloß Filseck diente.



Abbildung 108 - Winterwanderung 2010

Werner Litz führte sachkundig und souverän in die 800jährige Geschichte des Schlosses Filseck ein, das als Sitz eines weit über den Stauferkreis hinaus bekannten Landwirtschaftsgutes diente und während dieser Zeit viele verschiedene Besitzer hatte. Am beständigsten war die Familie Waggershauser, deren Oberhaupt unter anderem mehrere moderne Landwirtschaftsmaschinen, so zum Beispiel einen „Selbstladerwagen“, erfand. Die Firma Allgaier aus Uhingen ließ ihre Traktoren, die sie lange Zeit baute, auf dem Gut Filseck für die Praxis testen.

Sonntag, 7. März 2010

BUSSE: MIT LICHT UND SCHATTEN

Beim jüngsten „Roten Treff“ der Eislinger SPD wurde lebhaft über die bisherigen Erfahrungen mit der neuen Routenführung der Buslinien 1 und 16 diskutiert. Dabei traten „Licht und Schatten“ zutage. Insgesamt wurde aber festgestellt, dass das neue Konzept zweifellos bemüht ist, eine bessere Anbindung der Eislinger Stadtteile zu erreichen. Über eine gegebenenfalls notwendige Anpassung soll nach einer gründlichen Analyse und einem Gespräch mit der Stadtverwaltung voraussichtlich im April entschieden werden.

Das war die Quintessenz von Erläuterungen, die der Vertreter der OVG, Wuttke, bei der SPD-Veranstaltung vor zahlreichen Besuchern zog. Er machte deutlich, dass die neue Linienführung mit einer besseren Übersichtlichkeit des Fahrplans verbunden werden konnte und die Verbindungen zwischen Nord und Süd verbessert worden seien. Die Anbindung an die Bahn sei besser gelungen und die Linie 16 habe den südlichen Stadtteil besser als bisher erschlossen. „Mehr war nicht drin, da die neue Linienführung kostenneutral bleiben musste“, stellte Herr Wuttke fest.



Abbildung 109 -Buslinien in Eislingen

Der OVG-Vertreter bedauerte, dass es noch nicht gelungen sei, eine Vertaktung des Fahrplans vorzunehmen, dies sei aber in einem Gesamtkonzept des Busverkehrs im Landkreis bis etwa 2011/2012 in Aussicht genommen. Ein Fachbüro sei beauftragt worden, für dieses Ziel entsprechende Vorschläge zu machen.

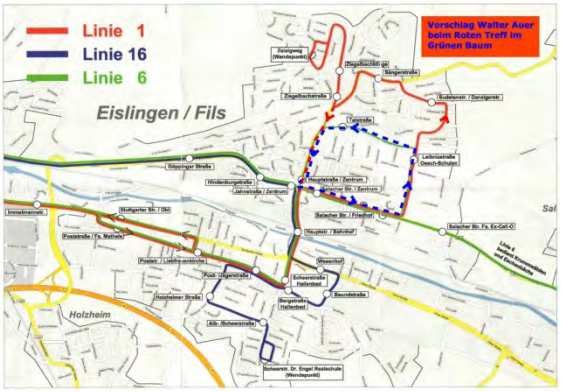


Abbildung 110 - Vorschlag Walter Auer

Herr Wuttke versicherte, dass die konstruktive Kritik und die Vorschläge aus der Bevölkerung offen aufgenommen und geprüft werden sollen. Er zeigte Verständnis dafür, dass Nutzer aus dem Norden die neue Linie nicht so attraktiv wie die bisherige fänden, da sich ihre Fahrzeit nach Göppingen tatsächlich um einige Minuten verlängert habe.

In der Veranstaltung wurde vorgeschlagen, die Linie 16 im nördlichen Stadtteil mit einer zusätzlichen Schleife über die Salacher Str. – Ösch-Schulen – Talstraße – Hauptstr. zu führen, um für diesen Bereich die direkte Route über die Nordverbindung nach Göppingen wiederherzustellen. Ferner solle – so ein weiterer Vorschlag - erwogen werden, die Linie 1 über die Westtangente zu leiten, um eine attraktivere Fahrzeit in die Kreisstadt zu ermöglichen. Eine Bürgerin aus dem Vogelgarten bedauerte, dass jetzt eine Fahrt zum Altersheim mit Ausstieg in der Talstraße nicht mehr möglich sei. Ein anderer Diskutant meinte, es sei nicht hilfreich, wenn Fahrten nach Göppingen „zuerst eine Stadtrundfahrt in Eislingen“ erforderten.

Die längere Fahrzeit nach Göppingen könne, so wurde weiter erläutert, durch ein Umsteigen an der Haltestelle Bahnhof oder im Zent-

rum Nord verkürzt werden, erfordere allerdings im letzteren Fall einen kurzen Fußweg von der Kaufstätte zur neuen Haltestelle „Schlossplatz/Bahnhof“ (früher Hindenburgstraße).

Die OVG bat um Verständnis, dass die neue Linienführung einer Gewöhnungszeit bedürfe und dass die zu Tage tretenden Probleme und Nachteile mit der Stadtverwaltung besprochen und nach machbaren Lösungen gesucht werde. „Auch wir sind an einem Verkehrssystem interessiert, das von möglichst vielen Kunden angenommen wird und sie zufrieden stellt“, betonte Wuttke.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz forderte, zu prüfen, ob die Einführung einer ermäßigten Fahrkarte für den innerstädtischen Verkehr in Eislingen möglich gemacht werden könne.

Dienstag 16. März 2010

WALDEMAR BERG IST 80 JAHRE ALT

Der langjährige DGB-Kreisvorsitzende und Eislinger Altstadtrat Waldemar Berg feiert am 16. März seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlass hat der SPD-Ortsverein die Verdienste des engagierten Mannes in einer Pressemitteilung hervorgehoben und seinen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen.



Abbildung 111 - Waldemar Berg zum 80ten

Waldemar Berg hat sich im Kreis Göppingen als entschlossener und konsequenter Gewerkschafter einen Namen gemacht. Über viele Jahr hinweg war er Kreisvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB) und davor ehrenamtlich als Betriebsratsvorsitzender in einem Textilbetrieb im Raum Reutlingen tätig. Waldemar Berg war stets zur Stelle, wenn es darum ging, die Interessen von Beschäftigten im Landkreis wahrzunehmen und gegen Ungerechtigkeiten und unsoziale Verhältnisse einzuschreiten. Seine hohe Glaubwürdigkeit und Integrität machten Waldemar Berg, der aus Bessarabien stammt, in seiner aktiven Zeit zu einem geschätzten Gesprächspartner. Es war für ihn selbstverständlich, sich darüber hinaus in der Eislinger Kommunalpolitik zu engagieren. Der Sozialdemokrat gehörte lange Jahre dem Gemeinderat der Stadt Eislingen an und scheute sich nie, heiße Eisen anzufassen.

Die Eislinger SPD würdigte sein jahrzehntelanges Engagement im Ortsverein und stellte heraus, dass er auch der Begründer des seit vielen Jahren durchgeführten Brunnenfests gewesen sei. „Immer wenn es darum ging, Flagge zu zeigen, war Waldemar Berg zur Stel-

le“, erklärte der Ortsvorsitzende Hartmut Komm.

Seine Freunde und Weggefährten schätzen, dass sich Waldemar Berg bis heute für das aktuelle politische Geschehen interessiert und keine Demonstration oder Kundgebung auslässt, bei der es um die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen oder anderen wichtigen gesellschaftlichen Fragen geht.

Waldemar Berg lebt mit seiner Ehefrau Ursula in Eislingen-Nord und frönt, wann immer es ihm möglich ist, seinem Hobby, dem Garten, in den er sich gerne zurückzieht. Fast täglich macht der Jubilar mit strammem Schritt seinen Spaziergang vom Ösch nach Salach und zurück; zu einem kurzes Schwätzchen unterwegs mit ihm bekannten Leuten ist er dabei stets bereit. In Veranstaltungen der SPD und der AWO ist er ein gern gesehener, gelegentlich aber auch kritischer Gast. Wo sie nicht ohnehin vorhanden war, verschaffte er sich Anerkennung und Respekt.

„Wir hoffen, dass uns der jung gebliebene Waldemar Berg noch viele Jahre erhalten bleibt“, fügte Hartmut Komm seinem Glückwunsch der Sozialdemokraten hinzu, deren „große“ Politik dem Gewerkschafter nicht immer gefiel und gegen die er gelegentlich entschieden aufbegehrte.

Dienstag, 16. März 2010

DIESSENBACHER VERABSCHIEDET

Der SPD-Ortsverein Eislingen hat in seiner jüngsten Mitgliederversammlung den seit 22 Jahren tätigen Kassier Konrad Dießenbacher verabschiedet. Zu seinem Nachfolger wurde einstimmig Bernd Sihler gewählt. Helmut Mezger wurde für 50 Jahre Mitgliedschaft bei den Sozialdemokraten geehrt.



Abbildung 112 - Jubilare 2010

Für zahlreiche weitere treue Mitglieder hielt Ortsvorsitzen-der Hartmut Komm die Ehrenurkunde und Ehrennadel des Parteivorstandes bereit. Vierzig Jahre sind Barbara Nürk, Rolf Lötzsch und Rainer Müller Mitglied der ältesten Partei Deutschlands. Für 25 Jahre wurden der Ortsvorsitzende Hartmut Komm selbst und Franz-Christian Frentz ausgezeichnet. Immerhin schon zehn Jahre Mitglied im SPD-Ortsverein sind Gertrude Hasert, Eva Rieg, Marlies Wahl, Christian Schirling, Kosta Konstantinos Keteoglu und Ernst Köckeis.

Komm erklärte seine Parteifreunde zum „Rückgrat der Eislinger Sozialdemokratie“ und überreichte ihnen ein Wein-präsent. Die Urkunden waren von dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, dem Landesvorsitzenden Nils Schmid und dem Ortsvorsitzenden Komm unterzeichnet. Helmut Mezger bedankte sich als „Spitzenreiter“ der Eislinger SPD-Jubilare für die Ehrung und wagte einen Rückblick auf jene Jahre, in denen er noch als Hauskassier die Beiträge für die Sozialdemokraten einzog. Er erinnerte an das „Eislingen ohne Bahnüberführung, an das lange Warten an den Bahnschranken“ und erzählte einige Anekdoten aus jener Zeit.

Hartmut Komm rief im Rechenschaftsbericht des Vorstan-des die vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten des SPD-Ortsvereins im vergangenen Jahr in Erinne-

rung. sei es das Brunnenfest, die Winterwanderung, den Neujahrsempfang oder die zahlreichen „Roten Treffs“ – von mangelnder Präsenz im Eislinger Geschehen konnten sich die rund 70 SPD-Mitglieder (Stand 31.12.2009) nicht beklagen.Dass der Bericht über die Kassenführung des scheidenden Kassiers Konrad Dießenbacher gewohnt positiv ausfiel, verwunderte niemanden, denn die SPD „hat einen Kassier gehabt, der die Kasse wie seine eigene einwandfrei führte und 22 Jahre lang pünktlich und akkurat allerbeste Dienste leistete“, betonte Hartmut Komm in seinen Dankesworten. Er verband damit die Hoffnung, dass dies auch dem neuen Kassier Bernd Sihler gelingen möge. Kontrolliert wird die SPD-Kasse künftig von den beiden Revisoren Joachim Römer und Yüksel Özer.



Abbildung 113 - Bernd Sihler - Konrad Diessenbacher - Hartmut Komm

Es folgte eine angeregte Diskussion über das Innenstadtkonzept „Eislingen 2030“ und die beiden Realisierungsideen, die nach SPD-Auffassung einer breiten Diskussion in der Bevölkerung bedürften. Peter Ritz als Fraktionsvorsitzender machte deutlich, dass Eislingen eine Vision brauche und an deren Realisierung konsequent gearbeitet werden müsse. Dazu gehöre ein neues Rathaus ebenso wie die Ersetzung der Bahnüberführung durch eine neue Trasse, wobei er die „historische Hauptstraßentrasse“ favorisierte.

Donnerstag, 25. März 2010

ZUSAGEN NICHT EINGEHALTEN

Die Eislinger SPD hat den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Baden-Württemberg, Werner W. Klingberg, aufgefordert, seine Ankündigungen aus einem Schreiben vom November letzten Jahres endlich wahr zu machen.

Damals hatte der Bahnmanager angekündigt, dass im Januar 2010 eine Umsetzung des Fahrkartenautomaten erfolge. Seit Beginn der sonnigen Tage, so SPD-Medienreferent Harald Kraus in seinem Brief, „haben die Fahrgäste mit der Bedienung des Automaten wieder massive Probleme“.

Kraus, der auch in Namen der Eislinger AWO und des ACE-Kreises Göppingen-Esslingen schrieb, bemängelt ferner, dass ein einziger Fahrkartenautomat in Eislingen angesichts der zu beobachtenden Frequenz keinesfalls ausreiche. Es komme, so hat er mehrfach selbst festgestellt, ständig zu enormer „Schlangenbildung“, weil es den Fahrgästen nicht gelingt, vor Abfahrt des Zuges Fahrkarten zu lösen, obwohl sie rechtzeitig auf dem Bahnsteig erschienen sind“.

Der SPD-Medienreferent bezeichnet den Automaten als „absoluten Frustbeschaffer“ und befürchtet, „dass sich Kun-den von der Bahn abwenden und lieber das eigene Fahrzeug benutzen, weil sie sich dem Stress einer Fahrkartenbeschaffung nicht aussetzen wollen“.

Schließlich kritisiert Kraus in seinem Brief noch, dass die Bahn das erst im letzten Jahr eingeführte „Kreuz-und-quer-Ticket“ quasi „still, heimlich und leise kassiert“ habe, ohne dass die Kunden erkennbar informiert worden seien. Bei einer von ihm und Walter Auer durchgeführten Einführung in die neuen Au-

tomaten … stellte sich heraus, dass dieses Sonderticket am Automaten nicht mehr erhältlich ist und laut Auskunft eines Schaltermitarbeiters eingestellt wurde. Es hatte die Benutzung von Nahverkehrszügen in ganz Deutschland für maximal 5 Personen zu € 54 pro Tag ermöglicht und stellte, so Kraus, für Gruppen, die sich für ihre Reise genügend Zeit nehmen, eine interessante Alternative dar. Auch auf das Regio-Ticket Baden-Württemberg (11 Euro für bis zu 50 km und zurück) werde nur „verschämt und versteckt“ aufmerksam gemacht.

Freitag, 2. April 2010

BÜRGERVERSICHERUNG GEFORDERT

Die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD und Landesbezirksleiterin der Gewerkschaft ver.di, Leni Breymaier, hat beim Roten Treff die Forderung der Sozialdemokraten nach Einführung einer Bürgerversicherung bekräftigt. „Unser Krankenversicherungssystem darf nicht ab- sondern muss fortentwickelt werden“, lautete der Kernsatz der Gewerkschafterin.



Abbildung 114 - Roter Treff mit Leni Breymaier

Breymaier erläuterte in der Veranstaltung des SPD-Ortsvereins die Vorstellungen der SPD und der Gewerkschaften zur Zukunft der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dabei hob sie insbesondere das solidarische Prinzip hervor, das durch Praxisgebühr, Zuzahlungen für Heilmittel und Zusatzbeiträge der Krankenkassen ohnehin schon ausgehöhlt worden sei. „Die von der FDP geforderte Kopfpauschale würde dieses Missverhältnis weiter verstärken“, sagte Breymaier.

Bei einer angenommenen Kopfpauschale von zum Beispiel 145 Euro würden etwa 63 Prozent der Versicherten einen Staats- bzw. Steuerzuschuss bekommen. Das könnte nach Expertenberechnungen laut Breymaier zwischen 15 und 30 Milliarden Euro ausmachen. „Um diesen Posten müsste jedes Jahr der Gesundheitsminister mit seinen Kabinettskollegen streiten, die ihren Etat zugunsten des Zuschusses für die Krankenversicherung nicht einschränken wollten. „Kann sich das Gesundheitsministerium letztlich nicht durchsetzen, müssen die Versicherten die Zeche bezahlen“, befürchtet die Landes-Vize der SPD.

Breymaier äußerte sich auch zum Zusatzbeitrag der Krankenkassen von 8 Euro, der einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand auslösen und „quasi der Einstieg in die Logistik einer großen Kopfpauschale“ sei. „Diese ist unsozial und ungerecht“, sagte die Gewerkschafterin.

Das Konzept der SPD für eine Bürgerversicherung sieht dagegen laut Leni Breymaier vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbstständige und Beamtinnen und Beamte, erfasst und auch andere Einkünfte zum Beispiel aus Vermögen „verbeitragt“ werden. Nur so würde der Grundsatz der Solidarität, der den Reicheren eine stärkere Belastung als den Ärmeren zumute, auch wirklich realisiert.



Abbildung 115 - Roter Treff im Grünen Baum

Eine an den richtigen Stellen reformierte Gesetzliche Krankenversicherung müsse gewährleisten, dass alle medizinisch notwendigen Leistungen gewährt werden könnten und es nicht einer vermeintlichen Eigenverantwortung überlassen werden dürfe, welche Leistungen im Krankheitsfall beansprucht werden könnten. Mehrere Zuhörer, die Beamte und zwangsläufig Privatversicherte sind, schilderten Fälle, in denen sie von unerwarteten Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen überrascht wurden, weil sich die private Krankenkasse auf den eingeschränkten Leistungskatalog bezog.

Die Eislinger SPD-Politikerin rief abschließend dazu auf, an den von SPD und Gewerkschaften geplanten Protestaktionen gegen die Kopfpauschale und zugunsten einer solidarischen Bürgerversicherung teilzunehmen.

Freitag, 23. April 2010

EINMÜTIGE UNTERSTÜTZUNG HOFELICHS

Die SPD-Ortsvereinsvorstände Göppingen und Eislingen wollen den Landtagsabgeordneten Peter Hofelich bei seiner Nominierung zur erneuten Landtagskandidatur einmütig unterstützen. Dies ergab ein Treffen der beiden Vorstände, das ansonsten dem Erfahrungsaustausch über die örtliche Parteiarbeit diente.

„Peter Hofelich hat in seiner ersten Amtszeit hervorragen-de Arbeit geleistet“, betonte der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Göppingens, Albrecht Daur, der die in dieser Form erstmals durchgeführte Zusammenkunft der beiden Ortsvereinsvorstände moderierte. „Es gibt keinen einzigen Grund, die Kandidatur Peter Hofelichs nicht zu unterstützen“, erklärte der Eislinger Ortsvereinsvorsitzende Hartmut Komm.

Uwe Bidlingmaier, Chef der Göppinger SPD, begrüßte, dass es zwischen den beiden Nachbarortsvereinen erstmals zu einem Dialog und Erfahrungsaustausch gekommen ist. Die Vorstände schilderten freimütig Erfolge aber auch Schwachstellen ihrer Parteiarbeit. „Wir können viel voneinander lernen“, stellte Bidlingmaier danach fest.

Während Peter Ritz aus Eislingen von einer engen Verzahnung der Vorstands- und Fraktionsarbeit berichtete, räumten die Göppinger Genossen sein, dass dies in der Kreisstadt „noch entwicklungsfähig“ sei. Sehr produktiv war der gegenseitige Bericht über verschiedene Maßnahmen der Mitgliederbetreuung. Die Eislinger haben es insgesamt etwas leichter, weil sie relativ kompakte Strukturen haben, wogegen die Göppinger SPD den Anforderungen und Gegebenheiten einer Großen Kreisstadt auch in der Parteiorganisation gerecht werden muss. Dieser fruchtbare und unmittelbare Dialog sollte unbedingt fortgesetzt werden“, sagte Uwe Bidlingmaier.

Donnerstag, 29. April 2010

POLITISCH ZU UNTERSCHIEDLICH

Der Eislinger Ortsverein der SPD hat sich an der bundesweiten Mitgliederbefragung zur Situation in der Partei und zu ihren Zukunftsperspektiven beteiligt. In einer Mitgliederversammlung wurden die Themen aus dem Fra-

gebogen des Parteivorstands eifrig diskutiert und jeweils eine Antwort festgelegt.

Naturgemäß kamen in der Versammlung auch aktuelle tagespolitische Themen zur Sprache. Hier wurde die sogenannte „Eislinger Erklärung“ der Jungen Union angesprochen. „Es ist ein zweifelhafter Ruhm, wenn schon fast verfassungsfeindliche Passagen des Papiers mit der Stadt Eislingen in Verbindung gebracht werden, die doch auf eine lange demokratische Tradition zurückblicken kann“, sagte Fraktionsvorsitzender Peter Ritz.

Die Junge Union hat sich nach Auffassung der Sozialdemokraten selbst entlarvt. Sollten die JU-Thesen die Meinung der CDU darstellen, wären die politischen Unterschiede zwischen CDU und SPD damit für jeden erkennbar geworden.

Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm stellte fest: „Während sich die Jusos mit Zukunftsthemen beschäftigen, offenbart die Junge Union ihre rückwärtsgewandte politische Orientierung“. Wegen des Papiers könne zwar nicht die gesamte CDU in Haftung genommen werden, es zeige aber Tendenzen auf, die aus Sicht der SPD als bedenklich einzustufen seien.

„Wir treten im Gegensatz zur JU für eine offene, freie, faire und gerechte Gesellschaft auf dem Boden der Grundrechte ein“, sagte SPD-Stadtrat Bruno Mörixbauer.

Freitag, 30. April 2010

TICKETAUTOMAT: UNENDLICHE STORY

Das Thema „Fahrkartenautomat auf dem Bahnhof Eislingen“ entwickelt sich nach Angaben von Harald Kraus, Vorstandsmitglied des SPD-Ortsvereins, „zur unendlichen Geschichte“. Noch immer warten die Bahnnutzer aus Eislingen auf eine Verlegung des Standorts des Fahrkartenautomaten, der wegen der Sonneneinwirkung in der Sommerzeit besonders schlecht oder gar nicht bedienbar ist. Zwar hat der Konzernbevollmächtigte der Bahn für Baden-Württemberg, Werner W. Klingberg, in dem seit Monaten anhaltenden Schriftwechsel mit Harald Kraus eingeräumt, dass eine Verlegung des Standorts für den Ticket-Automaten notwendig ist, jedoch im April diesen Jahres mitgeteilt, dass „eine Fundamentlegung aufgrund eines unterirdisch verlaufenden Kabelkanals nicht möglich war“. „Seither ruht still der See“, kommentierte dies Harald Kraus.

Er hat nun einen weiteren Brief an den Repräsentanten der Bahn AG geschrieben und ihn aufgefordert, für die Aufstellung eines zweiten Fahrkartenautomaten im Bahnhof Eislingen zu sorgen. „Es ist ein Skandal, dass in einer Stadt mit über 20.000 Einwohnern und einer relativ hohen Bahnnutzungsfrequenz nur ein einziger Automat aufgestellt worden ist. Kraus glaubt der Bahn nicht, die damit argumentiert, dass sich die Anzahl der Automaten an deren Wirtschaftlichkeit orientiere. Und in Eislingen, so die Bahn im letzten Jahr, sei mehr als ein Automat nicht drin.

Harald Kraus hat die Situation als häufiger Bahnbenutzer beobachtet und festgestellt, dass es regelmäßig zu Problemen kommt, weil durch in der Bedienung des Automaten ungeübte Bahnfahrer eine Warteschlange entstehe. Dies führe häufig dazu, dass mehrere Kunden vor Abfahrt des Zuges kein Ticket mehr lösen könnten. Sie müssten dann auf die Fahrt verzichten oder das Risiko eingehen, im Zug ohne Fahrkarte angetroffen zu werden. „Mit all den Unannehmlichkeiten, die dies nach sich

zieht“, betont Kraus.



Abbildung 116 - Ticketautomat

„Der Service der Bahn lässt in Eislingen grundsätzlich zu wünschen übrig“, sagt der engagierte Eislinger, der Vorsitzender der örtlichen AWO und des Kreisverbandes des ACE Auto Club Europa ist.

Er nennt als Beispiel die Tatsache, dass Verspätungen im Bahnhof Eislingen nur noch angesagt werden, wenn diese sehr groß sind. „Kürzlich war 10 Minuten nach planmäßiger Abfahrt des Zuges noch keine Ansage erfolgt; der Kunde wird einfach im Ungewissen gelassen“, beanstandet Harald Kraus die unzureichende Servicequalität.

Er habe, so Kraus, schon mehrfach vernommen, dass sich potentielle Bahnkunden abwenden und lieber den PKW benutzen, weil „ihnen die Lösung der Fahrkarte am hypomodernen Fahrkartenautomaten zu blöd ist“. Vor allem ältere Leute hätten nach wie vor erhebliche Bedienungs- und Akzeptanzprobleme mit dem komplizierten Gerät.

Freitag, 10. Mai 2010

POSITIV UND KONSTRUKTIV AGIEREN

„Es war allerhöchste Eisenbahn!“ Mit diesen Worten begrüßte Kreisrat Arnulf Wein beim Roten Treff der Eislinger SPD das Zustandekommen des Verkehrsverbundes „Filsland“ für den Kreis Göppingen. Die Sozialdemokraten wollen umweltfreundliche Verkehrsträger mit aller Vehemenz nach vorne bringen und die Mobilität verbessern.

Arnulf Wein, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, zeigte sich zuversichtlich, dass mit der Gründung des Verkehrsverbundes zum 01. Januar 2011 der erste wichtige Schritt in Richtung Integration in den Stuttgarter Verkehrsverbund (VVS) gemacht wird und sich darauf weitere Schritte aufbauen lassen.

„Der Kreis Göppingen ist bisher der einzige Landkreis in der Region, der dem Verkehrsverbund Stuttgart (noch) nicht angeschlossen ist“, erläuterte Wein die Situation und das Prinzip „Ein Netz – ein Fahrplan – ein Ticket“. Es sei jetzt an der Zeit, positiv und konstruktiv zu agieren, er setze dabei auf die Gestaltungskraft des Landrats und fortschrittlicher Verkehrspolitiker.

Die vor geraumer Zeit vorgelegte Machbarkeitsstudie zur S-Bahn-Verlängerung in den Kreis Göppingen habe gezeigt, dass die bisherigen großen Vorbehalte, insbesondere bezüglich vermeintlicher Unfinanzierbarkeit, widerlegt worden sind. Zukunftsweisend sei die von seiner Fraktion angestrebte Teilintegration in den VVS.

Die für den Kreis entstehenden Kosten schätzt der SPD-Kreisrat auf 2 bis 3 Euro pro Einwohner und Jahr. Die Verbesserungen wie z. B. eine Fahrkarte für Bus und Schiene, die Anerkennung des landesweiten BW-Tickets, eine Tageskarte für alle Verbundverkehrsmittel, die Harmonisierung der Altersgrenze von 12 auf 14, der Wegfall der 3 km-Grenze beim Schüler-Abo sowie die kostenlose Fahrradmitnahme und ein verbesserter Kundenservice sollten, so Wein, diesen Zuschuss aus dem Kreishaushalt wert sein.

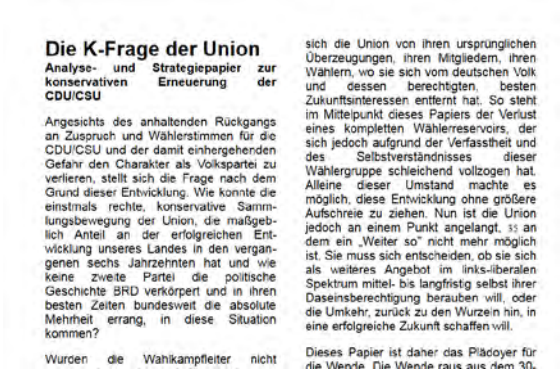
Wein legte abschließend Wert auf die Feststellung, dass die geplanten Verkehrsprojekte

nicht gegen den von den Kliniken geltend gemachten Investitionsbedarf ausgespielt werden dürften. Der Kreis müsste in Sachen Verkehrsverbund und S-Bahn einen klaren Kurs halten und auf eine zielgerichtete Entwicklung achten. „Ansonsten wird der Kreis Göppingen über weitere Jahrzehnte von der Entwicklung abgehängt. Unser Landkreis würde bei der Bevölkerungsentwicklung, bei der Infrastrukturausstattung und bei der Wirtschaftskraft sowie letztlich beim Image weiter zurückfallen“, erklärte der SPD-Verkehrsexperte.

Freitag, 11. Juni 2010

KÜRZUNGEN SIND UNAUSGEWOGEN

Der Eislinger Ortsverein der SPD hat sich an der bundesweiten Mitgliederbefragung zur Situation in der Partei und zu ihren Zukunftsperspektiven beteiligt. In einer Mitgliederversammlung wurden die Themen aus dem Fragebogen des Parteivorstands eifrig diskutiert und jeweils eine Antwort festgelegt.



Die K-Frage der Union

Analyse- und Strategiepapier zur konservativen Erneuerung der CDU/CSU

Angesichts des anhaltenden Rückgangs an Zuspruch und Wählerstimmen für die CDU/CSU und der damit einhergehenden Gefahr den Charakter als Volkspartei zu verlieren, stellt sich die Frage nach dem Grund dieser Entwicklung. Wie konnte die einstmals rechte, konservative Sammlungsbewegung der Union, die maßgeblich Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes in den vergangenen sechs Jahrzehnten hat und wie keine zweite Partei die politische Geschichte BRD verkörpert und in ihren besten Zeiten bundesweit die absolute Mehrheit errang, in diese Situation kommen?

Wurden die Wahlkampfleiter nicht

sich die Union von ihren ursprünglichen Überzeugungen, ihren Mitgliedern, ihren Wählern, wo sie sich vom deutschen Volk und dessen berechtigten, besten Zukunftsinteressen entfernt hat. So steht im Mittelpunkt dieses Papiers der Verlust eines kompletten Wählerreservoirs, der sich jedoch aufgrund der Verfasstheit und des Selbstverständnisses dieser Wählergruppe schleichend vollzogen hat. Alleine dieser Umstand machte es möglich, diese Entwicklung ohne größere Aufschreie zu ziehen. Nun ist die Union jedoch an einem Punkt angelangt, 55 an dem ein „Weiter so“ nicht mehr möglich ist. Sie muss sich entscheiden, ob sie sich als weiteres Angebot im links-liberalen Spektrum mittel- bis langfristig selbst ihrer Daseinsberechtigung berauben will, oder die Umkehr, zurück zu den Wurzeln hin, in eine erfolgreiche Zukunft schaffen will.

Dieses Papier ist daher das Plädoyer für

Abbildung 117 - Eislinger Erklärung der JU -

Naturgemäß kamen in der Versammlung auch aktuelle tagespolitische Themen zur Sprache. Hier wurde die sogenannte „Eislinger Erklärung“ der Jungen Union angesprochen. „Es ist ein zweifelhafter Ruhm, wenn schon fast verfassungsfeindliche Passagen des Papiers mit der Stadt Eislingen in Verbindung gebracht werden, die doch auf eine lange demokratische Tradition zurückblicken kann“, sagte Fraktionsvorsitzender Peter Ritz.

Die Junge Union hat sich nach Auffassung der Sozialdemokraten selbst entlarvt. Sollte die JU-Thesen die Meinung der CDU darstellen, wären die politischen Unterschiede zwischen CDU und SPD damit für jeden erkennbar geworden. Ortsvereinsvorsitzender Hartmut Komm stellte fest: „Während sich die Jusos mit Zukunftsthemen beschäftigen, offenbart die Junge Union ihre rückwärtsgewandte politische Orientierung“. Wegen des Papiers könne zwar nicht die gesamte CDU in Haftung genommen werden, es zeige aber Tendenzen auf, die aus Sicht der SPD als bedenklich einzustufen seien. „Wir treten im Gegensatz zur JU für eine offene, freie, faire und gerechte Gesellschaft auf dem Boden der Grundrechte ein“, sagte SPD-Stadtrat Bruno Mörixbauer.

Donnerstag, 1. Juli 2010

EIGENSTÄNDIGE ENERGIE?

Die SPD-Ortsvereine Eislingen, Süßen und Salach führen am Montag, 5. Juli 2010 eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema „Eigenständige Energieversorgung vor Ort?“ durch. Moderator: Martin Bauch.

Im Juli soll ein Gutachten den Gemeinderäten aufzeigen, welche Handlungsoptionen bei der Neuverhandlung der Konzession bzw. bei Netz- und/oder Betriebsübernahmen bestehen. Um einen Einstieg in das Thema zu finden, haben die Ortsvereine in Absprache mit ihren Gemeinderatsfraktionen den Vorsitzenden des Vorstands der Albwerk Energieversorgung Geislingen, Dipl.-Betriebswirt (FH) Hubert Rinklin, und den Aufsichtsratsvorsitzenden des Regionalwerkes Bodensee, Bürgermeister Bruno Walter, Tett-nang, eingeladen. Sie werden über ihre Erfahrungen mit Netz- und Betriebsübernahmen berichten.

Die Gemeinderäte der drei Kommunen Eislingen, Salach und Süßen müssen sich Klarheit

verschaffen, ob und wie Neuabschlüsse der Konzessionsverträge oder Netzübernahmen sinnvoll und im Betrieb verantwortlich und wirtschaftlich gestaltet werden können.

Freitag, 2. Juli 2010

„PLATZ DES HIMMLISCHEN FRIEDENS“

Die SPD-Fraktion im Eislinger Gemeinderat favorisiert im Rahmen des Konzepts für die Entwicklung einer neuen Stadtmitte die historisch gewachsene Hauptstraßen-Trasse. Beim jüngsten „Roten Treff“ der Sozialdemokraten bezeichnete Stadtrat Bruno Mörixbauer den Vorschlag des Planers Baldauf für eine große Freifläche zwischen neuem Rathaus und dem Schloss als illusionär und bezweifelte, ob dieser nachhaltig mit Geschehen und Leben zu erfüllen sei. „Einen ‚Platz des himmlischen Friedens' halte ich in Eislingen für überflüssig“, sagte der SPD-Stadtrat.

Fraktionsvorsitzender Peter Ritz hatte in seiner Einführung die Vorzüge der Hauptstrassen-Trasse nach dem für 2030 angedachten Abriss der bisherigen Überführungsbrücke hervor gehoben und betont, dass die alternative Mühlbachstrassen-Trasse die Geschäfte in der südlichen Hauptstraße vom Verkehrsgeschehen abtrenne und somit negative Effekte mit sich bringe. Eine bessere Verbindung von Eislingen-Nord und Süd könne dagegen durch die Trasse auf dem früheren Verlauf der Hauptstraße wirkungsvoll gefördert werden.

„Ein Fußgängeraufkommen, das die Schaffung eines relativ großen dimensionierten Platzes zwischen Rathaus und Schloss zur Voraussetzung habe, ist in der Eislinger Struktur kaum zu erwarten“, argumentierte Mörixbauer. Vielmehr müsste die Infrastruktur gezielt verbessert und eine optimale verkehrstechnische Anbindung gewährleistet werden. „Dies könnte durch Schaffung entsprechender Parkmöglichkeiten im Umfeld der südlichen Hauptstrasße gelingen“, erklärte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Stadtrat Hartmut Komm dazu.

Der Bau eines Parkhauses beim Stellwerk entlang der Bahntrasse würde, so Komm, diesem Anliegen entsprechen können.

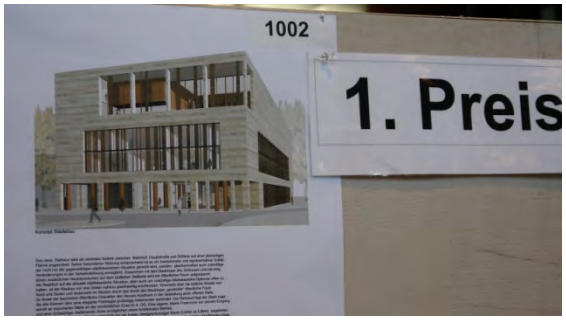


Abbildung 118 - Entwurf Rathausneubau

„Sollte es gelingen, das Kino-Grundstück seitens der Stadt zu erwerben, muss versucht werden, das Kino wiederzubeleben“, verlangte Fraktionsvorsitzender Peter Ritz, der sich zum Beispiel die Einrichtung eines kommunalen Kinos vorstellen kann. Ob ein späterer Abriss zugunsten einer weiterführenden städtebaulichen Maßnahme, in die ein neues Kino integriert werden könne, möglich sei, werde sich dann herausstellen.

Ritz berichtete weiter, dass der Architekten-Wettbewerb für das neue Rathaus laufe und weitere Überlegungen dazu von der Entscheidung für eine der beiden Trassen abhänge. Noch Ende Juli wolle Bürgermeister Heininger zu einer Bürgerversammlung einladen und über den Stand der Dinge informieren. Wegen des städtebaulichen Zusammenhangs von neuem Rathaus und der künftigen Verkehrsführung sei eine baldige Entscheidung zur Trasse notwendig.

Freitag, 9. Juli 2010

„SCHWARZ-GELB ZOCKT AB!“

Die SPD-Fraktion im Eislinger Gemeinderat favorisiert im Rahmen des Konzepts für die Entwicklung einer neuen Stadtmitte die historisch gewachsene Hauptstraßen-Trasse. Beim jüngsten „Roten Treff“ der Sozialdemokraten bezeichnete Stadtrat Bruno Mörixbauer den Vorschlag des Planers Baldauf für eine große Freifläche zwischen neuem Rathaus und dem Schloss als illusionär und bezweifelte, ob dieser nachhaltig mit Geschehen und Leben zu erfüllen sei.. „Einen ‚Platz des himmlischen Friedens’ halte ich in Eislingen für überflüssig“, sagte der SPD-Stadtrat.

Fraktionsvorsitzender Peter Ritz hatte in seiner Einführung die Vorzüge der Hauptstrassen-Trasse nach dem für 2030 angedachten Abriss der bisherigen Überführungsbrücke hervor gehoben und betont, dass die alternative Mühlbachstrassen-Trasse die Geschäfte in der südlichen Hauptstraße vom Verkehrsgeschehen abtrenne und somit negative Effekte mit sich bringe. Eine bessere Verbindung von Eislingen-Nord und Süd könne dagegen durch die Hauptstrassen-Trasse wirkungsvoll gefördert werden.

„Ein Fußgängeraufkommen, das die Schaffung eines relativ groß dimensionierten Platzes zwischen Rathaus und Schloss zur Voraussetzung habe, ist in der Eislinger Struktur kaum zu erwarten“, argumentierte Mörixbauer. Vielmehr müsste die Infrastruktur gezielt verbessert und eine optimale verkehrstechnische Anbindung gewährleistet werden. „Dies könnte durch Schaffung entsprechender Parkmöglichkeiten im Umfeld der südlichen Hauptstraße gelingen“, erklärte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Stadtrat Hartmut Komm dazu. Der Bau eines Parkhauses beim Stellwerk entlang der Bahntrasse würde, so Komm, diesem Anliegen entsprechen können.

„Sollte es gelingen, das Kino-Grundstück seitens der Stadt zu erwerben, muss versucht werden, das Kino wiederzubeleben“, verlangte Fraktionsvorsitzender Peter Ritz, der sich zum Beispiel die Einrichtung eines kommunalen Kinos vorstellen kann. Ob ein späterer Abriss zugunsten einer weiterführenden städtebaulichen Maßnahme, in die ein neues Kino integriert werden könne, möglich sei, werde sich dann herausstellen.

Ritz berichtete weiter, dass der Architekten-Wettbewerb für das neue Rathaus laufe und weitere Überlegungen dazu von der Entscheidung für eine der beiden Trassen abhänge. Noch Ende Juli wolle Bürgermeister Heininger zu einer Bürgerversammlung einladen und über den Stand der Dinge informieren. Wegen des städtebaulichen Zusammenhangs von neuem Rathaus und der künftigen Verkehrsführung sei eine baldige Entscheidung zur Trasse notwendig.

Freitag, 9. Juli 2010

ABZOCKE UND WAHLBETRUG

Der Ortsvereinsvorstand der Eislinger SPD hat auf seiner Sitzung am Donnerstagabend in Krummwälden die Pläne der Bundesregierung zur Gesundheitsreform als „Abzocke und Wahlbetrug“ bezeichnet. Stadtrat Hartmut Komm sagte, die Kopfpauschale solle durch die Hintertür eingeführt werden. Er kündigte an, dass sich der Ortsverein an Aktionen gegen die „unsozialen Pläne von Gesundheitsminister Rößler beteiligen“ werde.

Für Wahlbetrug halten die Sozialdemokraten die sogenannte „Gesundheitsreform“ der Berliner Koalition, weil Minister Rößler vor der Wahl versprochen habe, dass niemand mehr bezahlen müsse. Jetzt würden die Versicherten jedoch zur Kasse gebeten. Die Krankenkassen dürften – würden die Pläne Gesetz – völlig frei Zusatzbeiträge erheben. Die Versicherten müssten damit in Zukunft alle Kosten-

steigerungen alleine tragen, wogegen die Arbeitgeber und die privat Versicherten verschont blieben. Die SPD vermisst eine gerechte Lastenverteilung, weil die Krankenversicherungsbeiträge auf 15,5 Prozent angehoben werden sollen. „Damit zahlen Versicherte gleich doppelt“, erklärte der Eislinger SPD-Vorsitzende. „Ärzte und Apotheken kommen dagegen fast ungeschoren davon“, beanstanden die Sozialdemokraten.



Abbildung 119 - SPD Vorstand tagt in Krummwälden

Als besonders unsolidarisch bezeichnet die Eislinger SPD den Umstand, dass die private Krankenversicherung von der vermeintlichen Gesundheitsreform verschont werde. Die gesetzliche Krankenversicherung werde so teuer gemacht, dass noch mehr gut Verdienende in die private Versicherung wechseln werden, befürchten die Sozialdemokraten. „Das schwächt die Solidarität und Normalverdiener müssen noch größere Lasten tragen“, schlussfolgert der SPD-Orts-vereinsvorsitzende Hartmut Komm.

„Die Pläne sind krasser Wahlbetrug. Schwarzgelb zieht den Menschen das Geld aus der Tasche. Mit dem Einstieg in die Kopfpauschale wird ein umfassender Systemwechsel eingeleitet. Die Versicherten zahlen die Zeche und unser Land wird weiter sozial gespalten“, kommentierte Fraktionsvorsitzender Peter Ritz die Pläne von CDU/CSU und FDP.

„Damit es in unserem Land gerecht zugeht, fordern wir Sozialdemokraten die Einführung einer Bürgerversicherung, an deren Finanzierung sich alle beteiligen müssen“, heißt es in der SPD-Pressemitteilung.

Samstag, 10. Juli 2010

UNTERSCHRIFTEN FÜR 2. AUTOMAT

Die Eislinger SPD will nach den Sommerferien eine Unterschriftenaktion anzetteln, wenn bis dahin ein zweiter Fahrkartenautomat auf dem Eislinger Bahnhof nicht installiert worden sein sollte. Dies beschloss der Ortsvereinsvorstand der Sozialdemokraten am Donnerstagabend in Krummwälden.

Das Schreiben an den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG, Werner W. Klingberg, vom 9. Juni ist laut Auskunft des Pressesprechers des SPD-Ortsvereins, Harald Kraus, bisher nicht beantwortet worden. Darin hatte die SPD gemeinsam mit der AWO und dem ACE Auto Club Europa die Dringlichkeit eines zweiten Fahrkartenautomaten betont und um unverzügliche Aufstellung gebeten.

„Die Probleme auf dem Eislinger Bahnhof sind nach wie vor dieselben – die Bahn lässt sich Zeit bzw. ignoriert die Situation. Vor diesem Hintergrund muss überlegt werden, ob der Bahn im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Nahverkehrsleistungen künftig stringente Auflagen gemacht werden“, erklärte Vorstandsmitglied Hans-Ulrich Weidmann dazu.

„Was andernorts selbstverständlich geworden ist, muss auch im Filstal möglich sein“, meint der Sozialdemokrat. Er spielt damit auf die Tatsache an, dass es auf anderen Bahnstrecken, die zum Teil an Konkurrenten der Bahn vergeben worden sind, selbstverständlich ist, dass im Zug Fahrkarten gelöst werden können oder in den Waggons Fahrkartenautomaten installiert sind.

„Es ist ein Trauerspiel, wie die Bahn mit den Interessen ihrer Kunden umgeht. „Hier zeigt sich in vollem Umfang die Borniertheit und Ignoranz eines Monopolkonzerns“, macht Pressesprecher Harald Kraus seinem Unmut Luft. Um der Bahn konkret nachzuweisen, dass die an sie gestellten Forderungen mit dem Anliegen ihrer Kunden übereinstimmen, will die SPD deshalb nach den Sommerferien eine Unterschriftensammlung durchführen. Vor den Zugängen zu den Bahnsteigen sollen die Bahnkunden für eine Unterstützung der Aktion gewonnen werden. „Wir werden Herrn Klinberg keine Ruhe lassen bis der 2. Automat aufgestellt ist“, kündigte Harald Kraus an.



Abbildung 120 - 24.12.2010 - eislingen-online wird e.V.

2011

Sonntag, 8 .Januar 2011

SPASS UND MOTIVATION VORHANDEN

„Ich bin für die Bürger da und nicht fürs Papier im Rathaus“, umschrieb Bürgermeister Klaus Heininger beim „Roten Treff“ der SPD am Donnerstagabend sein Selbstverständnis, mit dem er das Amt als Rathauschef in Eislingen angetreten habe. Er bezeichnete seinen Start nach mehr als 100 Tagen als recht erfolgreich und will sich hoch motiviert und engagiert an die Lösung der Zukunftsprobleme der Stadt Eislingen machen.

Klaus Heininger hat sich nach eigenen Worten gut in seine neue Aufgabe eingefunden. Er habe bereits relativ viel von dem, was er im Wahlkampf versprochen habe, umsetzen können. Beispielhaft hob er den verbesserten Bürger-Service der Stadtverwaltung hervor, der in längeren Öffnungszeiten des Rathauses mit einer Spät- und Früh-„Sprechstunde“ zum Ausdruck komme. Er habe bisher etwa 60 einzelne Bürgeranliegen individuell abgearbeitet.

Der Bürgermeister kündigte an, dass demnächst alle Bürgerinnen und Bürger vor Ablauf ihres Personalausweises bzw. Reisepasses von der Stadt mittels Brief auf die Verlängerungsnotwendigkeit aufmerksam gemacht würden. Das helfe beide Seiten, unnötigen Stress zu vermeiden.

Auch die Bahnhofs-Putzaktion bezeichnete Heininger als erfolgreich und als ein Beispiel von unkonventionellem bürgerschaftlichem Engagement. Er habe veranlasst, dass ein zusätzlicher Reinigungstrupp des Bauhofs sich um die Brennpunkte in der Stadt, insbesondere die Unterführungen, gezielt kümmere. An mehreren Stellen, vor allem auf Schulwegen, im Ösch und bei der Stadthalle seien Papierkörbe aufgestellt worden, um dem Ziel einer sauberen Stadt näher zu kommen.

Strukturelle Veränderungen habe er, so Heininger, auch im Rathaus bereits vorgenommen. So sei eine zentrale Pressestelle eingerichtet worden, die professionell agieren könne. In Vorbereitung sei ein betriebliches Vorschlagswesen, das verbesserte Dienstabläufe und mehr Serviceangebote in der Verwaltung zutage fördern sowie die Eigenverantwortung der Mitarbeiter stärken soll. Ein Gremium werde die Vorschläge prüfen und bewerten. Mit einem Prämiensystem sollen Vorschläge der Mitarbeiter, die zu relevanten Einsparungen führen, honoriert werden.

Klaus Heininger betonte, dass nach seinem Amtsantritt der Gemeindevollzugsdienst aufgestockt worden und dessen Präsenz an Wochenenden verstärkt worden sei. Der Stadtchef kündigte Verbesserungen in der Buslinienführung an, die die zuletzt aufgetretenen Schwachstellen ausmerzen werde. Schließlich will sich Heininger für mehr öffentliche Beratungen im Gemeinderat einsetzen.

Den Erwerb des Schlosstheaters bezeichnete Heininger als einen großen Erfolg und als einen Meilenstein für die städtebauliche Entwicklung hin zu der anvisierten Stadtmitte. Der Rathaus-Neubau setze zwingend eine vorherige Entscheidung über den Trassenverlauf der neuen Verbindung zwischen Nord und Süd voraus, erklärte der Bürgermeister. Er will die städtebauliche Entwicklung massiv vorantreiben und baldmöglichst zu entsprechenden Weichenstellungen kommen.

Vor den Sozialdemokraten ging Heininger auf den erhöhten Bedarf an Kleinkinderbetreuung ein und versicherte, dass auch er den engen Kontakt zu den Eislinger Vereinen wie sein Vorgänger pflegen werde. In der Diskussion kamen Fragen nach dem künftigen Bedarf von

Betreutem Wohnen, ein für Eislingen notwendiges Stadt-Marketing, die Frage eines „Regionalwerks“ (Rückkauf der Versorgungsnetze) und die Frage nach der Haltung des Bürgermeisters zu Stuttgart 21 zur Sprache. Hierzu erklärte er, dass er ohne Wenn und Aber zu dem Projekt stehe, weil er dies im Hinblick auf die langfristige verkehrstechnische Entwicklung und die Anbindung des Filstals für unverzichtbar halte. Auch zu anderen Themen wolle er, so sagte Heininger zum Abschluss, „dem Streit in der Sache nicht aus dem Wege gehen“.

Samstag, 15. Januar 2011

REFORM: AUFRUF ZUM WIDERSTAND

Zum Widerstand gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Gesundheitsreform hat die Landesbezirksleiterin der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Leni Breymaier, in einer Veranstaltung der Eislinger SPD aufgerufen. Sie sprach sich entschieden für eine solidarische, paritätisch finanzierte und leistungsfähige gesetzliche Krankenversicherung aus. „Es geht nicht an, dass zunehmend die Gesundheit immer mehr vom Geldbeutel abhängt“, sagte die Gewerkschafterin, die auch stellvertretende Landesvorsitzende der SPD ist.

Die gemeinsame Finanzierung der Krankenversicherung zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer solle, so Breymaier, weiter ausgehöhlt werden. Schon jetzt zahlten die Beschäftigten 0,9 Prozent mehr als ihr Arbeitgeber an Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung ein. In diesem Zusammenhang betonte die Verdi-Chefin, dass durch die zunehmenden prekären Beschäftigungen dem Sozialsystem erhebliche Beiträge entgehen, die – würden sie beitragspflichtig gemacht – zu einer weitreichenden Stabilisierung des Sozialsystems beitragen könnten.

„Das Sozialsystem in Deutschland hat ein Einnahme- und kein Ausgabeproblem“, betonte Breymaier und setzte sich an dieser Stelle für die Einführung einer Bürgerversicherung ein, die alle Einkommen, unabhängig davon wie sie entstehen und wie hoch sie sind, zur Beitragspflicht heranzieht. „Es ist jedenfalls keine Lösung, wenn der Griff in die Taschen der Arbeitnehmer einseitig verstärkt wird, was durch Praxis- und Rezeptgebühr sowie die Eigenanteile bei Krankenhausaufenthalten schon in unvertretbarer Weise geschehen ist“, monierte sie.

Breymaier findet es bemerkenswert, dass für Stuttgart 21 die Massen mobilisierbar seien, offenkundig für die unmittelbar die meisten Menschen betreffenden Fragen jedoch kein ausreichendes Bewusstsein und Engagement vorhanden sei. Dennoch will der DGB am 13. November mit einer großen Demonstration in Stuttgart seine Ablehnung des Gesetzesvorhabens deutlich machen. Dazu rief Breymaier auch die Eislinger SPD-Mitglieder auf.

Die Sozialdemokratin bemängelte, dass das Land Baden-Württemberg seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Krankenhausfinanzierung nicht nachkomme. Zu den Investitionskosten zahle das Land nur 60 Prozent, der Rest wird den Kliniken überlassen, die damit objektiv überfordert seien.

In der Diskussion nach Breimayers Ausführungen spielte das sogenannte Hausarzt- und Facharztprinzip eine Rolle. Anhand zahlreicher Fragen wurde deutlich, dass das bestehende System zwar an vielen Stellen verbessert werden müsse, es grundsätzlich aber nicht in Frage gestellt werden dürfe. „Amerikanische Verhältnisse wollen wir hier nicht“, rief Breymaier aus.

Schließlich machte Breymaier deutlich, dass die von Gesundheitsminister Rösler forcierte Private Krankenversicherung keine Lösung

bedeuten könne, sondern bestenfalls für freiwillige Zusatzleistungen systemergänzend Sinn mache. „Die gesetzliche Krankenversicherung will Gesundheit organisieren, während es die privaten Versicherer als ihre Aufgabe sehen, den Gewinn ihrer Aktionäre zu mehren. „Denen ist im Zweifel eine gerechte und soziale Welt schnurz-egal“, fügte Breymaier an.

Montag, 17. Januar 2011

„TATKRÄFTIG NACH VORNE PRESCHEN“

In einem landespolitischen Statement erklärte Peter Hofelich, neuerdings auch Staatssekretär im Wirtschaftsministerium: „Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen in jeder Hinsicht nach vorne preschen“. Dies gelte für den Versuch, neue Industrien anzusiedeln genauso wie bei der Entwicklung der Elektromobilität, aber auch in der Bildungspolitik und in der Mittelstandsförderung.

Vor allem aber, so Hofelich, müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und die Schnellbahnstrecke von Wendlingen nach Ulm allerhöchste Priorität erhalten, wobei er die schnellstmögliche Einbeziehung des Kreises Göppingen in den Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) für unverzichtbar hält.

„Ich habe mich angestrengt und gekümmert“, zog Hofelich sein Resümee zu seinen ersten fünf Jahren im Landtag und spannte den Bogen von der sozialen Situation („Die neuliberalen Entwicklungen haben das Land verändert“) bis hin zu den Perspektiven für junge Leute, denen nur prekäre oder befristete Arbeitsverhältnisse angeboten würden. „Auf dieser Grundlage lässt sich eine erfolgreiche Gesellschaft nicht fortentwickeln“, stellte Hofelich fest. „Vor allem die Unternehmen müssen ihre gesellschaftlichen Einstellungen massiv verändern“, forderte der Sozialdemokrat.

„Wer spitze sein will, muss sich Ziele setzen“, formulierte Hofelich sein Selbstverständnis und ging auf das seiner Meinung nach unterfinanzierte Bildungssystem ein. Er forderte ein gebührenfreies Erststudium und längeres gemeinsames Lernen. In der Forschung müssten dem Mittelstand größere Chancen eingeräumt werden („Es kann nicht sein, dass es nur noch Patentanmeldungen von Bosch und Daimler gibt“). Existenzgründer müssten weitaus mehr gefördert werden, wobei er hier vor allem die sehr zögerliche Unterstützung der Banken kritisierte. Dann machte er deutlich, dass „die Migranten heute ein elementarer Teil unserer Gesellschaft sind“.

„Baden-Württemberg muss sich selbst erneuern und nicht nur Bewährtes bewahren.“ Die Infrastruktur dürfe nicht länger vernachlässigt werden, wie die Verhältnisse auf den Landesstraßen überdeutlich zeigten. „Es reicht eben nicht, nur so zu bleiben, wie wir sind“, sagte der SPD-Abge-ordnete, er wolle „dass wir nicht nur Durchschnitt, sondern vorne mit dabei sind“. Im Landkreis müsse eine Politik gemacht werden, die junge Menschen wieder anlocke, die erneuerbare Energien nicht vernachlässige, den Schulstandort stärke und den Menschen hier vermittle, dass der Stauferkreis große Zukunfts-Chancen habe.

Samstag, 29. Januar 2011

OB MIT GESELLSCHAFTSANALYSE

Beim Jahresauftakt der Eislinger SPD am Freitagabend in der Stadthalle überraschte Bürgermeister Heininger mit einer bemerkenswerten Gesellschaftsanalyse. Der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich will den Stauferkreis nach vorne bringen und Fraktionsvorsitzender Peter Ritz die städtebauliche Entwicklung Eislingens voran treiben.



Der Eislinger SPD-Vorsitzende Hartmut Komm konnte zahlreiche prominente Gäste begrüßen und zeigte sich stolz, trotz dem gleichzeitig laufenden Bürgerempfang des Ministerpräsidenten Mappus ein „volles Haus“ vorzufinden. Bürgermeister Heininger bekannte, dass er dem Lockruf des Ministerpräsidenten für eine Stunde gefolgt sei, habe aber, um „einem wesentlichen Mitgestalter der Eislinger Stadtpolitik, der SPD“, seine Referenz erweisen, sich schnellstmöglich wieder davon gemacht.



Abbildung 121 - Volles Haus beim Neujahrsempfang

Er sorgte mit einer Analyse der gesellschaftlichen Situation für Furore, bei der er unter anderem bedauerte, dass “unser weltweit einmaliges Solidarprinzip seit einigen Jahren aufgekündigt worden ist“. Für ihn sei unverständlich, dass immer noch eine Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung gelte, die alle Gutverdiener oberhalb von 4125 Euro davon entbinde, ihren angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitswesens zu zahlen. „Dass Gutverdiener, Manager oder auch Bürgermeister zur solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung nicht mit ihren vollen Bezügen heran gezogen werden, ist eine massive Ungerechtigkeit“.

Heininger berichtete davon, dass einem Bauhofmitarbeiter der Stadt nach dem 1. Januar gerade mal 8 Euro netto mehr zur Verfügung stünden als vor dem Jahreswechsel. Die erfolgte, sachlich begründete Höhergruppierung hätte zu diesem schizophren Ergebnis geführt. Auch die Stadt Eislingen, so der Bürgermeister, müsse sich daran messen lassen, wie sie mit den Schwachen in der Gesellschaft umgeht. In diesem Falle sei er aber machtlos, weil er die Folgen aus einem Bundesgesetz hinzunehmen habe.

Klaus Heininger rechnet mit einer bis zuletzt spannenden Landtagswahl. Er hofft, dass die Diskussion um Stuttgart 21 nicht zu viel Einfluss auf das Ergebnis nimmt, zumal andere Themen wie Bildung und längeres gemeinsames Lernen mindestens genauso wichtig seien wie notwendige Infrastrukturprojekte. Die G 8-Reform bezeichnete der Bürgermeister als übereilt und beklagte, dass Kinder so unter Druck und Stress geraten wären, dass sie häufig nicht mehr für Aktivitäten in den Vereinen Zeit hätten. Gelänge es nicht, die Ganztagsbetreuung mit der Tätigkeit der Vereine zu kombinieren, ist, fürchtet er, „ein Chaos in Sicht“.

„Das Jubiläumsjahr 2011 wird für Eislingen arbeitsintensiv und spannend“, zeigte sich der Stadtchef zuversichtlich. Aus dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten schließe er, dass dieser der Städtebauförderung ein besonderes Augenmerk geben wolle. „Nur dann können wir in Eislingen mit erheblichen Zuschüssen zu unseren Projekten rechnen und sie uns leisten“, sagte Heininger mit Blick auf das Projekt „Innere Stadt“. Die angepackte stärkere Bürgerbeteiligung ermögliche einen kritischen Dialog und die abgestimmte Definition klarer Ziele für die Stadt, die aus dem Schatten von Göppingen heraustreten wolle und sich ein eigenes zukunftsfähiges Profil geben müsse.

Peter Ritz sprach als Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Stadtrat ein Grußwort, in dem er süffisant anmerkte, dass man angesichts der Rede von Klaus Heininger fast vermuten könnte, er sei „ein SPD-Bürgermeister". Ritz erwartet von der bald fertiggestellten Osttangente große Vorteile, insbesondere eine neue Atmosphäre an der Fils, kürzere Wege zum Stadion und eine erhebliche Verkehrsentlastung zwischen den Stadtteilen. Sein Ziel sei nach wie vor, so der Sozialdemokrat, das Eislinger Kino zu erhalten. Ritz setzte sich für einen baldigen Bau einer Kreisverkehrsanlage an der Weingartenstraße ein und wies darauf hin, dass die Gewährleistung der U 3-Betreuung in Eislingen einen Aufwand von 1,2 Millionen Euro erfordere.

Der Hauptredner Peter Hofelich geriet angesichts der Höhepunkte in den Beiträgen seiner Vorredner fast etwas in den Hintergrund („Was soll ich nach der Rede von Herrn Bürgermeister Heininger jetzt noch sagen?) Er würde sich freuen, so Hofelich, wenn Eislingen zur Großen Kreisstadt aufsteigt und merkte schmunzelnd an, er hoffe, dass die Unterschrift auf der entsprechenden Urkunde dann von einem sozialdemokratischen Innenminister geleistet werde, so wie es zuletzt bei der Stadterhebung von Süßen durch Frieder Birzele, der auch anwesend war, der Fall gewesen sei.

Der Stauferkreis dürfe sich nicht auf seinen historischen Lorbeeren ausruhen, sondern müsse in jeder Hinsicht nach vorne preschen, sei dies beim Versuch, neue Industrien anzusiedeln, sei es bei der Entwicklung der Elektromobilität, in der Bildungspolitik oder in der Mittelstands-Förderung. Vor allem aber, so Hofelich, müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur dazu gehören, wobei er die schnellstmögliche Einbeziehung des Kreises in den Verkehrsverbund Stuttgart und den Bau der S-Bahn ins Filstal forderte und die Schnellbahnstrecke von Wendlingen nach Ulm für unverzichtbar hielt.

„Ich habe mich angestrengt und gekümmert", zog Hofelich sein Resümee zu seinen ersten fünf Jahren im Landtag und spannte den Bogen von der sozialen Situation („Die neuliberalen Entwicklungen haben das Land verändert") bis hin zu den Perspektiven für junge Leute, denen nur prekäre oder befristete Arbeitsverhältnisse angeboten würden. „Auf dieser Grundlage lässt sich eine erfolgreiche Gesellschaft nicht fortent-wickeln", stellte Hofelich fest. „Vor allem die Unternehmen müssen ihre gesellschaftlichen Einstellungen massiv verändern", forderte der Sozialdemokrat.

„Wer spitze sein will, muss sich Ziele setzen", formulierte Hofelich sein Selbstverständnis und ging auf das seiner Meinung nach unterfinanzierte Bildungssystem ein. Er Forderte ein gebührenfreies Erststudium und längeres gemeinsames Lernen. Dann machte er deutlich, dass „die Migranten heute ein elementarer Teil unserer Gesellschaft sind". In der Forschung müssten dem Mittelstand größere Chancen eingeräumt werden („Es kann nicht sein, dass es nur noch Patentanmeldungen von Bosch und Daimler gibt"). Existenzgründer müssten weitaus mehr gefördert werden, wobei er hier vor allem die sehr zögerliche Unterstützung der Banken kritisierte.



Abbildung 122 - Kreiseltorte zum Neujahrsempfang

„Baden-Württemberg muss sich selbst erneuern und nicht nur Bewährtes bewahren.“ Die Infrastruktur dürfe nicht länger vernachlässigt werden, wie der Zustand der Landesstraßen überdeutlich zeige. „Es reicht eben nicht, nur so zu bleiben, wie wir sind“, sagte der SPD-Abgeordnete, er wolle „dass wir nicht nur Durchschnitt, sondern vorne mit dabei sind“. Im Landkreis müsse eine Politik gemacht werden, die junge Menschen wieder anlocke, die erneuerbare Energien nicht vernachlässige, den Schulstandort stärke und den Menschen hier vermittle, dass der Stauferkreis eine erfolgversprechende Zukunft habe.

Montag, 5. März 2011

HOFELICH: MEHR GELD FÜR BILDUNG

Mit klaren Perspektiven für eine bessere Schulpolitik wartete der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Hofelich beim „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten auf. Komme die SPD an die Regierung, werde sie den Lehrermangel wirksamer bekämpfen und Ganztagesschulen für alle Schultypen flächendeckend möglich machen.

„Nach 57 Jahren CDU-Schulpolitik ist eine Innovation für längeres gemeinsames Lernen überfällig“, betonte der Sozialdemokrat. „Niemand darf mehr ohne Abschluss und Ausbildung bleiben“, fügte der Abgeordnete hinzu. Die SPD wolle den Gymnasien und Realschulen, die sie als „angesichts ihrer spezifischen Profile nach wie vor für wertvoll hält“, bei der übers Knie gebrochenen G8-Einführung und beim Übergang in berufliche Gymnasien sowie beim Ergänzungsbereich zum Unterricht zur Seite stehen.

Studienausfall darf es nach Auffassung Hofelichs nicht mehr geben. „Es muss mehr Steuergeld in die Bildung gesteckt werden“. Außerdem kündigte er für den Fall einer Regierungsübernahme die Streichung der Studiengebühren an.



Abbildung 123 - Roter Treff mit Peter Hofelich

Der SPD-Kandidat für den Wahlkreis Göppingen bezeichnete den EnBW-Aktienkauf als „eine missglückte Wahlkampfaktion des Ministerpräsidenten Mappus“, dem eine Strategie dazu völlig fehle. „Es wurde nicht nur das Parlament übergangen. Die Konzeptionslosigkeit von Mappus kann den Steuerzahler auch noch sehr viel Geld kosten“, kritisierte Hofelich. Dass Mappus dabei auch noch einen ehemaligen Junge-Union-Freund als Berater angeheuert hatte, habe „ein Gschmäckle“.

Freitag, 25. März 2011

SPD-CHEF HARTMUT KOMM IST TOT

Die Eislinger SPD trauert um ihren langjährigen Vorsitzenden, Stadtrat Hartmut Komm: Er ist Anfang dieser Woche an seinem Urlaubsort plötzlich nach einem Herzinfarkt verstorben. Erst vor wenigen Tagen war Hartmut Komm von der Mitgliederversammlung der Sozialdemokraten einstimmig für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt worden.



Abbildung 124 - Zum Tod von Hartmut Komm

Hartmut Komm hat die SPD in Eislingen seit 20 Jahren unangefochten geführt und dem Ortsverein die notwendige Stabilität gegeben. Seine besonnene, stets mit einem Schuss Humor versehene Amtsführung wurde von den Mitgliedern der Eislinger SPD sehr geschätzt. Hartmut Komm ruhte in sich selbst und gab seine Unaufgeregtheit an seine Mitstreiter weiter.

Als Erster Kriminalhauptkommissar im Landeskriminalamt ist er vor knapp zwei Jahren in Pension gegangen und hat seine berufliche Aufgabe nach jahrzehntelanger Tätigkeit beendet. Sein Fachgebiet war die Waffenkriminalität, ein äußerst schwieriges Gebiet, auf dem er sich zu einem anerkannten Fachmann entwickelte und seine Kenntnisse und Erfahrungen in einem Fachbuch zusammen trug.

Als engagierter Krummwäldener war er der gesamten Bevölkerung bekannt, vor allem als Mitorganisator des Krummwäldener Hocks, eine Aufgabe, die er als Vorsitzender des Krummwäldener Obst- und Gartenbauvereins souverän meisterte.

Richtig kennenlernen konnte man Hartmut Komm aber, wenn man mit ihm bei einem Gläschen Bier zusammen sitzen durfte und „über Gott und die Welt“ diskutieren konnte. Sei es die große oder kleine Politik oder vor allem die Seglerei, ein Hobby, dem Hartmut Komm und seine Frau Roswitha seit vielen Jahren frönten und für das er in den nächsten Jahren mehr Zeit als bisher aufwenden wollte. Sein Segelboot hatte er vor einiger Zeit an der Nordsee stationiert und in den letzten Wochen für die neue Saison wieder her gerichtet. Dieser Tage wollte er ihm den letzten Schliff geben und dann wieder zu einem der von ihm sehr geschätzten Segeltörns aufbrechen.

Hartmut Komm war seit 2009 für die SPD Mitglied im Eislinger Stadtrat und ein sehr engagierter Kommunalpolitiker. Die Weiterentwicklung des Stadtteils Krummwälden lag ihm naturgemäß besonders am Herzen. Er ging den Problemen, die an ihn herangetragen wurden, gezielt und besonnen nach. Hartmut war für uns ein Vorbild mit seiner Menschlichkeit, seiner Hilfsbereitschaft und Beständigkeit ein guter Freund.

Die SPD Eislingens verliert in Hartmut Komm einen absolut zuverlässigen und integren Vorsitzenden, der die sozialdemokratischen Ideen stets offensiv vertreten hat. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Roswitha und seinen Angehörigen.

Donnerstag, 21. April 2011

BLENDFREIES DISPLAY MUSS HER

Die Eislinger SPD, die AWO und der ACE Auto Club Europa haben in einem gemeinsamen Schreiben an den neuen Konzernbevollmächtigter der Bahn für Baden-Württemberg, Eckhart Fricke, ihre Forderung nach einem zweiten Fahrkartenautomaten bekräftigt und eine Verbesserung des Service auf dem Eislinger Bahnhof gefordert.

Zwar räumen die Verbände ein, dass sich mit dem Einbau eines Aufzugs und der Anbringung einer Fahrgastinformationsanzeige die Situation im Eislinger Bahnhof ein Stück verbessere, jedoch halten sie die Situation am einzigen Fahrkartenautomaten auf dem Mittelbahnsteig nach wie vor nicht für „kundenfreundlich". So zeigten gerade die letzten sonnigen Tage, dass vor allem vormittags die Sonneneinstrahlung auf Den Bildschirm des Ticket-Automaten so stark sei, dass die Angaben mehr lesbar wären.

„Der Einbau eines blendfreien Displays ist wider Erwarten bis heute nicht erfolgt", erklärte der Pressesprecher der Eislinger SPD, Harald Kraus dazu, der auch Vorsitzender der Eislinger AWO und des ACE-Kreises Göppingen-Esslingen ist. Die Störanfälligkeit des Geräts sei überdies groß, sodass Fahrgäste häufig ohne Fahrkarten in den Zug einsteigen müssten. „Dies bringt schwierige Diskussionen mit dem Kontrollpersonal mit", heißt es in dem Schreiben an den Konzernbevollmächtigten.

„Der Gipfel ist aber, dass die Service-Nummer, die man bei einer Störung anrufen kann, nicht kostenlos ist, sondern zu Lasten des anrufenden Bahnkunden geht", beschwert sich der vielfältig ehrenamtlich tätige Eislinger.

Ein weiteres Ärgernis ist für SPD, AWO und ACE der Umstand, dass das besonders günstige Regio-Ticket für Fahrten z. B. nach Stuttgart oder Ulm im Menü des Automaten nicht offensiv beworben wird und nur von Bahnkunden gefunden werden kann, die die Geheimnisse des Programms ergründet hätten. „Otto Normalverbraucher kann doch nicht wissen, dass sich das preiswerte Ticket unter ‚Freizeit und Aktionen' befindet", moniert Kraus. „Das ist ungefähr so als wenn ein Supermarkt seine Sonderangebote nur auf Anforderung aus dem hintersten Eck seines herausrücken würde", beschreibt Kraus die seines Erachtens als „Rohrkrepierer" zu bezeichnende Situation.

Richtig absurd werde es aber, so Kraus, dass man – sei man schließlich zum Regio-Ticket vorgedrungen - nach der Rückfahrt gefragt werde, wo doch das Sonderticket die Rückfahrt sowieso mit einschließe. Die Abfolge der im Display zu beantwortenden Fragen sei im Übrigen eine „sehr nervige Angelegenheit". Kraus weiß, wovon er spricht, denn er hat im Laufe des letzten Jahres für Interessierte mehrere „Schulungen" am Eislinger Automaten durchgeführt und festgestellt, dass dieser - insbesondere im Vergleich zum früheren - „Erfahrungen mit der Logik moderner Automaten" voraussetze.

In dem Schreiben an den Konzernbevollmächtigten wird die Forderung, den Automaten blendfrei zu positionieren, wiederholt und die Aufstellung eines zweiten Automaten gefordert, „damit der häufige Ansturm in den Minuten vor Abfahrt eines Zuges" bewältigt werden könne. Kraus hat kein Verständnis dafür, dass die Bahn offensichtlich einen zweiten Automaten für unwirtschaftlich hält und meint, dass in einer Stadt mit über 20000 Einwohnern und einer hohen Bahnnutzungsfrequenz alles getan werden müsse, um weitere Kunden zu gewinnen und nicht abzuschrecken. Auch den Verweis auf den im Bahnhofszentrum möglichen persönlichen Kauf einer Fahrkarte lässt er nicht gelten, „weil dort für

Sonderfahrkarten jeweils 2 Euro mehr hingelegt werden müssen“.

Das Schreiben an den Konzernbevollmächtigten stammt vom 31. März und hat bis heute noch keine Antwort erfahren.

Freitag, 5. August 2011

KONFLIKTMANAGEMENT NÖTIG

Der Bürgermeister und die Beigeordneten der Stadt Eislingen sollten sich schnellstens auf ein professionelles Konfliktmanagement, notfalls mit externer Hilfe, verständigen. Dieses Resümee lässt sich nach dem Verlauf des „Roten Treff“ der Eislinger SPD am Donnerstagabend im „Grünen Baum“ ziehen.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt, zur Situation in der Eislinger Rathausspitze Informationen zu erhalten und ihre Meinung zu sagen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht, überwiegend sehr sachlich, stellenweise aber auch sehr leidenschaftlich. Die Argumente wogten hin und her.



Abbildung 125 - Roter Treff zum Konflikt in der Rathausspitze

In seiner Einführung stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz klar, bei dem dem Beigeordneten Herbert Fitterling gemachten Vorwurf „von Betrug nicht die Rede“ sein könne. Allerdings, so Ritz, „hat er gegenüber dem Gemeinderat tatsächlich die Unwahrheit gesagt“. „Der Vorgang ist zudem von der NWZ unvertretbar aufgebauscht worden“, fügte er hinzu. Der Gemeinderat habe sich darauf verständigt, in der Sache absolute Vertraulichkeit zu wahren und das Ergebnis der Kommunalaufsicht des Landkreises abzuwarten.

Ritz bezeichnete es als unverständlich, dass die Verwaltungsspitze „nicht frühzeitig miteinander gesprochen hat, zumal sie in den nächsten fünf Jahren doch miteinander arbeiten“ müsste. Er widersprach auch dem Zeitungsbericht, wonach der Gemeinderat einhellig der Auffassung gewesen sei, „Fitterling müsse gehen“.

Licht in das Dunkel des Vorgangs mit der Kreiselkunst auf dem Rondell in der Ulmer Straße kam allerdings nicht, was die Besucher überwiegend bedauerten und dafür kein Verständnis aufbrachten. Es verwunderte nicht, dass Vermutungen laut wurden, dass weitere Vorgänge unter der Decke schwelen könnten. Dazu wollten die anwesenden Stadträte allerdings keine Aussagen machen.

Heftig umstritten war die Frage, ob für die Kunst auf dem Kreisel der enorme Betrag von voraussichtlich über 100.000 Euro ausgegeben werden dürfe. Warum Fitterling den Gemeinderat nicht ordentlich informierte, blieb auch beim „Roten Treff“ völlig unklar. Alle Redner betonten, dass er keine persönliche Bereicherung versucht habe, sondern nach seinen Aussagen „lediglich das Projekt nicht platzen lassen wollte“. Als Profi in der Kommunalverwaltung hätte er aber wissen müssen, so mehrere Diskussionsredner, dass sein Verhalten beanstandungswürdig wäre und ihn persönlich in eine problematische Situation bringen würde. „Offenbar hatte er einen richtigen Blackout“ lautete eine der noch wohlwollenden Kritiken.

Dienstag, 23. August 2011

KEIN TERMIN FÜR ZWEITEN AUTOMAT!

Zwar hat die DB Vertriebs GmbH auf die erneute Anmahnung der Eislinger SPD und der AWO sowie des ACE Auto Club Europa nach einem zweiten Automaten im Bahnhof Eislingen und nach einem blendfreien Display am vorhandenen postwendend reagiert. Doch nach der Ankündigung vom Mai, es dauere noch „mehrere Monate“, hat die Bahn jetzt erklärt, „eine genaue Zeitangabe ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich“.

Die SPD hatte erneut die Aufstellung eines zweiten Fahrkartenautomaten verlangt. Hierzu schrieb die DB Vertriebs GmbH nach Eislingen, dass zwar „der Prozess seit Wochen angestoßen“ sei, die „Schwierigkeiten aber in der Erstellung der Infrastruktur“ lägen. Es würde eine Datenleitung benötigt, die bei den alten Automaten nicht erforderlich gewesen sei. Deshalb sei auch ein Zeitpunkt, zu dem der zweite Automat aufgestellt würde, nicht zu nennen.

Ferner wurde dem SPD-Pressereferenten Harald Kraus wurde mitgeteilt, dass „sich aufgrund von Lieferschwierigkeiten beim Hersteller der Austausch des Displays am vorhandenen Fahrkartenauto-mat im Bahnhof Eislingen „zeitlich noch etwas verzögert“. Es wird jetzt von „spätestens Oktober 2011“ ausgegangen.

Diese Auskunft, so Harald Kraus, „weicht von der im Mai 2011 gegebenen ab, wo noch angekündigt wurde, die Aufstellung desselben nehme mehrere Monate in Anspruch“. “Aus einer konkreten Aussage ist nun wieder eine völlig unbestimmte geworden“, moniert Kraus. „Da weiß bei der Bahn wohl nicht die Linke was die Rechte verspricht.“

Samstag, 3. September 2011

GUTE BILANZ FÜR 111 TAGE ROT-GRÜN

Der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich (SPD) zog beim „Roten Treff“ der Eislinger Sozialdemokraten eine positive Bilanz der ersten „111 Tage grün-rote Landesregierung“. Mit einer guten Grundstimmung habe „der politische Wechsel in Baden-Württemberg begonnen“.

Bei der Regierungsbildung der neuen Koalition habe die SPD mehrere wichtige Schlüsselpositionen besetzt und damit die Voraussetzungen für eine Politik „mit sozialdemokratischer Handschrift geschaffen“, so Hofelich. Kompetente Persönlichkeiten aus dem SPD-Lager würden in den nächsten fünf Jahren der Politik im Südwesten ihren Stempel aufdrücken.



Abbildung 126 - Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg - Quelle: www.baden-wuerttemberg.de

„Die Schaffung eines Integrationsministeriums ist ein wichtiges Signal, auch wenn dafür rund 40 neue Stelle geschaffen werden mussten“, sagte der SPD-Politiker, der von dem Kabinett zum Regierungsbeauftragten für Mittelstand und Handwerk eingesetzt wurde. „Naturgemäß konnten wir eine in über 50 Jahren CDU-beherrschte Personalpolitik nicht radikal ändern; wir setzen aber darauf, dass die Beamten in den Ministerien auch für die grün-rote Regierung loyal arbeiten“, fügte der Abgeordnete hinzu.

„Nach der Sommerpause wird unsere Politik der Erneuerung fortgesetzt“, kündigte Hofelich an und wies auf die bereits erfolgten Beschlüsse zur Abschaffung der Studiengebühren

hin, deren Einführung durch die CDU/FDP er als eine Fehlentwicklung bezeichnete, die es zu korrigieren gegolten hätte. Auch die Abschaffung der Grundschulempfehlung bezeichnete Hofelich als eine der ersten Maßnahmen der neuen Politik.

Unter dem Motto „Falsches stoppen – Löcher stopfen“ werde die neue Regierung die weitere Privatisierung des Justizvollzugs stoppen, die Pflegeverordnung für kleinere Einrichtungen korrigieren und die noch auf die Ära Teufel zurück zu führende Defensivhaltung bei Windkraftanlagen im Zuge einer Politik zu Gunsten regenerativer Energien „umdrehen“. „Hier haben wir die Reißleine gezogen“, betonte der SPD-Abgeordnete. Allerdings sollen neue Standorte für Windkraftanlagen im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden und Verbänden festgelegt werden.

„Die neue Regierung wird die gestiegenen Steuereinnahmen im Nachtragshaushalt 2011 zu je einem Drittel für den Schuldenabbau, den Aufbau der Rücklagen und für aktuelle politische Maßnahmen einsetzen“, kündigte Hofelich an. Sie werde die Unterfinanzierung der Krankenhäuser nicht ignorieren, allerdings müsse auf diesem Gebiet mehr Kooperation auf der regionalen Ebene Platz greifen.

Noch im Jahr 2011 will die Regierung den Haushalt für 2012 einbringen und den Schwerpunkt auf mehr und bessere Bildung legen. Wir wollen eine neue Gemeinschaftsschule gezielt fördern. Auch hier sei eine Zusammenarbeit mit den Schulträgern beabsichtigt, die selbst entscheiden könnten, ob sie den neuen Schultyp einführen wollen. „Allerdings müssen wir realistisch eingestehen, dass dies viel Geld kostet und nur schritt-weise machbar ist“, räumte Hofelich ein. „Die von uns angestrebte Vielfalt ist nicht ohne Risiko, muss aber gewagt werden“, meinte der SPD-Mann. „Anderen Schultypen wollen wir“, bekräftigte Hofelich, „ihre Entwicklungsmöglichkeiten aber belassen und sie ausbauen“.

Die wirtschaftliche Erneuerung des Landes soll nach den Vorstellungen der Koalition massiv vorangetrieben werden, denn, so Hofelich, „sie ist für die weitere Entwicklung Baden-Württembergs entscheidend. Auf die Förderung von Existenzgründungen wollen die Sozialdemokraten, betonte Hofelich, besonderen Wert legen. Gleiches gelte für die Unterstützung der Entwicklung neuer Technologien, wenngleich das Land auf diesem Gebiet nur begrenzte Möglichkeiten habe.

Auch für die Straßenbaumaßnahmen im Kreis Göppingen legte sich Hofelich beim „Roten Treff“ ins Zeug und machte deutlich, dass der Weiterbau der B 10 bis Gingen-Ost als ein einheitliches Projekt gesehen werden müsse und deshalb nicht zum Stillstand kommen dürfe. Er will sich dafür einsetzen, dass die neue Landesregierung die von der CDU/FDP verweigerte Priorisierung vornehme und damit die Chancen auf eine frühestmögliche Fortführung des Neubaus erhöht werden. „Für das Filstal ist diese Straßenbaumaßnahme essentiell“, erklärte der SPD-Politiker und kritisierte den überwiegend schlechten Zustand der Landesstraßen. „Es muss mehr Geld in den Kreis Göppingen fließen und dabei vor allem die Sanierung der Landesstraße im Nassachtal endlich realisiert werden“, verlangte Hofelich. Eine Umsetzung der Umfahrung Jebenhausen hält Hofelich momentan nicht „für darstellbar“, will aber, dass die diesbezüglichen Planungen konsequent vorangetrieben werden.

Wenig überraschend war seine These, dass an Stuttgart 21 festgehalten werden müsse; er bezeichnete die Volksabstimmung im November als einen wichtigen Meilenstein zur Befriedung der Situation.

„Ich bin zufrieden, dass der Start unserer Regierung recht gut gelungen ist“, resümierte

Hofelich, der der CDU bescheinigte, nach längerem Zögern die Oppositionsrolle angenommen zu haben“. Dennoch fiele es den früheren Regierungsparteien gelegentlich schwer, zu akzeptieren, dass sie „nicht mehr herrschen im Land“.

Donnerstag, 27. Oktober 2011

DEMOKRATIE HAUTNAH ERLEBT

Auf Einladung des SPD-Landtagsabgeordneten Peter Hofelich weilte am Mittwoch eine Bürger-Delegation aus dem Kreis Göppingen zu einem Informationsbesuch im baden-württembergischen Landtag.

Nach der Einführung durch eine Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung durften die Bürgerinnen und Bürger an einer Plenarsitzung des Landesparlaments als Zuhörer teilnehmen. Sie konnten sozusagen hautnah die Debatte über die geplante Steuersenkung der Bundesregierung und deren Auswirkung auf Baden-Württemberg eine Stunde lang verfolgen, die von dem unmittelbar zuvor gewählten neuen Landtagspräsidenten Wolf geleitet wurde

Peter Hofelich beantwortete in einem anschließenden Gespräch mit der Besuchergruppe Fragen zum Parlamentsbetrieb und aktuellen politischen Fragen. Er hob hervor, dass vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Staatsschuldenkrise Forderungen nach Steuersenkungen, wie sie Minister Schäuble (CDU) und Rößler (FDP) in Aussicht gestellt hätten, schlicht kontraproduktiv wären.

Aus der Mitte der Besuchsgruppe wurde er auch darin bestärkt, im Lande keine weiteren Stellenvermehrungen in den Ministerien mehr zuzulassen. Hofelich erläuterte, dass für die neue Landeregierung und für die SPD das Ziel der Nettoneuverschuldung und des Schuldenabbaus trotz der von CDU/FDP hinterlassenen Erblasten (z. B. EnBW) höchste Priorität genieße. "Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger uns zunehmend an finanzieller Solidität messen werden!"

Freitag, 20. November 2011

GUTE UND SICHERE ARBEIT

Die grün-rote Landesregierung kann nach Auffassung des Ministerialdirektors im Sozialministerium, Jürgen Lämmle, auf erste Erfolge zurückblicken. Dies erklärte der leitende Beamte beim „Roten Treff“ der Eislinger SPD am Donnerstagabend. In seinem Ministerium werde zielstrebig an der Realisierung des Projekts „Gute und sichere Arbeit“ gearbeitet.

Lämmle erwähnte eingangs, dass die Landesregierung den Landeshaushalt 2013/2014 im Gegensatz zu dem Vorgänger-Regierungen) erstmals pünktlich in das Parlament eingebracht habe. Die strukturellen Probleme, die CDU und FDP hinterlassen hätten, machten es notwendig, jetzt nochmals eine Neuverschuldung aufzunehmen, die Schuldenbremse werde jedoch eingehalten und bis 2020 in vollem Umfang wirksam. „Während zur CDU-Regierungszeit mehrere Polizeiposten geschlossen worden seien, ermöglicht die jetzige Polizeireform erstmals, dass mehr Beamte auf den Straßen und vor Ort tätig werden könnten“, sagte der Göppinger.

Besonders hob Lämmle hervor, dass die Landesregierung mit der Kleinkinderbetreuung ernst mache und dafür in den Jahren 2012 und 2013 über 600 Millionen Euro zur Verfügung stelle. Er sei, so Lämmle, optimistisch, „dass es mit Hilfe dieser Landesmittel den Städten und Gemeinden gelingt, den Rechtsanspruch zum 1. August 2013 zu erfüllen“. Als einen positiven Ansatz bezeichnete Lämmle die Einführung der Gemeinschaftsschule in Pilotprojekten und die gezielte Förderung der Schulsozialarbeit.

Viel vorgenommen hat sich die Landesregierung mit ihrem Projekt „Gute und sichere Arbeit“. Ein erster wichtiger Schritt sei, so erläuterte Lämmle, die Einführung eines Tariftreuegesetzes, das Auftragnehmer der öffentlichen Hand verpflichte, die einschlägigen Tarifverträge einzuhalten. Er bedauerte, dass darüber hinaus die Bundesratsinitiative des Landes zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns noch nicht erfolgreich gewesen sei; er erwartet aber nach der Niedersachsen-Wahl Anfang kommenden Jahres einen neuen und dann erfolgreichen Anlauf.

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg sei zwar in erfreulich gutem Zustand, „dennoch ist es bisher nicht gelungen, den leider sehr stabilen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit (60000 Menschen) abzubauen“, führte Lämmle weiter aus. Hier wolle die Landesregierung ansetzen und mit einem Förderprogramm in Höhe von 10 Millionen Euro die Initiative ergreifen. Für Alleinerziehende soll eine Teilzeitaus-bildung ermöglicht werden; in 8 Modellprojekten sollen entsprechende Erfahrungen gesammelt werden.

Mit weiteren Maßnahmen wolle die grün-rote Landesregierung die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt fördern. „Wir sollten Arbeit finanzieren, nicht die Arbeitslosigkeit“, erklärte der Ministerialdirektor. Auch eine Initiative zur Entgeltgleichheit von Männern und Frauen habe das Sozialministerium auf den Weg gebracht.

Das Ministerium will durch entsprechende Maßnahmen die Beseitigung des Fachkräftemangels fördern, vor allem auch für den Pflegebereich. 1300 offenen Stellen stünden nur 300 Bewerber/innen gegenüber. Lämmle warnte schließlich auch vor der schleichend drohenden Altersarmut, der durch gezielte und wirksame Maßnahmen frühzeitig begegnet werden müsse.

Freitag, 7. Oktober 2011

SPD: BÜRGERENTSCHEID ZUM RATHAUS

Die SPD-Fraktion im Eislinger Gemeinderat will einen Bürgerentscheid über den Standort des geplanten neuen Rathauses unterstützen. Dabei sollen sich Gemeinderat und Verwaltung durch Beschluss dazu verpflichten, das historische Gebäude der Schlossapotheke zu erhalten. Dies erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz am Donnerstagabend beim Roten Treff der Sozialdemokraten.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion besteht keine zwingende Notwendigkeit, das Gebäude abzureißen. Eine vernünftige Gestaltung der neuen Stadtmitte sei auch ohne einen derartigen Kahlschlag möglich. Ferner wollen die Sozialdemokraten, dass über den Standort des Rathauses unabhängig von dem auf viele Jahre hinaus noch nicht aktuellen Abriss der Überführungsbrücke entschieden wird. Aktuell sei eine Trassen-Entscheidung nicht notwendig, zumal erst die Verkehrsströme, wie sie durch die Inbetriebnahme der Osttangente neu entstehen, abgewartet und analysiert werden müssten. Dies sei auch die einhellige Meinung im Gemeinderat vor der Sommerpause gewesen.

Der Verschiebung des geplanten Standorts des Rathauses nach Süden, wie sie von den Befürwortern verlangt würde, widersprach Ritz und meinte, dass dieser vermeintlich attraktivere Standort ihn nicht überzeuge. „Wegen Investoren, die für dieses Objekt weit und breit nicht zu sehen sind, den Standort des Rathauses zu verschlechtern, ist nicht einsichtig. Vielmehr muss“, so Ritz weiter, „dem ursprünglichen Plan des 1. Preisträgers im Rathaus-Wett-bewerb entsprochen werden.“

Ritz kritisierte, dass im Übrigen die geplanten Flächen der in dem Geschäftsgebäude vorgesehenen drei Einheiten mit ca. 180 Quadrat-

metern für künftige Ansprüche von Einzelhandelsbetrieben ohnehin zu klein geschnitten sind und schon allein deswegen zur Realisierung nicht attraktiv erscheinen. Es ist Ritz nach seinem Bekunden völlig unverständlich, warum Bürgermeister Heininger entgegen der einhelligen Auffassung der Fachleute im Baudezernat einen Plan verfolge, der zwar emotionale Ideen befriedigen könne, aber keine nachhaltige und sinnvolle Lösung darstelle.

Die Bürgerbeteiligung in Form des Forums hält der SPD-Fraktionsvorsitzende zwar für eine gute Sache, „es kann aber nicht sein, dass dabei eine breite Diskussion im Gemeinderat zu kurz kommt“, beanstandete Ritz. Die Entscheidung werde nach der baden-württembergischen Gemeindeordnung von den Stadträten getroffen, so Ritz. Ein Bürgerentscheid könnte, so seine Forderung, zusammen mit der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 am 27. November durchgeführt werden.

„Der Ankauf und Abriss der Schlossapotheke würde einen Millionenbetrag kosten, im Ergebnis für die Stadtentwicklung aber rein gar nichts bringen“, befürchtet Ritz. Nur wenn der Verkaufserlös in das geplante neue Geschäftsgebäude reinvestiert würde, hätte die Stadt überhaupt einen Nutzen davon. „Hier geht es aber um eine realistische, vernünftige und nachhaltige Planung für die neue Mitte“, machte Ritz deutlich. Diesem Anspruch würden die jüngsten Pläne jedoch nicht gerecht.

In der Diskussion wurde von einem Eislinger Bürger beanstandet, dass der Stadtchef Heininger in einem Gespräch am Rande des jüngsten Stadtentwicklungs-Forums auf die Frage, was denn die beiden Trassen im Vergleich kosten würden, zu einem Bürger sinngemäß gesagt habe, „aufs Geld kommt es dabei nicht an“. Dies sei eine bedenkliche Haltung des Bürgermeisters, meinte der entrüstete Bürger. Er setzte noch eins drauf: „Ich werde den Eindruck nicht los, dass im letzten Forum nur reine Gefälligkeitsgutachten vorgestellt wurden“.

Entgegen den Medienberichten hätte sich, so mehrere Teilnehmer am Forum, keineswegs eine klare Mehrheit für die Mühlbachtrasse abgezeichnet. Auch das Ergebnis der Umfrage des Marketing-Vereins sei völlig verzerrt dargestellt worden, denn daran hätte gerade einmal die Hälfte dessen Mit-glieder teilgenommen, sodass bestenfalls ein Viertel der Eislinger Geschäftsleute für die Mühlbachtrasse votiert habe. „Hier soll suggeriert werden, dass sich alle Teilnehmer schon jetzt abgewogen und in Kenntnis aller Fakten dafür ausgesprochen haben“, kommentierte der Bürger.

Immerhin, so der Fraktionschef, hätte sich der Vorsitzende des Preisgerichts, ein renommierter Fachmann, eindeutig für die Hauptstraßentrasse ausgesprochen. „Das wird aber einfach ignoriert“, bedauerte er. Ein Diskutant fragte, „warum eigentlich die eigenen Leute aus dem Rathaus nichts sagen durften“ und warum Fragen, die gestellt wurden, nur tendenziell zu Gunsten der Mühlbachtrasse beantwortet wurden. Die Pro-Argumente für die Hauptstraßentrasse seien in der Zusammenfasssung der Teilnehmer-Umfrage beim Forum überhaupt nicht aufgetaucht.

„Zu den Kosten müssen die Karten endlich auch auf den Tisch gelegt werden“, forderte Ritz, wobei vor allem ein Vergleich zwischen den beiden Trassen notwendig sei. Nur für die Mühlbachtrasse sei bisher eine Zahl von etwa 6 Millionen Euro genannt worden. Wenn das Rathaus aber einschließlich der Außenanlagen mit 11 Millionen zu veranschlagen sei, dann trete schon die Frage auf, wie das alles eigentlich finanziert werden solle. Schließlich bestehe über die Sanierungszuschüsse auch noch keine Klarheit und keine Zusage. „Angesichts der Sachlage genügt es, wenn wir in 10 Jahren über die Trasse diskutieren und nach gründli-

cher Überlegung entscheiden. Eine Verknüpfung mit dem Rathaus und seinem Standort wäre eine nicht sachgemäße Vorgehensweise“, sagte Ritz weiter.

Im Ergebnis bedeute dies, so das Resümee der SPD-Fraktion, dass das Rathaus am von den Bürgern entschiedenen Standort so gebaut werden müsse, dass über beide Trassen-Alternativen zu gegebener Zeit befunden werden könne. Dies sähen die Entwürfe des 1. Preisträgers im Übrigen auch vor. Das nötige Geld für beide Projekte, Rathausneubau und neue Trassenführung, sei bis auf weiteres ohnehin nicht vorhanden. Stadtrat Bruno Mörixbauer bedauerte, dass die Diskussion in der Stadt emotional geführt und versucht würde, mit Schreckensbildern wie „Schlucht“ oder „tiefer Graben“ gegen die Hauptstraßentrasse zu Felde zu ziehen.

Wie beim „Roten Treff“ zu vernehmen war, wollen sich mehrere Bürgerinnen und Bürger in einer Initiative zusammen tun, die sich gegen „in Zeitpunkt und Sache“ falsche Entwicklung und Entscheidung richten soll.

Donnerstag, 24. November 2011

ULI WEIDMANN NEUER SPD-CHEF

Die Eislinger SPD hat eine neue Führungsspitze. In der Mitgliederversammlung der Sozialdemokraten am Mittwochabend wurden einstimmig Hans-Ulrich Weidmann (54) zum neuen Ortsvereinsvorsitzenden und Stadträtin Dr. Heide Kottmann (48) zu seiner Stellvertreterin.

Weidmann tritt die Nachfolge des im Frühjahr verstorbenen SPD-Stadtrats Hartmut Komm an. Weidmann (54) gehört seit vielen Jahren dem Eislinger Ortsvereinsvorstand an und hat sich unter anderem als Gründer und Betreiber der Internet-Plattform „Eislingen-online“ sowie als Kreisvorsitzender der AWO einen Namen gemacht. Er ist Regionalvertriebsleiter eines großen schwäbischen Industrieunternehmens für Süddeutschland. Weidmann ist mit der Landesbezirksleiterin der Gewerkschaft Verdi, Leni Breymaier, verheiratet.



Abbildung 127 - Hans-Ulrich Weidmann

Der neue SPD-Ortsvorsitzende forderte dazu auf, an der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 teilzunehmen, gleich, welche Position der Einzelne dazu habe. Er begrüßte, dass die Stadtratsfraktion der SPD in der Frage der Innenstadtentwicklung „Linie gehalten und ihren Standpunkt konsequent vertreten“ habe. Die demokratisch getroffenen Entscheidungen dazu würden von den Sozialdemokraten selbstverständlich respektiert. Vor dem Hintergrund des rechtsradikalen Terrorismus sprach er sich dafür aus, „den braunen Sumpf auszutrocknen“.

In den nächsten Wochen wollen die Eislinger Sozialdemokraten ein Arbeitsprogramm für 2012 erstellen und sich weiter aktiv am politischen Geschehen auf allen Ebenen beteiligen. Die monatliche Veranstaltungsreihe „Roter Treff“ wird fortgesetzt. Auch einen Neujahrsempfang und eine Winterwanderung wird es 2012 erneut geben.

Leni Breymaier erklärte, der CDU-Vorschlag zur Lohnuntergrenze tauge nichts. Für einen Mindestlohn sei gesamtgesellschaftliches Einvernehmen notwendig. Das könne nicht Verhandlungen der Sozialpartner überlassen werden. „Ein Leben in Würde ist nur mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro für alle möglich“, sagte die Gewerkschafterin.

Breymaier, die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD ist, hob ferner hervor, dass die Idee der Volksabstimmung über Stuttgart 21 ausschließlich aus der SPD gekommen ist und inzwischen auf breiter Basis begrüßt werde. Sie kündigte an, dass die SPD die Initiative „Mehr Demokratie“ unterstützen werde, die sich dafür einsetze, dass zusammen mit der Bundestagswahl 2013 ein Bürgerentscheid über die Herabsetzung des Quorums für Volksabstimmungen stattfinden könne.

Freitag, 27. November 2011

„EISLINGEN STIRBT NICHT AUS“

Bis zum Stand Ende September 2011 haben 129 Eislingerinnen und Eislinger das Licht der Welt erblickt, im Vergleich zu den Vorjahren sogar eine leichte Steigerung der Geburtenrate, so Herbert Fitterling, 1. Beigeordneter der Stadt Eislingen.



Abbildung 128- Herbert Fitterling beim Roten Treff

Zum Thema Kinderbetreuung in Eislingen hatte die SPD den Fachmann aus der Stadtverwaltung zum traditionellen politischen Monatstreffen der Sozialdemokraten eingeladen.

Bei der Kleinkinderbetreuung sei mit zurzeit 34 Plätzen ein Anfang für Kinder unter drei Jahren gemacht. „Aber dies ist für die nahe Zukunft noch viel zu wenig“, betonte Fitterling in seinem Referat. Um die angestrebte Quote von 34 % zu erreichen, müsse noch einiges unternommen werden. Für das Jahr 2013 werden als Zwischenziel 96 Plätze in der Kleinkinderbetreuung angestrebt, das entspricht einer Quote von 20 Prozent. Hier sollen auch Tagesmütter in Kooperation mit dem Tagesmütterverein zum Tragen kommen. Um dies zu erreichen, muss die Tagesbetreuung an den Grundschulen ausgebaut werden. Im Moment belegen 130 Kinder im Grundschulalter Tagesplätze in den Kindereinrichtungen der Stadt Eislingen.

Erfreut zeigte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz über die erhöhte Förderung der Betriebskosten in den Einrichtungen für unter dreijährige Kinder; sie wurde für Eislingen von knapp 90000 Euro auf 300000 Euro erhöht. Die Stadt Eislingen sei sich ihrer Verantwortung in diesem Bereich bewusst und habe durch diese Förderung mehr Spielraum erhalten.

„In Eislingen kann man sich gut und in Zukunft noch leichter für ein Kind entscheiden“, resümierte der Ortsvereinsvorsitzende Hans-Ulrich Weidmann in seinem Schlusswort.

30.Dezember 2011

EISLINGEN WIRD GROSSE KREISSTADT



Abbildung 129 - Eislingen wird Große Kreisstadt –

2012

31.Januar 2012

KULTUSMINISTERIN BEIM NEUJAHRSEMPFANG

Die Eislinger SPD lädt auf Donnerstag, 2. Februar 2012, zu ihrem Jahresauftakt-Empfang ein. Gastrednerin ist die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Gabriele Warminski-Leitheußer. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr im großen Foyer der Stadthalle. Die Bürgerschaft ist dazu herzlich eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Ortsvorsitzenden der Sozialdemokraten, Hans-Ulrich Weidmann, sprechen Bürgermeister Herbert Fitterling und Fraktionsvorsitzender Peter Ritz Grußworte.



Abbildung 130 - Ministerin Waminski-Leitheußer beim Neujahrsempfang

Die Rede der Kultusministerin steht unter dem Motto „Bildung – Bildung – Bildung“. Gabriele Warminski-Leitheußer gehört seit dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg der Landesregierung an und war zuvor Bildungs-Bürgermeisterin in Mannheim. Die 49-jährige Juristin hat ihre Vorstellungen von einer Neuausrichtung des Bildungssystems vorgetragen.



Mit einem differenzierten und zugleich präzise aufeinander abgestimmten Bildungsangebot will sie den individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen. Zu ihren Hauptaufgaben zählt die Ministerin ferner die Verknüpfung von Jugendpolitik und außerschulischer Jugendarbeit sowie die Förderung des internationalen Jugend- und Schüleraustauschs.

Die Sozialdemokratin will die allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung voranbringen und sich nicht zuletzt um die Förderung des Breiten- und Leistungssports kümmern. Die Ziele ihrer Politik will sie in ihrer Neujahrsrede darlegen.

Im Anschluss an den offiziellen Teil gab es das Traditionelle Buffet der Eislinger SPD und Gelegenheit zu Gesprächen und Gedankenaustausch

Sonntag, 18. Februar 2012

EXKURSION INS KLÄRWERK IN SALACH

Auch das auf dem Stuttgarter Flughafen anfallende Enteisungsmittel wird im Klärwerk des Abwasserzweckverbandes Mittlere Fils in Salach verarbeitet und der Klärgasproduktion zugeführt.

Dies erfuhren 23 Eislinger Sozialdemokraten bei einer Führung durch den Betriebsleiter der Anlage, Dipl.-Ing. Andreas Rößner, am Samstagnachmittag im Rahmen ihrer „Winterwanderung“. Wie die Abwasserreinigung in der Anlage von statten geht, konnte bei der Besichtigung nachvollzogen werden.

Schon vor über 50 Jahren haben die Gemeinden Salach, Süßen, Donzdorf, Gingen, Kuchen und Bad Überkingen mit dem Teilort Oberböhringen erkannt, dass die Verbesserung der Wasserqualität der Gewässer in gemeinsamer Verantwortung in Angriff genommen werden muss. Sie bauten eine leistungsfähige Kläranlage, die den notwendigen und aktuellen Standards Rechnung trägt. „Leider", so Dipl.-Ing. Rößner, „kann wegen Wegfalls des Volumens aus der ehemaligen Papierfabrik und anderer gewerblicher Betriebe die Kapazität des Klärwerks nicht voll ausgenutzt werden".



Abbildung 131 - Winterwanderung Besuch im Klärwerk Salach

Folglich habe man nach Alternativen gesucht und diese zum Beispiel in der Abnahme des auf dem Stuttgarter Flughafen verwendeten Enteisungsmittels, das mit Tankwagen nach Salach gebracht wird, wenigstens in kleinerem Umfang realisieren können. Die Enteisungsflüssigkeit, die aus Wasser, Glykol und anderen Zusatzstoffen besteht, wird von der Entwässerungsanlage des Airports aufgefangen und – weil sie nicht mehr wiederverwendbar ist – nach Salach entsorgt, dort gereinigt und im Endstadium in einen der beiden Faultürme gepumpt, wo sie zur Herstellung von Klärgas beiträgt. Der Löwenanteil des Abwassers kommt aber aus den Kanalisationen der Mitgliedsgemeinden des Abwasserverbandes, dessen Anlage auf ein Volumen von 800 Litern pro Sekunde ausgelegt ist. Andreas Rößner schilderte anschaulich die Entstehung und Entwicklung des Abwasserverbandes und seines hochmodernen Klärwerks, das weitestgehend vollautomatisch funktioniert und mit Hilfe von über 100 Messpunkten elektronisch gesteuert wird. In der Anlage sorgen acht Beschäftigte für einen reibungslosen Ablauf, die Wartung und Bewerkstelligen anfallende Reparaturarbeiten.

Der Betriebsleiter erläuterte der SPD-Besuchergruppe den Verfahrensprozess, dem das Abwasser unterworfen wird. Zunächst gelangt das zu behandelnde Abwasser in die „mechanische Vorbehandlung", einer Reinigungsstufe, die aus der Rechenanlage, dem Sand- und Fettfang sowie dem Vorklärbecken besteht. Hier werden fäulnisfähige organische Stoffe aus dem Abwasser entfernt sowie Sand und Fett zurückgehalten. Dann schließt sich die „biologische Reinigung" an, in der das Abwasser nach dem Belebungsverfahren weiter gereinigt wird.

„Hier bauen unvorstellbar große Mengen an Mikroorganismen die gelösten organischen Kohlenstoffverbindungen ab", erklärte der Experte und ergänzte, dass den Bakterien durch sechs große sogenannte Mammut-Rotoren der benötigte Sauerstoff zuge-führt wird. Nun schließen sich zwei Zonen an, in denen der Nitrat-Stickstoff aufgespalten wird und der Abbau der organischen Kohlenstoffe und die Oxydation der Stickstoffverbindungen erfolgt. Im Belebungsbecken setzen sich im weiteren Verlauf die Schlammflocken ab und werden automatisch und kontinuierlich von der Beckensohle geräumt.

Das Verfahren wird schließlich im Faulturm fortgesetzt, wo der anfallende Schlamm unter Luftabschluss bei einer Temperatur von cirka 32 – 35 Grad „ausfault", wie Andreas Rößner den weiteren Prozess beschrieb. Der Schlamm verweilt ca. 30 – 40 Tage im Faulturm, wo bei der Umsetzung von organischer Substanz durch Mikroorganismen Klärgas entsteht. Dieses enthält zum größten Teil Methan und Koh-

lendioxyd. Das Klärgas wird in einem Trockengasbehälter zwischengespeichert und anschließend mit einem Gasmotorenaggregat umweltfreundlich in Strom und Wärme umgewandelt.

Rößner erläuterte weiter, dass „die Wärmeenergie für die Beheizung des Faulturms und die Aufwärmung der Schlämme sowie für die Raumheizung des Betriebs- und Maschinengebäudes genutzt wird“. Der getrocknete Klärschlamm wird entwässert und mittels Verbrennung entsorgt.

„Wir erfüllen weitestgehend die hohen Auflagen der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden“, versicherte der Betriebsleiter. Nur sehr seltene und geringe Überschreitungen der Höchstwerte kämen vor. Das hauseigene Labor nehme eine gewissenhafte Eigenkontrolle der Schmutzparameter im Zu- und Ablauf der Kläranlage vor. „Wir danken Ihnen dafür, dass Sie uns diese hochmoderne aber weithin unbekannte High-Tech-Anlage gezeigt und erläutert haben“, sagte SPD-Vorstandsmitglied Walter Auer, dem seinerseits der Ortsvereinsvorsitzende Hans-Ulrich Weidmann für die Organisation des aufschlussreichen Besuchs Dank sagte.

Samstag, 25. Februar 2012

„SCHIEFLAGE DER FINANZEN“

„Wir vermeiden erfolgreich neue Schulden, wir investieren zusätzlich in Zukunftsaufgaben der Bildung und Betreuung und wir sprechen endlich offen über die Schieflage zwischen Einnahmen und Ausgaben“, erklärte Staatssekretär Peter Hofelich in einer Zusammenkunft von Sozialdemokraten.

„Der Landeshaushalt 2012 markiert deshalb eine erfolgreiche Zäsur. Grüne und SPD stehen in unserem Land für solide Haushaltspolitik. Die gewaltige Aufgabe konsolidierter Landesfinanzen wird in den kommenden Jahren aber noch schwerer werden“, führte Hofelich aus. So bewertet der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Göppingen, Peter Hofelich, den kürzlich beschlossenen Haushalt der Landesregierung für 2012.

Als Mitglied des Finanz- und Wirtschaftsausschusses musste Hofelich seit der dritten Januarwoche intensive Gremienarbeit leisten, um das heuer über 38 Mrd. Euro schwere Planwerk zur Verabschiedungsreife zu bringen. „Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass unter der alten Regierung alles schlecht und jetzt alles toll ist. Richtig ist aber, dass erstmals mit rot-grün offen über die strukturellen Herausforderungen des Haushaltes gesprochen wurde und auch, trotz Protesten, umgesteuert wird!“

Er nennt drei besondere Herausforderungen: Erstens gebe es neben der beträchtlichen Kreditmarktverschuldung des Landes noch eine verdeckte Verschuldung. Dies seien die erheblichen Sanierungsrückstände bei landeseigenen Gebäuden und den Landesstraßen. „Wir bauen dazu jetzt eine Rücklage auf, um Haushaltswahrheit zu erreichen“.

Zweitens bestehe der Landeshaushalt zu 40 Prozent aus Personalausgaben, zusätzlich noch daran gebundener Betriebsausgaben. Umsteuern müsse mit langem Atem und sozial verantwortlich geschehen. „Den erfreulichen 1.7 Mrd. Steuermehreinnahmen der letzten Jahre stehen 2.1 Mrd. Euro an Personalmehrausgaben gegenüber. Dies zeigt die Härte der Aufgabe, künftig Schulden abzubauen.

Drittens gelte es, bis zum Jahr 2020 endgültig die von der Verfassung im Bund festgelegte ‚Schuldenbremse‘ auch im Land einzuhalten, also zwingend keine Nettoneuverschul-dung mehr auszuweisen. Parallel dazu müssten aber die offenkundig unzureichenden Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes, etwa bei

Schiene, Straße, Bildung und Sicherheit, in den nächsten acht Jahren aufgeholt werden. „Das wird nur mit einem weiterhin wirtschaftlich starken und innovativen Land gehen. Und mit Steuergerechtigkeit und Solidarität“, betonte Hofelich.

Hofelich zeigte sich in diesem Zusammenhang erfreut, dass es am letzten Tag der Haushaltsberatungen gelungen sei, in einer gemeinsamen Entschließung von CDU, FDP, Grünen und SPD die Bundesregierung aufzufordern, „die Investitionsmittel für den Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg sowie für Schienenwege und Wasserstraßen bedarfsgerecht zu erhöhen“. In der Begründung heißt es, daß Baden-Württemberg nicht länger für seine zentrale Lage als Transitland und sein im Vergleich zu anderen Bundesländern weitmaschiges Fernstraßennetz bei der Zuweisung von Bundesmitteln benachteiligt werden dürfe.

Wenig anzufangen weiß der Abgeordnete mit manchem „Nachtarocken der CDU“. „Von der Kritik am früher ja selber immer wieder eingeforderten Sparbeitrag der Beamtinnen und Beamten über die Kritik an der letztlich durch CDU/FDP-Versäumnisse notwendigen Sanierungsrücklage bis hin zur Kritik an den gestrichenen Zuschüssen für Leistungsschauen von Gewerbevereinen, welche letztlich nur wenigen zu Gute kamen und auch nicht wirklich für die Durchführung entscheidend waren, zeugt das eher von ‚Nickeligkeiten‘ statt von einer wirklichen Opposition“, so Hofelich weiter. Er sieht bei den erreichten zusätzlichen Investitionsmitteln für den Erhalt von Landesstraßen, für die Technikausstattung der Polizei und den Ausbau der Kinderkrippen besondere Chancen für den Kreis Göppingen. „Hier können wir erhebliche Bedarfe geltend machen“ lautete Hofelichs Ratschlag.

Sonntag, 4. März 2012

TELEFONRECHNUNGEN GENAU PRÜFEN

Beim jüngsten Roten Treff der Eislinger SPD hat der AWO-Ortsvereinsvorsitzende Harald Kraus den Telefonkunden dringend empfohlen, ihre Telefonrechnungen jeweils genau zu prüfen. Wie die AWO aus vielen Anrufen schließt, haben sich die sogenannten Telefon-Dienstleister jetzt darauf verlegt, relativ kleine und unauffällige Beträge abbuchen zu lassen. „In Summe werden auf diese Weise jedoch gigantische Beträge von gutgläubigen Telefonkunden abgezockt“, sagte Kraus.

Kraus berichtete den Besuchern der SPD-Veranstaltung von seinen seit 2008 gemachten Erfahrungen bei der Beratung geschädigter Telefonkunden. Nach seiner Einschätzung hat die Telefon-Abzocke inzwischen unglaubliche Dimensionen angenommen. Vor allem ältere Menschen würden durch die unredliche Methode immer wieder geschädigt.

Auf den Telefonrechnungen der Telekom AG oder anderer Telefonfirmen erschienen immer wieder Beträge für vermeintliche „Dienstleistungen Dritter“. Meist sind aber solche Leistungen von den Telefonkunden nicht in Anspruch genommen worden. Gelegentlich stehen die Rechnungsbeträge in Verbindung mit einem Telefonanruf von unbekannter Seite, die dann die Rechnungsstellung auf der Telekom-Rechnung nach sich ziehen.

Der AWO-Vorsitzende erläuterte, dass man sich wirksam gegen die Rechnungsstellung wenden kann, indem man die Abbuchung der Rechnung, auf der dies gegebenenfalls geschehen ist, bei seiner Bank zurückgehen lässt. „Dies muss aber innerhalb 8 Wochen nach der Abbuchung geschehen. Allerdings muss der Kunde dann den auf die Telekom AG rechtmäßig entfallenden Betrag zuzüglich Mehrwertsteuer einzeln überweisen, damit er eine Mahnung vermeiden kann“.

Um den kriminellen Methoden zu begegnen, hat der AWO-Vorsitzende jeweils ein Musterschreiben entwickelt, mit dem man bei dem vermeintlichen Dienstleistungserbringer die Berechnung zurückweisen und einen sogenannten Einzelverbindungsnachweis anfordern kann. „Leider reagieren diese Firmen, vor allem die First Communication GmbH in Frankfurt, in der Regel darauf nicht. Dennoch sollte das Schreiben sicherheitshalber abgesandt werden“, lautet Kraus‘ Empfehlung.

Das Muster einer Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft hat Kraus ebenfalls entwickelt, genauso wie eine Beschwerde bei der Zentrale gegen unlauteren Wettbewerb. Die Muster können kostenlos unter der Telefonnummer 07161/817504 angefordert werden.

Handelt sich um ein unzulässiges Gewinnversprechen, ist auch eine Anzeige bei der Bundesnetzagentur für das Telekommunikationswesen zu empfehlen; entsprechende Formulare sind ebenfalls im Internet abrufbar. Häufig werden dann die betroffenen 900er Nummern gesperrt und ein Inkassoverbot verhängt.

Die Deutsche Telekom AG hat die AWO wissen lassen, sie müsse die von den „Dritten“ gemeldeten Beträge aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in ihre Rechnungen aufnehmen und könne nicht prüfen, ob diese zu Recht gefordert würden. Kraus bezweifelt dagegen die Korrektheit der Vor-gehensweise, „denn kein Telefonkunde hat in der Regel eine Abbuchungsermächtigung zugunsten sogenannter Dritter erteilt“. Häufig sei, so Kraus, nicht erkennbar, welche konkrete Leistung der Kunde von wem in Anspruch genommen haben soll. „Um diesen Sumpf auszutrocknen, sollten die Telefonkunden in jedem Fall die gemachten Ratschläge befolgen, auch wenn es sich im Einzelfall nur um geringe Beträge handeln sollte“, sagte Kraus weiter.

Er wies auf die jüngsten Änderungen des Telekommunikationsrechts hin, wonach Telefonkunden nicht mehr für Warteschleifen bezahlen müssen. Allerdings gelte eine Übergangsfrist von einem Jahr, in dem nur zwei Minuten Wartezeit kostenlos sein müssen, danach dürfte die Verbindung in Rechnung gestellt werden. „Interessant ist auch die Neuregelung, dass bei einem Anbieterwechsel und einer Rufnummernmitnahme der Kunde höchstens einen Tag ohne Anschluss gelassen werden darf und dass beim Umzug die Mindestvertragslaufzeit nicht mehr neu beginnen dürfe.

„Das Gesetz steht allerdings noch nicht im Gesetzblatt, sodass dessen Inkrafttreten sich noch verzögern kann“, fügte der AWO-Vorsitzende hinzu. Er bedauerte schließlich, dass die Telefonkunden - „meist kleine und ältere Leute“ - keine Lobby hätten und sich die Politik völlig unzureichend um deren Interessen kümmere.

Samstag, 07. April 2012

PARKPLATZ-FREUNDLICH BLEIBEN

Eislingen muss eine parkplatz-freundliche Stadt bleiben. Dies war die einhellige Meinung beim gut besuchten Roten Treff der Eislinger SPD am Donnerstagabend. Der Vorschlag, die Höchstparkdauer mit Parkscheibe von 60 auf 90 oder gar 120 Minuten auszuweiten, fand nicht die ungeteilte Zustimmung. Allerdings, so die Alternative, sollte die Stadtverwaltung einen Plan der vorhandenen Parkplätzen mit den unterschiedlichen Höchstparkzeiten veröffentlichen. Eine Umfrage unter den Besuchern ergab nämlich, dass dieselben auf Anhieb häufig nicht umfassend bekannt sind.

„Die Attraktivität der Innenstadt Eislingens hängt entscheidend davon ab, dass im Zentrum eine ausreichende Zahl von Kurzzeitpark-

plätzen zur Verfügung steht, um den Besuch von Geschäften und Dienstleistungsbetrieben pro-blemlos gewährleisten zu können“, sagte Stadträtin Dr. Heide Kottmann.

Eine Verlängerung der Höchstparkdauer um 30 Minuten im Innenstadtbereich würde die Kapazität der Kurzzeitparkplätze um ein Drittel herabsetzen, was nicht im Interesse der Nutzer liegen könne. Jedoch müsse eine vernünftig begrenzte Zahl von Parkplätzen mit einem größeren Zeitlimit zur Verfügung stehen, damit länger dauernde Besorgungen nicht zwangsläufig zu einem „Knöllchen“ führen müssten.

Kottmann kann sich vorstellen, dass nur in der Haupt-, Hindenburg-, Garten- und unteren Salacher Str. kurzparken erlaubt bleibe, ansonsten aber ein Limit von zwei Stunden dem Bedarf entspräche.

Zweifel wurden daran laut, ob die in der geplanten neuen Stadtmitte vorgesehene Zahl an Tiefgaragen-Parkplätzen tatsächlich zukunftsfest sei. „Zwar ist es begrüßenswert, dass unter dem neuen Rathaus cirka 100 Plätze und für das Wohn- und Geschäftszentrum weitere 50 Plätze vorgesehen sind, doch ob dies ausreicht, ist keineswegs sicher“, meinte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hans-Ulrich Weidmann. Walter Auer bedauerte, dass beim jüngsten Stadtentwicklungsforum die Parkplatzplanung keine prominente Rolle gespielt habe.

Stadtrat Bruno Mörixbauer sagte, die aktuellen Klagen über Parkplätze mit ausreichender Parkzeit könnten eingedämmt werden, wenn eine Übersicht über die Parkplätze „mit und ohne Scheibe“ veröffentlicht würde. Häufig sei die Lage der kostenfreien Parkplätze nicht geläufig. Zustimmung fand auch der Vorschlag, das Freigelände bei der Lutherkirche zumindest vorübergehend als kostenlose Langzeitparkplätze auszuweisen. Mörixbauer gab aber zu bedenken, dass eine solche Nutzung nicht unbedingt zum kirchlichen Umfeld passe.

Harald Kraus wiederholte den Vorschlag des ACE Auto Club Europa, das Park-and-Ride-Gelände am Bahnhof in westlicher Richtung zu erweitern. „Bahnfahren wird nur attraktiv, wenn für Autofahrer in ausreichender Zahl günstig gelegene Parkplätze zur Verfügung stehen“, begründete er die Idee. Nur zeitlich begrenzt seien die in Privatbesitz befindlichen Parkplätze am Schlosstheater und am ehemaligen Postgebäude nutzbar.

Nach Angaben von SPD-Fraktionschef Peter Ritz ginge die Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) davon aus, dass auf dem entstehenden Platz in der künftigen Stadtmitte bis zu 60 Stellplätze möglich wären. Darüber hinaus stünden aber bis zum Abriss der Bahnüberführungsbrücke die darunter liegenden barrierefreien Parkplätze weiter zur Verfügung.

„Der Standortvorteil, den Eislingen durch ein problemloses Anfahren des Innenstadtbereichs gewährleisten kann, muss geschickt ausgebaut werden“, steuerte in der Diskussion Sayed Mohamed bei. „Eine offensive Informationspolitik der Stadt könnte dazu beitragen“, meinte Konrad Dießenbacher.

Freitag, 7. Mai 2012

QUARTETT IST 50 JAHRE IN DER SPD

Vier Eislinger Sozialdemokraten wurden für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt: die stellvertretende Landesvorsitzende Leni Breymaier hielt die Laudatio auf Waldemar Berg, Martin



Abbildung 132 - Jubilare 2012

Kapphan, Peter Ritter und Karl-Hans-Volpert.

Leni Breymaier lobte in ihrer Laudatio das große Engagement der Jubilare über vier Jahrzehnte hinweg und spannte einen Bogen seit deren Eintritt in die SPD im Jahr 1972. „Als Parteimitglied wird man für alles, was in der Politik geschieht, von Nachbarn, Kollegen und Bekannten in die Pflicht genommen, weshalb die Treue zur SPD nicht hoch genug eingeschätzt werden kann“, betonte sie.

Die Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins war ansonsten von dem Rechenschaftsbericht des neuen Vorsitzenden Hans-Ulrich Weidmann und einem Statement des Kreisvorsitzenden Sascha Binder gekennzeichnet, der aus dem EnBW-Untersuchungsausschuss berichtete und darstellte, wie dilletantisch damalige Regierungspolitiker mit der Macht umgegangen sind“.

Im Geschäftsbericht fand der gelungene Neujahrsempfang mit Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer und der regelmäßige „Rote Treff“ der Eilsinger Sozialdemokraten Erwähnung. „Mit uns ist auch weiterhin zu rechnen“, zeigte sich der Ortsvereinsvorsitzende Hans-Ulrich Weidmann hinsichtlich der künftigen politischen Entwicklung auf der kommunalen Ebene zuversichtlich.

Freitag, 23.September 2012

SPD BEIM WELTKINDERTAG 2012



Abbildung 133 - SPD beim Weltkindertag 2012

Sonntag, 11. November 2012

LÄMMLE: ANSEHNLICHE BILANZ

Die grün-rote Landesregierung kann nach Auffassung des Ministerialdirektors im Sozialministerium, Jürgen Lämmle, auf eine ansehnliche Bilanz zurückblicken. Dies erklärte der leitende Beamte beim „Roten Treff“ der Eislinger SPD am Donnerstagabend. In seinem Ministerium werde zielstrebig an der Realisierung des Projekts „Gute und sichere Arbeit“ gearbeitet; erste Erfolge seien bereits zu verzeichnen.

Lämmle erwähnte eingangs, dass die rot-grüne Landesregierung im Gegensatz zu ihren Vorgängern den Landeshaushalt 2013/2014 erstmals pünktlich in das Parlament eingebracht habe. Die strukturellen Probleme, die die CDU und FDP hinterlassen hätten, machten es notwendig, nochmals eine Neuverschuldung aufzunehmen, die Schuldenbremse

werde jedoch eingehalten und bis 2020 in vollem Umfang wirksam.

„Während zur CDU-Regierungszeit mehrere Polizeiposten geschlossen worden seien, ermögliche die jetzige Polizeireform erstmals, dass „mehr Beamte auf den Straßen und vor Ort tätig werden könnten".

Besonders hob Lämmle hervor, dass die Landesregierung mit der Kleinkinderbetreuung ernst mache und dafür in den Jahren 2012 und 2013 über 600 Millionen Euro zur Verfügung stelle. Er sei, so Lämmle, optimistisch, dass es gelinge, den Rechtsanspruch zum 1. August 2013 umfänglich erfüllen zu können. Als einen positiven Ansatz bezeichnete Lämmle die Einführung der Gesamtschule in Pilotprojekten und die gezielte Förderung der Schulsozialarbeit.

Viel vorgenommen hat sich die Landesregierung mit ihrem Projekt „Gute und sichere Arbeit". Ein erster wichtiger Schritt sei, so erläuterte Lämmle, die Einführung eines Tariftreuegesetzes, das öffentliche Auftragnehmer verpflichte, die einschlägigen Tarifverträge einzuhalten. Er bedauerte, dass darüber hinaus die Bundesratsinitiative des Landes zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns noch nicht erfolgreich gewesen sei, er erwartet aber nach der Niedersachsen-Wahl Anfang kommenden Jahres einen neuen und dann erfolgreichen Anlauf.

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg sei zwar in erfreulich gutem Zustand, dennoch schleppe das Land seit Jahren einen relativ hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit (60000 Menschen) mit sich. Hier wolle die Landesregierung ansetzen und mit einem Förderprogramm in Höhe von 10 Millionen Euro die Initiative ergreifen. Für Alleinerziehende soll eine Teilzeitausbildung ermöglicht werden; in acht Modellprojekten sollen entsprechende Erfahrungen gesammelt werden. Mit weiteren Maßnahmen wolle die grün-rote Landesregierung die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt fördern. „Wir sollten Arbeit finanzieren, nicht die Arbeitslosigkeit", erklärte der Ministerialdirektor. Auch eine Initiative zur Entgeltgleichheit von Männern und Frauen will das Sozialministerium auf den Weg bringen.

Das Ministerium will durch entsprechende Maßnahmen die Beseitigung des Fachkräftemangels fördern, vor allem auch für den Pflegebereich. 1300 offenen Stellen stünden nur 300 Bewerber/innen gegenüber. Lämmle warnte schließlich auch vor der schleichend drohenden Altersarmut, der durch gezielte und wirksame Maßnahmen frühzeitig begegnet werden müsse. Lämmles Statement löste zahlreiche Fragen aus, die anschließend diskutiert wurden.

2013

Freitag, 20. Januar 2013

SCHMID: „ES MUSS GERECHT ZUGEHEN“

Vize-Ministerpräsident und Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Nils Schmid (SPD) erwartet politisch ein spannendes Jahr 2013. Dies bekundete er bei seiner Neujahrsrede auf dem Empfang der Eislinger SPD am Freitagabend in der Stadthalle. Die grün-rote Landesregierung werde den politischen Wechsel weiter vorantreiben. „Vor allem muss es in unserem Land gerecht zugehen“, rief Schmid aus.

Baden-Württemberg befindet sich nach Einschätzung des Ministers in einer relativ guten Ausgangslage, wenngleich die Unsicherheiten nicht übersehen werden dürften. „Deshalb dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen“, machte Schmid deutlich. Die Innovationskraft der heimischen Wirtschaft und der Fleiß der Beschäftigten sowie die Erfolge bei der industriellen Wertschöpfung böten gute Aussichten. „Dennoch müssen wir weiterhin für den Industriestandort Baden-Württemberg kämpfen“, betonte er und kündigte an, „sich nicht auf Zocker und Spekulanten zu verlassen“. Der SPD-Politiker stellte fest, dass fast ein Drittel der industriellen Wertschöpfung aus Baden-Württemberg komme. Um dieses Niveau zu halten, sei weiterhin intensive und anwendungsorientierte Forschung, der Ausbau der dualen Ausbildung und die Schaffung eines Netzwerks notwendig. In diesen Rahmen gehöre auch die von ihm gegründete „Fachkräfte-Allianz“. Die Wirtschaft im Filstal sei gefragt, wenn es um die Entwicklung der Elektromobilität gehe. An dieser Stelle lobte der Minister das Engagement des Landtagsabgeordneten Peter Hofelich in dessen Eigenschaft als Mittelstands- und Handwerksbeauftragter der Landesregierung.



Abbildung 134 - Nils Schmid beim Neujahrsempfang 2013

„Wir haben nach unserem Regierungsantritt über 750 Millionen Euro mehr in die Bildung investiert und 300 Millionen Euro für die Kleinkinderbetreuung bereit gestellt, den gordischen Knoten bei der Schulreform durchschlagen, die Studiengebühren abgeschafft, den Ausbau der Ganztagsschulen in Angriff genommen, ein Tariftreuegesetz auf den Weg gebracht und 500 Stellen in der Steuerverwaltung vorgesehen, um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen“, zählte Schmid eine Auswahl der Aktivitäten aus den ersten 18 Regierungsmonaten auf. „Wir machen auch eine solide Finanzpolitik, obwohl wir mit schweren Hypotheken, die die Vorgängerregierung hinterlassen hat, zu kämpfen haben“.

Leider habe das Land einen Schuldenstand von 40 Milliarden Euro und Pensionsverpflichtungen von 80 Milliarden Euro, für die CDU und FDP keine Rücklagen gebildet hätten. „Die strukturelle Lücke im Haushalt von 2,5 Milliarden Euro jährlich muss durch Einsparungen an verschiedenen Stellen geschlossen werden“, kündigte der Finanzminister an. Er verteidigte das Nein der Landesregierung zum Steuerabkommen mit der Schweiz. „Wir halten keine schützende Hand über Steuerbetrüger“, rief Schmid aus. Im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst prophezeite Schmid: „Wir werden nicht alles anders aber vieles besser machen“.

Montag, 13. Februar 2013

„WIR BRAUCHEN EIN KAFFEEHAUS!“

Die Teilnehmer am „Roten Treff“ der Eislinger SPD waren am Donnerstagabend einhellig der Meinung, dass die Große Kreisstadt Eislingen unbedingt ein Kaffeehaus braucht. Sie erwarten von der Stadtverwaltung, dass sie sich entschlossen dafür einsetzt, dass am bisherigen oder an einem neuen Standort in der Innenstadt ein Café bleiben kann oder neu entsteht.

„Das etablierte Café Da Damiano in der Hauptstraße hat sich in den letzten Jahren zu einem vorzeigbaren gesellschaftlichen Treffpunkt entwickelt; ein solcher muss deshalb unbedingt erhalten bleiben“, brachte Tina Stroheker die außerordentlich lebhafte Diskussion im vollbesetzten Nebenzimmer des Restaurants „Zeus“ auf den Punkt. „Der Hausbesitzer und sein Pächter werden ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung nicht gerecht, wenn sie am Erhalt des Cafés nicht doch noch konstruktiv mitwirken“, erklärte Marlis Wahl. „Ohne ein Kaffeehaus geht ein wichtiges Stück Urbanität, typisches Eislinger Flair und eine ganz besondere Atmosphäre verloren“, meinte Stadtrat Bruno Mörixbauer.

„Obwohl es sich um eine privatwirtschaftliche Entscheidung handelt, müssen die Beteiligten konstruktiv an einer im allgemeinen Interesse liegenden Lösung mitwirken“, lautete die Forderung von Stadträtin Dr. Heide Kottmann. Die Stadt sei insoweit gefragt, als sie mit den Beteiligten eine positive Lösung moderieren sollte. „Es darf nicht passieren, dass ein geschätztes Stück Eislingen einfach verloren geht“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Stadtrat Peter Ritz. Die Stadt müsse ein entsprechendes Interesse haben, da der Gastronomiebetrieb auch einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor darstelle.

In der SPD wird in den nächsten Tagen entschieden, ob noch vor Schließung des Cafés am Monatsende eine öffentlichkeitswirksame Aktion durchgeführt wird. „Wir sind sicher, dass unser Anliegen von der Eislinger Bürgerschaft geteilt wird“, sagte der SPD-Ortsvorsitzende Uli Weidmann.

Montag, 18. März 2013

SPD EISLINGEN EHRT OTTO WELS

Anlässlich des 150jährigen Parteijubiläums ehrt die Eislinger SPD den früheren Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, mit einer Gedenktafel, die am 23. März, dem Jahrestag seiner historischen Rede, an der 1982 von Eislinger Sozialdemokraten gepflanzten Otto-Wels-Platane bei der „Alten Post“ angebracht wird.

Wels war während der Herrschaft der Nationalsozialisten bis 1939 SPD-Vorsitzender. Er ging in die Geschichte ein, als er am 23. März 1933 vor dem Reichstag mit einer engagierten Rede die Ablehnung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes der Nationalsozialisten durch die SPD-Fraktion begründete. „Mit der nur von den 94 SPD-Abgeordneten verweigerten Zustimmung zu diesem Gesetz wurde der Weg frei für die Hitlerische Willkürherrschaft“, so die SPD in einer Pressemitteilung.



Abbildung 135 - Tafel an der Otto-Wels-Platane

Im Jahr 1982 hatten die Eislinger Sozialdemokraten zur Erinnerung an Otto Wels bei der Alten Post eine Platane gepflanzt, die jetzt mit einer Gedenktafel versehen werden soll. Sein berühmter Satz „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ wird darauf verewigt.

Otto Wels verlies im Mai 1933 unter dem Eindruck der SA-Attacken auf die Gewerkschaften das Reichsgebiet und ging in das damals noch französisch besetzte Saargebiet. Wenig später verlegte der Exilvorstand der SPD seinen Sitz nach Prag. Im August 1933 erkannten die Nazis Wels die deutsche Staatsangehörigkeit ab. Infolge des Münchner Abkommens musste Wels Prag verlassen und begab sich nach Paris, wo er am 16. September 1939 66-jährig verstarb.

Die Gedenktafel für Otto Wels wird am 80. Jahrestag der historischen Rede Wels‘, dem 23. März 2013, um 11 Uhr enthüllt. Schülerinnen und Schüler der Klasse 9a der Schillerschule haben sich mit der Rede von Otto Wels beschäftigt und tragen Teile seiner Rede vor, Plakate in den Heimatsprachen der Schülerinnen und Schüler weisen auf die universelle Bedeutung des Freiheitsgedankens hin.

Sonntag, 23. März 2013

GEDENKTAFEL “OTTO WELS“ ENTHÜLLT

Obwohl ein kalter Wind durch Eislingen fegte, waren zahlreiche Bürgerinnen und Bürger am Samstag der Einladung der SPD gefolgt und zur Enthüllung der Gedenktafel für den früheren SPD-Vorsitzenden Otto Wels zur Platane an der Alten Post gekommen.

Schülerinnen und Schüler der Klasse 9a der Schillerschule hatten die kurze Zeremonie mit Transparenten und Plakaten visuell vorbereitet. Der historische Satz „Leben und Freiheit kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ stand im Mittelpunkt der kurzen Ansprachen der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Leni Breymaier und des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Ritz.

Die SPD erinnert mit der Gedenktafel an der Platane an der Alten Post an den historisch bedeutsamen Vorgang am 23. März 1933, als Otto Wels für die SPD-Fraktion begründete, warum sie dem sogenannten Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen werde. Alle anderen Fraktionen im Reichstag votierten für das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, mit dem die Reichsregierung ermächtigt wurde, auch ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat und ohne Gegenzeichnung durch den Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen.

Nach der Weimarer Verfassung bedurfte ein solches Gesetz einer Zweidrittelmehrheit. Nach Hitlers taktisch geprägter Zusicherung einer „kontrollierten Anwendung des Gesetzes“ sowie der Zusage, die Rechte der übrigen Verfassungsorgane bewahren zu wollen, signalisierten die Parteien der bürgerlichen Mitte ihre Zustimmung. Mit 444 Stimmen der damaligen Regierungskoalition aus NSDAP, Deutschnationaler Volkspartei, dem Zentrum sowie der Bayeri-schen Volks- und der Deutschen Staatspartei wurde das Gesetz in namentlicher Abstimmung angenommen. Lediglich die 94 Abgeordneten der SPD ließen sich von den Drohgebärden der im Reichstag aufmarschierten Sturm-abteilung (SA) nicht einschüchtern und stimmten gegen die Selbstentmachtung

des Parlaments.



Abbildung 136 - Schüler*innen bei der Ehrung für Otto Wels

Zu Beginn der Feierstunde wurde eine Original-Tonauf-nahme von der Rede Otto Wels' vorgespielt, in der der berühmte Satz gefallen war. Peter Ritz wies in seiner kurzen Ansprache darauf hin, dass nach den Wahlen im Frühjahr 1933 in Eislingen die Kommunisten und Sozialdemokraten die Mehrheit der Gemeinderatssitze stellten und „die Nazis hier in der Minderheit waren". Leni Breymaier lobte die Schülergruppe mit ihrem Lehrer, Herrn Joppich, die sich mit dem historischen Thema beschäftigt hatten und zu den hergestellten Plakaten die Aussage des SPD-Politikers Wels in ihrer jeweiligen Muttersprache vortrugen.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Uli Weidmann reichte Fotos von der Pflanzung der Platane im Jahr 1982 herum und bedankte sich für den regen Besuch, den die Aktion ausgelöst hatte. Er wies darauf hin, dass das Wissen um die damaligen Vorgänge immer wieder erneuert werden müsste, damit sie sich nicht wiederholen könnten.

Dienstag, 20. August 2013

„MERKEL PRODUZIERT SPRECHBLASEN"

Der frühere Bundesfinanzminister und hessische Ministerpräsident, Hans Eichel (SPD) beeindruckte bei der Wahlveranstaltung der Eislinger SPD in der Stadthalle mit profunder Sachkenntnis und großer Sachlichkeit. Unter dem Motto „denk mal GERECHT" hatte die Bundestagskandidatin der SPD, Heike Baehrens, eingeladen und eine interessante Diskussion angekündigt. Die zahlreichen Besucher wurden nicht enttäuscht.

Eichel nahm zu drei Themenkreisen Stellung: Steuerhinterziehung, Bankenkrise und Staatsverschuldung. Der Finanzexperte der SPD wies darauf hin, dass dem Staat pro Jahr geschätzt 40 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung entgehen. Deshalb votierte er vor allem für eine Schließung der Steueroasen. Vor diesem Hintergrund sei es „geradezu die Pflicht eines Finanzministers", ihm gegebenenfalls angebotene CDs mit Steuerdaten anzukaufen. Er wandte sich gegen die Zulässigkeit von Nummernkonten z. B. in der Schweiz und vertrat die Auffassung, dass Uli Hoeneß nicht Aufsichtsratsvorsitzender des FC Bayern bleiben könne, wenn die Complience-Regeln durch das Aufsichtsgremium des Fußballclubs angewandt würden.

Er verteidigte die Erfolge, die durch Einführung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit schon erzielt worden sind, bedauerte aber, dass diese „leider nicht ausreichend personell und sachlich ausgestattet ist". Eichel votierte unter anderem für eine Erhöhung des Kindergeldes.. „Insgesamt", so Eichel, muss die Einhaltung der Steuergesetze stärker kontrolliert werden".

Die Bankenkrise war Eichels nächstes Thema, zu dem er einen Teil der komplexen Zusammenhänge erläuterte. Er sprach sich für eine Trennung des konventionellen Bankgeschäfts von dem Investmentbereich aus. Für letzteren dürfe es künftig keine Rettungszahlungen des Staates mehr geben.

Der SPD-Politiker trat entschlossen für die Einführung einer Transaktionssteuer ein und

kritisierte die diesbezügliche Halbherzigkeit der gegenwärtigen Bundesregierung. „Frau Merkel kämpft nicht dafür, sondern produziert nur leere Sprechblasen“, lautete seine einzige Breitseite an diesem Abend. Restriktionen seien bezogen auf den sogenannten Insiderhandel dringend notwendig. Es sei absurd, so Eichel, dass an den Börsen mit fragwürdigen Produkten weit mehr Geschäfte gemacht würde als in der Realwirtschaft, die nur noch mit einem Bruchteil vertreten sei.

Der frühere Finanzminister machte deutlich, dass Staatsschulden an sich kein Problem wären, wenn sie jeweils zurückgezahlt würden oder wenn keine Werthaltigkeit des finanzierten Projekts mehr vorhanden sei.“Verliert eine Sache ihren Gebrauchswert, muss sie abgezahlt sein, alles andere wäre nicht seriös“, betonte Eichel. Leider sei dies in der Vergangenheit zu häufig nicht passiert, sodass ein Schuldenberg entstanden sei.

Er gehe aber davon aus, dass mit der Schuldenbremse dieses international vorhandene Problem angegangen wird. Kein Verständnis zeigte Eichel „für das Geschrei, die Steuern müssten runter“. Wer vom Staat optimale Leistungen in der Bildung, der öffentlichen Infrastruktur und im Gesundheits- und Sozialwesen erwarte, der müsse akzeptieren, dass dies nur durch das von allen Bürgern aufzubringende Steuervolumen finanziert könne. Hans Eichel sprach sich jedoch für ausgeglichene Staatshaushalte aus und wies darauf hin, dass „man sich Schulden nur dann leisten kann, wenn es wirtschaftlich gut geht“.

Vehement betonte Eichel, dass es aus heutiger Sicht ein Fehler gewesen sei, die Riester-Rente nicht unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung anzusiedeln. Grundsätzlich sei sie aber notwendig gewesen, weil damit die demografiebezogenen Probleme der Rentenversicherung angegangen worden seien.

Samstag, 7. September 2013

EU: GEMEINSAME STRATEGIE ?

Über Ziele, Aufgaben und Arbeitsweise der Europa-Union informierte deren Kreisvorsitzender Daniel Frey beim Roten Treff der Eislinger SPD. Die überparteiliche Europa-Bewegung tritt für eine politische Union ein, deren Werte Frieden, Freiheit, Wohlstand, Toleranz und Völkerverständigung sind. Auch wenn die EU derzeit ein Akzeptanzproblem habe, sei, so Frey, ein offensives Bekenntnis zu einem starken Europa geboten und vonnöten.

Der Wangener Bürgermeister, der auch Mitglied des Landesvorstandes der Europa-Union ist, wies insbesondere auf den überparteilichen Ansatz, dem sich die Organisation verpflichtet fühle, hin. Er schilderte die Entwicklung von der Montan-Union über die frühere EWG bis hin zur heutigen EU mit jetzt 28 Mitgliedsstaaten. Er erinnerte daran, dass heute viele europäische Errungenschaften schon als selbstverständlich hingenommen würden, zum Beispiel der Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten des Schengener Abkommens und unzählige weitere Erleichterungen im internationalen Verkehr und in den Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten. Trotz der aktuellen Probleme halte die Europa-Union daran fest, dass die gemeinsame Währung Euro ein nicht zu unterschätzendes Integrationselement und eine wirtschaftlich sinnvolle und notwendige Entwicklung darstelle.

Die Europa-Union will, so Frey weiter, dazu beitragen, dass die Begeisterung für Europa neu entflammt wird und die Werte Demokratie und Freizügigkeit einen noch höheren Stellenwert bekommen. Er bezeichnete es als einen Fehler, dass bei der Einführung des Euros der Stabilitätspakt nicht konsequent eingehalten wurde und bemängelte, dass die EU

in ihrer heutigen Struktur unflexibel ist. Dies zeige sich aktuell an der völlig unterschiedlichen Syrien-Politik der einzelnen EU-Staaten. Angesprochen auf Griechenland betonte Frey, dass in einem gemeinsamen europäischen Haus Solidarität praktiziert werden müsse.

„Die europäischen Länder sind einzeln für sich nicht in der Lage, den großen Konkurrenten wie USA und China Paroli zu bieten“, zeigte sich Frey überzeugt. Ein starkes Europa sei deshalb im Interesse aller europäischen Staaten, die eine gemeinsame Strategie entwickeln und verwirklichen müssten. Frey stellte außer Frage, dass in einigen Mitgliedsländern der EU dringend Reformen notwendig wären und dass auf die gesellschaftspolitischen Herausforderungen eine europäische Antwort gegeben werden müsse.

Die Europa-Union besteht als europaweites, überparteiliches Netzwerk seit 60 Jahren und gliedert sich in Landes- und Kreisverbände. Daniel Frey ist Vorsitzender des Kreisverbands Göppingen, der sich zum Ziel gesetzt hat, durch Veranstaltungen und Aktionen das Interesse an Europa zu wecken und das Verständnis für europäische Politik zu fördern. Sie pflegt die Kontakte zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Präsident der Europa-Union Deutschland ist der Europaabgeordnete Rainer Wieland (CDU bzw. EVP), Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg die Europa-Abgeordnete Evelyn Gebhardt (SPD bzw. S&D).

In der Diskussion hob ein Redner hervor, dass die EU das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten und nicht zu unterschätzen sei, dass Deutschland in von der EU relativ am meisten profitiere. Ein Abwenden vom europäischen Gedanken würde bedeuten, dass nationalistische und egoistische Politik Platz greifen würde, die vieles von dem gefährden würde, was in den letzten Jahrzehnten erfolgreich aufgebaut worden sei.

Donnerstag,12.September 2013

WAHLKAMPF MIT HEIKE BAEHRENS



Abbildung 137 - Wahlkampf mit Heike Baehrens



Freitag, 29. November 2013

VERJÜNGTE FÜHRUNGSSPITZE

Die Eislinger SPD hat ihre Führungsspitze für zwei weitere Jahre einstimmig im Amt bestätigt und sie auf zwei Positionen erheblich verjüngt. Hans-Ulrich Weidmann führt die Sozialdemokraten auch künftig als Ortsvereinsvorsitzender, an seiner Seite weiterhin als Stellvertreterin Dr. Heide Kottmann.

Walter Auer (75) und Harald Kraus (65) bleiben der Eislinger SPD zwar als Mitglieder im Ortsvereinsvorstand erhalten, gaben aber ihre Funktionen als Schriftführer und Pressereferent an Matthias Ritter (19) und Sebastian Gaugele (33) weiter. „Damit ist uns auf zwei Positionen ein Generationenwechsel gelungen“, erklärte Weidmann. Wiedergewählt

wurde der Kassenwart Bernd Sihler. Beisitzer im Ortsvereinsvorstand sind künftig Angela Schirrling, Marlis Wahl, Walter Auer, Christof Klinkicht, Harald Kraus, Sayed Mohamed und Peter Ritz. Erneut im Amt bestätigt wurden die beiden Revisoren Bruno Mörixbauer und Joachim Römer.

Da die Diskussion über den Koalitionsvertrag dem Roten Treff am 5. Dezember vorbehalten bleibt, waren die örtlichen Aktivitäten der Sozialdemokraten Schwerpunkte des Rechenschaftsberichts von Uli Weidmann. Er listete die verschiedenen Veranstaltungen auf, die der Ortsvereinsvorstand im letzten Jahr organisiert hat, wie zum Beispiel den Neujahrsempfang, die traditionelle Winterwanderung, eine mehrtägige Informationsreise zu den EU-Institutionen nach Brüssel (auf Einladung derr Europaabgeordneten Evelyn Gebhardt) bis hin zur Gedenkveranstaltung für den legendären Sozialdemokraten Otto Wels. Aber auch bei der „Aktion gegen Rechts“, der Menschenkette von Heilbronn bis Stuttgart, waren Eislinger SPD-Mitglieder dabei.



Abbildung 138 - Eislinger bei der Menschenkette gegen Rechts

Obligatorisch ist die Beteiligung am Weltkindertag mit den berühmten „Roten“ sowie Veranstaltungen mit den Abgeordneten MdB Heike Baehrens und MdL Peter Hofelich.

Weidmann erinnerte ferner an die stets gut besuchten „Roten Treffs“, dem ältesten „politischen Stammtisch“ in Eislingen, wie er betonte. Seit 1998 diskutieren die SPD-Mitglieder monatlich zwanglos über ein ausgewähltes Thema aus der Europa-, Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik. „Erfreulicherweis haben auf diesem Weg mehrere junge Menschen den Weg zur politischen Arbeit gefunden“, freute sich Uli Weidmann. Er wies darauf hin, dass diese Veranstaltungsform bürgeroffen ist und Gäste jederzeit willkommen sind. Im freimütigen Gespräch sei es dort schon oft gelungen Vorurteile und Verdrossenheit gegenüber politischen Fragen abzubauen.

Mittwoch, 18.Dezember 2013

DEMOKRATIE WAGEN – WORTE UND TORTE ZUM 100. GEBURTSTAG VON WILLI BRANDT

Die Klasse 10 der Silcherschule hat sich mit dem Leben des großen Staatsmanns und Friedensnobelpreisträger befasst und als überdimensionalen Lebenslauf zusammengestellt.



Ergänzt wurde diese große Lebenslinie mit Zitaten von Willy Brandt, die zur Eröffnung der Geburtstagsfeier vorgetragen und angeheftet wurden.



Abbildung 139 - Torte zum Geburtstag von Willy Brandt

Was wäre eine Geburtstagsfeier ohne Torte, sagte sich der SPD Ortsverein Eislingen und umrahmte die Feier mit einer überdimensionalen Geburtstagstorte, die dann an alle Gäste und Passanten angeboten wurde.

2014

Freitag, 10.Januar 2014

NEUJAHRSEMPFANG MIT LUTZ FREITAG

Man merkte es Lutz Freitag an, dass er nicht nur ein Mann der Wohnungswirtschaft ist, sondern sich lange (und immer noch) mit Sozialpolitik beschäftigt. So war sein fesselnder Vortrag eine Rundumschau der aktuellen sozial- und gesellschaftspolitischen Themen.

Vier Millionen Menschen in Deutschland besitzen Aktien und im Fernsehen wird diesen zur besten Sendezeit eine Informationsplattform eingeräumt, während der in unserem Land sehr ausgeprägte genossenschaftliche Bereich, der viel mehr Menschen versorgt und bedient, ausgeklammert wird, so Lutz Freitag in seinen Neujahrsworten. Er bewertete in seinem Vortrag desweiteren den Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung.



Abbildung 140 - Lutz Freitag beim Neujahrsempfang

Der Eislinger SPD-Vorsitzende Hans-Ulrich Weidmann konnte zu Beginn im gut gefüllten Foyer der Stadthalle viele Vertreter der kommunalpolitisch aktiven Parteien, sowie der Eislinger Vereine und Organisationen begrüßen. Für die SPD-Fraktion in Eislinger Gemeinderat machte Peter Ritz einen Streifzug durch die aktuell anstehenden Themen. Er freute sich besonders, dass auch die Teilnehmer des Deutschkurses vom Arbeitskreis Asyl der Einladung zahlreich gefolgt sind.



Für die Stadt Eislingen hat Bürgermeister Schuster das Grußwort übernommen. Er würdigte in seiner Rede das Lebenswerk des kürzlich verstorbenen Nelson Mandela. Er verband mit seinen Neujahrswünschen die Hoffnung für ein gutes Miteinander auch bei den Entscheidungsträgern der Stadt.

Für die musikalische Umrahmung sorgte am Klavier der 'Neueislinger' Vladimir Milman. Im Anschluß der Neujahrsrede stand das gut bestückte Buffet der Eislinger SPD-Frauen wieder für einen kulinarischen Höhepunkt. Die Mitarbeiterinnen der Schülerfirma Shake It der Silcherschule unter Betreuung von Ingrid Held übernahmen in professioneller und umsichtiger Weise die Getränkeversorgung während des gesamten Veranstaltungsablaufs.

Samstag, 08. November 2014

HULDIGUNG für 50 JAHRE MITGLIED

Der frühere Bürgermeister der Stadt Eislingen, Günther Frank, und der langjährige Kassier und spätere Revisor des SPD-Ortsvereins, Konrad Dießenbacher, sind seit 50 Jahren Parteimitglied. Ihnen huldigten die Sozialdemokraten bei ihrer Jubilarehrung am vergangenen Donnerstagabend. Für 25 Jahre SPD-Mitgliedschaft wurde Stadtrat Bruno Mörixbauer und für 10 Jahre das Vorstandsmitglied Walter Auer ausgezeichnet.

Um den Bezug zum Eintrittsjahr 1964 herzustellen, hatte die SPD Eislingen den Diplomarchivar Martin Mundorff eingeladen, der sehr kurzweilig und interessant auf das Eislinger Geschehen vor 50 Jahren einging und es mittels Fotos illustrierte. Zunächst berichtete Mundorff, dass im Jahr 1964 erstmals eine „Befliegung“ der Eislinger Gemarkung stattfand, die für die Archäologen unter anderem das zwischen Eislingen und Salach liegende ehemalige Römerkastell lokalisierte.

1964 war für Eislingen ein prosperierendes Jahr, was, so Mundorff, durch zahlreiche Gebäudeabbrüche und folgende Neubauten sowie durch verschiedene Geschäftseröffnungen zum Ausdruck kam. Die Sozialdemokraten schmunzelten, als ihnen Mundorff Fotoaufnahmen von der früheren Allee an der Großeislinger Straße nach Göppingen oder den noch mit Pferden gezogenen Leichenwagen präsentierte.



Abbildung 141 - Jubilar 2014

„Die Eislinger waren in den 60er Jahren ein reiselustiges Völkchen, denn 1964 gab es einen Tagesausflug mit einem in Eislingen eingesetzten Sonderzug, der morgens um 2 Uhr nach Salzburg startete und um 21.30 Uhr wieder zurückkam“, fand Mundorff im Archiv der Eislinger Zeitung. Ein Rückblick auf den Bau der ersten Filsbrücke, die Stilegung der Gewerbekanäle und die Eröffnung der ersten Münztankstelle in der Ulmer Straße gehörten ebenfalls zu den Episoden, die Martin Mundorff zum Besten gab. Dass im „Bellevue“ einmal ein Tanzlokal bestand und am 1. Mai 1964 die zentrale Kundgebung des DGB im Schlosstheater stattfand, rundete seinen „Spaziergang“ in die 60er Jahre ab.

Leni Breymaier, die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, übernahm die Laudatio auf die Jubilare und hob hervor, was im Eintrittsjahr von Günther Frank und Konrad Dießenbacher „in der Welt“ so passierte. So sei 1964 Willy Brandt zum Parteivorsitzenden der SPD gewählt worden, der Minirock in Mode gekommen und der Papst hätte sein entschiedenes Nein zur Antibaby-Pille bekräftigt.



Abbildung 142 - Prospekt Kommunalwahl 2014 - Quelle. Paul Kottmann

Auch für Bruno Mörixbauer hatte Breymaier ein paar geschichtliche Daten parat: 1989 vor 25 Jahren sei nicht nur die Berliner Mauer gefallen, sondern Steffi Graf und Boris Becker hätten in Wimbledon gewonnen und die Gewerkschaft „Solidarnocs“ sei in Polen legalisiert worden. Bei Walter Auer erinnerte

Breymaier, daran, dass vor 10 Jahren Erwin Teufel als Ministerpräsident zurück getreten und Griechenland überraschend Fußballeuropameister geworden sei.

Uli Weidmann konnte zusammen mit Leni Breymaier die von Sigmar Gabriel, Nils Schmid und ihm unterzeichnete Ehrenurkunden und Ehrennadeln und ein Präsent des Ortsvereins überreichen. Das Engagement und die Parteitreue der Geehrten wurde von der Versammlung mit großem Beifall gewürdigt. Stadträtin Angela Schirling hatte für beste Organisation und das leibliche Wohl gesorgt.

2015

Donnerstag, 15. Januar 2015

BEHINDERTENBEAUFTRAGTE ZU GAST

Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, hat anlässlich ihrer Rede beim Neujahrsempfang der Eislinger SPD ihre Forderung nach der Abschaffung der Einkommensgrenze bei Eingliederungshilfen und die Einrichtung niedrigschwelliger Schlichtungsangebote bei strittigen Fragen unterstrichen sowie verbesserte medizinische Unterstützung Behinderter verlangt.

Im voll besetzten großen Saal der Stadthalle konnte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hans-Ulrich Weidmann viele Gäste begrüßen, unter ihnen Oberbürgermeister Heininger, sowie die Bürgermeister Fitterling und Schuster, aber auch zahlreiche Akteure aus dem kommunalpolitischen Raum sowie aus den Vereinen und Organisationen. Weidmann betonte, dass die langjährige Tradition des Neujahrsempfangs der SPD inzwischen zu einem beliebten gesellschaftlichen Ereignis in der Stadt geworden sei und die Gelegenheit für zahlreiche Kontakte und Gespräche biete.

Sein besonderer Willkommensgruß galt Verena Bentele, die es in einer mit großem Beifall honorierten Ansprache verstand, einige der Allgemeinheit nicht immer geläufigen Probleme aus dem Lebensbereich der Behinderten nahe zu bringen. Einer ihrer Vorsätze für das Jahr 2015 sei es, bis zum Jahresende die Einrichtung niedrigschwelliger Schlichtungsangebote im Behindertenrecht zu erreichen. Gelänge dies,so Bentele, „wäre ich glücklicher als ich es eh‘ schon bin!“



Abbildung 143 - Verena Bentele bei Neujahrsempfang

Genauso engagiert setzte sich die Behindertenbeauf-tragte der Bundesregierung für die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensgrenze im Zusammenhang mit Eingliederungshilfen für Behinderte ein. Sie wies darauf hin, dass sogar Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, „mit dieser Regelung an der Armutsgrenze leben müssen“.

Sie verlangte in der Arbeitsmarktpolitik die nach wie vor vorhandene Benachteiligung Behinderter entschlossener zu bekämpfen. „Menschen mit Behinderung werden noch immer danach definiert, was sie nicht können

statt zu registrieren und anzuerkennen, was



sie tatsächlich können“, lautete ihr kritischer.Befund.

Verena Bentele berichtete desweiteren über ihre konkrete Arbeitssituation in ihrer Funktion, die sie seit Anfang 2014 ausübt und erwähnte unter anderem, dass ohne die technischen Hilfsmittel Computer und Laptop auch für sie als Behinderte „nichts mehr geht“. Die allesamt ins System eingelesenen Dokumente führten dazu, „dass mein Schreibtisch immer sauber ist“, erzählte die Behindertenbeauftragte schmunzelnd. Im Laufe ihres ersten Amtsjahres habe sie über dreitausend Briefe und Eingaben erhalten, die mehr oder weniger ein Spiegelbild der Lebenssituation Behinderter in Deutschland darstellten.

Den guten Wünschen für das Jahr 2015 folgte der Ratschlag: „Fürchte dich nicht, wenn es nur kleine Schritte weitergeht, fürchte dich aber, wenn du stehen bleibst“. Die Besucher waren tief beeindruckt, mit welcher Selbstverständlichkeit und angenehmen Professionalität und Unbefangenheit Verena Bentele trotz ihrer schweren Behinderung – sie ist von Geburt an blind - ihre Rede hielt und fach- und sachkundig zu den aktuellen Themen Stellung nahm.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Eislinger Gemeinderat, Peter Ritz, sagte in seinem Grußwort: „Wir sind auf dem richtigen Weg!“ Er meinte damit die städtebauliche Entwicklung Eislingens und hob vor allem die Leistungen der Stadt für Einrichtungen für Kinder und Jugendliche hervor.



Die Veranstaltung wurde durch den Schülerchor der Silcherschule und eine Bläsergruppe der Dr.-Engel-Real-Schule musikalisch umrahmt, wobei beide Darbietungen mit viel Beifall aufgenommen wurden. Das anschließende Kalte Buffet entsprach wieder den Erwartungen, die die große Besucherschar an das kulinarische Angebot hatte. Der Service wurde erneut von der Schülerfirma der Silcherschule besorgt.

Sonntag, 1. Februar 2015

WINTERWANDERUNG 2015



Abbildung 144 - Gruppenbild SPD Winterwanderung 2015

Donnerstag, 12. März 2015

DIE LAGE DER WOHNSIZLOSEN

Anhand von Informationen, die das SPD-Forum für Kommunalpolitik von Andreas Grupp aus dem Haus Linde in Göppingen erhielt, beschäftigten sich die Eislinger Sozialdemokraten beim jüngsten Roten Treff mit der sozialen Lage der Wohnsitzlosen und wurden mit den Problemen konfrontiert, die den Mitarbeitern der Wohnungslosenhilfe täglich begegnen.

Das nach der jüngsten Kommunalwahl vom SPD-Ortverein Eislingen gegründete Forum für Kommunalpolitik, hauptsächlich bestehend aus den damals nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten, will das Interesse an der lokalen Politik aufrecht erhalten und darüber hinaus gesellschaftliche Probleme aufgreifen und bearbeiten. Zum Auftakt hatte sich das Forum ein besonders sensibles Thema vorgenommen: die Situation der Wohnungslosen.

Die Vermittlung von Wohnsitzlosen in eigenen Wohnraum werde, so Andreas Grupp, immer schwieriger, da auf dem freien Wohnungsmarkt kaum noch Angebote zur Verfügung stünden. Für die Wohnsitzlosen sei es häufig sehr mühsam, wieder Fähigkeiten zur Bewältigung eines eigenständigen und verantwortungsvollen Lebens zu entwickeln und den Integrationsprozess erfolgreich zu bestehen.

Die Wohnsitzlosenhilfe steht auch zunehmend vor dem Problem, dass die Kostenträger für die Unterbringung in einer Wohnsitzlosen-Unterkunft ihre Förderungsbereitschaft sehr restriktiv handhaben und nicht ausreichend Zeit verbleibt, um die Lebenssituation von Betroffenen zu verbessern. „Kein Dach über dem Kopf zu haben heißt, den Boden unter den Füßen zu verlieren“, beschrieb Andreas Grupp die Situation.

Die Erfahrung der Experten aus dem Haus Linde zeigt, dass es häufig durch die besonderen Lebensumstände in Verbindung mit zunehmenden sozialen Schwierigkeiten an Kompetenz fehle, diesen Zustand ohne professionelle Hilfe zu überwinden.

Dr. Heide Kottmann merkte aus ihrer Sicht an, dass die Kooperation mit den Städten und Gemeinden erheblich verbessert werden müsse, um ein flächendeckendes Netz zur Hilfestellung aufbauen und aufrecht erhalten zu können. Das SPD-Forum ließ sich auch über die konkreten Hürden, die bei der Wohnungsvermittlung auftreten, informieren. So würde zum Beispiel ein Schufa-Eintrag eines Wohnungslosen seine Chancen, zeitnah eine Wohnung zu erhalten, ganz erheblich einschränken. Im Wettbewerb mit anderen Wohnungssuchenden hätten die Wohnsitzlosen häufig das Nachsehen. Gelegentlich spiele das nach jahrelangem Suchtmittelmissbrauch beeinträchtigte äußere Erscheinungsbild eine große Rolle und stelle ein unüberwindbares Hindernis dar.

Das kommunalpolitische Forum der Eislinger SPD will sich in den nächsten Monaten vor Ort informieren und nach Wegen und Möglichkeiten suchen, die Arbeit des Haus Linde e. V. wirksam zu unterstützen.

Donnerstag, 19. März 2015

VERTRAUENSBEWEIS FÜR WEIDMANN

Die SPD-Mitglieder des Ortsvereins Eislingen haben ihrem Vorstand unter Führung von Uli Weidmann mit einem eindeutigen Vertrauensbeweis den Auftrag erteilt, in den nächsten zwei Jahren die sozialdemokratische Politik mit zu gestalten. Bei der jüngsten Mitgliederversammlung wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig in ihrem Amt bestätigt.

„Somit ist bei uns personelle Stabilität und Kontinuität gewährleistet“, erklärte der wiedergewählte Vorsitzende. Der SPD-Ortsvereinsvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Uli Weidmann (Vorsitzender), Dr. Heide Kottmann (stellvertretende Vorsitzende), Bernd Sihler (Kassier), Matthias Ritter (Schriftführer); Christoph Klinkicht (Pressereferent); als Beisitzer fungieren Stadträtin Angela Schirling, Marlis Wahl, Walter Auer, Sebastian Gaugele, Harald Kraus, Sayed Mohamed, Stadtrat Uwe Reik und Stadt- und Kreisrat Peter Ritz.

In seinem Rechenschaftsbericht hob Uli Weidmann die zahlreichen gelungenen Veranstaltungen und Aktionen hervor und betonte vor allem die gute Resonanz bei den traditionellen monatlich stattfindenden „Roten Treffs“.

Sonntag, 4. Oktober 2015

STAATSSEKRETÄR HOFELICH ZU GAST

Über die Lage des Landes Baden-Württemberg sprach der Staatssekretär für Wirtschaft und Finanzen, Peter Hofelich, beim jüngsten Roten Treff der Eislinger SPD. Er hob die günstige wirtschaftliche Situation bei gutem Wachstum und niedriger Inflation hervor. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand auch die aktuelle Asyl- und Flüchtlingspolitik.



Abbildung 145 - Peter Hofelich Homepage

Die Förderung des Mittelstands und die Förderung von Existenzgründungen gehörten, so Hofelich, zu den zahlreichen Projekten, die die grün-rote Landesregierung auf den Weg gebracht habe. Soziale Leitplanken seien der im Bund durchgesetzte Mindestlohn und das Tariftreuegesetz sowie der Anspruch der Arbeitnehmer auf Weiterbildung in Baden-Württemberg. Mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro werde ein Unterbietungswettbewerb im Niedriglohnsektor vermieden. Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Uli Weidmann verlangte, dass der Mindestlohn auch für Flüchtlinge angewandt werden müsse. „Sonst werden die Einheimischen gegen Flüchtlinge ausgespielt“, sagte er.

Eine Herzensangelegenheit ist der SPD nach den Worten Hofelichs zufolge die Stärkung beruflicher und dualer Ausbildung. Dabei müsse das Image der Ausbildungsberufe im Handwerk verbessert und vermehrt eine gute Alternative zu den Hochschulen geboten werden.

Die aktuelle Wohnungssituation sei durch eine von der Vorgängerregierung zu verantwortende Fehlentwicklung entstanden, weil diese den sozialen Wohnungsbau praktisch eingestellt habe, betonte Hofelich. Dies habe in den Ballungsräumen zu immer höheren und letztlich für große Bevölkerungsgruppen unbezahlbaren Wohnungsmieten geführt. Es sei deshalb eine Aufgabe sozialdemokratischer Politik, für den sozialen Wohnungsbau neue Flächen zu erschließen und damit der Wohnungsnot gegen zu wirken.

Zur aktuellen Flüchtlingspolitik führte Hofelich aus, dass in erster Linie die Kapazität der Erstaufnahmestellen erhöht werden müsse, um den Flüchtlingsstrom bewältigen zu können. Sehr gezielt müsse die Sprachförderung für Flüchtlinge und Asylbewerber ausgeweitet werden. Mit Vorbereitungsklassen und über 500 zusätzlichen Lehrern soll die schwierige und angespannte Lage in Angriff genommen werden.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Bildmaterial: Archiv SPD Eislingen, Archiv eislingen-online, Paul Kottmann, Peter Ritz, Jochen Tham, Hans-Ulrich Weidmann

Abbildung 2 – Stadtzeitung Juli 1998 13
Abbildung 3 - Archiv SPD 13
Abbildung 4 - Baustelle am Cafe 14
Abbildung 5 - Südöl Foto Jochen Tham 16
Abbildung 6 - Einladung Brunnenfest 1990 19
Abbildung 7 - Brunnenfest 1998 19
Abbildung 8 - Wahlkampf mit Witgar Weber 27
Abbildung 9 Quelle Wikipedia 29
Abbildung 10 - Quelle Statistisches Landesamt 30
Abbildung 11 -Rolf Linkohr in Eislingen 33
Abbildung 12 - Roter Treff im Grünen Baum 36
Abbildung 13 - Baustelle Kreisverkehr 38
Abbildung 14 - Baustelle Kreisverkehr 39
Abbildung 15 - Jakobskirche Krummwälden 41
Abbildung 16 - Stadtzeitung vom Juni 1999 43
Abbildung 17 - Kommunalwahl 1999 43
Abbildung 18 - SPD-OV-Vorstand 1999 44
Abbildung 19 - Stadtzeitung September 1999 45
Abbildung 20 -Impression Kommunalwahl 1999 46
Abbildung 21 - Kreistagswahl 1999 46
Abbildung 22 - Neujahrsempfang 2000 49
Abbildung 23 - Neujahrsempfang 2000 50
Abbildung 24 - Jahreshauptversammlung 2000 51
Abbildung 25- Winterwanderung 2000 51
Abbildung 26 - Forderung Bürgerhaus 52
Abbildung 27 - Brunnenfest 2000 53
Abbildung 28- Brunnenfest 2000 53
Abbildung 29 - Modell für das Bürgerhaus 54
Abbildung 30 -Ute Vogt 2001 in Göppingen 54
Abbildung 31 - Schlosstheater im Jahr 2000 55
Abbildung 32 - Roter Treff November 2000 57
Abbildung 33 - Frieder Birzele und Peter Hofelich beim Neujahrsempfang 59
Abbildung 34 - Neujahrsempfang 2000 60
Abbildung 35 - Grüner Baum 61
Abbildung 36 - Hartmut Komm beim Kanzler 62
Abbildung 37 - Brunnenfest 2001 65
Abbildung 38 - Brunnenfest 2001 65
Abbildung 39- Brunnenfest 2001 65
Abbildung 40 - Günther Frank 67
Abbildung 41 - Eurokunstwerk nach Eislingen? 70
Abbildung 42 - Brunnenfest 2002 73

Abbildung 43 - Brunnenfest 2002 73
Abbildung 44 - Vorschlag Stoiberkreisel bei eislingen-online 73
Abbildung 45 - Wahlplakat 2002 - SPD-Archiv 78
Abbildung 46 - Bild: http://www.walterriester.de 79
Abbildung 47 - Neujahrsempfang 2003 85
Abbildung 48 - Spatenstich Kinderhaus Ziegelbachstraße 85
Abbildung 49 - 2003 Eisele Comic - Quelle Designbüro Kottmann 87
Abbildung 50 - Ehrung 2003 für Anni und Konrad Dießenbacher 87
Abbildung 51 - Vorstand 2003 88
Abbildung 52 -Prof.Dr. Johano Strasser 92
Abbildung 53 - Neujahrsempfang 2004 92
Abbildung 54 - Winterwanderung 2004 93
Abbildung 55 - Winterwanderung 2004 94
Abbildung 56 - Wahlprospekt 2004 95
Abbildung 57 - Radtour Eislingen 96
Abbildung 58 - Brunnenfest 2004 97
Abbildung 59 - Neujahrsempfang 2005 99
Abbildung 60 - Brunnenfest 2005 100
Abbildung 61 -Doppelpeter beim Tischfußballturnier 100
Abbildung 62 - Walter Riester vor der Roten Treff beim Stadtrundgang 100
Abbildung 63 - Bruno Mörixbauer und Konrad Dießenbacher 101
Abbildung 64 - Regionalrätin Leni Breymaier 102
Abbildung 65 - Peter Hofelich erneut SPD-Landesvize 103
Abbildung 66 - Peter Hofelich beim Neujahrsempfang 104
Abbildung 67 - Neujahrsempfang 2006 105
Abbildung 68 - Peter Feige beim Roten Treff 106
Abbildung 69 - Winterwanderung 2006 107
Abbildung 70 - 2006 - Wahlkampf im Schnee 111
Abbildung 71 - Jahreshauptversammlung 2006 113
Abbildung 72 - Landtagswahl 2006 – modernste Technik im Einsatz 114
Abbildung 73 - Wahlparty im Grünen Baum 114
Abbildung 74 - B10 neu im Juni 2006 116
Abbildung 75 - Im August 2006 war der Bart ab 120
Abbildung 76 - Leni Breymaier bei Demo in Göppingen 121
Abbildung 77 - Thomas Schuster in Krummwälden 126
Abbildung 78 - Einweihung Kreisel Krummwälden 126
Abbildung 79 - Walter Riester 128
Abbildung 80 - Neujahrsempfang 2007 135
Abbildung 81 - Teilnehmer Winterwanderung 2007 136
Abbildung 82 - Jahreshauptversammlung 2007 137
Abbildung 83 - Breymaier 25 Jahre SPD-Mitglied 138
Abbildung 84 - April 2007 - Stolpersteine für Familie Plawner 140
Abbildung 85 - Grüner Baum 2007 141
Abbildung 86 - Bürgergespräch vor dem Roten Treff 142
Abbildung 87 - Stadtfest 2007 143

Abbildung 88 - Weltkindertag 2007 144
Abbildung 89 - Steht die Brücke vor dem Abriss? 146
Abbildung 90 -SPD-Kreiskonferenz November 2007 147
Abbildung 91 - Hilde Mattheis beim Neujahrsempfang 151
Abbildung 92 - Neujahrsempfang 2008 151
Abbildung 93 - Winterwanderung 2008 152
Abbildung 94 - Brunnenfest 2008 Fassanstich7.Juli 2008 155
Abbildung 95 - Tafel Eislinger Friedensbaum 155
Abbildung 96 - Menschenkette 1983 156
Abbildung 97 - Winterwanderung 2009 159
Abbildung 98 - Gegen Postamtschließung 160
Abbildung 99 - Jubilarehrung 2009 160
Abbildung 100 - Kommunalwahl 2009 161
Abbildung 101 - Stadtzeitung Mai 2009 162
Abbildung 102 - Im Barfußpark 164
Abbildung 103 - Mai in Krummwälden 165
Abbildung 104 - Brunnenfest 2009 166
Abbildung 105 - Fahrkartenautomat am Bahnhof 168
Abbildung 106 - Partner der Bürgemeisterkandidaturen 171
Abbildung 107 - Peter Friedrich beim Neujahrsempfang 171
Abbildung 108 - 2010- Bürgermeisterwahl 172
Abbildung 109 - Winterwanderung 2010 172
Abbildung 110 -Buslinien in Eislingen 173
Abbildung 111 - Vorschlag Walter Auer 173
Abbildung 112 - Waldemar Berg zum 80ten 174
Abbildung 113 - Jubilare 2010 175
Abbildung 114 - Bernd Sihler - Konrad Diessenbacher - Hartmut Komm 176
Abbildung 115 - Roter Treff mit Leni Breymaier 177
Abbildung 116 - Roter Treff im Grünen Baum 178
Abbildung 117 - Ticketautomat 180
Abbildung 118 - Eislinger Erklärung der JU - 181
Abbildung 119 - Entwurf Rathausneubau 182
Abbildung 120 - SPD Vorstand tagt in Krummwälden 184
Abbildung 121 - 24.12.2010 - eislingen-online wird e.V. 185
Abbildung 122 - Volles Haus beim Neujahrsempfang 189
Abbildung 123 - Kreiseltorte zum Neujahrsempfang 190
Abbildung 124 - Roter Treff mit Peter Hofelich 191
Abbildung 125 - Zum Tod von Hartmut Komm 192
Abbildung 126 - Roter Treff zum Konflikt in der Rathausspitze 194
Abbildung 127 - Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg - Quelle: www.baden-wuerttemberg.de 195
Abbildung 128 - Hans-Ulrich Weidmann 200
Abbildung 129- Herbert Fitterling beim Roten Treff 201
Abbildung 130 - Eislingen wird Große Kreisstadt – 202
Abbildung 131 - Ministerin Waminski-Leitheußer beim Neujahrsempfang 203

Abbildung 132 - Winterwanderung Besuch im Klärwerk Salach 204
Abbildung 133 - Jubilare 2012 209
Abbildung 134 - SPD beim Weltkindertag 2012 209
Abbildung 135 - Nils Schmid beim Neujahrsempfang 2013 211
Abbildung 136 - Tafel an der Otto-Wels-Platane 212
Abbildung 137 - Schüler*innen bei der Ehrung für Otto Wels 214
Abbildung 138 - Wahlkampf mit Heike Baehrens 216
Abbildung 139 - Eislinger bei der Menschenkette gegen Rechts 217
Abbildung 140 - Torte zum Geburtstag von Willy Brandt 218
Abbildung 141 - Lutz Freitag beim Neujahrsempfang 219
Abbildung 142 - Jubilar 2014 220
Abbildung 143 - Prospekt Kommunalwahl 2014 - Quelle. Paul Kottmann 220
Abbildung 144 - Verena Bentele bei Neujahrsempfang 222
Abbildung 145 - Gruppenbild SPD Winterwanderung 2015 223
Abbildung 146 - Peter Hofelich Homepage 225

„Diese Pressemitteilung haben wir ohne Rücksprache mit dem Autor vor Drucklegung ergänzt. SPD Eislingen“

Samstag, 27. April 2019

VERDIENSTMEDAILLE FÜR HARALD KRAUS

In einer Feierstunde im Foyer der Stadthalle Eislingen hat Oberbürgermeister Klaus Heininger dem langjährigen AWO-Vorsitzenden im Namen des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.



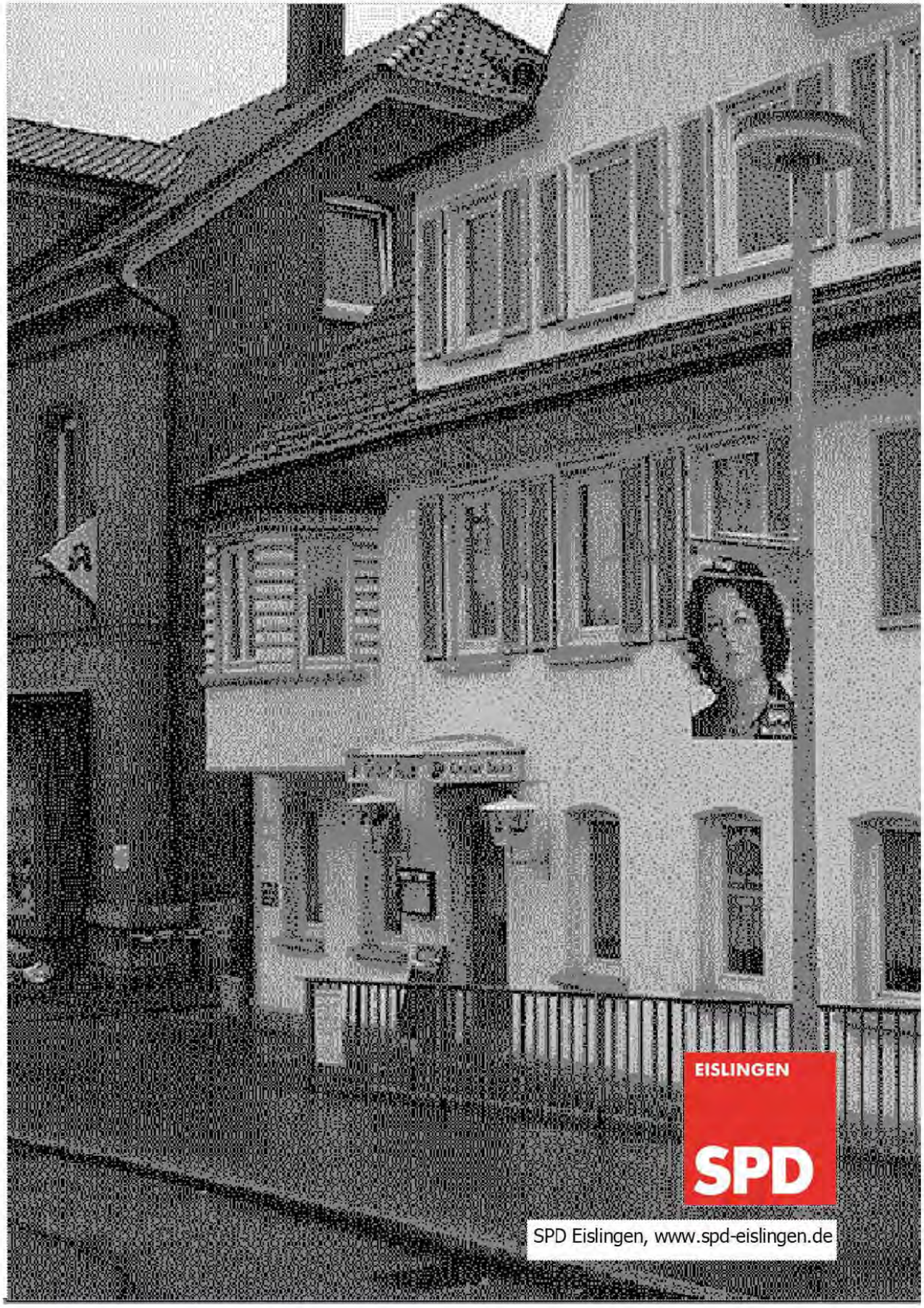
Harald Kraus erhält hohe Ehrung

Harald Kraus wird für seinen Einsatz bei der AWO, über 30 Jahre Ortsvereinsvorsitzender und in verschiedenen Funktionen auf Kreis- und Bezirksebene geehrt. Maßgeblich für die Verleihung ist auch sein ehrenamtlicher Einsatz bei ACE Automobil-Club Europa in verschiedenen Funktionen.

Über die Landesgrenzen bekannt geworden ist seine Tätigkeit als Bearbeiter der Schlaglochmeldungen. Hier hat er durch das Einschalten der zuständigen Verkehrsbehörden maßgeblich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Deutschlands Straßen beigetragen.



Die 'Ordenspaten'


EISLINGEN
SPD
SPD Eislingen, www.spd-eislingen.de